G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Bernd Greiner
Reagans Flucht nach vorn

Ulrich Dolata
Operation '83 – Anfang vom Ende?

Wo steht die Friedensbewegung?
Rundtischgespräch mit Bastian, Bredthauer, Deile, Frey, Kelly, Mannhardt, Matthiessen, Quistorp, Wörmann-Adam

Günter Heißenbüttel
Fehl-START

Rudolf Hickel
Warum Reagans Wirtschaftskurs scheitern muß

Fred Karl
Zwischen Subkultur und alternativer Politik

Karl-Heinz Hansen
Rede gegen das Röhrenembargo

7'82

Juli 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juli 1982

CHRONIK DES MONATS JUNI 1982 769

KOMMENTARE UND BERICHTE

Reagans Flucht nach vorn ..... *Bernd Greiner* 772

Operation '83 – Anfang vom Ende? ..... *Ulrich Dolata* 776

„Frieden in Freiheit" ..... *Regina Bohne* 779

Atomsprengköpfe auf dem Boden des Südatlantik? ..... *Wladimir Wessenski* 783

HAUPTAUFSÄTZE

Wo steht die Friedensbewegung?
Erfahrungen, Probleme und nächste Aufgaben
im Kampf gegen die atomare Bedrohung
Ein Rundtischgespräch mit Gert Bastian, Karl D. Bredthauer, Volkmar Deile, Ulrich Frey, Petra K. Kelly, Klaus Mannhardt, Gunnar Matthiessen, Eva Quistorp und Claudia Wörmann-Adam 784

Fehl-START
Eine Analyse der amerikanischen Position
zu Beginn der Genfer Verhandlungen
über strategische Abrüstung ..... *Günter Heißenbüttel* 811

Warum Reagans Wirtschaftskurs scheitern muß
Darstellung und Kritik der „Angebotsstrategie" ..... *Rudolf Hickel* 829

Der Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes
auf die amerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik
Zur Entwicklung unter der Reagan-Administration ..... *Hans-Jürgen Krysmanski* 841

Subkultur oder alternative Politik
Literatur zu „neuen sozialen Bewegungen" ..... *Fred Karl* 861

MEDIENKRITIK

1:0 für Begin ..... *Günter Giesenfeld* 877

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Katastrophe ist absehbar – Der Arbeitsmarkt
bis ins Jahr 2000 ..... *Jörg Goldberg* 878

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Bonner Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz vom 10. Juni 1982 (Wortlaut) 881

Erklärung Leonid Breschnews über den sowjetischen Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen vom 15. Juni 1982 (Wortlaut) 885

Aktionsprogramm der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit („Palme-Kommission"), vorgelegt der UNO-Sondertagung zur Abrüstung im Juni 1982 (Wortlaut) 887

Aufruf zur Großveranstaltung „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum zur Unterstützung des „Krefelder Appells" (Wortlaut) 891

Rede des Abgeordneten Hansen in der Bundestagsdebatte vom 24. Juni 1982 über Reagans Röhrenembargo und europäische Alternativen (Wortlaut) 893

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 7/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juni 1982

1. 6. – Argentinien/Großbritannien. Die argentinische Regierung bestätigt Meldungen über den anhaltenden Vormarsch britischer Truppen auf Port Stanley, den Hauptort der Falkland-Inseln (Malwinen). – Am 2. 6. erklärt die britische Premierministerin Thatcher in einem Fernsehinterview, ein Kampf um Port Stanley könne nur verhindert werden, wenn Argentinien seine Truppen innerhalb von zwei Wochen abziehe. – Am 8. 6. wird in Buenos Aires ein Interview von Präsident Galtieri mit der spanischen Zeitung „Ya" veröffentlicht, in dem der General u. a. erklärt: „Wir sind bereit, unsere Truppen von den Malwinen zurückzuziehen, sofern die Engländer das Gleiche tun." Die Verwaltung der Inseln solle für eine Übergangszeit von den Vereinten Nationen übernommen werden. – Am 15. 6. kapitulieren die argentinischen Truppen auf den Malwinen gegenüber dem Befehlshaber der britischen Einheiten.

2.–11. 6. – USA. Auf einer Reise durch Westeuropa besucht Präsident Reagan zunächst Frankreich (2.–7. 6.), wo er am „Wirtschaftsgipfel" in Versailles bei Paris teilnimmt, später Italien (7. 6.), Großbritannien (7.–9. 6.), die Bundesrepublik (9.–11. 6.), wo die Konferenz der Regierungschefs der NATO stattfindet, sowie Westberlin (11. 6.). Der Präsident wird am 7. 6. im Vatikan von Papst Johannes Paul II. empfangen und hält in London und Bonn Ansprachen vor den nationalen Parlamenten. – Am 18. 6. dehnt die Regierung die Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR vom Dezember 1981 (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 6) auch

auf amerikanische Tochtergesellschaften und auf solche Firmen im Ausland aus, die mit amerikanischen Lizenzen arbeiten. Die Maßnahme stößt auf Ablehnung in den meisten EG-Staaten und wird von Bundeskanzler Schmidt am 24. 6. im Bundestag kritisiert. – Am 25. 6. unterrichtet Präsident Reagan die Öffentlichkeit auf einer kurzfristig einberufenen Presskonferenz über den Rücktritt von Außenminister Alexander Haig. In seinem Demissionsgesuch schreibt Haig an Reagan, der bei seinem Amtsantritt (vgl. „Blätter", 2/1981, S. 131) vereinbarte Kurs in der Außenpolitik sei nicht eingehalten worden. Als neuen Außenminister nominiert der Präsident George Shultz.

4. 6. – U N O. Großbritannien und die USA blockieren mit ihrem Veto eine Resolution des Sicherheitsrates, die einen sofortigen Waffenstillstand auf den Falkland-Inseln fordert (vgl. „Blätter", 6/1982, S. 642). – Am 7. 6. wird in New York die zweite Sondergeneralversammlung über Abrüstung eröffnet (vgl. das „Schlußdokument" der ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978, in „Blätter", 11/1978, S. 1386 ff.). Zu den Rednern der Generaldebatte gehören u. a. Bundeskanzler Schmidt (14. 6.), der sowjetische Außenminister Gromyko (15. 6.), der ein Schreiben von Generalsekretär Breschnew verliest (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen") sowie der amerikanische Präsident Reagan (17. 6.). – Am 8. 6. verhindern die USA mit einem weiteren Veto die Verurteilung Israels durch den Sicherheitsrat, der mit Mehrheit den sofortigen Abzug Israels aus dem Libanon gefordert hatte. – Am 18. 6. verlängert der Rat bei Stimmenthaltung der UdSSR und Polens das Mandat der UN-Streitkräfte im Südlibanon (UNIFIL) um zwei (bisher jeweils um sechs) Monate. – Am 26. 6. verlangt die Generalversammlung nach einem erneuten Veto der USA im Sicherheitsrat, das sich gegen einen französischen Vorschlag für einen begrenzten Truppenrückzug in und um Beirut richtet, gegen nur zwei Stimmen (USA und Israel) den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der israelischen Verbände und die strikte Respektierung der libanesischen Souveränität und Unabhängigkeit durch alle UN-Mitglieder und „andere Parteien".

4.–6. 6. – F r a n k r e i c h. Auf Einladung von Präsident François Mitterrand findet in Versailles bei Paris ein „Wirtschaftsgipfel" statt, an dem neben dem Gastgeber die Staats- und Regierungschefs Zenko Suzuki (Japan), Margaret Thatcher (Großbritannien), Ronald Reagan (USA), Helmut Schmidt (BRD), Pierre Trudeau (Kanada), Giovanni Spadolini (Italien) sowie EG-Präsident Gaston Thorn teilnehmen. Ausführlich erörtert werden u. a. die wirtschaftlichen Aspekte der Ost-West-Beziehungen, so der Handel der beteiligten Staaten mit der UdSSR und Osteuropa.

6. 6. – N a h e r O s t e n. Nach einer Teilmobilisierung und nach vorbereitenden Luftangriffen überschreiten israelische Truppen an drei Stellen die Grenze zum Libanon, besetzen an den folgenden Tagen weite Teile des Landes und dringen in verschiedene Stadtbezirke der Hauptstadt Beirut ein. Die Aktion wird zunächst mit der Forderung nach Errichtung einer „Sicherheitszone" in einer Tiefe von 40 bis 45 km auf libanesischem Territorium begründet. Später verlangt die israelische Regierung die Entwaffnung der in Beirut eingeschlossenen Einheiten der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) sowie den vollständigen Abzug der PLO aus dem Libanon. Die israelische Armee geht auch gegen die im Libanon stationierten syrischen Verbände der arabischen Friedenstruppe vor und zerstört u. a. am 9. 6. Raketenstellungen im Bekaa-Tal (Südlibanon). Über die israelischen Forderungen an die PLO und die Regierung des Libanon verhandelt der amerikanische Diplomat Philip Habib in verschiedenen Hauptstädten des Nahen Ostens. In Pressemeldungen heißt es, Habib habe über Mittelsmänner auch Verbindung mit der PLO aufgenommen. – Am 15. 6. veröffentlichen die sowjetischen Zeitungen eine Stellungnahme der Regierung, in der der sofortige Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon gefordert wird. Die Ereignisse in diesem Gebiet berührten auch die Interessen der UdSSR. – Am 17. 6. erklärt der französische Außenminister Cheysson, der sich anläßlich eines Staatsbesuchs von Präsident Mitterrand in Wien aufhält, Israel betreibe eine selbstmörderische Politik, die auf das israelische Volk in der Form wildesten Terrors zurückfallen könne.

– H a m b u r g. Bei den Wahlen zum Landesparlament verlieren die regierenden Sozialdemokraten die absolute Mehrheit, die Christlichen Demokraten werden zur stärksten Partei. Die Freien Demokraten scheitern erneut an der Fünf-Prozent-Klausel, die Grün-Alternative Liste (GAL) zieht in das Parlament ein. Es entfallen (Angaben in %) auf SPD 42,8 (1978: 51,5), CDU 43,2 (37,6), FDP 4,8 (4,8), DKP 0,6

(1,0), GAL 7,7 (–). Zusammensetzung der neuen Bürgerschaft (120 Abgeordnete): SPD 55 (69), CDU 56 (51), GAL 9 (–) (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 4. Juni 1978 in „Blätter", 1/1979, S. 125 f.). – Am 30. 6. lehnen SPD und GAL in der Bürgerschaft mit Mehrheit den von der CDU beantragten Rücktritt des Senats unter dem SPD-Bürgermeister v. Dohnanyi ab.

9. 6. – E G. Nach einer Sondersitzung in Bonn bezeichnen die Außenminister der zehn Mitgliedstaaten die Invasion Israels im Libanon als eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und eine Gefährdung der Bemühungen um eine friedliche Regelung der Probleme im Nahen Osten. – Am 21. 6. werden gegen den Einspruch Großbritanniens die gegen Argentinien im Zusammenhang mit dem Falkland-Konflikt verhängten Wirtschaftssanktionen (vgl. „Blätter", 6/1982, S. 643) aufgehoben. – Vom 28.–29. 6. tagt der Rat der Regierungschefs in Brüssel. Auf der Tagesordnung stehen Wirtschaftsprobleme, aber auch die Lage im Nahen Osten, der Grenzkonflikt zwischen dem Irak und dem Iran sowie der Stand der Beziehungen zwischen den EG und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik. In einer besonderen Erklärung zum Nahost-Problem heißt es, die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) müsse an künftigen Verhandlungen beteiligt werden.

9.–10. 6. – N A T O. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten treffen sich in der Bundeshauptstadt auf einer „Gipfelkonferenz". Neben einer „Bonner Erklärung" werden ein „Dokument über Rüstungskontrolle und Abrüstung" (Texte in „Dokumente zum Zeitgeschehen") sowie ein „Dokument über die integrierte Verteidigung des Bündnisses" beschlossen.

18.–19. 6. – U S A / U d S S R. Am Rande der Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York halten die Außenminister der USA und der UdSSR, Alexander Haig und Andrej Gromyko, einen vertraulichen Meinungsaustausch ab. Aus den beiden Delegationen verlautet lediglich, man habe eine allgemeine Bestandsaufnahme der gegenseitigen Beziehungen vorgenommen. – Am 29. 6. beginnen in Genf amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über die Begrenzung und Verminderung strategischer Waffen (vgl. „Blätter", 6/1982, S. 643).

– I r a k / I r a n. Der irakische Präsident Saddam Hussein teilt in einer Fernsehansprache mit, sein Land habe damit begonnen, die Truppen von den besetzten iranischen Gebieten zurückzuziehen. Der Rückzug auf die „internationalen Grenzen" solle innerhalb von 10 Tagen abgeschlossen sein. Husseins Vorschläge für eine friedliche Beilegung des Grenzkonflikts (vgl. „Blätter", 10/1980, S. 1155) werden von iranischer Seite zurückgewiesen.

30. 6. – Ä g y p t e n. Während eines Aufenthalts in Frankreich erklärt Staatsminister Boutros Ghali in einem Rundfunkinterview, Ägypten sei bereit, eine palästinensische Exilregierung in Kairo aufzunehmen. Ghali hatte in Paris mehrfach mit Außenminister Cheysson gesprochen und am 29. 6. dem französischen Präsidenten Mitterrand eine Botschaft von Präsident Mubarak übergeben.

13. 6. – S a u d i - A r a b i e n. Unmittelbar nach dem Ableben von König Khaled tritt Kronprinz Fahd die Nachfolge an. Prinz Abdullah, bisher stellvertretender Ministerpräsident, wird neuer Thronfolger.

16.–25. 6. – A f g h a n i s t a n. Durch Vermittlung der Vereinten Nationen kommt es in Genf zu Kontakten zwischen den Außenministern Schah Mohammed Dost (Afghanistan) und Sahabsada Yakub Khan (Pakistan) sowie einem Vertreter des Iran. Im Auftrage von UN-Generalsekretär de Cuellar sondiert dessen Stellvertreter Diego Cordovez (Kolumbien) dabei die Möglichkeiten für eine friedliche Beilegung der Probleme um Afghanistan.

17. 6. – A r g e n t i n i e n. Als Folge der Kapitulation der argentinischen Streitkräfte auf den Falkland-Inseln (Malwinen) muß Präsident Leopoldo Fortunato Galtieri (Amtsantritt am 22. Dezember 1981) zurücktreten und wird auch als Oberbefehlshaber des Heeres abgelöst und in dieser Funktion durch General Cristino Nicolaides ersetzt. Die Ernennung des neuen Präsidenten Reynaldo Bignone, Heeresgeneral im Ruhestand, erfolgt am 22. 6. nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der regierenden Junta.

– F D P. Ein Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei in Hessen faßt in Darmstadt den Beschluß, nach der Landtagswahl im September d. J. die bestehende Regierungskoalition mit der SPD nicht fortzusetzen, sondern nach einem entsprechenden Wahlergebnis ein Bündnis mit der CDU anzustreben. Die Entscheidung fällt mit 169 gegen 129 Stimmen bei einer Enthaltung.

Reagans Flucht nach vorn

Das erste Halbjahr 1982 hat das politische Klima in den USA verändert. Die Friedensdemonstration am 12. Juni in New York – mit knapp einer Million Teilnehmern eine der größten Massenkundgebungen in der Geschichte der USA – und der Rücktritt Alexander Haigs am 25. Juni stehen stellvertretend für diese Veränderung. Im Grunde genommen sind beide Teil ein und desselben Prozesses, der sich als Krise des Reaganismus bzw. des Neokonservatismus bezeichnen läßt.

Die eruptiv sich verbreiternde Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten entzog der „konservativen Erneuerung" eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen, nämlich die stillschweigende Duldung durch die Mehrheit der Bevölkerung. Zugleich und teilweise als Folge dieser Erosion zerbröckelte allmählich der Konsens innerhalb der die Regierung Reagan tragenden politischen Kräftekonstellation. Richtungsdifferenzierungen und -kämpfe waren und sind die unausweichliche Folge; als Mittel zur Bekämpfung der Krise gedacht, laufen sie aber gleichwohl Gefahr, den frühzeitigen Verschleißprozeß der Regierung weiter zu forcieren, da sich im Hintergrund bereits eine bürgerlich-liberale Alternativkoalition aus den Reihen der demokratischen Partei zu formieren beginnt, die ihre politische Kraft aus der außerparlamentarischen Bewegung gegen die Reagansche Wirtschafts- und Militärpolitik schöpft.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Zwischenbilanz zu ziehen, heißt also zugleich, diesen Zusammenhang von Richtungsdifferenzierung und Friedensbewegung näher zu bestimmen.

Im Außenministerium unter Alexander Haig hatte sich schon relativ früh die Einsicht durchgesetzt, daß aus den Fehlern des ersten Amtsjahres gelernt und die „Politik der Stärke" künftig besser „verkauft" werden müsse. Konkret: gegenüber Westeuropa müsse eine konziliantere Bündnisdiplomatie betrieben und Kompromißbereitschaft in Streitfragen (etwa dem Erdgas-Röhren-Geschäft) gezeigt werden, um das übergeordnete Ziel der Restauration amerikanischer Hegemonie nicht frühzeitig zu gefährden; in erster Linie aber sollte die Öffentlichkeit diesseits und jenseits des Atlantik in Fragen der Militärpolitik und der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beschwichtigt werden – dies um so dringender, je breiter die Protestbewegung wurde und je größeren Einfluß sie auf die parlamentarische Opposition in den USA ausübte. Mit großem propagandistischem Aufwand wurden daher Reagans Rüstungskontroll- und Abrüstungsvorschläge (Reden am Eureka-College, 9. Mai, und anläßlich des Memorial Day, 31. Mai) inszeniert.

In den USA verfehlten diese Initiativen die gewünschte Wirkung (von Westeuropa ganz zu schweigen). Weder die Friedensbewegung an der Basis („grass roots") noch die liberale Opposition bürgerlicher Politiker samt der ihnen nahestehenden Presse ließen sich täuschen. Gemeinsam gingen und gehen sie davon aus, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen über strategische Rüstung zwar zu begrüßen sei, den Reaganschen Intentionen aber nach wie vor mit skeptischer Zurückhaltung begegnet werden muß. Erst die Praxis müsse zeigen, ob diese Regierung ernsthaft eine weitere Rüstungseskalation vermeiden oder aber mit scheinradikalen Forderungen die Verhandlungen unterlaufen und zum Scheitern bringen wolle (so z. B. Senator J. W. Fulbright). Die Vorschläge für START (Strategic Arms Reduction Talks) müßten auf alle Fälle korrigiert werden, da sie den USA einseitige Vorteile zuzuschreiben

versuchten und die unterschiedliche Struktur der sowjetischen Rüstung außer acht ließen (z. B. Edmund Muskie). Der Appell zur Rüstungskontrolle sei so lange nicht ernst zu nehmen, wie an qualitativ neuen Waffensystemen (MX-Raketen, B-1-Bomber, Trident II u. a.) festgehalten werde (so z. B. die Senatoren Edward Kennedy, Mark Hatfield und Gary Hart) und mit neuerlich destabilisierenden Raketenabwehrsystemen (ABM) bestehende Verträge in Frage gestellt würden (vgl. den Bericht in der „New York Times" vom 8. 6. 1982).

Des Weiteren stehen flankierend zur Kennedy/Hatfield-Resolution über das Einfrieren aller Atomwaffen verschiedenste Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen im Kongreß zur Diskussion. Beispielsweise der Vorstoß mehrerer Abgeordneter, SALT II wiederzubeleben, der Vorschlag von Senator Alan Cranston, einen umfassenden Atomteststopp-Vertrag abzuschließen und die Produktion atomwaffenfähiger Materialien einzustellen und nicht zuletzt ein vom Abgeordneten Ronald Dellums aus Kalifornien und anderen eingebrachter alternativer Rüstungshaushalt.

Zweifellos wird es sehr schwierig sein, diese Positionen im Kongreß durchzusetzen. Bei der augenblicklichen Machtverteilung erscheint dies gar unmöglich (z. B. lehnte am 9. Juni der außenpolitische Ausschuß des Senats im ersten Kongreßvotum dieser Art die Kennedy/Hatfield-Freeze-Resolution mit deutlicher Mehrheit ab; dagegen wird die von Reagan unterstützte Alternative zu Kennedy/Hatfield, die sog. Jackson/Warner-Resolution, von nahezu zwei Dritteln der Senatoren unterstützt). Aber trotzdem: die Politik ist früher und umfassender als erwartet in Bewegung geraten, und die Regierung erscheint erheblich verunsichert angesichts der im November anstehenden Teilwahlen zu Senat und Repräsentantenhaus. Die Friedensbewegung wird für diese Wahlen „friedenspolitische Bausteine" zur Diskussion stellen und die Kandidaten eingehend zu ihren außen- und militärstrategischen Vorstellungen befragen. Sie hat daher diese Wahlen unter das Motto gestellt: „We will remember in November."

Die Reagan-Regierung hat zwischenzeitlich vollauf bestätigt, wie berechtigt dieses Mißtrauen ist. Noch nicht einmal zwei Wochen lagen zwischen dem theatralischen Abrüstungsbekenntnis und Reagans neuerlichem Aufruf zum weltweiten Kreuzzug gegen den Kommunismus, den er – so seine Londoner Rede – am liebsten auf dem „Abfallhaufen der Geschichte" sähe. Mit dieser Rede wurde ein Zeichen gesetzt: offenbar hatten die beständigen Angriffe der neokonservativen Rechten (Kirkpatrick, Weinberger, Clark) gegen die taktische Flexibilität des Außenministeriums Erfolg. Die Parole scheint zu lauten: angesichts des Widerstands die eigenen Reihen enger schließen und zur Gegenoffensive übergehen, um mit neuerlicher Konzentration aller Kräfte das Blatt noch einmal zu wenden.

Die programmatische Ratio dieser Flucht nach vorne ist in einem Dokument des Pentagon festgelegt: „Verteidigungsleitlinien für die Haushaltsjahre 1984–88" *(Fiscal Year 1984–88 Defense Guidance).* Der bisher unveröffentlichte 125-Seiten-Text trägt laut „New York Times" die Handschrift Caspar Weinbergers, des Vereinigten Generalstabes sowie zahlreicher ziviler und militärischer Politikplaner. In dieser Studie wurden die grundsätzlichen militärstrategischen Überlegungen der Regierung Reagan erstmals umfassend und verbindlich fixiert; sie wird den Budgetanforderungen des Pentagon in den nächsten fünf Jahren zugrundeliegen. Der auszugsweisen Veröffentlichung der Studie in der „New York Times" vom 30. Mai 1982 ist folgendes zu entnehmen:

Militärstrategisch gesehen handelt es sich bei diesem Fünfjahresplan um die detaillierte Ausarbeitung der Anforde-

rungen an eine sog. „war-winning-strategy". Die USA müßten künftig in der Lage sein, auf allen vorstellbaren „Konfliktebenen" vom Guerillakrieg bis hin zu einem Atomkrieg langer Dauer („protracted conflict") die UdSSR entscheidend zu besiegen. Die USA sollten an verschiedenen Kriegsschauplätzen in der ganzen Welt gleichzeitig kämpfen können; im Falle eines Nuklearkrieges sollten amerikanische Waffen und Streitkräfte „die *gesamte* sowjetische (und sowjetalliierte) militärische und politische Machtstruktur ausschalten" können. Im Unterschied zu Carters Direktive 59 wird also nicht mehr von „selektiven Schlägen" ausgegangen, sondern von der möglichst frühzeitigen und umfassenden Zerstörung der sowjetischen Gesellschaft.

Die bereits in die Wege geleitete Aufrüstung erscheint konsequenterweise nur als Anfang: z. B. sollen von 1984 bis 1991 (!) die Armeedivisionen von 16 auf 25 aufgestockt werden, die Zahl der Großraumflugzeuge für den Truppentransport von 304 auf 632, die strategischen Bomber von 290 auf 483, die der Luftwaffe zugeordneten Interkontinentalraketen von 1029 auf 1254.

Die aktuellen Differenzen innerhalb der US-Regierung entzündeten sich offenbar weniger an diesen Optionen künftiger Kriegsführung als vielmehr an den Konsequenzen der „Siegstrategie" für die Politik in Friedenszeiten. Der Fünfjahresplan stellt nämlich unmißverständlich fest, daß allein ein neuer Kalter Krieg die Bedingungen schaffen könne, um die UdSSR in eine ausweglose Defensivposition zu bringen und so erpreßbar zu machen:

1) Die westliche Handelspolitik sollte den größtmöglichen Druck auf die UdSSR ausüben. „Als Ergänzung der Militärstrategie in Friedenszeiten ... sollten die USA und ihre Verbündeten der UdSSR faktisch den wirtschaftlichen und technischen Krieg erklären." Insbesondere sollten die USA Waffen entwickeln, auf die die Sowjetunion nur „schwer eine Antwort finden kann, die ihr unverhältnismäßige Kosten auferlegen, neue Gebiete einer umfassenden militärischen Konkurrenz eröffnen und frühere sowjetische Investitionen obsolet machen." Diese Maßnahmen würden zugleich die sowjetische Wirtschaftsmacht aushöhlen. Selbstverständlich bleibt aus dieser Perspektive kein Raum für das europäisch-sowjetische Erdgasgeschäft – das Haig aus taktischen Gründen zu tolerieren bereit war. Mit seiner jüngsten Entscheidung über einen amerikanischen Liefer- und Lizenzboykott unterstützte Reagan die Pentagon-Position und erteilte Haig eine Absage.

2) „Spezielle Operationen", wie „Untergrundkampf, Sabotage und psychologische Kriegsführung" sollten verbessert werden – „insbesondere in Osteuropa" (!). Wie die Londoner Rede zeigt, steht Reagan dieser Variante des weltweiten Kreuzzuges gegen den Kommunismus noch immer näher als der von Haig favorisierten taktischen Zurückhaltung (in europäischen Krisengebieten). In der Praxis liefe diese Haltung u. a. auf eine risikoträchtige Eskalation der Krise in Polen hinaus.

3) Nach wie vor erscheint der Persische Golf als Krisengebiet erster Ordnung. Oberster Grundsatz der Nahostpolitik sollte daher die antikommunistische und antisowjetische Allianzbildung in der Region bleiben – auch um den Preis eines (begrenzten) politischen Konflikts mit Israel. Im Unterschied zu Weinberger forderte Haig die unbedingte Solidarität mit Israel, auch in dessen Vernichtungskrieg gegen die PLO. Das Pentagon hingegen geht davon aus, daß die israelische Konfrontationspolitik auf Dauer der amerikanischen Position im arabischen Lager erheblichen Schaden zufügen kann und plädiert daher für einen stärkeren Druck auf Israel.

Auch hier handelt es sich wohlgemerkt um einen taktischen Konflikt mit Haig.

Das Pentagon scheut gleichermaßen den offenen Konflikt mit dem strategisch wichtigen Israel und fordert daher im Fünfjahresplan, daß amerikanische Truppen zu jeder Zeit zur Intervention im Nahen Osten bereit und fähig sein sollten „und nicht auf die Einladung einer befreundeten Regierung warten sollten, was die bisher öffentlich vertretene Politik war".

Zusammenfassend läßt sich daher feststellen: der Fünfjahresplan kommt – so die Physiker Hans A. Bethe und Kurt Gottfried in der „New York Times" vom 10. 6. 1982 – „einer Kriegserklärung an die Sowjetunion" sehr nahe und beschränkt die Rolle der Diplomatie, das klassische Aufgabenfeld des Außenministeriums, auf ein Minimum. Reagans Votum für wichtige Teilaspekte dieser Studie und die Summe taktischer Differenzen mit der Gruppe um Weinberger zwangen Haig schließlich zum Rücktritt. Hatte er bereits in der Vergangenheit gegenüber Weinberger zurückstecken müssen (etwa im Fall der sog. „Nulloption" für Mittelstreckenwaffen und bei der neuerlichen Ankündigung der Neutronenwaffe), so unterlief Reagans Verhalten im Erdgasgeschäft und sein Taktieren gegenüber Israels Krieg im Libanon erneut die Position des Außenministeriums.

Ironischerweise mußte der zivile General Haig mit seinem Rücktritt die Konsequenz aus einer Entwicklung ziehen, die er als Militär in der Vergangenheit selbst nach Kräften unterstützt hatte: nämlich die Verlagerung der außenpolitischen Planungs- und Entscheidungskompetenz vom State Department ins Pentagon. Auch Cyrus Vance hatte 1980 aus anderem Anlaß, aber den gleichen Gründen diesen Schritt getan (man lese nur einmal Brzezinskis Erinnerungen zum Kommandounternehmen im Iran).

Ob damit die internen Differenzen endgültig zugunsten der „Hardliners" beigelegt sind, kann augenblicklich nicht beurteilt werden. Gleichermaßen ist fraglich, ob die schwindelerregenden Planziffern des Fünfjahresplanes ökonomisch und politisch überhaupt realisierbar sind. Unzweifelhaft ist dagegen, daß die amerikanische Friedensbewegung im Gefolge dieser Richtungsdifferenzierung vor neuen und nicht gerade leichteren Aufgaben stehen wird. Immer dringender wird die Antwort auf drei strategisch entscheidende Fragen: wie kann *erstens* eine innerhalb von 18 Monaten entstandene Massenbewegung strukturiert und dauerhaft gefestigt werden, welche lokalen und regionalen Organisationsformen ermöglichen einen überregionalen Zusammenhang (ein klassisches Problem der demokratischen Bewegung in den USA)? Wie gelingt es *zweitens*, die rassischen Minoritäten über eine Verknüpfung von Sozial-, Wirtschafts- und Rüstungspolitik organisch in die bisher von Weißen dominierte Bewegung zu integrieren? Und schließlich *drittens:* wie ist zu vermeiden, daß der bisher erfolgreich ausgeübte Druck auf bürgerlich-liberale Politiker und die demokratische Partei – zweifellos eine Stärke der amerikanischen Friedensbewegung – von jenen umgebogen wird zu einer wahltaktischen Instrumentalisierung der Friedensbewegung und ihrer Integration in ein politisches System, das dem prinzipiellen Ziel der Abrüstung noch immer diametral entgegensteht?

Prognosen über die weitere Entwicklung sind augenblicklich kaum möglich – und darüber hinaus wenig sinnvoll. Wichtiger ist m. E., im Auge zu behalten, daß die Krise des Reaganismus noch lange nicht bedeutet, daß rechte oder rechtsradikale Positionen in Zukunft nicht mehr mehrheitsfähig seien: gerade in anhaltenden Krisenperioden besteht stets die Gefahr, daß sich diese aufs neue formieren. Derartiges zu verhindern, ist die amerikanische Friedensbewegung angetreten – und sie hat es in kürzester Zeit geschafft, die Kampfbedingungen und Erfolgsaussichten für die demokratische Bewegung entscheidend zu verbessern. Dies allein ist

bereits ein wesentlicher Fortschritt, eine am Wahltag Reagans kaum für möglich gehaltene Entwicklung. Der Wind hat sich gedreht, aber eine Entscheidung ist noch keineswegs absehbar.

Bernd Greiner

Operation '83 Anfang vom Ende?

Wie lange hält die Bonner Regierungskoalition noch? Die Querelen um Finanzierung und Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts für das kommende Jahr, die erneute Wahlniederlage der SPD in Hamburg und die auf die Landtagswahlen im Herbst bezogene Koalitionsaussage der hessischen FDP zugunsten der CDU rückten die Erörterung dieser Frage in den Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion und Berichterstattung der letzten Wochen. Immer häufiger wurde in diesem Kontext die Vermutung geäußert, daß damit „die Schlußrunde für das Bonner Bündnis" eingeläutet worden sei und der „Streit um die Staatsschulden" den letzten „Anstoß zur politischen Wende im Bund" abgeben könnte („Der Spiegel", 25/1982). Derartige Spekulationen über einen unmittelbar bevorstehenden Regierungswechsel scheinen sich vorerst allerdings nicht zu bestätigen: Die sog. Operation '83, der vermeintliche Testfall für die politische Stabilität der Koalition, ist mit dem Anfang Juli ausgehandelten Kompromiß über die „Eckwerte" des kommenden Haushaltes einstweilen „geglückt".

Der heftige und bisweilen an die verbliebene Substanz der sozialliberalen Koalition gehende Streit hatte sich vor allem an haushaltspolitischen Detailfragen (wie z. B. der Höhe der Neuverschuldung oder des Umfangs des Sozialabbaus) entzündet. Daß der wirtschafts- und sozialpolitische Restriktionskurs der letzten Jahre auch weiterhin nicht zur Disposition stehen würde, war demgegenüber bereits im Vorfeld der diesjährigen Etatberatungen von Vertretern beider Parteien klargestellt worden. So ließ der FDP-Vorsitzende Genscher frühzeitig verlauten, der Haushalt müsse „solide finanziert" werden, „und das kann nur geschehen, wenn man auch die Bereitschaft hat, in Leistungsgesetze einzugreifen" (zit. n. FAZ v. 21. 6. 1982). Und Finanzminister Lahnstein (SPD) betonte: „Auch für '83 müssen Subventionen und Leistungsgesetze angegangen werden . . . Wir müssen zusätzlich in gesetzliche Verpflichtungen eingreifen." („Der Spiegel", 21/1982). So verwundert es nicht, daß weitere drastische Leistungskürzungen im Sozialbereich und neue gravierende finanzielle Belastungen der privaten Haushalte im Mittelpunkt der nun vorliegenden Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung stehen (vgl. FAZ v. 2. 7. 1982):

1. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird erneut um 0,5 % auf nunmehr 4,5 % angehoben. Der Bundeshaushalt soll, da sich dadurch der Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit verringert, auf diesem Wege um mehr als 3 Mrd. DM entlastet werden.

2. Die Beiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung und an die Krankenversicherung für die Arbeitslosen abzuführen hat, sollen demgegenüber drastisch gekürzt werden. Als Bemessungsgrundlage dient künftig nämlich nicht mehr das gesamte bisherige Bruttoeinkommen, sondern nur noch 70 % des letzten Bruttoverdienstes. Dadurch sollen weitere 3,3 Mrd. DM eingespart werden. Außerdem ist vorgesehen, dieses Bemessungsmodell, das die Höhe der zukünftigen Rente des betroffenen Personenkreises negativ beeinflussen

wird, auch auf die Ausbildungszeit und die ersten fünf Pflichtversicherungsjahre auszudehnen. Dies würde zu einer massenhaften Herabsetzung künftiger Rentenansprüche führen.

3. Die Rentner selbst werden ab 1983 durch die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages, der von einem Prozent der Rente bis 1986 auf vier Prozent erhöht werden soll, zusätzlich belastet. Erwartete Mehreinnahme der Rentenversicherung: 1,3 Mrd. DM.

4. Im Bereich der Krankenversicherung schließlich ist der Einstieg in eine umfangreiche Selbstbeteiligung der Versicherten im Krankheitsfall mit den vorliegenden Beschlüssen endgültig gelungen. In der ersten Woche eines Krankenhausaufenthaltes hat der Versicherte zukünftig fünf Mark pro Pflegetag aus eigener Tasche zu zahlen. Für Kuren ist gar eine Selbstbeteiligung von 10 DM pro Tag vorgesehen. Gleichzeitig wird sich die Rezeptgebühr von 1,50 DM auf 2 DM erhöhen; sog. Bagatellarzneimittel sollen fortan von den Sozialversicherten sogar vollständig selbst bezahlt werden.

Das vorgebliche Hauptziel auch dieser „Operation", die Eindämmung der Neuverschuldung und Konsolidierung des Haushaltes, ist allerdings nur auf dem Papier und nur um den Preis völlig unrealistischer Wachstumsannahmen für die kommenden beiden Jahre erreicht worden. Der regierungsoffiziellen Annahme eines realen Sozialproduktwachstums von 1,5 % in diesem und gar 3 % im nächsten Jahr stehen Einschätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute gegenüber, die für 1982 einen realen Rückgang des Sozialproduktes um 0,5 % und für 1983 einen leichten Anstieg von 1,5 % ausweisen (vgl. FAZ v. 29. 6. 1982). Die Vermutung, daß sich schon sehr bald neue Haushaltslöcher in Milliardenhöhe auftun werden, die nur durch einen weiteren Nachtragshaushalt gedeckt werden könnten, ist also durchaus nicht aus der Luft gegriffen.

Sicher ist auch, daß die neuen und einschneidenden finanziellen Belastungen, die großen Teilen der Bevölkerung abermals aufgebürdet werden sollen, verheerende Wirkungen auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs, der bereits seit geraumer Zeit rückläufig ist, und damit auf die binnenwirtschaftliche Konsumnachfrage haben werden. Da auch zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen des Staates im Haushaltskompromiß nicht vorgesehen sind, entfallen die entscheidenden Voraussetzungen für eine schnelle konjunkturelle Belebung. Die von der Bundesregierung bislang praktizierte Gewinnstabilisierung insbesondere über Investitionszulagen erweist sich in Anbetracht einer Kapazitätsauslastung von nur 78 %, einer ohnehin stabilen Gewinnsituation der Großunternehmen und eingeschränkter Absatzmöglichkeiten auf dem inneren Markt hingegen immer wieder als unwirksam, ja krisenverschärfend. Während viele kleine und mittlere Unternehmen in dieser Situation Konkurs anmelden müssen (1281 Firmen allein im April 1982) und die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe gehen, verwenden die verbliebenen finanzstarken Unternehmen ihre Gewinne in der Regel für Rationalisierungen, Auslandsinvestitionen und finanzkapitalistische Operationen – nicht etwa für arbeitsplatzbeschaffende Erweiterungsinvestitionen.

Diese die Inlandsnachfrage vernachlässigende und damit die Krise verschärfende Wirtschaftspolitik korrespondiert mit einer zunehmenden und gezielten staatlichen Förderung der Expansionskraft der exportorientierten westdeutschen Konzerne. Die hinter den verharmlosenden Stichworten „Modernisierung der Volkswirtschaft" und „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt" stekkende ökonomische, politische und zunehmend auch militärische Expansion nach außen ergänzt und prägt somit die

durch die Operation '83 abermals erneuerte Restriktionspolitik nach innen.

Mit dieser Fortsetzung des Frontalangriffs auf das System der sozialen Sicherung und die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung wird sich mit Sicherheit nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Krise, deren fortgeschrittenster Ausdruck der rapide Verfall sozialdemokratischer Integrationskraft und sozialliberaler „Gemeinsamkeiten" ist, weiter zuspitzen. Der äußerst mühsam zustande gekommene Haushaltskompromiß darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die kapitalverbundenen Kräfte in der FDP – Genscher, Lambsdorff, Möllemann, Gries, Scheel – ganz offensichtlich bemüht sind, die für die weitere Existenz der Partei günstigsten Rahmenbedingungen für einen baldigen Ausstieg aus der Koalition zu schaffen. Mit der klaren Koalitionsaussage der hessischen Liberalen zugunsten der CDU ist der erste große Schritt in diese Richtung bereits getan, und auch die akrobatischen Rechtfertigungsversuche der Herren Mischnick und Gries – „Wir wollen aus Hessen heraus die Position der sozialliberalen Bundesregierung stärken" („Der Spiegel", 25/1982) – können nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit der Anfang vom Ende dieser sozialliberalen Koalition eingeläutet worden ist. Walter Scheel brachte die Konsequenzen dieses Schrittes trefflich auf den Punkt: „Wir können den Kurswechsel in Hessen nur machen als Beginn einer großen Wende. Dann ist das auch politisch zu motivieren." („Der Spiegel", 25/1982).

Dem sofortigen Vollzug dieser politischen „Wende gegen das allgemeine Anspruchsdenken" (Genscher) steht derzeit vor allem der zu erwartende parteiinterne Widerstand und die Sorge, „ob genügend Wechselwähler den Schritt genügend schnell honorieren würden" (FAZ v. 2. 7. 1982), entgegen. Meinungsumfragen deuten nämlich bislang darauf hin, daß die FDP trotz oder gerade wegen des politischen Schwenks in Hessen mit weiteren Stimmeneinbußen rechnen muß (vgl. „Stern", 27/1982). Das wäre allerdings existenzbedrohend für diese Partei. So ist zu erwarten, daß die Liberalen den Sommer nutzen werden, um sowohl in ihrer eigenen Partei als auch „draußen im Lande" den politischen Wechsel zu popularisieren und ideologisch abzusichern.

Ein solcher Schwenk der FDP nach Rechts wäre der seit der Kanzlerkandidatur von Strauß energischste Versuch, dem von der sozialliberalen Koalition in den letzten Jahren praktizierten monetaristischen bzw. „angebotsorientierten" Wirtschaftskonzept die adäquate politische Herrschaftsmethode beizufügen. Der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre vollzogenen konservativen Wende in der Wirtschaftspolitik unter sozialdemokratischer Führung würde die konservative Wende in der Politik und Herrschaftssicherung unter Ausschaltung der Sozialdemokratie folgen. Der SPD seien – meint der FAZ-Kommentar zur „Operation '83" – „Änderungen am Sozialsystem, die zu mehr Eigenverantwortung führen, kaum abzutrotzen." (FAZ v. 3. 7. 1982). Dies aber ist das aktuelle Hauptziel der Herrschenden: „Die Sozialleistungen müssen auf Jahre hinaus langsamer steigen als das Sozialprodukt." (FAZ v. 11. 6. 1982). Wer sich diesen „Zeichen der Zeit" widersetzen will und seine Aufgabe in der Regierung vorwiegend darin sieht, „den Sozialaufwand zu Lasten der investiven Verwendung der wirtschaftlichen Ressourcen hochzuhalten", dem wird „nur eine kurze Amtszeit beschieden sein." (Ebd.)

Die SPD wird diesen geforderten Kurs des forcierten Sozialabbaus, der Außenexpansion und der Aufrüstung schon deshalb auf die Dauer nicht mehr zufriedenstellend mitvollziehen können, weil er perspektivisch nur um den Preis der Konfrontation mit den Gewerkschaften, großen Teilen der Sozialdemokratie selbst und den demokratischen Bewegungen

weiterverfolgt werden kann und damit zwangsläufig die soziale Basis der sozialdemokratischen Variante der Integration, die ihre Kraft ja vornehmlich aus ihrem reformpolitischen Anspruch speiste, unterminieren muß. Eine für die Herrschenden gangbare Alternative hierzu deutet sich in dem Versuch an, eine aggressive, gegen gewerkschaftliche Interessen im weitesten Sinne gerichtete und weite Teile der Mittelschichten ansprechende rechtskonservative Integration unter Führung der CDU/CSU aufzubauen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits in vollem Gange. Die Massendemonstrationen am 5. 6. in Bonn und München weisen recht nachdrücklich darauf hin, daß die Unionsparteien zur Mobilisierung, Aktivierung und Erweiterung des rechten Potentials gegen die demokratischen Bewegungen in unserem Land übergehen.

Die ideologischen Versatzstücke einer solchen Blockbildung gegen den gesellschaftlichen Fortschritt liegen auch bereits parat: „Risikobereitschaft und Leistungswillen sind zu belohnen. Den Bequemen müssen Wohlstandseinbußen zugemutet werden, der Fleißige soll verdienen." (FAZ v. 11. 6. 1982) Und: „Freiheit herrscht nur dort, wo die NATO ihre Stärke zeigt. Freiheit gehört auch in den Osten. Freiheit ist allerdings nicht umsonst zu haben. Für dieses hohe Gut müssen wir alle geradestehen: mit Arbeit, mit Geld und mit unserem Leben." (Flugblatt der CDU Bochum zur Bonner Demonstration am 5. 6.)

Es wäre falsch, würden die demokratischen Kräfte die Erfolgsmöglichkeiten dieser Bemühungen um den Aufbau einer rechtskonservativen Massenbasis unterschätzen. Im Gegenteil müssen die Tendenzen einer politischen Rechtsentwicklung in unserem Land die demokratischen Gegenkräfte geradezu dazu herausfordern, ihren Widerstand gegen Sozialabbau, „Nachrüstung", Umweltzerstörung usw. zu vereinheitlichen und ihm eine stärkere Stoßrichtung gegen Rechts, gegen die Durchsetzung reaktionärer Politik zu geben.

Ulrich Dolata

„Frieden in Freiheit"

Selbstverständlich ging es den „C"-Parteien auch bei ihrer gemütlichen Bonner Demonstration zur Reagan-Visite um *„Frieden und Freiheit"* – immer in einem Atemzug. Seit Jahr und Tag trompeten die amerikahörigen und amerikagläubigen und also ganz unkritischen „C-"Parteien diesen ihren naiven Dauerslogan in die Ohren der Bürger dieser Republik und auch jener jenseits des Atlantik, um sich (auch) dem erzreaktionären Präsidenten aus Kalifornien mit seinem politischen Weltbild aus den 50er (Dulles-Adenauer-)Jahren als zuverlässig(st)er Kriegsverbündeter gegen die leider noch immer so gottlose Sowjetunion zu empfehlen. Diese verführerische Sache *„Frieden in Freiheit"* scheint ja sonnenklar zu sein: ein Friede für die „freie Welt des Westens" läßt sich allein „in Freiheit" als wünschens- und erstrebenswert vorstellen; ein Lump, wer das nicht einsehen wollte. . .

Das hört und liest sich zum Beispiel so: „Nicht einmal für das Überleben wäre die Unterwerfung unter ein totalitäres System eine Garantie. Dies sollten jene bedenken, die bereit sind, auf die Menschenrechte zu verzichten, um ihr eigenes Leben zu retten. . . "[1]) Also: wie, zum Bei-

1) „Zum Thema Frieden" – Dokumentation über Abrüstungsinitiativen der CDU/CSU; sowie die Broschüre: „Frieden und Freiheit"; die Argumente der CDU zur akutellen Friedensdiskussion. Herausgegeben von der CDU-Geschäftsstelle in Bonn, 1981/82 (beinahe auf einer jeden Seite).

spiel, Professor Carl Friedrich v. Weizsäcker, der sich in seinem Grundstück bei Starnberg einen „Schutzbunker" hat bauen lassen, um in einem Atom-Verteidigungs- und „Befreiungs"krieg zu überleben; was Eugen Kogon zu der Bemerkung veranlaßte: „Mehr als wir alle weiß doch *er*, daß es in den betroffenen Gebieten keine Chance lebenswerten Überlebens gäbe. Man kann nur hoffen, sofort tot zu sein, um nicht mehr oder minder gräßlich leiden zu müssen."[2])

Das heißt doch wohl: Im Verteidigungsfall mit atomaren und binären Massenvernichtungs„waffen" gibt es auch für die in – angeblich atombombensicheren – Bunkern Überlebenden kein lebenswertes Dasein im Augenblick, wo das Inferno vorüber ist, die Eingebunkerten sich ans atomar verseuchte Tageslicht wagen, um sich blicken und –, ja, was sehen und erleben sie alsdann? Millionen von Leichen? O nein, durchaus nicht; sie sehen und stehen auf Millionen von Kreisen aus feiner weißer Asche – wie einst amerikanische Wissenschaftler in Hiroshima und Nagasaki unmittelbar nach dem Höllenbrand. Dann also wollen die Überlebenden „in Freiheit" *neu* zu leben beginnen; oder, vielleicht – wer weiß das im voraus? – auch „in Unfreiheit", unter einem „totalitären System"? Und die Frage ist bereits heute: wie machen sie das? Wie fangen sie es in „Freiheit" oder in „Unfreiheit", unter welchem System auch immer, überhaupt an, weiterzuleben? *Ohne* die Millionen atomar Verbrannten, *mit* den weiteren Millionen entsetzlich Verstümmelten, Leidenden und Dahinsterbenden? Zum Beispiel die Regierenden, Bundeskabinett, Bundestag, Bundesrat, ein halbes Dutzend Generale, Physiker, Biologen, die im Felsenbunker Dernau in der Eifel den atomaren Holocaust lebendigen Leibes überstanden haben? Woher nehmen die also Überlebenden dann den sittlichen Mut, die sittliche Berechtigung, ihr „neues Leben" zu planen, in Gang zu setzen, und: für *wen*? Für sich selber, für die Toten, für die Siechenden, die Sterbenden? Wie könnte das aussehen, *nach* dem atomaren „Verteidigungsfall", unter welchem System der „Freiheit" oder „Unfreiheit"? Die Phantasie versagt – dies ist Stoff für einen Science-fiction-Roman.

Politiker heute, auch nur mit leidlicher Vernunft und Humanitas begabt, verbieten es sich nicht grundlos, über diesen „Fall" und ihren moralischen und sittlichen Verfall nachzudenken. Es würde sich lohnen, die Kriegstreiber in Washington und bei der NATO in Brüssel (um von Bonn ganz zu schweigen) danach zu fragen. „Die Lebenden werden die Toten beneiden". Dieses wahre Wort des Nikita Chruschtschow, vor genau zwanzig Jahren zu dem amerikanischen Präsidenten J. F. Kennedy gesprochen, gewinnt immer mehr an Gewicht; und ich möchte den Politiker, welcher Bonner Partei auch immer, sprechen, der seine Kinder und Enkel nicht zu den Überlebenden zählen möchte; und nach Möglichkeit auch sich selber.

Die „Freiheits"-Dauerrede der „C"-Parteien entlarvt sich also als eine hochideologische Rede, die sich weiterhin so anhört: „Für die CDU, und gleiches gilt auch für die CSU, bilden Friede und Freiheit eine unlösbare Einheit. Beide sind für die CDU(und CSU) in gleicher Weise durch die . . . Sowjetunion bedroht."[3]) Aha, also allein und jedenfalls durch die immer böse und teuflische Sowjetunion. Nicht etwa durch die militante und kriegslüsterne Reagan-Administration, wo – das wissen wir seit Vietnam und Watergate – unvergleichlich mehr gelogen und getäuscht wird also irgendwo sonst auf der Welt. „Friede und Freiheit" sind (also) nicht durch Kriegspläne des Pentagon und der NATO bedroht, – so die „C"-Parteien. Ob sie es damit ehrlich meinen?

2) Eugen Kogon, Notizen zur Rüstungsproblematik, in: „Frankfurter Hefte", 4/1982, S. 4.

3) Siehe Anm. 1 am gleichen Ort.

Kaum zu vermuten: soviel *Naivität* wagt man auch „C"-Politikern nicht zuzutrauen!

Keinen Augenblick lang wird an „Watergate" und „Vietnam" gedacht. Dort gab es einmal, kurz nach 1945/46, ein ungeteiltes Indochina unter Ho Chi Minh, *pater patriae* aller Indochinesen, so lange die Franzosen ihn gewähren ließen (und die Amerikaner noch nicht in Sicht waren). Die von ihm proklamierte Verfassung orientierte sich an der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juni 1776: „Ausgegangen wird von den ‚selbstverständlichen Wahrheiten', daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören." (Farbige ausgenommen, versteht sich!) Diese Freiheit, dieses Leben, dieses Streben nach Glück haben zuerst die Franzosen und später eine halbe Million Amerikaner bis auf den Grund zerbombt, politisch und moralisch vernichtet und zerstört. Dieser Ho Chi Minh war ein „moskauhöriger" Kommunist? Eben das war er nicht; er war ein freiheitlicher Kommunist mit hohen Idealen; unter ihm wäre ganz Indochina glücklich und wohlhabend geworden. Und es gab einmal, in den ersten 70er Jahren, eine frei gewählte sozialistische Regierung Allende in Chile; sie wurde auf Geheiß von Präsident Nixon und von Henry Kissinger durch das Zusammenspiel von CIA und ITT zerstört, und an ihre Stelle trat das faschistische Regime des Pinochet – bis heute.

So könnte man, vor allem im Blick auf Lateinamerika, Dutzende von Beispielen (seit der Monroe-Doktrin von 1823) anführen, um zu zeigen, daß Washington niemals für die Freiheit der *Völker* eingetreten ist, sondern stets sich nur für „freie Märkte" und „free enterprise" (freies Unternehmertum), für freien Dollarzu-und-mehr noch: -abfluß interessiert hat – zum Wohl der amerikanischen Geschäfte. Wie Präsident Calvin Coolidge es Mitte der 20er Jahre unseres Jahrhunderts formuliert hatte: „The Business of the United States ist business!" (Die Sache der Vereinigten Staaten ist das Geschäft!) Darüber hat es unter wissenden und selbstkritischen Amerikanern niemals Zweifel gegeben: die United States verstehen sich als ein Land der Geschäfte, wo Freundschaften gekauft werden – und sonst gar nichts. Das konnte man auch im Iran des davongejagten Schahs sehen – ebenso in der Installierung, Duldung und Förderung einer vierzigjährigen Somoza-Unterdrückungsherrschaft in Nicaragua bis 1979.

Nein, nichts da von den fort und fort von den amerikagläubigen „C"-Parteien beschworenen „christlich-abendländischen Werten", die uns angeblich mit den Vereinigten Staaten zu einer „Schicksalsgemeinschaft" verbinden. Die Vereinigten Staaten denken in ihren politischen Führungsschichten (und in diesen ja nicht allein) extrem selbstsüchtig und selbstgerecht, niemals sozial und human *gerecht* mit dem Blick auf andere. Nicht grundlos heißt der oberste Fetisch „unsere nationale Sicherheit" und „unsere vitalen Interessen"; in anderen Kategorien zu denken, ist Amerikanern (mit ruhmreichen Ausnahmen) ganz unmöglich. Dies ist längst Millionen von Europäern hell bewußt geworden, weshalb sie auch von Amerika als unserer „Schutzmacht" nichts mehr halten. Die weltfremde Freiheitsideologie der „C"-Parteien will von alledem natürlich nichts wissen. Die Verblendung sitzt tief, die Ignoranz noch tiefer.

Dennoch: Kein noch so bescheidenes Nachdenken irritiert diese hochideologische „C"-Rede über „Friede in Freiheit" – samt Menschenwürde, Menschenrechten; kein noch so sparsamer Blick wird verwendet auf die Tatsächlichkeit und die Folgen eines atomaren und binären „Schlagabtauschs" auf bundesdeutschem und europäischem Boden. Das an-

tiquierte Feindbild „Sowjetunion" (samt „Polen" und „Afghanistan") muß intakt bleiben, zumal im Blick auf die Bundeswehr, die ein „Feindbild" benötigt, wird in den „C"-Parteien behauptet. Verboten simpel wird unterstellt, in und nach einem atomaren Massenvernichtungsunternehmen ließe sich ein „Friede in Freiheit" bewahren oder (auf welche Weise wohl?) wiederherstellen. Doch davon kann, realistisch denkend, überhaupt keine Rede sein: ein solcher „Schlagabtausch" – gar von längerer Dauer – zerstört im Augenblick seines Geschehens die gemeinte Freiheit von Millionen; zerstört im Augenblick des Geschehens das oberste Menschenrecht: das Recht auf unversehrtes Leben. Die Menschen hierzulande, in den Niederlanden, in den Vereinigten Staaten, auch in Japan, die sich in den Friedensbewegungen finden, wissen das alles auch längst; den anderen, den noch Unwissenden sind die Zusammenhänge ungeschönt und unideologisch bewußt zu machen.

Doch das Verlangen nach unversehrtem Leben und Überleben – auch ohne atombombensichere Bunker – wird von den „C"-Parteien als unmoralisch diffamiert. Es könnte ja, so das klischeehafte Pseudo-Argument, „Moskaus Sache" dienen. Nun – und wenn schon? Wen stört denn das? Nur Ideologen und Verblendete. Wer christlich und realistisch denkt, erkennt eine verbindliche Schicksalsgemeinschaft viel deutlicher zwischen der Sowjetunion und uns. Seriöse Politiker und aufrichtige Nachdenker wie Falin und Arbatow, wie Sagladin, Samjatin und Semjonow (dieser zur Zeit Botschafter in Bonn wie Falin zuvor) bekunden eine viel größere politische Sensibilität für Europa und die Bundesrepublik als amerikanische Politiker, zumal in der Reagan-Administration. Erst kürzlich beklagten drei Bonner Amerikafahrer (Peter Männing, SPD; Franz Ludwig Graf v. Stauffenberg, CSU; Wolf-Dieter Zumpfort, FDP) „die mangelnde Bereitschaft" amerikanischer Politiker und Journalisten, „sich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik und in Europa" zu befassen. Männing sprach sogar von einer „bestürzenden Atmosphäre der Feindseligkeit", die ihm in Washington begegnet sei („Süddeutsche Zeitung" vom 7. Mai 1982).

Nur Amerika-Ignoranten können sich hierüber verwundern: einer der auffälligsten Züge amerikanischen Denkens ist ja, es wurde schon gesagt, die penetrante Selbstgerechtigkeit – neben der Erfolgssucht. Hiervon zeugt eine mehr als zweihundertjährige amerikanische Historie. Wenn deutsche Politiker in Washington die Worte „Entspannung" und „Dialog" (mit der antagonistischen Supermacht Sowjetunion) auch nur in den Mund nehmen, erregen sie, selbstverständlich, großes Ärgernis; bestensfalls stoßen sie auf Unhöflichkeit und Schweigen. So ist es diesen drei Bonner Reisenden offenkundig ergangen; und sie sollten das nicht zuvor gewußt haben? Kaum zu glauben! Die Reagan-Administration will, gemeinsam mit SACEUR in Brüssel, Westeuropa und die Bundesrepublik Deutschland zum Glacis eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion (bzw. den Warschauer Pakt) machen – und Bonner Politiker sollten das noch immer nicht begreifen? Wer kann ihnen soviel Naivität zugestehen?

„Friede in Freiheit": eine schöne, erstrebenswerte Sache. Doch weder mit der Androhung eines „Erstschlages" noch mit der Verteidigung mittels ABC-Massenvernichtungsmitteln können Friede und Freiheit bewahrt oder wiederhergestellt werden. Unsere Rettung liegt allein in der radikalen Rüstungs*verweigerung* – statt einer ja doch nicht funktionierenden Rüstungskontrolle –, wie Alfred Mechtersheimer sie vorschlägt und propagiert[4]).

Regina Bohne

4) Alfred Mechtersheimer, Rüstungsverweigerung statt Rüstungskontrolle, in: Walter Jens (Hrsg.), In letzter Stunde, München 1982, S. 79 ff.

Atomsprengköpfe auf dem Boden des Südatlantik?

Die Krankheit schleicht sich unbemerkt heran. Wie soll auch jemand an der afrikanischen bzw. an der südamerikanischen Küste merken, daß die Leute in irgendeinem Städtchen oder Dorf krankheitsanfälliger geworden sind, daß sie öfter Schwächeanfälle haben, wer soll dort die ersten Anzeichen der Leukämie oder des Sarkoms erkennen? Es gab ja schließlich keine Atomexplosion. Aber die Ursache dieser Leiden kann trotzdem in Kernwaffen stecken, die die Tory-Regierung an Bord ihrer Schiffe mit sträflichem Leichtsinn zur Abschreckung in den Südatlantik schickte.

Darüber unterhielt ich mich am letzten Tag eines Aufenthalts in Buenos Aires mit argentinischen Freunden. In London erinnert man sich jetzt höchst ungern daran, wie man vor wenigen Wochen die Argentinier mit metallenem Klang in der Stimme mahnte, daß Schiffe des britischen Geschwaders auch Kernwaffen mitführten. Von diesen Waffen, schrieben die Zeitungen, könne der Kommandierende des Geschwaders „unter besonderen Umständen" Gebrauch machen. Blufften die Tories? Hatten sie nicht die Absicht, Kernwaffen einzusetzen? Schon möglich. Aber die Nuklearsprengköpfe befanden sich an Bord britischer Schiffe. Und heute kann sich der Bluff als eine Tragödie entpuppen. Nach Ansicht lateinamerikanischer Experten hatte der Zerstörer „Sheffield", eines der sieben bei den Kampfhandlungen im Südatlantik versenkten englischen Schiffe, Kernwaffen an Bord. Die „Sheffield" ging sehr schnell unter, und bei schwerer See hatte die Besatzung keine Zeit, noch die Munition auszuladen. Das bedeutet aber, daß das Meerwasser täglich den Schutz zerfrißt, und der Augenblick, da die radioaktive Ladung in einem ausgedehnten Gebiet die Gewässer und damit auch alle Lebewesen verseuchen wird, immer näher rückt.

Das Kriegsabenteuer der Tories kann nicht nur für Lateinamerikaner und Afrikaner, sondern auch für Europäer, die Fisch aus diesem Gebiet essen, zu einer Tragödie werden. Es besteht außerdem noch eine andere Gefahr. Falls die britische Regierung demnächst keine Maßnahmen zur Bergung der Sprengköpfe ergreift, kann es passieren, daß diese Waffen in die Hände verantwortungsloser Erpresser geraten.

Die Regierung Thatcher versucht gegenwärtig, die Engländer durch chauvinistische Propaganda von den katastrophalen Folgen des Kriegsabenteuers im Südatlantik abzulenken. Umso notwendiger ist es aber, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die daraus resultierenden Gefahren zu lenken und von der Tory-Regierung sowohl die Bergung der Nuklearsprengköpfe vom versunkenen Zerstörer als auch Beweise zu verlangen, daß andere versenkte britische Schiffe keine Kernwaffen an Bord hatten.

Wladimir Wessenski

Wo steht die Friedensbewegung?

Erfahrungen, Probleme und nächste Aufgaben im Kampf gegen die atomare Bedrohung*)

Ein Rundtischgespräch zur Friedensbewegung
mit Gert Bastian, Karl D. Bredthauer, Volkmar Deile, Ulrich Frey, Petra K. Kelly, Klaus Mannhardt, Gunnar Matthiessen, Eva Quistorp und Claudia Wörmann-Adam

Im vorigen Heft veröffentlichten wir, als ersten Teil des „Blätter"-Rundtischgesprächs zur Friedensbewegung, eine Bestandsaufnahme der politischen Rahmenbedingungen (Ost-West-Beziehungen, „Nachrüstung", Genfer Verhandlungen, START, „Freeze" und die amerikanische Friedensbewegung u. a.). Alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß die Verhinderung der „Nachrüstung" weiterhin vordringlich und die aktuelle Hauptaufgabe der Friedensbewegung sei. Als schwieriger erwies sich die (Selbst-)Verständigung darüber, wie diese Aufgabe konkret anzupacken sei – also die „Strategiedebatte". Diese Diskussion wurde vor der großen Bonner Demonstration vom 10. Juni, aber von vornherein vor allem mit Blick auf die Frage, wie es nach diesem Ereignis weitergehen solle, geführt. Sie deckt die in der Vorbereitung des 10. Juni aufgebrochenen Konflikte nicht zu, zeigt aber auch – und in dieser Hoffnung hatten die „Blätter" die „Kontrahenten" an den runden Tisch der Redaktion eingeladen –, daß man ungeachtet z. T. unvereinbarer Auffassungen über Fragen wie Afghanistan, Polen, „Schwerter zu Pflugscharen", Supermächte u. a. sachlich miteinander reden kann und muß, weil es zumindest eine, allerdings elementare, Gemeinsamkeit gibt: die Betroffenheit durch das drohende „Euroshima" – und damit die Notwendigkeit, im Interesse des eigenen Überlebens gegen die „Nachrüstung" aufzustehen; gemeinsam – weil jeder einzeln verloren wäre.

Die über 400 000, die sich dann am 10. Juni zur größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn versammelten, haben manche kleinmütige Prognose und organisationsegoistische Querelen einfach beiseitegewischt. Noch einmal und noch unmißverständlicher als am 10. Oktober 1981 zeigte sich, ähnlich wie schon bei den Ostermärschen 1982, worin die eigentliche Stärke der neuen Friedensbewegung und ihre so beispiellos mobilisierende Motivation liegen: im konkreten Protest gegen die konkret spürbar gewordene Lebensbedrohung durch eine Politik der „Nachrüstung", der Krisenverschärfung und des „begrenzten" Atomkriegs; der provokatorische Auftritt der für diese Politik Hauptverantwortlichen – Reagans und der NATO-Spitzen – auf deutschem Boden hat so auf für manchen unerwartete Art Klarheit geschaffen: in der Friedensbewegung und über sie. Fazit: Die selbstgestellte Aufgabe, die „Nachrüstung" zu durchkreuzen, kann gelöst werden – wenn das, was der NATO-Auftritt in Bonn und die Antwort, die die Basis der Friedensbewegung darauf gegeben hat, lehren können, verstanden wird und in der Vorbereitung weiterer Höhepunkte des Widerstands (Hiroshimatag, Antikriegstag, ev. Kirchentag, Friedenswochen, Ostermarsch '83 . . .) seinen Niederschlag findet.

*) Zweiter Teil des „Blätter"-Rundtischgesprächs zur Friedensbewegung; vgl. „Blätter", 6/1982, S. 669–694.

Die Gesprächsteilnehmer: Gert Bastian, Generalmajor a. D., Mitinitiator des Krefelder Appells; Volkmar Deile und Ulrich Frey von den beiden christlichen Friedensorganisationen Aktion Sühnezeichen und AGDF, die für den 10. 10. 1981 in Bonn verantwortlich zeichneten; Petra Kelly (Die Grünen; Krefelder Appell); Klaus Mannhardt (Bundesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner); Gunnar Matthiessen (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit); Eva Quistorp (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und Frauen für den Frieden); Claudia Wörmann-Adam (Kreisfrauenausschußvorsitzende des DGB in Köln). Von der Redaktion führte Karl D. Bredthauer das Gespräch. D. Red.

Bredthauer: Nach der Diskussion über die politische Lage, mit der die Friedensbewegung gegenwärtig konfrontiert ist, kommen wir nun zu dem zweiten Teil unseres Gesprächs. Wie schätzen wir die Entwicklung und den Stand dieser Friedensbewegung selbst ein? Welche Erfahrungen gibt es inzwischen, welche Probleme sind in der Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Kräfte aufgetreten? Wie soll es weitergehen?

Zur Entwicklung der Friedensbewegung

Kelly: Zu allererst war ja die Phase eingetreten, in der die etablierten Medien wie auch die etablierten politischen Parteien und zum Teil auch die Gewerkschaftsspitzen versucht haben, die Friedensbewegung als kommunistisch gelenkt oder manipuliert darzustellen. Zu diesem Zeitpunkt war die Friedensbewegung in der Bundesrepublik zum Teil als einäugig wie auch als nicht autonom dargestellt worden, und es war nicht leicht, diese Phase in den Medien zu durchbrechen. Die Diffamierungskampagne gegen die Initiatoren des Krefelder Appells sowie auch gegen die, die den Krefelder Appell unterschrieben haben, hatte dann ihren Höhepunkt im Sommer des letzten Jahres, als Verteidigungsminister Apel sein Schaubild in seiner Krefelder-Appell-Studie zurückziehen mußte, da er Personen wie Martin Niemöller und Gert Bastian wie auch andere Initiatoren des Krefelder Appells in einer sehr unfairen Weise diffamiert hatte. Doch sind wir seit diesem Sommer 1981 an einem wichtigen Punkt angekommen, und ich glaube, daß dies ein historisch sehr wichtiger Punkt ist, denn die Friedensbewegung in der Bundesrepublik wie auch in anderen europäischen Ländern hat beweisen können, daß sie blockfrei denkt, daß sie nicht loyal einem Militärblock gegenübersteht und daß sie Militarisierung, wo auch immer diese geschieht, auf das schärfste verurteilt und Loyalität zueinander in der Bewegung hat und nicht den Militärblöcken gegenüber.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik wird jetzt als politischer Faktor ernstgenommen, weil sie auch sehr bald in der Lage sein wird, dem etablierten Militarisierungssystem die Wählerstimmen zu entziehen. Teile der SPD wie auch Teile der Gewerkschaften nehmen die Friedensbewegung zunehmend ernst und versuchen, sie nicht mehr zu diffamieren, und dieser selbe Prozeß ist auch in anderen europäischen Ländern in Gang gesetzt worden in dem Maße, in dem sich die europäische Friedensbewegung als eine blockübergreifende Friedensbewegung und Entmilitarisierungsbewegung gezeigt hat. Obwohl natürlich der Minimalkonsens, der sogenannte Minimalkonsens, das Verhindern der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa, eine sehr bedeutende Rolle spielt in der Vielfalt und in der Einheit der Friedensbewegung, so hat sich auch herausgestellt, daß diese Friedensbewegung durchaus reif ist und viel weiter denken kann als nur an die Verhinderung eines bestimmten Erst-

schlag-Raketensystems. Die Phase der Demonstrationen wie am 10. Oktober 1982 in Bonn, wie auch die Demonstration vom 10. Juni, so aber auch die 2,7 Millionen Krefelder-Appell-Unterschriften sind ein Teil dieser wichtigen Mobilisierungsphase innerhalb der bundesdeutschen Friedensbewegung, aber ich glaube, wir müssen auch eine dritte Phase jetzt hinzulernen, und das ist die Phase des zivilen Ungehorsams, das gewaltfreie Widerstehen, eine positive gewaltfreie Kraft dem Militarismus entgegensetzen. Ich spüre nicht nur beim Krefelder Appell und bei der Unterschriftensammlung, aber auch bei den Demonstrationen zum Teil eine Ohnmächtigkeit, eine gewisse Ermüdung, und bekomme immer mehr das Gefühl, daß die Friedensbewegung ein sehr schwerfälliger und bürokratischer Apparat geworden ist, der leider noch nicht schnell genug reagieren kann. Die Friedensbewegung muß in der Lage sein, so meine ich, jetzt in dieser entscheidenden Phase einige Monate vor der Stationierung der Mittelstreckenraketen, Strategien für ihre weitere Mobilisierung zu entwickeln, das heißt, kurzfristige Strategien, wie man die US-Mittelstreckenraketen verhindern kann durch zivilen Ungehorsam und durch gewaltfreies Training, wie auch langfristige Strategien, das heißt, welches alternative Sicherheitskonzept man den Herrschenden entgegensetzen kann.

Mannhardt: Ich möchte da direkt anknüpfen. Ich meine, daß man das eine gegen das andere nicht ausspielen sollte. Demonstrationen und große Manifestationen sind ebenso wichtig, wie gewaltfreie Aktionen, direkter Widerstand, ziviler Ungehorsam usw. Ich möchte da auch das, was in unserem Land hier bereits gemacht wird, nicht unterbewerten. Es gibt z. B. in einem Bereich ja so etwas wie einen permanenten zivilen Ungehorsam. Das sind Wehrpflichtige, Reservisten, Offiziere, die den Kriegsdienst verweigern. Die meisten Kriegsdienstverweigerer sehen in ihrer Verweigerung einen Akt „zivilen Ungehorsams", mit dem sie ihre radikale Ablehnung der Aufrüstungs- und Militärpolitik sichtbar machen und sich ganz praktisch den Militärs und ihren Planungen entziehen. Dasselbe entsteht gegenwärtig im Frauenbereich. Das muß weiter gefördert werden. Wichtig ist es, daß neben Demonstrationen öffentlichkeitswirksame gewaltfreie Aktionen durchgeführt werden. Außerdem Aktionen des „direkten gewaltfreien Widerstandes", also Aktivitäten, die unmittelbar Militäreinrichtungen betreffen, z. B. eine Blockierung von Munitionstransporten, wie das vor kurzem von holländischen Friedensgruppen gemacht worden ist. In diesem Bereich muß sich die Friedensbewegung noch einiges, was auch realisierbar ist und nicht auf Gewalt basiert, einfallen lassen. Bei alledem dürfen wir jedoch nicht vergessen, das alle diese Aktionen mit der Einflußnahme auf die politischen Entscheidungsgremien korrespondieren müssen, also diese Einflußnahme verstärken müssen und nicht zu einer Isolierung der Friedensbewegung führen dürfen.

Quistorp: Die Formen zivilen Ungehorsams halte ich für ebenso wichtig wie Klaus Mannhardt. Die Zukunftsvorstellungen, die Petra Kelly dazu formuliert hat, gehören für mich schon mit zu einer Bestandsaufnahme. Denn es gibt schon viel mehr Widerstandsformen als die, die in den Massenmedien und bei zentralen Veranstaltungen bekannt werden. Die beispielhaften Aktionen, die in letzter Zeit zu einem kreativen, demokratisierenden Protest beigetragen haben, sind die der unterschiedlichen Berufsgruppen, die sich mit ihren besonderen Erfahrungen und Fähigkeiten eingemischt haben. Z. B. Therapeuten, Naturwissenschaftler, Ärzte, Schriftsteller, Lehrerinnen usw. Ferner wird die lokale und regionale Verwurzelung der Friedensbewegung entscheidend sein, die an die Wohnorte, die Arbeitsplätze und die unmittelbaren Lebenszusammenhänge gebunden ist und auf diese wie auf die Friedensbewegung hoffentlich verändernd wirkt.

Ein erfolgreiches Beispiel ist die Initiative von Frauen und Beschäftigten im Gesundheitswesen, die ihre Vorläuferin in den ökologischen Initiativen gegen die gesundheitlichen Gefahren der Atomenergie hat und die von Helen Caldicott und anderen weiterentwickelt wurden. Die jüngste Meldung, daß der Referentenentwurf für das Gesundheitssicherstellungsgesetz zurückgezogen wurde, da Zivilschutz im Falle eines Atomkrieges nicht möglich sei, halte ich für einen vorläufigen Erfolg. Diese Teilschritte, die die Gewöhnung an den Gedanken des Atomkrieges und seine Planung verhindern oder zumindest verzögern, halte ich für nicht unwesentlich, um Raum für weiteres Handeln zu gewinnen.

Einen Erfolg sehe ich auch darin, daß sich die Friedensbewegung differenziert, daß sie sich mit den Fragen der Ökologiebewegung und der Gewerkschaften in der Krise, mit denen nach einem anderen Gesundheits- und Schulwesen, einem anderen Lebensstil auseinandersetzt. Auch die Phantasien bei gewaltfreien Aktionsformen sind vielfältiger geworden – nicht nur gegenüber der atomaren, sondern auch gegenüber der konventionellen Aufrüstung: Waffenmessen, Manövern, Panzerschauen. Die Frauenfriedensmärsche und -rallyes, die Abrüstungsstaffette und die internationalen antimilitaristischen Friedensmärsche haben die Aktionsmöglichkeiten erweitert. Nun geht es darum, wie wir das Bewußtsein für Handlungsmöglichkeiten erweitern und Erfolge nicht durch Koalitionsschwierigkeiten überschatten.

Matthiessen: Für viele in der Öffentlichkeit ist die Friedensbewegung scheinbar über Nacht aus dem Nichts entstanden, aber natürlich hat sie eine Reihe von Vorjahren und Vorbereitungsphasen durchlaufen. Sich dies bewußt zu machen, scheint mir notwendig für den langen Atem, den man in der politischen Auseinandersetzung haben muß, auch um Resignation bei kurzfristigen Mißerfolgen entgegenzuwirken. Als Etappe, in der wir uns befinden, müssen wir erst einmal festhalten, daß uns der Durchbruch in die Öffentlichkeit gelungen ist, daß die Friedensbewegung angefangen hat, ein politischer Faktor in der Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu sein, der von den Regierungen nicht mehr ohne weiteres umgangen werden kann.

Der zweite Punkt, der mir wichtig zu sein scheint, ist, daß diese Friedensbewegung sich von früheren Friedensbewegungen unterscheidet durch ihren politischen Inhalt, durch ihre konkrete Orientierung gegen die neue Runde atomarer Aufrüstung mit amerikanischen Mittelstreckenraketen. Die Friedensbewegung hat gelernt, daß allgemeine Losungen wie die Ächtung der Atomwaffen oder die Ächtung aller Waffen sicherlich moralisch, ethisch und human richtige Forderungen sind, aber daß sie zum politischen Faktum nur dann werden, wenn mit konkreten, politisch realisierbaren Forderungen der Weg gezeigt und eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit möglich wird. Das dritte, was mir aufgefallen ist im Unterschied zu früheren Jahren ist eine erhebliche politische Qualifizierung der Friedensbewegung. CDU- und SPD-Abgeordnete haben auf Podiumsdiskussionen sehr schnell lernen müssen, daß die politische sachliche Information enorm zugenommen hat und in der Friedensbewegung auf der einen Seite zwar emotionale, auf der anderen Seite aber auch sehr rationale, sachkundige Argumentationen entwickelt werden, die langfristig eine größere Überzeugungskraft besitzen als nur moralische Proteste. So können sich auf Dauer auch die Massenmedien inhaltlich diesen Fragen nicht verschließen.

Aber es gibt auch kritische Punkte. Hier zum Beispiel in unserem Kreis ist mir aufgefallen – und ich habe die Befürchtung, daß das eine Tendenz in der Friedensbewegung

insgesamt sein könnte – daß wir fast widerwillig auf das von Karl D. Bredthauer angemahnte Thema „Nachrüstung" gebracht wurden, weil wir es schon so häufig diskutiert haben.

Ein zweiter Punkt, der von uns kritisch gesehen werden muß, besteht im Unterschied zwischen der Friedensbewegung hier und der in den Vereinigten Staaten. Was uns hier noch weitgehend fehlt, ist die Unterstützung der „politischen Elite", einflußreicher Kräfte aus den konservativen, aus den katholischen, aus den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kreisen. Wenn man hier vergleicht, stellt sich unsere Situation im Hinblick auf die Möglichkeit, die Raketen zu verhindern, relativ kompliziert dar. Einen ersten positiven Ansatzpunkt sehe ich bei den Ostermärschen und bei der Vorbereitung der Demonstration am 10. 6., die uns in zwei Bereichen meines Erachtens weitergebracht haben, auch im Verhältnis zum 10. Oktober. Es gab sehr viele Gewerkschaftsbeschlüsse bis hin zum DGB selbst, der die Demonstration zumindest indirekt begrüßte. Auch das Engagement im kommunalen Bereich, das war auffällig bei den Ostermärschen, hat deutlich zugenommen. Wenn wir den Gedanken der atomwaffenfreien Regionen nicht parteitaktisch und kindergartenmäßig entwickeln – ich meine atomwaffenfreie Wohnungen usw. –, sondern ihn zu einer politischen Kampagne machen, die von der Basis her in die kommunalen Parlamente übergreift, dann kann dies wie in England und den USA zu einer erheblichen politischen Verbreiterung der Friedensbewegung führen.

Noch ein letztes: was mir bei vielen örtlichen Initiativen manchmal auffällt, ist, daß man sich einig ist und Konsens darin besteht: die Atomraketen müssen wir gemeinsam verhindern, daß aber noch viele Unsicherheiten über die Perspektive vorhanden sind. Damit verknüpft ist natürlich manchmal auch eine bestimmte Resignation. Das hängt einmal damit zusammen, daß man sich nicht in der Tradition einer langjährigen Friedensauseinandersetzung sieht, also auch noch kein geschichtliches Bewußtsein entwickelt hat über diese Entwicklung der Friedensbewegung und ihr jahrelanges, häufig zunächst vergebliches Mühen. Zum anderen liegt der Grund natürlich darin, daß die Bewegung in vielen Teilen über den unmittelbaren Anlaß hinaus – auch infolge jahrelanger Entpolitisierung der öffentlichen Meinung – zum Teil noch sehr unpolitisch ist, sich manchmal mehr als eine alternative Lebensbewegung empfindet und nicht zugleich auch als eine Bewegung, die einen hohen verantwortungsvollen politischen Auftrag hat. Sie versteht sich selbst noch nicht als die letztendlich entscheidende Kraft, die wirklich politische Veränderungen bewirken kann.

Diese Art von Politik nicht mehr mitmachen

Quistorp: Da möchte ich widersprechen. Wir müssen lernen, die Frage anders zu stellen – so wie sie es von der Frauen- und der Ökologiebewegung eingebracht worden ist –: den alltäglichen Widerstand im eigenen Lebensbereich, in dem abstrakte politische Zusammenhänge sinnlich erfahrbar werden, ernst zu nehmen. Solange dies als unpolitisch abgewertet wird, wird die Verständigung *in* der Friedensbewegung und auch *nach außen* an Kraft verlieren. Zu einem Teil der Friedensbewegung gehört die Generation, die bestimmte Formen der Politik nicht mehr mitmachen will, die immer abstrakter und bürokratischer werden. Wir müssen uns dahin weiterentwickeln, verschiedene Protestformen nicht gegeneinander zu stellen. Die, die als Experten auf Ebene der Institutionen arbeiten, müssen lernen, sich mit denen zu verständigen, die sagen, wir wollen und können uns auf diese Ebene gar nicht einlassen – und das mit gutem Grund.

Matthiessen: Das ist ein Mißverständnis. Ich meine, der Schritt der individuellen Verweigerung des Rüstungswahns ist natürlich der entscheidende politische Durchbruch des einzelnen überhaupt. Unter politischer Bewegung habe ich etwas anderes gemeint: die auf die Tagespolitik orientierte Diskussion um die Bewegung, die konkret politisch verändern will, sich nicht nur verweigert, sondern machbare Alternativen entwickelt, machbar im Hinblick auf die konkreten politischen Möglichkeiten und machbar auch durch die erfolgreiche und verständliche Ansprache der Öffentlichkeit.

Frey: Ich habe die Friedensbewegung kennengelernt als eine politische Bewegung, die in vielgestaltiger Form und Aussage die Defizite aufnimmt, die wir mit dem Problem der „Nachrüstung", der Dritten Welt und der ökologischen Frage haben. Für mich sind diese und andere ungelöste Fragen Zeichen für die Immobilität von Regierungspolitik und Gesellschaft, sich auf neue Probleme einzulassen. Die Friedensbewegung wird es alleine auch nicht schaffen, weil wir eben nicht das politische Instrumentarium haben, das alles zu durchdenken und durchzusetzen. Es wird ein Denk- und Lernprozeß in der öffentlichen Meinung notwendig sein, der letztlich hinzielt auf Veränderung von Politik und auf Veränderbarkeit von Politik. Da muß die Friedensbewegung ihren Beitrag leisten, zur Veränderbarkeit von Politik. Wenn wir das nicht konstruktiv angehen, kommen wir in resignative und Verweigerungshaltungen hinein. Mir geht es darum, diese Verweigerungshaltung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Ich überlege, ob wir dies in folgender Weise erreichen können: Einmal, daß wir versuchen, einen Durchblick zu kriegen. Petra Kelly hat das kritisiert als „analysieren". Ich finde es trotzdem wichtig, zu versuchen, diesen Durchblick zu haben, wie die verschiedenen Probleme untereinander verkettet sind. Innenpolitik, Außenpolitik, Sicherheitspolitik usw. Demonstrationen sind gut und schön, aber ich zweifle daran, ob sie die politische Wende bringen. Ob wir nicht andere Arbeitsformen stärker betonen sollten, z. B. rationale Arbeit? Wichtig ist die Facharbeit von Medizinern, Lehrern und anderen Fachgruppen. Die bringen das Fachwissen in die Gesellschaft hinein auf ihren Kanälen.

Aufrüstung und soziale Demontage

Bredthauer: Ganz entscheidend ist ja wohl die Frage nach dem Verhältnis von Friedensbewegung und Gewerkschaftsbewegung. Mir scheint, daß der Zusammenhang von Aufrüstung und sozialer Demontage bei uns noch weitgehend tabu ist, überhaupt noch nicht Thema geworden ist. Das unterscheidet uns z. B. deutlich von den USA. Die Reagan-Regierung macht gar keinen Hehl daraus, daß sie es als gewaltiges Verdienst ansieht, daß sie Sozialkürzungen durchsetzt, um Mittel für Aufrüstung freizusetzen, während unsere Regierung das überhaupt nicht thematisiert. Sie sagt nicht, wegen der bösen Russen müssen wir die Sozialleistungen streichen, sondern sie sagt, weil die Weltwirtschaft so schwierig läuft . . ., weil das Wachstum nicht ausreicht . . . und alle möglichen Dinge dieser Art. Der Zusammenhang wird sowohl in der Gewerkschafts- als auch in der Friedensbewegung noch nicht deutlich genug erkannt. Bei der „Nachrüstung" ist der Nachweis des Zusammenhangs schwierig. Weil die „Nachrüstung" zwar der politische Dreh- und Angelpunkt des Kurses auf Aufrüstung, Anpassung an die amerikanische Strategie usw. ist, aber weil bei der „Nachrüstung" zunächst einmal die Kostenfrage nicht unmittelbar auftaucht. Insofern muß man auch in dieser Frage „Übersetzungsarbeit" leisten: Wieso die „Nachrüstung" im Kern in einen ganzen politischen Komplex hereingehört, dessen Kehrseite die soziale Demontage ist.

Wörmann-Adam: Ich halte das für einen ähnlichen Knackpunkt wie die ökologische Frage. Auch sie ist sehr unvorsichtig an die Gewerkschaften herangetragen worden –

ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß große Teile der Arbeitnehmer eine akute Bedrohung für ihre Arbeitsplätze empfunden haben, z. B. in der Frage des AKW-Baus. Ähnlich war auch, zumindest in der Anfangszeit, das Vorgehen in der Friedensbewegung. Die Diskussion wurde zunächst sehr emotional geführt und kümmerte sich kaum um die Interessen und Ängste der abhängig Beschäftigten, z. B. hinsichtlich der Auswirkungen von Rüstungskosten im sozialen Bereich. Seit einiger Zeit versuchen wir nun, diese Diskussion in den Gewerkschaften selbst zu führen. Ansatzweise wird diese Auseinandersetzung auch schon an der Gewerkschaftsbasis geführt, da werden Vergleiche gezogen, z. B. in der aktuellen Diskussion um die Tarifabschlüsse. Man ist nicht so leicht bereit, einen Abschluß von 3,6% hinzunehmen und keinen Inflationsausgleich zu erreichen, wenn man andererseits sehen muß, daß für den Bereich der Verteidigung genug Mittel zur Verfügung stehen. Also diskutiert man, was das soll, denn im Falle eines Krieges sei man sowieso „weg vom Fenster". Insbesondere unter den Gewerkschaftskolleginnen werden diese Fragen diskutiert, weil deren Arbeitsplätze besonders stark bedroht sind und sie die Auswirkungen der Krise meist zuerst spüren.

„Überlebensangst" allein reicht nicht aus

Mannhardt: Fast alle, die sich gegenwärtig in der Friedensbewegung engagieren, sind aus der Motivation „Überlebensangst" in diese Friedensbewegung gekommen. Kaum einer ist über den Aspekt „Soziales" zur Friedensbewegung gestoßen. Die Grundmotivation der heute sich zur Friedensbewegung zählenden ist die Angst vor der unheimlichen Waffenanhäufung, vor einem Atomkrieg und eine allgemeine Zukunfts- und Überlebensangst.

Die „Nachrüstung" bleibt der Kernpunkt

Bastian: Ich glaube, wir müssen uns davor hüten, aus dem Auge zu verlieren, daß die „Nachrüstungs"entscheidung eigentlich der Rüstungsschritt gewesen ist, der in erster Linie die Friedensbewegung aktiviert hat und zu einer solchen Größe hat anschwellen lassen. Das ist auch sehr verständlich, weil es sich hier um einen ganz konkreten, leicht vorstellbaren, leicht vermittelbaren Rüstungsschritt handelt, dessen Risiken auch relativ leicht darzustellen sind, und weil das Ziel, diesen Schritt zu verhindern, ein eben nicht utopisches Ziel ist. Die Forderung „Ohne Waffen leben" geht schon in den Bereich des Utopischen, nicht so konkret Vorstellbaren hinein. Während zu sagen, diesen Rüstungsschritt wollen wir nicht haben, den wollen wir verhindern, damit kann man Leute mobilisieren. Ob es gelingt oder nicht, das will ich mal ganz offen lassen. Aber es ist zumindest etwas, das im Bereich des Möglichen liegt. Es ist sicher richtig und notwendig, über andere Perspektiven nachzudenken, sie auch zu entwickeln, sich Gedanken über sie zu machen, über soziale Auswirkungen und moralische Komponenten, über den Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und Verelendung der Dritten Welt. Es mag auch sein, daß solche Überlegungen und Gedanken die Bewegung für andere zusätzlich attraktiv machen, Anreize bieten, sich mit ihr zu beschäftigen und mit ihr zu identifizieren. Aber die größte Mobilisierung, die geht eben aus von dem Bewußtmachen der Gefahr, die mit der „Nachrüstung", wenn sie vollzogen werden sollte, für alle hier entsteht. Deswegen ist es das Primäre und deshalb sollten wir im Augenblick nicht zulassen, daß es durch anderes überlagert oder in den Hintergrund gedrängt wird.

Das Zweite ist: alle Aktionen, die sicher sein müssen, die kommen müssen, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, die müssen wir in der richtigen Größenordnung

sehen. Wir dürfen nicht glauben, daß diese Aktionen allein das Problem lösen und uns die „Nachrüstung" vom Hals schaffen. Sie sind nur Mittel zum Zweck, um mehr Menschen auf das Problem aufmerksam zu machen. Das Ergebnis, die „Nachrüstung" zu verhindern, wird nur eintreten können, wenn es gelingt, mit solchen Aktionen soviel Menschen für unser Ziel zu begeistern und zu mobilisieren, daß Einfluß auf die Wahlen genommen werden kann. Daß also die politischen Entscheidungsträger um ihre Mandate fürchten müssen, wenn sie dem Wunsch einer immer größer werdenden Mehrheit der Bevölkerung nicht Rechnung tragen in ihrem Verhalten und in ihrer Rüstungs- und Sicherheitspolitik. Es zeichnet sich ja schon ab, daß das gar nicht unrealistisch ist. Die ganzen Wahlniederlagen der SPD in der letzten Zeit, die sich sicher fortsetzen in diesem Jahr bei den anstehenden Wahlen, die stehen in einem engen Zusammenhang mit der verfehlten Sicherheitspolitik der Regierung. Es hat sicher niemand von denen, die sich jetzt der Politik der SPD entziehen und die Grünen wählen oder gar nicht mehr zur Wahl gehen, den primären Wunsch, Kohl oder Dregger an die Regierung zu bringen. Das wird auch nur in Kauf genommen, weil es leider nicht verhinderbar ist. Das Ziel des geänderten Wahlverhaltens ist, der SPD zu zeigen, auf diesem Weg kriegst du uns nicht mehr, kriegst du unsere Zustimmung nicht mehr. Wenn sich das als unausweichliche Konsequenz der derzeitigen Rüstungs- und Sicherheitspolitik in der SPD als Erkenntnis noch mehr durchsetzt, dann, glaube ich, wird es auch Auswirkungen haben auf das Verhalten der Fraktionen und der Delegierten auf den nächsten Parteitagen; dann bleibt das nicht ohne Rückwirkungen auf die Parteien. Ich glaube, das ist der wirkungsvollste, der sicherste und auch der einzige gangbare Weg, um das durchzusetzen, das zu erreichen, was wir wollen, und um auf die politischen Entscheidungen den dafür notwendigen Einfluß zu gewinnen: Das Verhalten der Wähler zu verändern.

Die Friedensbewegung ist keine Partei

Deile: Ich glaube, es ist gerade in diesem Zusammenhang die Frage, wie wir mit der Tatsache umgehen, daß die Friedensbewegung eine breite Sympathie in der Bevölkerung hat. Eine Befragung hat gezeigt, daß etwa 40% der CDU-Wähler der Meinung sind, es ist gut, daß es in unserer Gesellschaft eine Friedensbewegung gibt. Dem stehen 45% gegenüber, die Nein dazu sagen. Die Frage ist für mich, wie aktualisieren wir eigentlich die potentielle Mehrheitsfähigkeit der Friedensbewegung in unserer Strategie?

Vorhin hatten wir einen anderen interessanten Punkt. Wir sagen zwar immer, es ist schön, daß die Friedensbewegung aus sehr vielen Gruppen besteht, das wollen wir nicht ändern; die Pluralität ist unsere Stärke. Aber jeder von uns redet dann doch so, daß er sagt, die Friedensbewegung sollte . . . Wobei wir wissen, daß das gar nicht möglich ist. Alle Gruppen in der Friedensbewegung haben eine bestimmte Herkunft. Dort, wo wir herkommen, wo Menschen unsere Arbeit schätzen, können wir uns jetzt nicht einfach zurückziehen und sagen, wir machen jetzt nur noch die „Nachrüstungs"geschichte, sondern wir müssen eintreten in das Wechselspiel zwischen unserem Engagement in der Friedensbewegung und der Verankerung dort, wo wir herkommen. Denn sonst, fürchte ich, werden wir die Leute, die sich jetzt angesprochen fühlen, überhaupt nicht in unsere Bewegung so hineinintegrieren können, daß die Friedensbewegung ein Lernprozeß ist mit der Tendenz zu einer Mehrheit in der Bevölkerung.

Ein anderes Problem, das uns Sorgen macht, ist ein gewisser Druck, die Friedensbewegung sollte eine parteiähnliche Institution werden. Nachdem sie mit dem 10. 10. in der Öffentlichkeit den gewissen Durchbruch gehabt hat, kriegt man von den verschiedensten Seiten, auch innerhalb der Friedensbewegung, den Druck, man solle sich zu

allem äußern. Ich möchte gerne wissen, wie wir auf Dauer damit umgehen wollen. Wie widerstehen wir dem Versuch, selber eine Partei zu werden, mit einem Anspruch auf Vollständigkeit zu allen Problemen, die es weltweit gibt, irgendwann Stellung zu nehmen? In dem Zusammenhang ist ein infrastrukturelles Problem der Friedensbewegung, daß in ihr, als relativ schwergewichtige, weil gutorganisierte Strömungen, auch Parteien und parteipolitisch orientierte Gruppen sind, die natürlich dadurch ein gewisses Gewicht innerhalb der Friedensbewegung haben. Die sind natürlich als Parteien dem Anspruch ausgesetzt, den wir als Friedensbewegung eigentlich, wenn wir vernünftig sind, nicht bejahen können, aber der sich auf uns „überträgt". Parteien haben den Anspruch auf eine vollständige Sicht aller Dinge, worauf kein einzelner Mensch verzichten sollte und auch keine einzige Gruppierung, mit der wir arbeiten.

Diesem Trend, zu allem letzte Auskünfte geben zu wollen, oder zu allem zu sprechen, sollten wir energisch widerstehen. Ich bin nicht der Meinung, daß das amerikanische Modell von Friedensbewegung das letzte oder wichtigste oder richtigste ist, aber dort organisiert man politische Macht in Massenbewegung als single-issue-Bewegung. Als Einpunktbewegung. Man hat z. B. den Einfriervorschlag, das ist der Minimalkonsens zwischen allen Gruppierungen, und dann konzentriert sich alles darauf und organisiert dahinter Macht.

Bredthauer: Pointiert könnte man vielleicht dazu sagen: wichtiger für die Friedensbewegung ist die *Einbeziehung immer neuer Bevölkerungsgruppen* in die Diskussion um diese Schlüsselfrage „Nachrüstung", „Euroshima", diese „single issue", als die *Ausweitung des Themenspektrums* der vorhandenen Gruppen der Friedensbewegung. Von daher: je mehr daran beteiligt werden, je mehr Kraft daran entwickelt wird und je mehr sich da Erfolgsmöglichkeiten zeigen, um so eher werden auch weitergehende Schritte diskutiert werden können, und dann mit mehr Menschen gemeinsam. Andernfalls läuft die Friedensbewegung Gefahr, immer schneller in sich zu kreisen, aber die Außenwirkung auf das ganze Getriebe zu verlieren.

Kelly: Ich möchte hier kurz noch einmal auf Volkmar Deile eingehen. Die Friedensbewegung, meine ich, müßte schon in der Lage sein, sehr schnell auf politische Konflikte zu reagieren und auch Konfliktforschung zu betreiben. Vielleicht hätten wir besser daran getan, ein zweites alternatives Manhattan-Projekt zu gründen, das heißt, alle Friedensforscher der Welt, alle Friedenskräfte in den Instituten, in den unabhängigen Friedensforschungszentren zusammenzurufen, um auch praktische Konfliktlösung an einem Beispiel wie Falkland zu betreiben. Vielleicht hätten wir Frau Thatcher und General Galtieri an einen gemeinsamen Diskussionstisch bringen sollen. Die Friedensbewegung muß sehr phantasievoll und mutig werden, und sie muß auch eine gewisse Wahrhaftigkeit und Zärtlichkeit und Sanftheit diesem System des Militarismus und der Hochrüstung entgegensetzen. Das ist eigentlich die Lehre von Gandhi, die Lehre der Güte und der Wahrhaftigkeit, das heißt immer die Wahrheit suchen, auch wenn sie sehr unbequem ist, und wenn man auch mit dieser Wahrheit in eine sehr schwierige Ecke gebracht wird. Man kann innerhalb einer blockübergreifenden Friedensbewegung, innerhalb einer unabhängigen Friedensbewegung nicht mit Menschenrechten selektiv umgehen. Herr Reagan und Herr Strauß gehen selektiv mit Menschenrechten um. Sie deuten mit dem moralischen Zeigefinger auf Polen und vergessen, daß in ihrer eigenen NATO-Allianz eine türkische Junta Menschen ebenso unterdrückt und sie ebenso zum Internierungslager oder zum Tode verurteilt. Wir als Friedensbewegung, die ja auch eine sozial-emanzipative Bewegung sein muß, müssen eben eine sehr mutige Menschenrechtsposition einnehmen, und das heißt,überall, wo Militarismus Menschenrechte unterdrückt, reagieren, aufschreien, zeigen, daß wir auf

seiten derer sind, die durch Militarismus leiden. Wir können nicht ständig auf Basis eines Minimalkonsenses alle anderen unbequemen Fragen wie Polen oder Afghanistan oder Türkei ausklammern. Wir müssen eine Politik schaffen und in der Lage sein, diese Politik offen zu vertreten, die an keiner Systemgrenze haltmacht, nicht vor Argentinien, nicht vor der Türkei und nicht vor Polen.

Quistorp: Ein Modell für Handlungs- und Diskussionsformen könnten die Bürgerinitiativen sein, ihre regionalen Zusammenhänge und ihre konkrete Handlungsorientierung, die nicht ideologisch überbelastet wird. Dabei konnten sich CDU-Hausfrauen entwickeln, Jungdemokraten, Jusos, Grüne und gewaltfreie Anarchisten lernen zusammenzugehen, über die nationalen und Parteigrenzen hinweg. Da die „Nachrüstung" jedoch stärker noch als z.B. der Ausbau der AKWs mit internationalen politischen Zusammenhängen verkettet ist, muß die Friedensbewegung sich auch zu aktuellen politischen Konflikten äußern lernen.

Wir brauchen ein Denken in Prozessen, ein offenes Denken und flexible Organisationsstrukturen, bei denen die lokalen Aktionen Vorrang haben. In unserer Selbstdarstellung sollten wir nicht wie die Massenmedien nur isolierte Höhepunkte und einige Repräsentanten herausgreifen und von „der" Friedensbewegung reden als sei sie ein geschlossener Parteiverein, der dann auch gespalten werden kann.

Von der amerikanischen Friedensbewegung könnten wir lernen, lose Koalitionen einzugehen für Kampagnen mit einem kurzfristigen Ziel. Diese müßten wiederum stärker ein geschichtliches Bewußtsein fördern, die Erkenntnis der Veränderbarkeit des nationalen und internationalen Kontextes.

Wir brauchen nicht eine Sprache zu sprechen und kein einheitliches politisches Organ, viele Aktivitäten müssen eigenständig entfaltet werden. Doch eine bessere Kommunikation zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung hätte ich mir zum Beispiel viel früher anläßlich des 1. September gewünscht, dem Tag des faschistischen Überfalls auf Polen und dem Tag, an dem der erste Streik von „Solidarnosc" beendet wurde. Zu internationalen „Bombengeschäften" sollten wir uns auch schneller äußern können aus unseren jeweiligen politischen Zusammenhängen heraus. Zum Falklandkrieg gehörte absurderweise die Information über die Atomtechnologie-Exportgeschäfte. Den Waffenexport aus grundsätzlich antimilitaristischen Gesichtspunkten zu kritisieren, halte ich mit den „Frauen für den Frieden" für immer dringender. Wir sollten nicht immer erst defensiv und auf die Vorgaben der Parteipolitiker antworten, sondern uns rechtzeitiger und vielstimmig zu Wort melden.

Bastian: Ich finde es sehr richtig, Volkmar Deile, was Sie sagten, daß die Friedensbewegung keine Partei ist, und sie sollte auch keine werden. Das wäre wirklich ein Verlust an Kreativität und Vielfalt, wenn sie Partei werden wollte und dann auch dem Zwang ausgesetzt wäre, zu allem Geschehen Meinungen und Bewertungen abzugeben. Es wäre schlimm, wenn wir das tun würden. Mir hängt es zum Beispiel zum Hals heraus, und ich mache das auch nicht mit, daß so ein Bewußtsein herrscht, als wäre man erst dann berechtigt, sich zu einem deutschen Problem wie zur „Nachrüstung" zu äußern, wenn man vorher seine Pflichtübung zu Afghanistan, Polen, El Salvador, Türkei absolviert hat. Das dürfen wir uns nicht aufzwingen lassen. Da tun wir uns keinen Gefallen. Auf der anderen Seite, weil wir eben keine Partei sind, die aus Parteiräson heraus mit einer Zunge sprechen muß, muß es möglich sein, daß jeder zu solchen Fragen seine eigene Bewertung abgibt, wenn er das will. Ohne daß er deswegen Feindseligkeit erntet. Da brauchen wir nicht einer Meinung sein. Und wenn sich aus bestimmten

Ereignissen Belege für unsere Argumentation ableiten lassen, dann soll man natürlich nicht darauf verzichten, solche Nutzanwendungen zu ziehen. Das ist z. B. gerade bei der Unterdrückung der „Schwerter zu Pflugscharen"-Bewegung in der DDR der Fall. Natürlich fordert diese Unterdrückung an sich schon unseren Widerspruch heraus, weil wir bei uns ja ähnliches erlebt haben und noch erleben. Aber über die Bekundung von Solidarität hinaus gibt sie ja auch eine gute Gelegenheit, der eigenen Regierung vor Augen zu führen, wie mies und durchsichtig es ist, ähnliche Bestrebungen nur im anderen Lager zu beklatschen, im eigenen Lager aber zu diffamieren. Das haben Petra Kelly und ich ja auch in unserem Brief aus Anlaß des Todes von Robert Havemann zum Ausdruck gebracht. Man muß eben leider beiden deutschen Regierungen den Vorwurf machen, nach demselben schlechten Muster zu handeln. Darüber hinaus ist es natürlich auch wichtig, auf die Existenz dieser Bewegung drüben bei uns hinzuweisen. Denn so töricht das Argument auch ist, „Wer demonstriert in Moskau?", eine Frage, wie sie am 10. 10. 1981 ja auch per Flugzeug von Herrn Möllemann und Herrn Horn den Demonstranten im Hofgarten gestellt worden ist, ich glaube, man darf nicht übersehen, daß es vielen Mitbürgern zunächst doch wie eine gute Frage klingt. Und dieser Frage, diesem Scheinargument gegen den Protest hier, wird mit einer entsprechenden Protestbewegung drüben natürlich auch das letzte bißchen Boden unter den Füßen weggezogen.

Zusammenarbeit verlangt Fähigkeit zum Kompromiß

Mannhardt: Wir sind jetzt bei einem wichtigen Punkt angelangt, der Frage des Umgangs miteinander, der Zusammenarbeit in der Friedensbewegung. Ich stimme Volkmar Deile zu, daß in der Friedensbewegung, die ja aus verschiedenen Gruppierungen und Verbänden besteht, eine offene Diskussion aller mit dem Gesamtkomplex Frieden zusammenhängender Fragen geführt werden muß. Es muß eine offene Diskussion geben können.

Deile: Dies ist Voraussetzung dafür, daß wir die Fähigkeit zum Minimalkonsens auch erhalten.

Mannhardt: Ja, das ist sehr wichtig. Unabhängig von dem Parteiendruck, von dem gerade die Rede war, gibt es von verschiedenen Gruppen immer die Tendenz, für alle verbindliche Positionen schon vor oder ohne Berücksichtigung einer Diskussion festschreiben zu wollen. Das ist zwar verständlich, da jede Gruppe ihre gruppenspezifischen Interessen durchsetzen möchte, aber nicht nützlich. Denn bei der Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit der heutigen Friedensbewegung wird es immer Fragen geben, zu denen es keine gemeinsame Position aller gibt. So werden die programmatischen Aussagen der DFG-VK zur Kriegsdienstverweigerung sicherlich nie für die gesamte Friedensbewegung gelten können, es sei denn, es soll auf bestimmte Teile, wie z. B. die Generäle, demokratischen Soldaten, Dritte-Welt-Gruppen u. a. verzichtet werden. Ebenso wird es zu einer ganzen Reihe von anderen Fragen, sei es Afghanistan, Polen, Blockfreiheit, DDR-Friedensbewegung usw. keine gemeinsame Auffassung aller Gruppierungen der Friedensbewegung geben. Also: offene Diskussion aller Fragen und Probleme, aber keine Festschreibung von Positionen zu solchen Fragen in Aufrufen und Erklärungen, denn das führt zu Ausgrenzungen. Gegenwärtig bedeutet das, das wir über den Punkt Verhinderung der sog. Nachrüstung, Verhinderung weiterer Aufrüstung, Beseitigung aller Atomwaffen nicht viel weiter hinaus kommen werden. Das ist aber ja auch wahrhaftig nicht wenig!

„Schwerter zu Pflugscharen" nicht instrumentalisieren

Deile: Ich würde gerne zu „Schwerter zu Pflugscharen" was sagen. Meine Verwunderung im Zusammenhang mit dem „Schwerter zu Pflugscharen"-Vorgang ist die, daß ich den Eindruck habe, sehr viele Leute äußern sich plötzlich zur DDR, obwohl sie fast nichts über die DDR wissen. Es gibt in der DDR eine eigenständige kirchliche Friedensarbeit. Es hat in den letzten beiden Jahren kirchliche Friedenswochen der evangelischen Jugend gegeben. Es gibt die verschiedensten Formen von Diskussion und Aktivitäten, vom sozialen Friedensdienst bis zur Dresdner Versammlung. Es gibt eigenständige Diskussionen in der Gesellschaft der DDR, die aber auf den Zusammenhang mit dem kirchlichen Raum angewiesen sind. Der kirchliche Spielraum, der dabei in Anspruch genommen wird, ist das Ergebnis des Treffens von Honecker und Bischof Schönherr vom 6. März 1978. Das ist anschließend mit Bild auf Seite 1 im „Neuen Deutschland" gewesen. Diesen kirchlichen Spielraum haben die Kirchen in der DDR bekommen, als die konsequente institutionelle Trennung von den westdeutschen Kirchen vollzogen worden war. Man hat sich – Kirche-Ost und Kirche-West – freigegeben und für souverän erklärt. Man findet in den Kirchenordnungen zwar noch das Wort von der sogenannten „geistlichen Einheit" zwischen den Kirchen, aber die institutionelle Trennung ist nachprüfbar und vollständig vollzogen. Die Voraussetzung dieser eigenständigen kirchlichen Friedensarbeit in der DDR ist die Beachtung der Tatsache, daß sie sich als in der DDR-Gesellschaft lebend und arbeitend versteht („Kirche im Sozialismus") und sich an ihre Regierung wendet. Das Problem der Kirchen in der DDR ist, daß der Beifall von westdeutschen Christen ein Bärendienst für ihre Arbeit dort ist. Darüber hinaus sind die Diskussionen in der DDR sehr viel älter als bei uns. Die Kirchen in der DDR haben schon 1965 gesagt, daß die Kriegsdienstverweigerung „das deutlichere Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn" sei, während wir im Westen, in der EKD, 1981 immer noch die Position vertreten, es sei eine gleich zu bewertende christliche Entscheidung, den Friedensdienst mit oder ohne Waffe zu tun. Sie sind uns in der DDR in vielen Punkten voraus, und wir haben viele Impulse von ihnen bekommen. Zweifellos haben die Friedensbewegungen in Westeuropa auch ihre Spielräume vergrößert. Das ist auch am Verhalten des Staates ablesbar, etwa an dem Schriftstellerkongreß, der im Dezember 1981 in Ostberlin stattgefunden hat.

Was unter dem Strich dabei herauskommt, ist: ich finde das natürlich fürchterlich, wenn jemand Schülern, die mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" in die Schule gehen, sagt, sie sollen den Aufnäher abmachen, und wenn diese sich weigern, haben sie Schwierigkeiten. Das ist ein Vorgang, den man nur verurteilen kann. Das ist ganz klar. Aber wir müssen meiner Ansicht nach den schmalen Grat suchen zwischen unserer Kenntnis dieser Vorgänge, unserer Unterrichtung über diese Vorgänge, unserem Gespräch mit Menschen, die aktiv sind, und der innenpolitischen Instrumentalisierung dieser Vorgänge bei uns. Und das ist das große Problem, was zur Zeit besteht. Ich bin nicht dafür, eine „Hallstein-Doktrin" der westlichen Friedensbewegung gegenüber den eigenständigen kirchlichen Friedensaktivitäten in der DDR zu praktizieren. Wir sollten viel über sie wissen, wir sollten über sie informieren, hören, was sie sagen, dies weitergeben, wir sollten sie auch treffen, und mit ihnen diskutieren. – Aber wir sollten alles tun, um sie nicht zu instrumentalisieren für innenpolitische Auseinandersetzungen bei uns. Und diese Instrumentalisierung ist mitten im Gang. Das stellt ein großes Problem dar.

Bastian: Das ist richtig, ich verstehe ja Ihre Bedenken, aber wir müssen uns doch darüber klar sein, daß wir den falschen Beifall der Springer-Presse, den sie bekommen, sowieso nicht verhindern können. Der macht ihnen auch Schwierigkeiten, genau wie

wir nicht haben verhindern können, daß auch wir sehr viel falschen Beifall vom „Neuen Deutschland" bekommen haben, was uns dann hier ebenfalls Schwierigkeiten gemacht hat, wo wir gewünscht hätten, sie wären drüben ein bißchen klüger gewesen, hätten vielleicht nicht immer alles mit großen Schlagzeilen gebracht.

Deile: Wir überinterpretieren das hier in ganz erheblichem Maße. Es gibt in der DDR keine der westlichen Friedensbewegung vergleichbare . . . und wenn die Grünen z. B. in ihrer Präambel zum 10. Juni sagen, daß ihre Partner sozusagen in dieser Sache auf der anderen Seite „Solidarnośc", „Charta 77" und „Schwerter zu Pflugscharen" seien, dann zwingt man die innenpolitisch in eine Rolle, in der sie gar nicht drin sind und nicht rein wollen.

Kelly: Wie bitte, da wollen sie nicht rein?

Deile: Sie wollen nicht in die Rolle, „Solidarność" oder „Charta 77" in der DDR zu sein. Das ist ganz klar.

Kelly: Also, ich wehre mich ganz heftig, wenn wir so eine Art Diplomatie in der Friedensbewegung spielen. Das heißt, wenn wir anfangen, taktisch und heuchlerisch und auch unehrlich zu werden. Natürlich werde ich niemandem vorschreiben, wie er in den Ostblockstaaten eine Friedensbewegung zu formieren hat und was eine Friedensbewegung dort an Aufgaben hat, aber ich werde zugleich auch nicht davon ablassen, meine Solidarität mit diesen Menschen, die von unten gegen die Rüstungspolitik ihrer eigenen Länder kämpfen, zu bekunden. Ich muß in der Lage sein, nicht zu Hause Berufsverbote und Schikanen zu verurteilen, ich möchte auch aufs schärfste die Stellungnahmen der Regierenden im Westen wie auch im Osten verurteilen, das heißt, die die Friedensbewegung in ihrem eigenen Land als von der anderen Seite gesteuert diffamieren. Gerade als Mitinitiatorin des Krefelder Appells habe ich ja am eigenen Leibe gespürt, nicht nur an meinem Arbeitsplatz in Brüssel, auch in der Bundesrepubik, wie das ist, wenn man ständig diffamiert und als von der anderen Seite gesteuert dargestellt wird. So bin ich froh, wenn zum Beispiel Frauen aus Böblingen an Honecker appelliert und ihn gebeten haben, die Diskriminierungen und Haftbefehle und Schikanen und Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der neuen Friedensbewegung zu unterlassen und das, was er hierzulande bei uns bejubelt, auch in seinem eigenen Land zuzulassen. Die gesamte Propaganda eigentlich hat sich ja auch in der DDR verstärkt und man hat in vielen Wochenendblättern und Zeitungen die „Schwerter zu Pflugscharen"-Bewegung in der Kirche von unten als ferngesteuerte Aktionen dargestellt, und man hat auch von pazifistischen Losungen gesprochen. Man hat versucht, ein Bild einer manipulierten Kampagne darzustellen, angeblich eine Kampagne, die vom Westen manipuliert ist. Wenn eine Bewegung in der DDR das biblische Motto „Schwerter zu Pflugscharen" als ihr Symbol annimmt und wenn zugleich dieses Symbol das sowjetische Denkmal im Garten der Vereinten Nationen darstellt in New York, so wird die Heuchelei doch sehr groß, wenn gerade dieses Symbol verboten wird.

Unsere Solidarität gilt allen, die mit beiden Beinen in dieser Bewegung stehen, aber nicht mit einem Bein in einem der beiden Militärblöcke. Gerade diese Blockkonfrontation verschärft ja die Kriegsgefahr, und gerade diese Blockkonfrontation bringt uns ja die Feindbilder, die wir voneinander haben. Wir sind über jede Solidarität im Ausland dankbar, und so sollten wir auch sehen, daß unsere Solidarität in bezug auf die DDR oder Polen nicht eine taktische Solidarität sein darf, sie muß eine prinzipielle sein. Wenn wir von der Welt ohne Atomwaffen träumen, dann müssen wir doch auch von der Welt ohne Internierungslager, ohne Kriegsrecht, ohne Bundesgrenzschutz, ohne Polizeistaat träumen können, und dann möchte ich aber auch keinen Maulkorb auferlegt

bekommen, nur wegen einem Minimalkonsens, der sehr wichtig ist, aber ständig als Argument angeführt wird, bestimmte Dinge nicht auszusprechen.

Deile: Einen Satz möchte ich noch dazu sagen. Die Kirchenleitungen in der DDR hatten sich gegen die Diskriminierung der „Schwerter zu Pflugscharen" geäußert. Sie haben gesagt, wir helfen denen, die deswegen Nachteile auf sich zu nehmen haben. Und wegen der Situation der Kirchen in der DDR und dem Raum, den sie dort aufgrund ihres besonderen Verständnisses als Christen in dieser Gesellschaft haben, ist es höchst problematisch, wenn die Kirchen als verlängerter Arm von irgendwelchen politischen Strömungen, die es im Westen gibt, interpretiert werden in ihrer Unterstützung derer, die wegen der „Schwerter zu Pflugscharen" Diskriminierungen erfahren; das ist nicht günstig. Wenn die Kirchenleitungen selber in der Sache aktiv werden, brauchen sie nichts weniger als unsere Unterstützung. Was ihnen hilft, ist eine erfolgreiche Friedensbewegung hier. Aber es gibt keinen unmittelbaren – gar organisatorischen – Zusammenhang zwischen den Friedensinitiativen in der DDR und bei uns, so als wären wir die Abbildung einer auf mythologische Art und Weise „blockübergreifenden Bewegung". Ich möchte gern mal wissen, was „blockübergreifend" praktisch-politisch wirklich ist.

Frey: In den evangelischen Kirchen in der DDR wird nicht von „Friedensbewegung", sondern höchstens von „Friedensbestrebungen" gesprochen, wenn es darum geht, den eigenen kirchlichen und gemeindlichen Beitrag zum Frieden zu diskutieren. Wir sollten verstehen lernen, daß die Kirchen in der DDR in einem ganz anderen gesellschaftlichen System leben als wir. Die evangelischen Kirchen dort versuchen die besondere Aufgabe von Christen in einem sozialistischen Lande zu erfüllen. Das tun sie unabhängig von uns. Wir schaden ihnen, wenn wir sie für unsere politischen Überlegungen in Anspruch nehmen, sie instrumentalisieren. Wir sollten den Einzelnen und den Gemeinden in der DDR die Chance lassen, ihren spezifischen Beitrag zum Frieden in ihrem Lande zu entwickeln, wenn sie Schwerter zu Pflugscharen umschmieden helfen wollen. Der Appell von Eppelmann ist nicht identisch mit den Beiträgen aus den Kirchen in der DDR unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen". Eppelmann hat nicht die Unterstützung der Kirchen in der DDR. Beides also nicht miteinander vermischen!

Ich würde gerne von Petra Kelly wissen, wie sie die Reaktion der SED einschätzt, wenn wir von hier aus die Initiativen in der Kirche in der DDR als „Friedensbewegung" der DDR fördern.

Kelly: Das bröckelt gewaltig, wie bei uns auch. Das ist parallel in beiden Blöcken.

Friedensbewegung „von oben" und „von unten"

Matthiessen: Ich möchte auf ein paar prinzipielle Momente eingehen. Mir scheint, daß in unserer Diskussion immer wieder das Problem auftaucht, das Volkmar Deile anfangs moniert hat, nämlich daß wir von „*der* Friedensbewegung" sprechen. Ich glaube, es gibt sehr unterschiedliche Auffassungen, die man offen besprechen muß. Für mich ist die Friedensbewegung nicht eingegrenzt auf die eine Bewegung, die wir jetzt hier und heute haben. Ich möchte das, was Ulrich Frey gesagt hat, aufgreifen. Wenn wir politisch Erfolg haben wollen – und wir müssen Erfolg haben, wir sind ja nicht verantwortungslos in dieser Überlebensfrage –, dann müssen wir durch alle gesellschaftlichen Parteien und Bereiche hindurch attraktiv und integrativ bleiben und auch tief bis in die Regierungskreise Einfluß nehmen. Wenn morgen Erhard Eppler – Petra Kelly, du hast es selbst so gefordert, auf der Kundgebung am 10. Oktober – Kanzler wäre und sich der

„Nachrüstung" verweigern würde, dann würde sich diese Bewegung weiß Gott nicht als eine alternative Regierungsbewegung verstehen.

Kelly: Das war wohl ein Fehler von mir . . .

Matthiessen: Das heißt, die Friedensbewegung hat doch immer konkrete politische Ziele. Wenn diese politischen Ziele – Schluß mit dem Wettrüsten in Ost und West – nicht mehr mit der politischen Handlungsweise der Regierung übereinstimmen, dann hat die dies Friedensbewegung zu kritisieren. Wenn sie positiv zu den politischen Maßnahmen steht, wie beispielsweise 1972 bei der Kampagne für die Ratifizierung der Ostverträge, bei der wir zu Hunderttausenden auf die Straße gegangen sind, dann macht sie ja keine Politik gegen die Regierung, sondern für eine bestimmte Politik, ohne sich mit der einen oder anderen Regierung deswegen verheiraten zu wollen. Deswegen sehe ich diese Definition einer Friedensbewegung als einer prinzipiellen Anti-Regierungs-Bewegung als äußerst unpolitisch und gefährlich an, weil sie langfristig gesehen ins Abseits der öffentlichen Diskussion führen muß. Kämen Politiker in den USA, die wirklich „Freeze" wollen und auch machen, an die Regierung, sie hätten meine Unterstützung gegen Obstruktionen der Militär- und Rüstungslobby. Und ich würde auf dem Roten Platz in Moskau nicht gegen die vielen Abrüstungsvorschläge, gegen das Moratorium der Sowjetunion, gegen den einseitigen Abbau der Raketen demonstrieren, sondern dafür. Ich hoffte, ich könnte so etwas auch hier in Bonn tun.

Das Zweite ist: es geht nicht um eine selektive Wahrnehmung dessen, was in Wirklichkeit geschieht. Wir haben genug Podiumsdiskussionen gemeinsam gemacht, Petra, mit Hunderten, Tausenden, Zehntausenden von Leuten in diesem Lande. Es sind alle Fragen, die in der Diskussion sind, besprochen worden. Keine wurde ausgespart. Die Friedensbewegung ist wirklich die einzige Bewegung, die alle Fragen offen und ehrlich diskutieren kann, auch kontrovers, auch mit SPD-Abgeordneten, CDU-Parlamentariern usw. Nur einiges sollten wir dabei beachten: *Erstens*, es darf keinen Versuch geben, die Friedensbewegung unter der einen oder anderen Meinung gegen ihre Vielfalt zu vereinheitlichen. *Zum zweiten* sollten wir uns der Verantwortung immer bewußt bleiben, genau wie es Gert Bastian gesagt hat, daß wir bei allen vielfältigen Diskussionen das zentrale politische Thema, die neuen Mittelstreckenraketen, immer wieder akzentuieren, eben jenes Thema also, das uns zusammenführt, das uns Mobilisierung und Breite ermöglicht, ohne daß damit ein Tabu gegen die Diskussion anderer Probleme verbunden wäre. *Zum dritten* sollten wir diese vielfältige Diskussion nicht einseitig, nicht propagandamäßig mit Parolen, die keinen informativen sachlichen Inhalt haben, führen. Ebensowenig wie wir uns auf die offizielle Parole und Verbindung von SS-20 und „Nachrüstung" hier haben festlegen lassen, weil konkrete Tatsachen dagegen sprechen, dürfen wir ohne informative und sachliche Analyse einfach Stichwörter benutzen – nennen wir Afghanistan, El Salvador, Polen und Chile. Konkret: Militär ist nicht gleich Militär – das in Portugal im Kampf gegen den Faschismus ist nicht das von Argentinien. Gewerkschaft ist nicht gleich Gewerkschaft, die AFL/CIO in den USA nicht die CGT in Frankreich. – Und ich will auch ganz offen sagen, ich bin auch deswegen gegen die Parole von den „Supermächten", weil ich meine, daß es unsere Aufgabe sein muß, konkret zu diskutieren, was die eine oder andere Seite macht. Ich kann nun eben nicht sehen, daß die Sowjetunion sich auf einen begrenzten europäischen Atomkrieg vorbereitet, eine Strategie des Erstschlages entwickelt, daß sie als erste immer ständig neue Massenvernichtungssysteme entwickelt, um damit strategischen Vorteil zu erlangen. Und ich kann auf der anderen Seite nicht sehen, daß es immer wieder die USA und die NATO sind, die konstruktive Abrüstungsvorschläge unterbreiten, im Gegenteil – jedes Kommunique des Warschauer Vertrages auf der einen

und der NATO auf der anderen Seite gibt darüber hinreichend Auskunft –, es ist immer wieder die Sowjetunion, die versucht, neue Abrüstungsimpulse zu geben, neue Vorschläge unterbreitet, einseitige Abrüstungsschritte vollzieht, um einen Abrüstungsprozeß in Gang zu bringen, und es sind immer wieder die Vereinigten Staaten und die NATO, die sich dem verweigern, die ähnliches für sich ablehnen und stattdessen immer mehr Aufrüstungsprozesse einseitig in Gang setzen.

Ich will nicht erst einmal das gesamte Feindbild herunterspulen müssen, bevor ich überhaupt berechtigt bin, gegen die „Nachrüstung" zu sein. Im Gegenteil. Mit der „Nachrüstung" sich auseinanderzusetzen, schließt notwendigerweise ein, sich auch mit dem Feindbild, mit der Strategie der Abschreckung und des Atomkrieges auseinanderzusetzen – so schwer dies auch fallen mag. Für mich ist die allgemeine und vollständige Abrüstung ein konkretes politisches Ziel, auf das alle einzelnen Abrüstungsmaßnahmen, Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen gerichtet werden müssen. Ich bin der Überzeugung, daß diese Grundposition, wie sie in der Schlußakte von Helsinki ausdrücklich von 35 Staaten fixiert worden ist, die langfristige Konzeption ist, auf die wir alle hinarbeiten müssen. Ein atomwaffenfreies Europa, die Auflösung der Militärblökke, die atomare und konventionelle Abrüstung – das sind alles *Schritte*, die auf diese langfristigen Zielvorstellungen hin orientiert sein müssen. Wenn es möglich wäre, ich möchte das morgen haben. Da sind wir uns alle, glaube ich, einig. Nur sehe ich gegenwärtig nicht die konkrete Möglichkeit, diesen Prozeß quasi in einem Akt zu erledigen. Ich sehe vielmehr die Aufgabe vor uns, dies in einem wahrscheinlich sehr langwierigen und komplizierten Prozeß durchzusetzen, indem wir – wie das Alfred Mechtersheimer einmal formuliert hat – konservativ beginnen müssen, nämlich einen weiteren atomaren Zuwachs zu verhindern. Hier nun frage ich mich, ob es, wenn ich ständig auf dieses maximale Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, auf „Schwerter zu Pflugscharen" oder „Frieden schaffen ohne Waffen", auf den Frieden zwischen den Menschen, zwischen den Völkern in der ganzen Welt orientiere, nicht ablenkt vom politisch jetzt Dringlichen, ob wir nicht zurückfallen in die Phase allgemeiner, unkonkreter Forderungen, denen sich praktisch alle anschließen können, ohne auch nur im einzelnen dafür handeln zu wollen. Unser Druck muß konkret sein, konkrete Handlungsanweisung, Maßstab, an dem man Taten der Regierung messen kann, politisch griffig und nicht abstrakt allgemein, das lenkt nur ab von den Aufgaben, die wirklich zu lösen sind und gelöst werden können.

Solidarität in der Friedensbewegung

Wörmann-Adam: Ich sehe es als vorrangiges Ziel an, hier konkret und vor Ort etwas zu verhindern. Ich sehe auch überhaupt nicht ein, daß wir uns Diskussionen von außen aufzwingen lassen, sei es zu Polen, sei es zu den Malwinen oder zu sonst etwas. Dabei soll nun sicher keinem das Recht abgesprochen werden, zu Problemen, die ihn persönlich oder die die Gruppierung, die er vertritt, bewegen, Stellung zu nehmen. Es ist dann nur die Frage, ob man mit massivem Druck versucht, der gesamten Bewegung – auch wenn diese nicht der gleichen Meinung ist – seinen Stempel aufzudrücken – auch auf die Gefahr hin, daß irgend etwas kaputtgeht.

Es gibt auch für mich in der Gewerkschaft eine ganze Reihe von Themen und Fragen, in denen ich zurückstecken muß, in denen ich bis zu einem geeigneten Zeitpunkt warten muß, um meine Überzeugung vorzubringen. In der Frage des Antikommunismus z. B. versuche ich seit langem, dagegen anzukämpfen, aber wenn man das permanent

verbalisiert, wird man rasch in eine bestimmte Ecke gedrängt, aus der man nur schwer wieder herauskommt. Man muß da versuchen, konsensfähig zu werden und gleichzeitig miteinander im Gespräch zu bleiben und für seine Überzeugungen weiter zu kämpfen, um sie mehrheitsfähig zu machen. Wenn man allerdings die Gefahr einer Spaltung sieht, sollte man unter Umständen des Ziels wegen auch bereit sein zurückzustecken.

Kelly: Feindbilder werden ja auf beiden Seiten der Blöcke geschürt, und wir müssen alles tun, um diese Feindbilder abzubauen, denn SS-20 und Pershing II, sie töten ja erst im Kampf. Man denkt den anderen erst einmal tot, ehe man diese Waffe oder dieses Waffensystem entwirft. Ich glaube, in beiden Blöcken bröckelt auch das Feindbild, und wenn Menschen sehen, daß sich Menschen von unten im anderen Block wehren, wird auch das Feindbild ein viel geringeres, ein viel kleineres, und ich glaube, diese Entwicklung ist sehr gut. Wenn heute junge Menschen mit selbstgenähten Stirnbändern mit Motto wie „Ohne Waffen leben" und „Schwerter zu Pflugscharen" in den Kirchen sich zusammenfinden und von unten diesen Militarismus auch im Osten bekämpfen, dann ist dies doch eine sehr gute Entwicklung. Wir sollten, glaube ich, nicht so sehr immer darauf schielen, ob jetzt die Springer-Presse das aufnimmt oder nicht aufnimmt, ob sie uns mißbraucht oder nicht, wir sollten einfach kompromißlos bleiben und Friedensbewegung und Menschenrechtsbewegung und Bürgerrechtsbewegung als eine autonome Politik der Menschen von unten sehen. Ich glaube nicht, Volkmar, daß man damit die Menschen in der DDR in eine ungünstige Lage bringt oder daß man sie in schwierige Situationen bringt. Die vielen Briefe, die ich bis jetzt erhalten habe, zeigen mir sehr deutlich, daß man viel Kraft aus unserer Solidarität schöpft und daß es ein gutes Zeichen ist, wenn während der Ostermärsche viele Plakate von „Schwertern zu Pflugscharen" gesehen worden sind, auch in den internationalen Medien, dies zeigt die Verbundenheit der Bewegung, daß wir nicht nur solidarisch mit den Hiroshima-Opfern in Japan sind, daß wir auch solidarisch sind mit den Männern und Frauen im Pazifik, wo zur Zeit getestet und hochgerüstet wird, und daß wir auch solidarisch sind mit den Menschen in Australien, die sich wehren, wie auch mit den Menschen in der DDR und mit den Menschen in Polen. Das sind doch für uns auch natürliche Verbündete im Widerstand gegen die Aufrüstung und gegen die Übertötungskapazitäten in den östlichen Ländern, es ist auch ein Widerstand gegen menschenverachtende Politik, die immer wieder Menschen unterwirft und unter das eigene Militärdiktat einordnet. Beide Supermächte versuchen immer wieder, verschiedene Gruppen und Bewegungen zu unterwerfen und zu unterdrücken, wenn sie zum Beispiel eine Änderung der weltpolitischen Kräftekonstellation befürchten oder wenn sie Unruhen im eigenen Lande befürchten.

Dies zeigt ja die Notwendigkeit einer internationalen und blockübergreifenden Friedensbewegung, die aufs schärfste verurteilt gerade diese Stellungnahmen der Regierenden in Ost und West, die eben die Friedensbewegung in ihrem eigenen Land als von der anderen Seite gesteuert diffamieren. Die Friedens- und sozial-emanzipativen Bewegungen in Ost und West, glaube ich, können zu tiefgreifenden Umstrukturierungsprozessen führen, wenn sie zeigen, daß sie miteinander loyal sind, aber nicht den Militärblöcken gegenüber. Ich glaube, daß diese Verbundenheit über die Systemgrenzen hinweg, über die Blöcke hinweg, das einzige ist, was die Blöcke destabilisieren kann, was sie wirklich zur Auflösung bringen kann. Das kommt nie von oben.

Mannhardt: Von Petra Kelly sind jetzt eine Reihe von Argumenten in die Diskussion eingebracht worden, von denen ich einige so nicht stehen lassen möchte. Es geht, wie schon gesagt, nicht um die Frage der Solidarität mit denjenigen, die in der DDR unter dem Motto „Schwer zu Pflugscharen" friedenspolitische Vorstellungen äußern wollen

und äußern. Es geht um unsere Schwerpunkte. Am 4. April ging es darum, so ist das zumindestens bei mir angekommen, daß diese Losung zum programmatischen Bestandteil einer Aktion aus sehr konkretem Anlaß werden sollte, verbunden mit Aussagen zur DDR-Friedensbewegung, die nicht von allen Gruppierungen innerhalb der Friedensbewegung mitgetragen worden wären. Es geht auch nicht darum, daß die Grünen eigene Positionen formuliert haben. Die Berechtigung dazu wird ihnen keiner ernsthaft absprechen wollen. Es ging darum, das diese Positionen zum Anliegen der gesamten Friedensbewegung gemacht werden sollten, dazu aber bei der Mehrheit keine Bereitschaft vorhanden war und das wiederum vom Grünen-Bundesvorstand zum Anlaß für unhaltbare Vorwürfe gegen Teile der Friedensbewegung genommen worden war. Das war der Streitpunkt um den 4. April 1982.

Frey: Es geht, glaube ich, nicht darum, was man in den Aufruf gemeinsam reinschreiben kann. Da wird sehr schnell klargestellt, daß es eben keine Gemeinsamkeiten in dem Punkte gibt. Es geht uns darum festzustellen, aufgrund welches Verständnisses und weshalb manche Leute so etwas meinen und inwieweit das schlüssig ist. Und da hätte ich an Petra Kelly noch eine Frage. Die erste Frage ist: Inwieweit können wir hier Friedensbewegung machen und erwarten, daß das, was hier Friedensbewegung ist, in der DDR übernommen wird, obgleich dort ganz andere gesellschaftliche Voraussetzungen vorliegen, die ich nicht teile und hier nicht haben möchte. Mir geht's darum, daß die Leute, die dort ihre Arbeit in den Kirchen machen und als evangelische oder katholische Kirche im Sozialismus sein wollen, daß sie das tun können. Das mache ich ihnen unmöglich, wenn ich sie als Opposition in der DDR gegen den dortigen Staat herausstelle, um eigene innenpolitische Positionen in der BRD zu propagieren.

Quistorp: Unabhängig von den notwendigen Überlegungen von Ulrich Frey möchte ich es mir aber nicht nehmen lassen, mich von dem Motto: „Schwerter zu Pflugscharen" persönlich angesprochen zu fühlen und darin die alten christlichen, antimilitaristischen Positionen wiederzufinden, die aus einer jüdisch-prophetischen Geschichte stammen und hier auch in der Debatte um Rüstungskonversion und um den Pazifismus eine Rolle gespielt haben als vorwärtstreibende utopische Elemente. Wie die evangelische Kirche in der DDR und Mechtersheimer u. a. festgestellt haben, hat ja durch die atomare Wahnsinnsrüstung der Pazifismus einen stärker realitätsbezogenen und dringlichen Charakter erhalten. Angesichts des Standes des Overkill, den sich Politiker nur noch einbilden zu kontrollieren, sollten Gruppen überall respektiert werden, die fordern „Frieden schaffen ohne Waffen", „Schwerter zu Pflugscharen". Auch im Sinne der freien Meinungsäußerung, der Freiheit von sozialen Bewegungen sollte allen radikal-pazifistischen Haltungen überall Respekt gegeben werden.

In die Friedensbewegung gehen verschiedene Grundbedürfnisse ein, auch die nach freiem Ausdruck, wie sie sich auch in den Jugendrevolten und in der Hausbesetzer/innenbewegung äußern. Ohne ständige diplomatische und taktische Abwägungen. Das Problem ist, wie wir diese Offenheit entwickeln und gleichzeitig auch gegenüber den verschiedenen politischen Institutionen effektiv handeln können, wie wir die Manipulation durch die Massenmedien zum Beispiel genügend analysieren und bis in breite Kreise der Gewerkschaften hinein Gegeninformationen vermitteln können. Jeder Bewegung schadet es, auch den Reformen in Polen, der ČSSR und der DDR, wenn sie von außen falsch aufgebauscht werden.

Für mindestens ebenso wichtig halte ich die Frage, wie wir mit den Leuten klar kommen, die, wie sie selber sagen, „ihre Wut rauslassen wollen", die sie gegenüber Symbolfiguren für die weltweite NATO-Strategie wie Haig und anderen zeigen wollen

und die häufig die Kritik an ihren Personalisierungen und an den in sich kreisenden Krawallen nicht aufnehmen. Wie kann ich denjenigen, die sich zur Punk-Revolte rechnen oder sich diffus als „autonom" charakterisieren, verständlich machen, daß es nicht nur um „Gefühl und Härte" geht, sondern darum, wie große Teile der Bevölkerung selber erkennen, was ihnen etablierte Parteieliten vorsetzen, in welch gefährliche Geiselsituation sie hier gebracht worden sind.

Für die Zukunft entscheidend wird sein, wie ein breiter Widerstand der verschiedensten gewerkschaftlichen Kräfte möglich wird und wie unmittelbarer Ausdruck mit politischer Rationalität, wie lokale Aktionen mit dem Einfluß auf internationale Gremien miteinander zu verbinden sind, wenn wir wirklich gegen den Militarismus hier und das Kriegsrecht in Polen, der Türkei und anderswo erfolgreich sein wollen.

Ich teile Petra Kellys radikal-pazifistische Haltung, die Unterstützung von „Solidarność". Doch wir müssen bedenken, daß gesellschaftliche Veränderungen in der DDR, der ČSSR und Polen anders verlaufen als hier, auch wenn es in beiden Militärblöcken Rüstungslobbies und Technokraten-Cliquen gibt, wie Edward P. Thompson analysiert hat. Wir müssen die Fixierung der Wahrnehmung auf die beiden Militärblöcke überwinden, die in der Kalten-Kriegs-Propaganda von der Reagan-Administration gefördert wird. Die Blockkonfrontation kann nur durch eine grundsätzliche Kritik am Militarismus in den sozialistischen und den westlichen Ländern überwunden werden.

Mannhardt: Für mich stellt sich die Frage so: Muß „Solidarität mit Solidarność" und „Schwerter zu Pflugscharen" verbindlich für das gesamte Spektrum der Friedensbewegung sein oder nicht. Soll das der Maßstab für „ehrliches" Friedensengagement sein? Hier gibt es von einigen das Bestreben, dies als verbindlich für alle in der Friedensbewegung zu erklären und jeden, der nicht genau so denkt und handelt, auszugrenzen.

Offen sein für alle Fragen, aber Festhalten am Schwerpunkt „Nachrüstung verhindern!"

Bredthauer: Ist das Problem nicht folgendes: Die Friedensbewegung muß zwar offen für alle Zugänge sein und kann sich nicht leisten, einen einzigen zu versperren, aber andererseits muß sie selektiv sein und ist es ja. Das „Geheimnis" besteht in der Selektion der „Nachrüstungs"-Frage, die von der Sache her geboten ist und keine willkürliche ist. Aber es ist ein *selektives* Herangehen in dieser *einen* Schlüsselfrage. Das muß sein. Neben der Offenheit brauchen wir die Konzentration, wenn wir politisch wirksam werden wollen.

Matthiessen: Ich bekomme immer Schwierigkeiten, wenn wir für die weltweite moralische Gleichberechtigung, Freiheit und die Menschenrechte eintreten und uns eigenartigerweise dabei immer auf einige Beispiele in den sozialistischen Ländern konzentrieren. Das wirkt dann in der Tat etwas selektiv, einseitig und wenig überzeugend.

Für mich besteht ein anderes Problem, Eva Quistorp, und das ist durch deinen letzten Beitrag entschieden verstärkt worden und beunruhigt mich sehr stark. Ich verstehe die Friedensbewegung nicht als eine Bewegung, die gerade zufällig gegen die Mittelstreckenraketen ist und dies vielleicht beliebig austauschen könnte gegen andere Überlegungen und Forderungen. Der breite Konsens in diese Frage besteht ja nicht nur darin, daß die Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen konkret und faßbar ist. Ich gehe in meiner Analyse davon aus – und ich habe den Eindruck, auch die Mehrheit in der Friedensbewegung –, daß mit diesen neuen Raketensystemen eine ganz grundsätzliche Wende in der europäischen und weltweiten Entwicklung eingeleitet wird,

durch die Entwicklung neuer waffentechnischer Bedingungen, die einen Atomkrieg immer möglicher und kalkulierbarer machen sollen. Jeder ist sich bewußt, daß die technologischen Vorsprünge, die man heutzutage noch erringen kann im militärischen Bereich, zeitlich immer kleiner werden, daß man sie also, wenn man es will, sehr schnell ausnutzen muß. Wir können uns in einer solchen gefährlichen Situation nicht erlauben, über alle anderen uns bewegenden persönlichen und weltweiten Probleme so zu diskutieren, als sei die Atomkriegsgefahr gleichsam eine Nebensache. Damit würden wir praktisch verhindern, daß wir uns auf diesen einen Punkt konzentrieren, die drohende Gefahr, die Millionen und aber Millionen Menschen deutlich zu machen, die sich dessen vielleicht noch nicht hinreichend bewußt geworden sind.

Wenn wir anfangen, uns als eine alternative Lebensbewegung für alles oder jedes zu verstehen, die jetzt ein neues zwischenmenschliches Zusammensein schaffen will und wenn wir diese Überlegung praktisch zum Hauptinhalt machen, dann wird es meines Erachtens problematisch, weil es zu spät sein kann, dieses neue Zusammensein jemals zu verwirklichen. Natürlich ist diese Solidarität, dieses Miteinander in den Friedensinitiativen in einer Welt bornierter sprachloser Politiker eine tragfähige Motivation zur Mobilisierung auch der eigenen persönlichen Kraft und zur Widerstandsfähigkeit, um sich nicht isoliert und alleine, sondern gemeinsam mit Institutionen und Parteien in dieser Gesellschaft mit Vorurteilen auseinanderzusetzen, die man schwer durchbrechen kann und an denen man als einzelner scheitern muß. Es bedarf in der Tat eines Gefühls der Zusammengehörigkeit und des Wunsches, alternativ zu denken und zu leben, um der politischen Borniertheit, der man allenorts begegnet, standhalten zu können. Aber wenn dies zu einer Art Selbstzweck wird und sich ablöst vom politischen Ziel dieser Bewegung, d. h., wenn die Raketenfrage trotz verbalen Bekenntnisses in den Hintergrund gedrängt wird, dann sehe ich die Gefahr, daß wir uns in eine unverbindliche, nicht mehr konkret-eingreifende Bewegung verwandeln.

Deile: Du kannst aber der großen Gruppe junger Menschen, die in unserer Friedensbewegung aktiv sind, weil es für sie auch eine soziale Bewegung ist oder weil es für sie eine Bewegung ist, in der der Mensch den aufrechten Gang lernt, denen kannst Du das mit dieser Argumentation nicht ausreden. Das ist mein Problem. Die Frage ist, wie das, was sie bewegt, an einer sozialen Bewegung wie der Friedensbewegung teilzunehmen, mit der Frage verknüpft werden kann, daß es das erste und allerwichtigste bleibt, die Stationierung von neuen Atomwaffen bei uns zu verhindern. Ich finde, wir sollten nicht das Ritual wiederholen, das wir uns jetzt schon ein halbes Jahr in der Friedensbewegung vorspielen. Da beschwört die eine Seite den Minimalkonsens und die andere Seite beschwört die soziale Emanzipation, die in solchen Bewegungen immer eine Rolle spielt. Beides wird gegeneinander ausgespielt. Wir müssen das hinkriegen, wirklich mit beidem zu arbeiten und zu leben. Ich denke, es hat auch viel miteinander zu tun. Eine Friedensbewegung, die nicht daran arbeitet, sich einen anderen Zustand vorstellen zu können, in dem Menschen in Zukunft miteinander leben werden, ist auch zu kurz gegriffen. Dieser Widerspruch zu den Konfrontationen in der Friedensbewegung, die wir heute erleben, ist wahrscheinlich auch wenig wert.

Bredthauer: Und umgekehrt. Wer nicht in der Lage ist, seine Kräfte auf die nächste lösbare Aufgabe zu konzentrieren und eine so negative Entwicklung wie die „Nachrüstung" an einem konkreten Punkt zu stoppen, ist wenig glaubwürdig, wenn er weitergehende positive Vorstellungen entwickelt.

Deile: Das ganze hängt mit dem Problem zusammen, daß die Friedensbewegung erstens in ihrer großen Breite sehr jung ist. Daß sie zweitens eine zu große politische Be-

deutung für dieses ihr Alter hat und daß wir alle noch in der Selbstverständnisdebatte stecken. Deswegen haben wir auch heute wieder viel Zeit damit verbracht, darüber zu reden, wer wir sind, statt darüber zu reden, was wir bis 1983 und nach 1983 tun müssen, wo z. B. der Anfang des Einstieges zu atomwaffenfreien Zonen in Ost und West ist . . . Das ist eine hochrangig politische Frage, zu der uns bald die nächsten ersten Schritte einfallen müssen. Da reicht die „Verhinderung der Stationierung" nicht aus, wenn sie auch der einzig mögliche heute vorstellbare Einstieg in solch eine Entwicklung ist.

Perspektiven für 1982/83

Bredthauer: Die Fragen, die Volkmar Deile eben angesprochen hat, haben in der Tat eine enorme Bedeutung für die weiteren Perspektiven der Friedensbewegung, für die Entwicklung in diesem Land überhaupt. Nicht zuletzt wird sich daran auch zu zeigen haben, ob die Friedensbewegung trotz der, z. T. notwendigen, Kontroversen wirklich handlungsfähig geblieben ist und bleiben wird. Wir sollten hier abschließend die Überlegungen der verschiedenen Gruppen und Richtungen, deren Vertreter hier versammelt sind *), zusammentragen. – Was geschieht nach dem 10. Juni, was muß noch 1982, was muß 1983 geschehen, wenn die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik tatsächlich verhindert werden soll?

Mannhardt: Die Stationierung der neuen Atomraketen zu verhindern, das ist nach wie vor die entscheidende Aufgabe für die Friedensbewegung in unserem Land und zudem der Schlüssel auf dem Weg zu einem Europa ohne atomare Massenvernichtungswaffen. Ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen, ist unsere politische Alternative zur gegenwärtigen Militärpolitik der „abschreckenden atomaren Hochrüstung". Wir sind gefordert diese konkrete Utopie Realität werden zu lassen.

Bis zum geplanten Stationierungstermin gilt es, ein unüberwindbares öffentliches Klima gegen die atomare Aufrüstung zu schaffen um die politischen Entscheidungsträger zu einer substantiellen Kurskorrektur zu zwingen: Die Zustimmung zum NATO-Raketenbeschluß zurückzunehmen und konkrete Schritte zum Abbau der atomaren Vernichtungspotentiale einzuleiten.

Die Konzentration der gemeinsamen Aktivitäten der verschiedenen Gruppierungen der Friedensbewegung auf dieses Ziel soll nicht zur Ausklammerung anderer Aspekte des Abrüstungskampfes führen. Das Thema Abrüstung und eine andere Friedenspolitik beinhaltet viele Aspekte. In der Konzentration auf diesen Punkt im gemeinsamen Kampf liegt jedoch die Stärke der heutigen Friedensbewegung. Nur so werden sich faßbare, konkrete politische Veränderungen in entscheidenden Fragen herbeiführen lassen.

Zur Friedensbewegung müssen noch mehr Menschen einen Zugang finden, damit sie mehr wird als eine von jungen Menschen getragene Bewegung. Hierbei wird es vor allem darauf ankommen, die Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen zu gewinnen. Aufrüstung, Atomraketen, Konfrontationspolitik, Wirtschaftskrieg verursachen Sozialabbau, das muß in den Betrieben, an den Arbeitsplätzen deutlich gemacht werden.

*) Gert Bastian und Petra Kelly mußten das Gespräch leider wegen anderweitiger Termine eine Stunde vor seinem Abschluß verlassen.

Um das öffentliche Klima für eine „atomare Abrüstung" zu erzeugen, muß es uns gelingen, in jeder Stadt, jedem Dorf, in unserer Nachbarschaft die Mehrheit der Menschen für das erreichbare Ziel „Keine Stationierung neuer Atomraketen in Europa" zu gewinnen. Der Krefelder Appell, den bereits Millionen unterschrieben haben, sollte dabei zu einer Art Volksabstimmung ausgeweitet werden. Der tägliche Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen kann nicht den Raketenbefürwortern überlassen werden, den muß die Friedensbewegung führen.

Deile: 1. Die westdeutsche Friedensbewegung ist sehr jung. Dennoch ist sie eine wirkliche Massenbewegung. Die Friedensbewegung ist von großer politischer Bedeutung. Ihre politische Reife steht in keinem Verhältnis zu ihren Aufgaben.

2. Mit dem 10. Oktober 1981 in Bonn hat die Friedensbewegung eine Art Durchbruch geschafft. Sie hat breite Sympathien in der Bevölkerung. Diese Sympathien sind nicht mit bisher vorhandenen politischen Parteien und Polarisierungen gleichsetzbar und erklärbar. Sogar etwa 40 Prozent der CDU/CSU-Wähler befürworten die Existenz einer Friedensbewegung bei uns. Die Friedensbewegung ist tendenziell mehrheitsfähig. Ihre Strategie muß deshalb auf die Mehrheitsgewinnung ausgerichtet sein.

3. In der Friedensbewegung sind die unabhängigen Kräfte zu schwach. Dies führt zu einer Abhängigkeit von schon organisierten Bewegungen und Parteien. Die Friedensbewegung muß von *allen* Parteien unabhängig bleiben. Parteien können Teil der Friedensbewegung sein, niemals ihre Mitte. Dialog mit allen Parteien ist erwünscht. Dieser ist aber nur aus einer Position unabhängiger Stärke heraus möglich. Nur dann wird die Friedensbewegung Einfluß auch auf die politischen Parteien haben. Die Friedensbewegung muß sich bewußt dem Druck entziehen, eine parteiähnliche Organisation zu werden, die auf alle Probleme eine Antwort sucht oder hat.

4. Die Friedensbewegung verfügt bisher über keine in ihr selbst mehrheitsfähige Strategie. Nahezu alle Fragen sind in ihr heiß umstritten. Die Friedensbewegung sollte die Strategiedebatte intensiv führen und sich bewußt der Versuchung entziehen, die internen Spannungen durch Solidarisierungen nach außen (Anti-Reagan, Anti-NATO, Anti-. . .) zu übertünchen. Insofern ist die Demonstration am 10. 6. 1982 in Bonn das Symptom einer problematischen Entwicklung der Friedensbewegung („Nothelfer Reagan").

5. Die Friedensbewegung braucht eine eigene politische Kultur. Alle Gegensätze sollen in ihr diskutiert werden. Nur diese interne, kontroverse Debatte wird uns zu einer politischen Strategie verhelfen und die Fähigkeit entwickeln helfen, bei der notwendigen Verhinderung der Stationierung neuer atomarer Waffen zusammenkommen zu können.

6. Die Alternative „Minimalkonsens (Verhinderung der Stationierung) versus friedenspolitische Alternative" ist falsch. Beides gehört zusammen. Die Friedensbewegung ist eine Bewegung für eine andere Friedenspolitik. Der Einstieg in diese andere Friedenspolitik kann durch die Verhinderung der neuen Waffen gefunden werden. Die Friedensbewegung ist keine Bewegung nur gegen bestimmte Waffen, keine Anti-Waffen-Bewegung. Im Nein zu diesen Waffen ist ihr deutlich geworden, daß sie eine politische Alternative braucht, erarbeiten und praktisch-politisch umsetzen muß. Aber: Die Pershing II bleibt auch unabhängig von dieser politischen Alternative eine Waffe, die die Situation gefährlicher macht.

7. Diese Alternative politischer Art ist eine europäische Alternative, niemals eine gesamtdeutsche! Deshalb sollten wir den gesamtdeutschen Träumereien jedweder Art

eindeutig widerstehen. Ansatzpunkt einer solchen europäischen Entwicklung ist eine neue, tiefergreifende Entspannung. Die bisherige Entspannungspolitik geschah außerhalb des entscheidenden politischen und militärischen Sektors auf wissenschaftlichem, ökonomischem und kulturellem Gebiet. Über die Verhinderung der neuen atomaren Waffen können wir einen Einstieg in diese europäische Entwicklung finden. Minderung der Konfrontation militärischer und politischer Art durch die Blocksysteme selbst, Auseinanderrücken der Blocksysteme in Europa, erst mit atomaren Waffen, später weitergehend. Ziel ist die Überwindung der Blockkonfrontation in Europa.

8. Dieses andersartige Europa wird nicht nur atomwaffenfrei sein müssen, es muß auch andere – gerechte – Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt haben, sich nicht an Rüstungsexporten beteiligen und der weiteren Proliferation von atomaren Waffen (auch durch AKWs) widerstehen. Konventionelle Rüstung muß auf den niedrigsten Stand rein defensiver Art gebracht werden.

9. Dieser europäischen Entwicklung kann man dadurch helfen, daß die zwei deutschen Staaten sich gegenseitig voll anerkennen und seitens der Bundesrepublik auf jede Wiedervereinigungsideologie verzichtet wird. Wer die Wiedervereinigung Deutschlands anstrebt, mindert nicht die Spannungen, sondern erhöht sie. Die Annäherung der *Deutschen* ist nur möglich durch völligen Verzicht auf die Wiedervereinigung *Deutschlands*. Wer das Gegenteil behauptet, kennt die politischen Verhältnisse in allen die beiden deutschen Staaten umgebenden Länder nicht. Nur wer die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Fakten anerkennt, kann die Situation wirklich verändern.

10. Die Friedensbewegung hat nicht nur mit den Fragen des Rüstungswettlaufs und der Waffentechnologie zu tun. Der Ost-West-Konflikt (das heißt das hinter diesem Konflikt stehende bipolare System hochgerüsteter Großmächte) und der Nord-Süd-Konflikt (das heißt weltweite Gerechtigkeit und die Tatsache, daß jeder Autonomiebestrebung in der Dritten Welt der Ost-West-Konflikt aufgepreßt wird) sind die Probleme, in deren Aufarbeitung die Friedensbewegung die Antwort ihrer notwendigen politischen Perspektive suchen muß und finden wird.

11. Die Abschreckung muß militärisch und politisch überwunden werden. Es bleibt eine Tatsache, daß die ständige Vorbereitung des Krieges als Grundlage der Kriegsverhütung mit wachsender Wahrscheinlichkeit zum Krieg führen wird. Es ist eine Tatsache, daß die Abschreckung nur durch eine alternative Sicherheitspolitik (Stichwort „gemeinsame Sicherheit") überwunden wird. Einseitige, kalkulierte Abrüstungsschritte – über eine Zeitlang fortgesetzt – können der Einstieg in den beiderseitigen Abrüstungsprozeß sein.

12. Neben dem inneren Dialog der Friedensbewegung ist die Konzentration der Friedensarbeit auf regionale und lokale Arbeit notwendig (Friedenswochen, Strategie der atomwaffenfreien lokalen und regionalen Zonen in Verbindung mit Diskussion um Zivilschutz u. a.). Die Friedensbewegung ist so stark wie sie an der „Basis" ist. Das Springen von einer bundesweiten Aktion zur nächsten zieht die Kräfte von der lokalen Arbeit ab. Nur durch systematische Arbeit und Erfolge vor Ort wird die Friedensbewegung die Kraft haben, sich überregional (oder gar europäisch) deutlicher und stärker zu zeigen. Die Friedensbewegung muß sich von dem Druck befreien, den 10. Oktober 1981 überbieten zu wollen. Nur wenn sie sich davon befreit, kommt sie qualitativ und quantitativ über den 10. Oktober 1981 hinaus.

13. Die Friedensbewegung ist ein großer Lernprozeß. Neben fundamentaloppositionellen Strömungen beteiligen sich viele besorgte Bürger an ihr. Berufsgruppenorien-

tierte Diskussionen und Zusammenschlüsse sind in ihr tätig (Ärzte, Juristen etc.). Die Friedensbewegung darf sich durch ihre Strategie nicht wieder auf die traditionell vorhandenen oppositionellen Strömungen reduzieren. Wesentliche Potentiale der Friedensbewegung kommen aus Kirchengemeinden und christlicher Jugendarbeit. Die Aktionen der Friedensbewegung können deshalb nur gewaltfrei, die legalen Möglichkeiten extensiv ausschöpfend und sich an positiven Zielen orientierend (die dann auch eine konkrete Kritik enthalten) sein. Scheinradikalität, aggressive Sprache, Antifixierungen werden der Friedensbewegung nicht helfen. Die Reduzierung auf fundamentaloppositionelle Strömungen ist der Anfang vom Ende der Friedensbewegung.

14. Die Gruppen, Parteien und Organisationen, die sich zur Zeit an Konferenzen, Demonstrationsvorbereitungen etc. beteiligen, sind nur ein Ausschnitt der neuen breiten Friedensbewegung. Viele der kleinen, unabhängigen Gruppen haben keine hauptamtlichen Funktionäre und beteiligen sich deshalb nicht. Ihre Stimme ist in der Friedensbewegung aber unverzichtbar. Die Gefahr elitären Abhebens der „Funktionäre" von denen, die in der Friedensarbeit am Anfang stehen, und das sind wegen des kurzen Alters der Friedensbewegung viele, ist akut gegeben.

Frey: In den zwei Jahren des Bestehens der multisektoral (Ökologie, Entwicklung und Abrüstung) zusammengesetzten Friedensbewegung sind durch nationalen und internationalen Druck auf Regierungen und Parteien früher nicht für möglich gehaltene politische Bewegungen in Gang gekommen, die die Voraussetzungen für die Realisierung der „Nachrüstung" erheblich in Frage stellen. Um mit Erfolg weiterarbeiten zu können, sehe ich folgende Notwendigkeiten:

1. Als politische Bewegung muß die Friedensbewegung national und international politische Alternativen zur gegenwärtigen atomaren Militärstrategie für Ost und West, Nord und Süd, entwickeln helfen. Die unterschiedlich orientierten Gruppen der Friedensbewegung sollten ihre eigenen Denkansätze nutzen, um den Mindestkonsens „Keine Nachrüstung" daraufhin zu überprüfen, wie er verwirklicht werden könnte.

2. Prioritäten der politischen Alternativen. Um dem Primat der Politik gegenüber militärischem Denken und Handeln tatsächlich Geltung zu verschaffen, dürfen nicht alle Probleme und Streitfragen gleichzeitig, sondern müssen sie in ihrer logischen und historischen Verknüpfung bedacht werden. Vorrangig ist die Neubestimmung des Verhältnisses USA–Europa im Verhältnis Ost–West und das Nachdenken über das Verhältnis von osteuropäischen Ländern zur UdSSR im Ost-West-Schema. Dazu gehören Überlegungen zur politischen Überbrückung der militärischen Bündnissysteme, Entwicklung von alternativen Sicherheits- und streng defensiven Verteidigungssystemen, die nicht über die Grenzen hinaus bedrohen, soziale Verteidigung, usw. Die Ächtung von Waffenexporten, insbesondere in die sog. Dritte Welt, ist die Konsequenz der Abrüstung in der globalen Perspektive aus europäischer Sicht. Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sollten jedoch eigene Anstrengungen unternehmen, um eigene Produktionen und Waffenlieferungen aus Industrieländern in natura oder per Lizenz politisch überflüssig zu machen. Sonst haben Industrieländer immer wieder leichtes Spiel, ihre Interessen per Waffenlieferungen durchzusetzen. Fernziele wie „Auflösung der Blöcke", „raus aus der NATO bzw. der WPO" haben nur dann einen politischen, weil langfristig machbaren Sinn, wenn es kleine erste Schritte gibt, die dorthin führen.

3. Für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist besondere die deutsch-deutsche Frage von Belang. Den Eppelmann-Appell und Bestrebungen in den Kirchen der DDR „Schwerter zu Pflugscharen" können wir nicht einschätzen, ohne uns zu verge-

genwärtigen, daß die deutsche Teilung ein Ergebnis des deutschen Faschismus und staatlich nicht mehr reversibel ist. Deshalb schaden wir den eigenständigen Bemühungen der Kirchen in der DDR um einen kirchlichen Beitrag zum Frieden „im Sozialismus", wenn wir sie für unsere politischen Zwecke hier in Anspruch nehmen oder in Anspruch nehmen lassen.

4. Die Friedensbewegung muß ihre Unabhängigkeit von den alten und neuen politischen Parteien bewahren, um ohne die Zwänge zu politischen Kompromissen, die in einer parlamentarischen Demokratie notwendig sind, denken und handeln zu können. Das betrifft auch die Grünen und die SPD, falls sie im Bund in die Opposition gehen sollte. Die Friedensbewegung sollte aber in die Parteien hinein wirken und sich von dort kritisch befragen lassen.

5. Das Handeln der Friedensbewegung sollte sein:
– Herausforderung der politischen Parteien durch Entwicklung und Propagierung von politischen Alternativen, z. B. einseitig kalkulierten Abrüstunsschritten im gradualistischen Sinne.
– Information der Bevölkerung über das tatsächliche Bild des Atomkrieges, Vermittlung von Fachkenntnissen durch Berufsgruppen (Ärzte, Physiker, Juristen, Lehrer, Theologen, Sozialarbeiter, Künstler usw.) zu Atomwaffen und ihren Folgen für Wirtschaft, Kultur, usw.
– Vertiefung der Argumentation und eigenständige Diskussion in den gesellschaftlichen Großgruppen: gewerkschaftlich orientierte Gruppen in Gewerkschaften, kirchliche Gruppen in den Kirchen,
– Reden und Argumentieren mit den noch nicht überzeugten Gegnern: Die Friedensbewegung ist eine qualifizierte Minderheit in der Republik, die unter Nutzung der Möglichkeiten unseres gesellschaftlichen und politischen Systems Veränderungen herbeiführen kann.
– Verhinderung von Gewalt gegen Personen oder Sachen. Gewalt eskaliert innerstaatlich ebenso wie zwischenstaatlich und führt nur dazu, daß der machtmäßig Stärkere sich durchsetzt und daß die argumentative und demokratische Veränderung blockiert wird. Beispiele dafür sind Terrorismus, der innerstaatlich Reformansätze tötet, und der Falkland/Malwinen-Krieg, der zeigt, wie borniertes nationales und „Sicherheits"-Denken in eine eigendynamische, unkontrollierbare Vernichtung mündet.

Wörmann-Adam: Die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung wird von einer großangelegten Offensive des Kapitals und der Bundesregierung bedroht. In der derzeitigen Wirtschaftskrise werden die durch die Arbeiterbewegung mühsam errungenen Erfolge von diesen Kreisen in Frage gestellt. Hier ergibt sich ein konkreter Zusammenhang zwischen aktiv betriebener Aufrüstungspolitik einerseits und Sozialabbau andererseits. Genau an diesem Punkt können wir innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ansetzen und aufzeigen, daß unsere unmittelbaren Interessen – Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Rotstiftpolitik – direkt mit der Frage nach Frieden und Abrüstung zusammenhängen. Es ist unsere Aufgabe, die innerhalb des DGB schon vorhandenen Ansätze zu einer aktiven Friedenspolitik, wie sie sich auch in einem, wenn auch mit mancherlei Mängeln gegenüber der „Krefelder Appell" ausgestatteten, DGB-Friedensappell dokumentieren, weiter auszubauen. Dazu gehört insbesondere in der Gewerkschaftsbewegung eine verstärkte Auseinandersetzung um die Alternativen zur Rüstungsproduktion.

Für eine aktive Unterstützung der Friedensbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung zu werben, bedeutet natürlich auch, sich mit antikommunistischen Vorbehalten auseinanderzusetzen und klarzumachen, wem diese dienen. Vorrangiges Ziel muß es

werden, aktiv und massiv gewerkschaftlich die Friedensbewegung zu stärken, um so einen noch größeren Druck auf die Politik und die Politiker dieses Landes auszuüben. Aus unserer konkreten geschichtlichen Erfahrung heraus müssen wir klar machen, daß es ohne Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung über alle ideologischen Grenzen hinweg keinen dauerhaften sozialen Frieden und keinen Fortschritt in unserem Land gibt.

Bredthauer: Für die Perspektiven der Friedensbewegung 1982/83 lassen sich aus diesem Gespräch einige Punkte verallgemeinern, die ich abschließend zusammenfassen möchte:

1. Die Friedensbewegung hat bisher vor allem in der Öffentlichkeit Problembewußtsein über die „Nachrüstung" schaffen können, aber in der Substanz noch keinen Durchbruch erzielt.

2. Das Aufkommen einer ähnlichen Bewegung in den USA selbst, d. h. „in der Höhle des Löwen", ermutigt und schafft neue Aussichten, auch für die Genfer Verhandlungen über eurostrategische Atomwaffen und die START-Verhandlungen.

3. Bisher sind die Genfer Verhandlungen vornehmlich als „Rauchvorhang" verstanden worden, hinter dem die Vorbereitung für die „Nachrüstung" weitergeht. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Verhandlungen von der Friedensbewegung weitgehend ignoriert worden.

4. Jetzt sollte die Friedensbewegung auch die internationale Ebene so weit wie möglich nutzen: die UNO-Bestrebungen zur Abrüstung, die amerikanische Friedensbewegung, START und die Genfer Verhandlungen, um Druck für wirkliche politische Veränderungen zu entwickeln.

5. Der entscheidende Beitrag der Friedensbewegung in der Bundesrepublik liegt allerdings nach wie vor darin, auf die Veränderung der Bonner Haltung hinzuwirken. Dies wird nur durch eine erhebliche Verbreiterung und Verstärkung des Drucks auf die Regierung und die Parteien, vor allem durch außerparlamentarischen, parteipolitisch unabhängigen Druck der Friedensbewegung und durch Hineinwirken in alle Parteien, Kirchen, Gewerkschaften usw. realisierbar.

6. Alle Initiativen und Aktionsformen, die bereits Massenwirksamkeit bewiesen haben, insbesondere der Krefelder Appell, Demonstrationen wie am 10. 10. 1981, am 10. 6. 1982, auf Kirchentagen usw. müssen fortgeführt und ausgeweitet werden. Bei fast 3 Millionen Unterschriften bietet der Krefelder Appell den Ansatz, ein Quasi-Referendum gegen die „Nachrüstung" durchzuführen. Zugleich braucht die Friedensbewegung immer neue Aktionsformen und Ideen, um immer neue Kreise zu erschließen und Ermüdungserscheinungen, Routinetendenzen und Langeweile zu vermeiden.

7. Aktionen müssen immer auf ihre Außenwirkung hin durchdacht sein. Eine Aktion, die am Verständnis der breiteren Öffentlichkeit vorbeigeht und den inneren Zusammenhalt der Friedensbewegung aufs Spiel setzt, ist nicht zu rechtfertigen; auch nicht durch „Zeitdruck" (ab 1983 werde sonst stationiert usw. . . .). Die „Nachrüstung kann nur durch eine Mehrheitsbewegung und nur durch politischen Druck, der die Regierungspolitik verändert, verhindert werden, nicht aber ersatzweise durch Aktionen zur „Stationierungsverhinderung" vor Ort.

8. Die Friedensbewegung hat zwar bereits beträchtliche Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden, aber wenn sie ihr Ziel erreichen soll, muß sie (besseren) Zugang zu den entscheidend wichtigen Bereichen und Gruppen der Gesellschaft finden, die ihr bis-

her weitgehend verschlossen geblieben sind. Noch immer erhält ein Parteiblock etwa 50% der Wählerstimmen und mehr, der ohne Wenn und Aber für „Nachrüstung" und Reagankurs eintritt – obwohl laut Meinungsumfragen über zwei Drittel der Bevölkerung der „Nachrüstungs"politik allenfalls mit Einschränkung zustimmen und eine sehr starke Minderheit (sogar der CDU/CSU-Wähler) sie bereits heute ablehnt. Und noch immer spielt die Auseinandersetzung mit der „Nachrüstung" auch in den Gewerkschaften eine nur untergeordnete Rolle.

Der Friedensbewegung muß also daran gelegen sein, den Zusammenhang von Aufrüstung, Konfrontationskurs („Nachrüstung" ist hier nur die Spitze des Eisbergs) und sozialer Demontage viel deutlicher herauszuarbeiten und in das öffentliche Bewußtsein zu rücken. Zugleich muß die Friedensbewegung alles tun, um in die „andere Hälfte" der Bevölkerung vorzustoßen – also in Bereiche, in denen die „Nachrüstung" bisher noch überhaupt nicht problematisiert worden ist.

9. Um diese Bereiche für die Kernforderungen der Friedensbewegung ansprechen zu können, muß die Friedensbewegung offen sein für eine Vielfalt von Zugängen, an denen Betroffenhheit bewußt gemacht werden kann und gegen die „Nachrüstung" mobilisiert werden kann. Diese notwendige Offenheit darf aber nicht dazu führen, daß an der Kernforderung, die „Nachrüstung" in der BRD zu verhindern, Abstriche gemacht werden oder diese in der Vielfalt möglicher Zugänge oder Perspektiven beliebig und damit unverbindlich wird.

10. Die Friedensbewegung kann nur dann ihre Chance, mehrheitsfähig zu werden, wahrnehmen, wenn sie nicht in sich selbst kreist, sich in abgehobenen Aktionen radikalisiert oder in Debatten um Alternativen oder Konsensfragen versinkt. Die Friedensbewegung hat ein Ziel, sie ruht nicht in sich selbst; sie ist Mittel, nicht (Selbst-)Zweck.

11. Die Friedensbewegung ist nicht Partei und kann dies nach ihren Zielen und ihrer sozialen und politischen Zusammensetzung auch nicht werden. Sie umfaßt ein breites Spektrum von politisch unterschiedlichsten Kräften. Sie vereint Experten und Menschen, die es angesichts der Rüstungseskalation und Kriegsgefahr einfach mit der Angst bekommen haben. Mehr noch, sie ist auch Ausdruck einer (vorpolitischen) Grundströmung und sie beeinflußt nicht zuletzt aus diesem Grunde das gesamte politische Klima in der Bundesrepublik. Prägend ist für diese Grundströmung die Absage an Krieg, Vernichtung und Aggression, die Suche nach lebenswerten Bedingungen des Friedens, ohne daß noch konkrete Antworten fixiert worden wären. Diese Suche, die als produktives Element in der Friedensbewegung zum Ausdruck kommt, muß ernst genommen werden. Das geschieht aber nur dann, wenn sie nicht mit Allerweltsformeln zugedeckt wird, sondern wenn sie sich in der Auseinandersetzung um die „Nachrüstung" als ernsthaft und wirksam erweist.

Fehl-START

Eine Analyse der amerikanischen Position zu Beginn der Genfer Gespräche über strategische Abrüstung

Von Günter Heißenbüttel

I

Am 31. Mai 1982, anderthalb Jahre nach seinem Amtsantritt, konnte US-Präsident Ronald Reagan der Weltöffentlichkeit mitteilen, er sei jetzt bereit zur (Wieder-)Aufnahme sowjetisch-amerikanischer Gespräche über eine Reduzierung der beiderseitigen strategischen Atomwaffenarsenale. Diese von Reagan als „START"-Verhandlungen[1]) titulierten Gespräche haben am 29. Juni in Genf ihren Anfang genommen und sollen den bereits 1969 begonnenen und seither mehrfach von ernsthaften Rückschlägen befallenen SALT-Prozeß wieder in Gang setzen. Obwohl entsprechend den Gepflogenheiten der zurückliegenden SALT-I- und SALT-II-Verhandlungen strikte Vertraulichkeit vereinbart worden war, ließ sich Reagan eine Vorabveröffentlichung der amerikanischen Verhandlungsziele von START nicht nehmen. Er selbst steckte propagandistisch äußerst wirksam in einer Rede am 9. Mai an der Universität von Eureka/Illinois die Verhandlungspositionen seiner Administration wie folgt ab: „Ich hoffe, daß am Ende der ersten Phase der START-Verhandlungen die Gefechtsköpfe der ballistischen Raketen – der schwerwiegendsten Bedrohung, vor der wir stehen – auf einen gleichen Stand – mindestens auf ein Drittel unter dem derzeitigen Stand – vermindert werden. Um die Stabilität zu steigern, wäre mein Vorschlag, daß nicht mehr als die Hälfte dieser Gefechtsköpfe landgestützt ist. Ich hoffe, daß diese Verminderung der Gefechtsköpfe sowie beträchtliche Verminderungen bei den Raketen selbst so rasch wie möglich erreicht werden können. In einer zweiten Phase streben wir eine gleiche Obergrenze auch bei anderen Elementen unserer strategischen Kernwaffen an, einschließlich einer Begrenzung der Nutzlast der ballistischen Raketen auf weniger als das derzeitige amerikanische Niveau. In beiden Phasen werden wir auf Verifizierungsverfahren bestehen, um sicherzustellen, daß das Abkommen eingehalten wird."[2])

Soweit also die Ausgangskonzeption des US-Präsidenten für START, bei deren Analyse jedoch keinesfalls vergessen werden darf, daß sie formuliert wurde vor dem Hintergrund des seit Kriegsende umfangreichsten amerikanischen Aufrüstungsprogramms im nuklearstrategischen Bereich einerseits und in direkter Konkurrenz zum SALT-II-Abkommen andererseits, dessen Ratifizierung die Reagan-Administration nach wie vor strikt ablehnt.

1) START = Strategic Arms Reduction Talks (Gespräche über die Verminderung strategischer Rüstungen) – in polemischer Abgrenzung zu SALT = Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche über die Begrenzung strategischer Rüstungen).
2) „Blätter", 6/1982, S. 752f. Übersetzung des „Amerika-Dienstes" der US-Botschaft.

In der Tat hätte die Praktizierung von SALT II nicht annähernd so einschneidende rüstungskontrollpolitische Konsequenzen gezeitigt wie dies die Umsetzung des neuen Reaganschen Zielkatalogs tun würde. Doch im Gegensatz zu START-Ergebnissen *existiert* SALT II – die Vertragsbestimmungen könnten von heute auf morgen praktisch wirksam werden und würden immerhin beiderseitig gleiche Plafonds bei allen derzeit wichtigen strategischen Komponenten sowie einen einseitigen Abbau von 183 strategischen Trägereinheiten durch die Sowjetunion bewirken.

Allerdings, so läßt sich argumentieren, begrenzt SALT II im qualitativen Bereich lediglich den Bestand der MIRV-fähigen *Systeme*[3]) (1320 Einheiten von 2250 strategischen Trägersystemen insgesamt), setzt aber dem strategischen Aufbau hinsichtlich der Ausstattung der erlaubten MIRV-Systeme mit einer höheren Anzahl von *Sprengköpfen* nur eine sehr weit gefaßte und von daher nicht sonderlich wirksame Grenze: 10 MIRV pro ICBM[4]) und 14 MIRV pro SLBM[5]) sollen künftig auf neu installierten Trägermitteln erlaubt sein.

Eben diesen faktischen Schwachpunkt, der letztlich nur deshalb vertraglich fixiert werden mußte, weil sich die USA seit 1969 jeder effektiv wirksamen MIRV-Begrenzungsklausel widersetzen, nutzt nun Präsident Reagan für seine Argumentation gegen den SALT-Kompromiß und für die Rechtfertigung seines START-Neuansatzes:

Durch eine im legitimen Rahmen von SALT II vollzogene Aufstockung der MIRV-Zielspitzen ihrer schweren Raketen, so wird argumentiert, wurde die Sowjetunion in naher Zukunft die Fähigkeit zur präemptiven Ausschaltung der landgestützten amerikanischen Raketensysteme erhalten – eine Fähigkeit, die die USA einerseits durch die höhere Anzahl der potentiellen Counterforce-Ziele (= sowjetische ICBMs) und andererseits wegen ihres insgesamt geringeren Bestandes an landgestützten Raketen und deren in der Summe geringerer Wurflastkapazität nur mit wesentlich größerem Aufwand zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt erlangen würden.

Ist es jedoch tatsächlich diese Gefahr und nichts anderes, die die Blockade von SALT II durch die gegenwärtige amerikanische Regierung begründet, so ist die strikte Ablehnung der Forderung etwa der US-Senatoren Kennedy und Hatfield nach Einfrieren („Freeze") der beiderseitigen Potentiale, verbunden mit einem generellen Modernisierungsstopp, nicht begründbar: Würde doch dadurch das bestehende nuklearstrategische Kräfteverhältnis gewahrt und der Entwicklung sicherer Erstschlagskapazitäten ein wirksamer Riegel vorgeschoben. Sowohl das Inkraftsetzen von SALT II als auch das Aufgreifen der „Freeze"-Initiative – oder besser noch: eine Kombination aus beidem –

3) MIRV = Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle (mehrere unabhängig voneinander steuerbare Wiedereintrittskörper zur Bekämpfung mehrerer Ziele); im Unterschied zu MRV = Multiple Reentry Vehicle (mehrere nicht unabhängig lenkbare Wiedereintrittskörper).
4) ICBM = Intercontinental Ballistic Missile (landgestützte Interkontinentalrakete).
5) SLBM = Submarine Launched Ballistic Missile (unterseebootgestützte strategische Rakete).

könnte jene Vertrauens- und Sicherheitsgrundlage herstellen, die für die Lösung der weitaus komplizierteren *Reduzierungs*probleme unerläß erscheint.

Gerade in Anbetracht der Tatsache, daß die Reagan-Administration alle einer möglichen Reduzierung vorausgehenden Initiativen gegen das nuklearstrategische Wettrüsten – und dazu gehören auch ein umfassender atomarer Teststopp oder ein Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen – zurückweist, ist es angezeigt, den amerikanischen START-Ansatz hinsichtlich seiner Erfolgsaussichten, Seriosität und Praktikabilität zu überprüfen. Eröffnet das Konzept des amerikanischen Präsidenten tatsächlich Wege, die strategische Rüstungsdynamik abzubremsen und auf einem niedrigeren Niveau zu stabilisieren, oder ist Reagans Vorstoß – von vornherein auf die Ablehnung durch den Verhandlungspartner orientiert – nicht möglicherweise ein Schachzug zur Neutralisierung der Aufrüstungskritiker im eigenen Lande? Oder, noch schlimmer, ein Versuch, auf diplomatischem Wege das zu erreichen, was allein durch Entwicklung der Waffentechnologie und ungehemmtes Wettrüsten nicht erreicht werden konnte, nämlich die Wiederherstellung der Ende der 60er Jahre verlorengegangenen allgemeinen strategischen Vorherrschaft der USA gegenüber dem sowjetischen Konkurrenzsystem?

II

Strukturell und substantiell erinnert die Reagan-Initiative an einen im März 1977 von US-Präsident Carter im Rahmen von SALT II vorgetragenen Abrüstungsvorschlag. Wie Reagan heute die bereits erzielten SALT-II-Ergebnisse durch eine völlig neue Initiative desavouiert, wischte seinerzeit Carter die im November 1974 in Wladiwostok ausgehandelten Rahmenvereinbarungen für das künftige SALT-II-Abkommen kurzerhand vom Tisch. Hatten sich Ford und Breschnew noch 1974 darauf geeinigt, daß jede Seite in Zukunft über 2400 strategische Kernwaffenträger – darunter 1320 mit MIRV-Ausrüstung – verfügen dürfe, so forderte Fords Nachfolger nun plötzlich einen „deep cut" („tiefen Schnitt").

Carters Vorschlag umfaßte – läßt man verschiedene innovationsbezogene Restriktionen außer acht – das folgende Maßnahmepaket: Der beiderseitige Bestand strategischer Trägerwaffen sollte auf 1800–2000 Einheiten, die Obergrenze für MIRV-fähige Systeme auf 1100–1200 Exemplare festgelegt werden. Von den MIRV-Trägern sollten höchstens 550 Systeme landstationiert sein (was bezeichnenderweise exakt dem Bestand amerikanischer Minuteman-III-Raketen entsprach). Des weiteren sollten Cruise Missiles (Marschflugkörper) einem Reichweitenlimit von 2500 km unterworfen werden – dies eine Bestimmung, die in keiner Weise greift, da luftgestützte Marschflugkörper, selbst wenn sie dieser Begrenzung unterliegen, aufgrund der hinzuzuaddierenden Reichweite des Trägerflugzeugs ohne weiteres strategisch eingesetzt werden können; das gleiche gilt für in Europa dislozierte Cruise Missiles. Auch für sie ist zur Erfüllung strategischer Aufgaben eine Reichweite von 2500 km völlig ausreichend. Als Alternative zu dieser Behandlung der Crui-

se-Missile-Problematik schlug Carter vor, die Marschflugkörper-Systeme einerseits sowie den Status des „Backfire"-Bombers andererseits völlig aus dem künftigen Vertragswerk auszuklammern, was für die Sowjetunion natürlich ebenso unannehmbar war wie die Einbeziehung dieser Systeme entsprechend dem eben dargestellten Modus. Sieht man einmal von den Schwierigkeiten ab, die durch die Cruise Missiles verursacht wurden, so hätten die Carterschen Begrenzungsvorschläge den Abbau von 740 sowjetischen Trägersystemen – darunter die Hälfte ihrer schweren ICBMs – gegenüber nur 328 Trägereinheiten auf amerikanischer Seite bedeutet. Natürlich wäre durch diesen Ansatz der damals bedeutende Vorsprung der USA hinsichtlich der Zahl der nuklearstrategischen Sprengköpfe in keiner Weise kompensiert, sondern vielmehr substantiell vergrößert worden. Die Ablehnung der Carter-Offerte durch die sowjetische Seite war somit vorprogrammiert.

Dennoch: Es gibt einen bedeutenden Unterschied zwischen Carters damaligem und Reagans heutigem Vorstoß: Carters Reduzierungsmodell hätte die MIRV-Überlegenheit der USA fort- und festgeschrieben. Reagans Plan soll jedoch gerade bei diesem entscheidenden Faktor eine gemeinsame Obergrenze auf reduziertem Niveau schaffen. (Letzteres ist auch der Grund, warum die isolierte These, die UdSSR werde durch Reagans START-Offerte übervorteilt, da sie 1498, die USA hingegen nur 802 Raketen aus ihren Arsenalen nehmen müsse, kaum einen Aussagewert besitzt.) Ein derart weitgehender Abbau der nuklearen Gefechtsköpfe auf beiden Seiten ist sicher ein vordergründig zunächst bestechendes Ziel, in welchem – und so wird der Reagan-Vorschlag auch von der Bundesregierung beurteilt – das bisher weitestgehende Reduktionsangebot einer amerikanischen Regierung im nuklearstrategischen Bereich formuliert zu sein scheint.

Betrachten wir nun aber die Konzeption der amerikanischen Regierung im Detail.

Die Verminderung der beiderseitigen strategischen Mittel soll in 2 Phasen ablaufen: In einer ersten Phase soll die Anzahl der strategischen Raketen (ICBMs + SLBMs) auf 850 Einheiten mit zusammen etwa 5000 Gefechtsköpfen reduziert werden, wobei die landgestützten Raketensysteme höchstens 2500 Zielspitzen tragen dürfen. Erst in einer nicht näher definierten 2. Phase soll das übrige Spektrum der strategischen Streitkräfte, also etwa die Fernbomberflotten und die Cruise Missiles, in die Verhandlungen eingebracht werden. In dieser Phase sollen auch technische Parameter der nuklearstrategischen Systeme – und Reagan nennt hier ausdrücklich die „Wurflast" – zur Diskussion stehen.

Bereits in dieser Zuordnung der Verhandlungsgegenstände zu aufeinanderfolgenden Phasen des Verhandlungs- und Reduktionsprozesses liegt das erste ernsthafte Problem. Gemäß den Angaben von SIPRI[6]), IISS[7]) und anderen Instituten besitzen heute beide Seiten in der Anzahl der ihnen auf Raketen zur

6) SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute (Stockholmer Institut für Friedensforschung).
7) IISS = Internationales Institut für Strategische Studien, London.

Verfügung stehenden nuklearen Sprengköpfe numerische Parität auf einem Niveau von jeweils etwa 7000 Einheiten. Der Überhang auf seiten der USA bei der Anzahl der insgesamt zur Verfügung stehenden nuklearen Gefechtsköpfe ergibt sich einzig und allein aus dem dritten Sektor ihrer nuklearstrategischen „Triade", den etwa 2600 nuklearen Sprengmitteln der B-52-Fernbomberflotte. Ein Heraushalten dieser – das derzeitige strategische Kräfteverhältnis entscheidend beeinflussenden – strategischen Komponente aus der ersten Verhandlungsphase wird für die Sowjetunion kaum akzeptabel sein. Sie kann keine Begrenzungsverpflichtungen aus Phase 1 für ihre ICBM- und SLBM-Systeme eingehen, ohne gleichzeitig auch im Besitz einer Garantie für die Begrenzung der amerikanischen Überlegenheit in Gestalt der B-52-Flotte zu sein. Zwar verfügt nach den Angaben des SALT-II-Datenaustauschpapiers auch die Sowjetunion über 156 strategische Fernbomber (USA: 348), jedoch sind die sowjetischen Fernfliegerkräfte nach SIPRI nicht für nuklearstrategische Einsätze bereitgestellt[8]). Will man die 156 sowjetischen Fernbomber dennoch in einen Datenvergleich einbeziehen, so muß auf der anderen Seite auch der – bei SALT II mitgezählte – amerikanische B-52-Reservebestand von 225 Einheiten mit entsprechender nuklearer Ausstattung einbezogen werden, wodurch sich der US-Vorsprung in dieser strategischen Kategorie noch weiter erhöhen würde. Die völlige Nichteinbeziehung der beiderseitigen Bomberflotten in die Phase 1 der Verhandlungen ist ein eklatanter Rückfall in die Zeiten des SALT-I-Vertrages, welcher auch von dieser Komponente absah, immerhin jedoch der sowjetischen Seite dafür einen Kompensationsbonus bei den Raketensystemen einräumte. (Das SALT-I-Abkommen legitimierte einen sowjetischen Überhang bei den nuklearstrategischen Trägerraketen von 804 Einheiten gegenüber den USA. Ähnliches sieht der Reagan-Vorschlag nicht vor.)

In gleicher Weise unannehmbar für die Sowjetunion dürfte auch die Ausklammerung der Cruise Missiles aus Phase 1 der Verhandlungen sein. (Entsprechendes konnte sie schon an Carters Vorschlag von 1977 nicht hinnehmen.) Gerade diese nuklearen Trägersysteme stellen einen Zentralbestandteil der amerikanischen Nuklearstrategie für die 80er Jahre dar. Getragen von umgebauten B-52-Bombern, möglicherweise auch von neuen B-1-Fliegerstaffeln oder von entsprechend profilierten Jumbo-Jets, sollen die Cruise Missiles die Schlagkraft des Strategic Air Commands in den nächsten Jahren revolutionieren. Heute trägt eine B-52 einschließlich der zielsuchenden nuklearen SRAM-Raketen[9]) etwa 10 nukleare Sprengsätze. Dagegen vermag eine umgebaute B-52-Version insgesamt 20 Cruise Missiles zu transportieren, welche sich zudem mit unvergleichlich höherer Genauigkeit und Abfangsicherheit ins Ziel steuern als die heute in den B-52 verwendeten nuklearen Mittel. Ausgerüstet mit Marschflugkörpern brauchen die B-52-Flugzeuge nicht einmal mehr die sowjetischen Luftabwehrstellungen zu überwinden, da Cruise Mis-

8) SIPRI (Hrsg.) Rüstungsjahrbuch 80/81, Hamburg 1980, S. 33.
9) SRAM = Short Range Attack Missile (Kurzstrecken-Angriffsrakete).

siles noch vor Eindringen in den Luftraum des potentiellen Gegners gestartet werden können.

Überdies plant Washington die Dislozierung von Marschflugkörpern zu Lande und zu Wasser in der Größenordnung von vier- bis fünfstelligen Zahlen. Während die heute in Bau befindlichen Marschflugkörper-Versionen aufgrund ihrer niedrigen Fluggeschwindigkeit keine Erstschlagskapazität entwickeln können, wohl aber als „Second Strike-Waffen" die Möglichkeit schaffen, eine zunehmende Anzahl von ICBM- und SLBM-Systemen zur Wahrnehmung von Erstschlagsoptionen freizustellen, befindet sich heute schon bei Martin-Marietta ein Überschall-Marschlugkörper (ASALM)[10]) in Entwicklung, der bei entsprechender Vorne-Dislozierung über eine eindeutige Counterforce-Qualität verfügt. Die Zuordnung derart destabilisierender strategischer Systeme, die bereits bei SALT II einen entscheidenden Einfluß auf Verhandlungsverlauf und -erfolg ausübten, zu einer zweiten Verhandlungsphase, kann von der Sowjetunion kaum akzeptiert werden, da auch ein positiver Abschluß der Phase-1-Verhandlungen über die Raketensysteme für sich genommen keinerlei Gewähr gegen die Indienststellung von Cruise Missiles bietet. Zumindest wäre die reale Gefahr vorhanden, daß die Intention eines erzielten Phase-1-Abkommens, nämlich die Herstellung gleicher und unverminderter Sicherheit auf niedrigerem Niveau, durch ein Scheitern der Phase-2-Verhandlungen in ihr genaues Gegenteil verkehrt würde.

Ein weiterer potentieller Problempunkt der Phase-2-Gespräche wird deutlich, wenn man sich die von der US-Regierung ins Auge gefaßte inhaltliche Füllung dieses zweiten START-Abschnitts vor Augen führt.

Während Verhandlungsgegenstand der Phase 1 der quantitative Bestand an Raketenwaffen und Sprengköpfen ist, sollen in der Phase 2 auch qualitative Aspekte der nuklearstrategischen Systeme zur Diskussion stehen. Reagan nennt hier besonders „eine Begrenzung des Abwurfgewichts der Raketen auf weniger als das derzeitige amerikanische Niveau". (Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß der vom „Amerika-Dienst" verwendete Begriff „Nutzlast" eine irreführende Übersetzung des von Reagan benützten Terminus „throw weight" darstellt, welcher auf Deutsch eben nicht „Nutzlast", sondern „Wurfgewicht" bedeutet.) Die Einbeziehung dieses Qualitätsparameters in START ist Reagan offensichtlich so wichtig, daß er ihn auch in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 9. Juni aus dem Gesamtverbund der qualitativen Merkmale einer strategischen Waffe herauslöste und ihn damit explizit als einen Hauptverhandlungsgegenstand der Phase 2 von START auswies. Welche Bedeutung kommt nun dem so stark herausgestellten Gesichtspunkt des „Wurfgewichts" wirklich zu?

Die diversen Qualitätsmerkmale strategischer Systeme stellen niemals Werte in sich selbst dar, sie sind immer den spezifischen Anforderungen untergeordnet, die heute an eine strategische Waffe gestellt werden. Betrachtet man

10) ASALM = Advanced Strategic Air Launched Missile (Weiterentwickeltes, luftgestütztes strategisches Geschoß).

die qualitativen Entwicklungstendenzen im nuklearstrategischen Bereich seit Mitte der 60er Jahre, so kann als sicher gelten, daß besonders der ICBM-Komponente mehr und mehr als wichtigste Einsatzoption die Zerstörung gegnerischer Hartziele – also Raketensilos – zugedacht ist. Die Fähigkeit zur Realisierung dieser Aufgabe ist direkt abhängig vom jeweils erreichten Grad der Vernichtungswirkung (Letalität) einer Nuklearwaffe. Das Ausmaß der Letalität wiederum ergibt sich aus einer Kombination der beiden primären qualitativen Parameter „Treffsicherheit" (accuracy) und „Sprengkraft" (yield), wobei „accuracy" der dominante und „yield" der nachgeordnete Faktor ist. Das bedeutet, daß eine Verbesserung der Zielgenauigkeit von Nuklearwaffen eine wesentlich höhere Letalität erbringt als eine Vergrößerung ihrer Sprengkraft. Dies sei an einem Beispiel in groben Dimensionen verdeutlicht[11]): Ein Sprengkopf soll einen gegen Überdruck von 1,450 psi gehärteten Raketensilo mit einem Wahrscheinlichkeitsfaktor von 0,9 vernichten. Ein Gefechtskopf mit einer Zielabweichung von CEP[12]) 200 benötigt dazu eine Sprengkraft von etwa 600 kt. Durch eine Verdoppelung der Zielgenauigkeit auf CEP 100 müßte dieser Sprengkopf nur noch über eine Sprengkraft von 100 kt – also einen um etwa 83% verringerten Wert – verfügen. Bei Verdopplung der Sprengkraft hingegen von 600 auf 1200 kt dürfte Treffgenauigkeit nur um etwa 30% (CEP 260) geringer sein.

Was ist nun unter dem Terminus „Wurfgewicht" zu verstehen, und welchen Einfluß hat dieser Parameter auf die Letalität einer Nuklearwaffe? Der Begriff „throw weight" wurde im Jahre 1974 als Hilfskategorie für den Vergleich der strategischen Fähigkeiten der amerikanischen und sowjetischen Raketensysteme geprägt. Das „throw weight" einer Rakete entspricht ihrer Traglast, die sich aus der Summe der Gewichte der Gefechtsköpfe und ihrer diversen Hilfssysteme (Ausrüstungen für Zielprogrammierung, für die Ausstoßung der Zielspitze etc.) zusammensetzt. Eine zum Transport großer Wurflasten befähigte Trägerrakete verfügt natürlich über entsprechende Reserven zur Modernisierung und Erhöhung ihrer Letalität. Durch technologische Fortschritte bei der Miniaturisierung der Bauteile kann beispielsweise mittels Aufteilung der Gesamtsprengkraft auf mehrere Gefechtsköpfe der VerMIRVungsgrad wesentlich gesteigert werden – so geschehen bei der sowjetischen SS-18-Rakete, die entweder einen Gefechtskopf à 10–20 MT oder acht Sprengköpfe à jeweils 500 kt tragen kann. Ähnliche Entwicklungen vollziehen sich in den USA. Die Minutemann III transportiert derzeit 3 Sprengköpfe, ist aber auch in der Lage, 7 MIRV mit entsprechend reduzierter Sprengkraft zu tragen. Die derzeitige Modernisierung der Minuteman III zielt ebenfalls auf eine Erhöhung ihrer Letalität durch effektivere Nutzung der Wurflast. Seit 1980 wird der Mark-12-Sprengkopf dieser Rakete durch den neuen Mark-12A-Kopf ersetzt. Ohne die Wurflast-Kapazität der Trägerwaffe zu verändern, wird damit die Sprengkraft der Zielspitzen von 3 x 170 kt (Mark 12) auf 3 x 350 kt (Mark 12A) gesteigert.

11) Vgl. hierzu etwa: Die UNO-Studie: Kernwaffen, München 1980, S. 43.

12) CEP = Circular Error Probable (Streukreishalbmesser); Radius des Kreises in Metern, in dem der Gefechtskopf mit 50%iger Wahrscheinlichkeit niedergeht.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß das Wurfgewicht einer strategischen Waffe keine Aussage über die reale Letalität des Systems, also über die tatsächlich installierte Anzahl von Sprengköpfen, deren Sprengkraft und Zielgenauigkeit, zuläßt. Der Grad der Nutzung hoher Wurflasten hängt von den verfügbaren Technologien und letztlich vom politischen Willen zur Anwendung dieser Technologien ab.

Analysiert man die Raketenarsenale der USA und die der Sowjetunion nach Qualitätsparametern, so ist zweifelsfrei festzustellen, daß die sowjetischen Systeme über eine zusammengenommen höhere Wurflast und Sprengkraft, die amerikanischen jedoch über eine wesentlich höhere Zielgenauigkeit und eben deshalb über einen bedeutend höheren Grad an Letalität verfügen. Eine Reduzierung der Wurflast, wie sie Reagan völlig isoliert von anderen Qualitätsparametern für die zweite START-Phase fordert, würde entsprechend dem Gesagten zwar sehr entschieden in die qualitative Rüstungsdynamik eingreifen, doch geschähe dies einzig und allein zu Lasten der Sowjetunion, da der dominante Qualitätsparameter – die Zielgenauigkeit – ausgeblendet bliebe.

Eine weitere, mögliche Belastung für die Aushandlung eines START-Abkommens deutet sich in Reagans folgender Formulierung an: „In beiden Phasen werden wir auf Prüfverfahren bestehen, die eine Einhaltung des Abkommens sicherstellen." Diese inzwischen von amerikanischen Regierungsmitgliedern mehrfach bekräftigte Forderung nach Vereinbarung von geeigneten Maßnahmen zur Kontrolle der Vertragstreue ist an sich so selbstverständlich, daß sie eigentlich keiner besonderen Erwähnung bedürfte. So gesehen, kann die publizistische Herausstellung der Verifikationsproblematik durchaus zu der Befürchtung Anlaß geben, daß die US-Administration – entsprechend einer alten Forderung ihrer eigenen Militärs – möglicherweise auf einer vertraglichen Absicherung von sog. „On-Site-Kontrollen" (Vor-Ort-Kontrollen) auf dem Territorium der UdSSR bestehen wird.

Das amerikanische Insistieren auf der On-Site-Kontrolle als Mittel zur Verifikation der gegnerischen Kernwaffenbestände hatte seit dem Baruch-Plan von 1947 bis Ende der 60er Jahre – also vor SALT – jeglichen Fortschritt auf dem Gebiet der strategischen Abrüstung und Rüstungskontrolle bereits im Ansatz zunichte gemacht. Ein bisher weniger bekanntes Beispiel für die Funktion einer derartigen Inspektionsklausel wird von John Newhouse, einem amerikanischen Publizisten, der über enge Kontakte zu den Beamten der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde verfügt, angeführt: „Im August 1964 schlugen die Vereinigten Staaten vor, die Anzahl und Typen nuklearstrategischer Offensiv- und Defensivsysteme einzufrieren. Neben einer rein zahlenmäßigen Begrenzung befürworteten sie ein Verbot der Entwicklung neuer strategischer Systeme. Wie vorauszusehen war, scheiterte der Vorschlag an seinen Bestimmungen über die Vor-Ort-Kontrolle . . . Ein älterer amerikanischer Beamter, der eng mit diesen Fragen befaßt war, betonte, daß der Gedanke der gegenseitigen Kontrolle der strategischen Potentiale durch Inspektionsmaßnahmen in Wirklichkeit für die Amerikaner ebenso wenig akzeptabel wäre

wie für die Russen. Tatsächlich, so meinte er, versuchen die USA mit diesem Vorschlag ihren Verpflichtungen gegenüber der Rüstungskontrolle rhetorisch nachzukommen, während sie gleichzeitig die Frage der Verifikation benutzen, um sicherzustellen, daß es zu wirklichen Verhandlungen nicht kommen würde."[13])

Das SALT-Angebot der US-Regierung von 1967 war hinsichtlich des Verhandlungsgegenstandes und der Zielperspektiven weitgehend identisch mit der Begrenzungsinitiative von 1964, unterschied sich aber von dieser in einem zentralen Punkt: Erstmals verzichteten die USA explizit auf die Forderung nach On-Site-Kontrolle und ermöglichten so endlich den Einstieg in substantielle Kontrollgespräche. Sollte nun heute von amerikanischer Seite die alte Inspektionsklausel wieder in den START-Prozeß eingebracht werden, so würde die Geschichte der Bemühungen um eine beiderseitige Reduzierung der strategischen Arsenale um rund 20 Jahre zurückgedreht, die Verhandlungen verkämen zu einer rein rhetorischen Pflichtübung.

Die Praktizierung von On-Site-Inspektionen zur Kontrolle der gegenseitigen strategischen Arsenale entbehrt auch sachlich jeder Notwendigkeit. Anzahl, Reichweite, Wurflast, Zielgenauigkeit und VerMIRVungsgrad der nuklearstrategischen Trägersysteme können durch Satellitenaufklärung mit ausreichender Sicherheit verifiziert werden. Voraussetzung dafür ist lediglich – wie bereits in SALT II vereinbart – ein Verbot der Verschlüsselung der telemetrischen Meßdaten bei Raketentests, so daß die andere Seite aus den aufgefangenen Funksignalen die technischen Charakteristika des erprobten Raketensystems ermitteln kann. Zudem könnte – entsprechend dem SALT-II-Modell – kodifiziert werden, daß der VerMIRVungsgrad eines getesteten Raketenmodells gleichgesetzt wird mit dem VerMIRVungsgrad der später tatsächlich dislozierten Träger dieses Typs, – ganz unabhängig davon, ob diese real weniger Sprengköpfe tragen als das Testexemplar. Auch ein generelles Verbot der Modernisierung nuklearstrategischer Waffensysteme wäre ein wichtiger Beitrag zur Lösung vieler Verifikationsschwierigkeiten, da die Technologie der gegenwärtig installierten Systeme weitgehend bekannt ist.

Das einzige wirkliche Kontrollproblem besteht in der Feststellung der Sprengkraft der Zielspitzen, welche jedoch durch Vor-Ort-Inspektionen auch nicht mit einem höheren Grad an Sicherheit verifiziert werden könnte. Abgesehen davon, daß die Sprengkraft der Raketenköpfe mit zunehmender Zielgenauigkeit der strategischen Systeme immer mehr an Bedeutung verliert, eine 100%ig abgesicherte Datenbasis über diesen Parameter also von sekundärer Bedeutung ist, wäre eine direkte Kontrolle durch Inspektionsmaßnahmen etwa dadurch zu vermeiden, daß man die Sprengkraft mittels einer vertraglichen Konvention zu der Wurflastkapazität des Trägersystems in Beziehung bringt. Aus der Wurflast x einer Rakete mit y Sprengkopfeinheiten könnte beispielsweise ein anteiliger Wurflastfaktor x/y pro Zielspitze errechnet werden, dem seinerseits per Absprache die maximal für möglich gehal-

13) John Newhouse, Cold Dawn, The Story of SALT, New York 1973, S. 69 f. (*Übersetzung vom Verfasser*).

tene Sprengkraft z zugeordnet wird. Auf diese oder ähnliche Weise könnte also – guten Willen der Beteiligten vorausgesetzt – eine sinnreiche und durchdachte Vertragskonstruktion eine zuverlässige NTM-Verifikation[14]) gewährleisten und jegliche Vor-Ort-Inspektion zur Aufklärung der technischen Parameter einer Rakete völlig überflüssig machen.

III

Doch kommen wir nun zum Kernbestandteil der Reagan-Vorschläge, den Reduzierungszielen der Phase-1-Verhandlungen. Zur Analyse soll hier ausgegangen werden von eigenen Berechnungen auf der Grundlage von Datenmaterial, welches SIPRI nach offiziellen Angaben des US-Verteidigungsministeriums und der Vereinigten Stabschefs der USA zusammengestellt hat[15]). Diese Daten können das reale nuklearstrategische Kräfteverhältnis natürlich nur annäherungsweise und ungefähr widerspiegeln und somit keinen Anspruch auf absolute Gültigkeit erheben. Lediglich über die Gesamtzahl der strategischen Systeme sowie deren MIRV-Kapazität und Verteilung auf die drei strategischen Komponenten können auf der Grundlage des SALT-II-Datenaustausches gesicherte Angaben gemacht werden. Darüber hinaus in der Öffentlichkeit bekannte Daten sind oftmals nur Schätzungen oder Extrapolationen nach dem worst-case-Prinzip, also ausgehend von dem denkbar schlimmsten Fall, über deren Gültigkeit man streiten kann. So ist z. B. nicht bekannt, wie viele sowohl mit MIRV als auch mit Einzelsprengkopf getestete sowjetische Raketensysteme auch tatsächlich mit MIRV und nicht mit Einfachzielspitze dislozíert sind. Auch verringern sich etwa die US-Daten für die verfügbaren SLBM-Systeme gegenüber den Vorjahren allein dadurch, daß sich diese Systeme mitten in einer Modernisierungsphase befinden, also beispielsweise jene Poseidon-U-Boote, die eben in der Werft auf die Trident-C4-Rakete umgerüstet werden, nicht zum aktiven strategischen Bestand gezählt werden. Und als letztes Beispiel für die Unwägbarkeiten eines rein numerisch durchgeführten Datenvergleichs sei schließlich darauf hingewiesen, daß der Öffentlichkeit nicht einmal der wirkliche Grad der VerMIRVung der amerikanischen Poseidon-C-3-Raketen bekannt ist. Die MIRV-Kapazität des Trägers liegt bei 14 Einheiten, die reale Bestückung dürfte sich jedoch derzeit auf durchschnittlich jeweils 10 Zielspitzen belaufen. Die Unsicherheits- bzw. Aufrüstungsmarge für die Poseidonflotte liegt demnach bei insgesamt 1280 (!) Sprengköpfen.

Dem Gesagten zufolge kann also die nachstehende Tabelle nur als Anhaltspunkt für das tatsächlich bestehende numerische Kräfteverhältnis im nuklearstrategischen Bereich gelten.

14) NTM = Nationale Technische Mittel zur Verifikation = Satelliten.
15) SIPRI (Hrsg.), Rüstungsjahrbuch 81/82, Hamburg 1981, S. 219 ff.

Tabelle: Die strategischen Systeme der Sowjetunion und der USA (Stand: September 1981)

USA Anzahl der Trägersysteme		Sprengköpfe	Sowjetunion Anzahl der Trägersysteme		Sprengköpfe
ICBMs (Typ)					
Titan II	*52*	*52*	*SS-11 (1; 3x MRV)*	*460*	*920*
Minuteman II	*450*	*450*	*SS-13*	*60*	*60*
Minuteman III			*SS-11/3 (3x MRV)*	*60*	*180*
(3x MIRV)	*550*	*1650*	*SS-18 (8x MIRV)*	*248*	*1984*
			SS-18	*60*	*60*
			SS-19 (6x MIRV)	*360*	*2160*
			SS-17 (4x MIRV)	*150*	*600*
Summe	*1052*	*2152*		*1398*	*5964*
SLBMs (Typ)					
Polaris A-3 (3x MRV)	*80*	*240*	*SS-N 5*	*18*	*18*
Poseidon C-3 (10x MIRV)	*320*	*3200*	*SS-N 6 (1; 2x MRV)*	*438*	*657*
Trident C-4 (8x MIRV)	*200*	*1600*	*SS-N 8*	*290*	*290*
			SS-NX 17	*12*	*12*
			SS-N 18 (3x MIRV)	*192*	*576*
Summe	*600*	*5040*		*950*	*1553*
Summe ICBMs + SLBMS	*1652*	*7192*		*2348*	*7517*
Bomber					
B-52 (SRAM)	*158*	*1896*		–	–
B-52	*190*	*760*		–	–
Summe	*348*	*2656*		–	–
Total	*2000*	*9848*		*2348*	*7517*

Quelle: S.o. Vgl. Anm. 13.

Anhand dieser Daten soll nun untersucht werden, wie sich eine Verwirklichung der Reaganschen START-Vorstellungen auf die nuklearen Arsenale der beiden Seiten auswirken würde.

Um die Zielvorgaben der US-Administration – also 850 Raketen mit 5000 Sprengköpfen, davon höchstens 2500 landstationiert – zu realisieren, bietet sich für die USA ein ganzer Fächer von Möglichkeiten. Im folgenden sollen Maximaloptionen vorgestellt werden, die natürlich auch in entsprechenden Mischrelationen verwirklicht werden können.

Option 1

Diese Option geht davon aus, daß die USA ihr geplantes und eingeleitetes strategisches Modernisierungsprogramm konsequent und ohne Abstriche zu Ende führen. Sie verschrotten alle Titan-II-, Minuteman-II- und Minuteman-III-Systeme und dislozieren stattdessen die avisierten 200

MX-Systeme. Ebenso nehmen sie eine Anzahl U-Boote aus ihrem aktiven Bestand und stationieren, entsprechend ihrer Planung, 8 neue U-Boote der Trident-Klasse mit jeweils 24 Trident-C-4-Raketen und je 16 Trident-C-4-Raketen auf 12 modernisierten Poseidon-U-Schiffen:

	200 MX-Raketen	*2000 Sprengköpfe*
8 Trident-U-Boote	*192 C-4-Raketen*	*1536 Sprengköpfe*
12 Poseidon-U-Boote	*192 C-4-Raketen*	*1536 Sprengköpfe*
Summe	*584 Raketen*	*5072 Sprengköpfe*

Resultat: Option 1 ist voll mit Reagans START-Initiative vereinbar.

Option 2

Option 2 ist eine Variante von Option 1 auf der Grundlage der Datenangaben des IISS[16]). Dort wird der von den USA planmäßig angestrebte Umfang der Trident-Flotte mit 11 Schiffseinheiten angegeben, von denen sich derzeit 8 in Bau befinden:

	200 MX-Raketen	*2000 Sprengköpfe*
12 Poseidon U-Boote	*192 C-4-Raketen*	*1536 Sprengköpfe*
11 Trident U-Boote	*264 C-4-Raketen*	*2112 Sprengköpfe*
Summe	*656 Raketen*	*5648 Sprengköpfe*

Resultat: Option 2 ist annähernd mit Reagans START-Initiative kompatibel. Zum Abbau des MIRV-Überhangs müßte allerdings die Dislozierungsrate der MX-ICBMs und/oder der Poseidon-gestützten C-4-SLBMs entsprechend gekürzt werden.

Option 3

SIPRI geht von der Wahrscheinlichkeit aus, daß die geplante Trident-Flotte von 8 Schiffseinheiten auf 25 ergänzt wird[17]). Die Option 3 würde also ähnlich wie Option 1 und 2 eine Totalmodernisierung der amerikanischen strategischen Arsenale, allerdings mit unterschiedlichem Profil, darstellen. Bei Realisierung der Option 3 müßten die USA auf einen Teil ihres MX-Programms verzichten:

	100 MX-Raketen	1000 Sprengköpfe
25 Trident-U-Boote	600 C-4-Raketen	4800 Sprengköpfe
Summe	700 Raketen	5800 Sprengköpfe

Resultat: Option 3 ist annähernd mit Reagans START-Initiative vereinbar.

Option 4

Option 4 geht davon aus, daß die geplanten 200 MX-Geschosse politisch nicht durchsetzbar oder nicht finanzierbar sind. Die USA stationieren die gegenwärtig bewilligten 100 MX-Raketen zusammen mit den o. g. 8 Trident-U-Booten und den 12 modernisierten Poseidon-U-Booten. Die Lücke von 100 MX kann durch Beibehaltung von 310 Minuteman-III-Raketen mit jeweils dreifacher VerMIRVung geschlossen werden:

	100 MX-Raketen	*1000 Sprengköpfe*
	310 Minuteman III	*930 Sprengköpfe*
8 Trident-U-Boote	*192 C-4-Raketen*	*1536 Sprengköpfe*
12 Poseidon-U-Boote	*192 C-4-Raketen*	*1536 Sprengköpfe*
Summe	*794 Raketen*	*5002 Sprengköpfe*

Resultat: Option 4 ist voll mit Reagans START-Initiative vereinbar.

16) IISS, Streitkräfte 1980/81 (The Military Balance), München 1981, S. 11.
17) SIPRI (Hrsg.), Rüstungsjahrbuch 81/82, Hamburg 1981, S. 13.

Option 5

Option 5 setzt voraus, daß die Komplettierung des MX-Programms auf 200 Einheiten sowie die Komplettierung des Trident-Programms auf 8 Schiffe politisch oder finanziell nicht durchsetzbar ist. Die USA stationieren die bewilligten 100 MX-Träger, behalten die bereits installierten 200 Trident-C-4-Einheiten bei und verzichten auf zusätzliche Trident-U-Boote. Allerdings werden weitere Poseidon-U-Boote auf C-4-Raketen umgestellt, der Polaris/Poseidon-Überhang außer Dienst gestellt. Nun ergibt sich folgendes Bild:

	100 MX-Raketen	*1000 Sprengköpfe*
	200 vorhandene C-4-Raketen	*1600 Sprengköpfe*
modernisierte Poseidon-Boote	*320 C-4-Raketen*	*2560 Sprengköpfe*
Summe	*620 Raketen*	*5160 Sprengköpfe*

Resultat: Die Option 5 ist voll mit Reagans START-Initiative vereinbar.

Option 6

Option 6 geht davon aus, daß weder das MX-Programm noch das weitere Trident-Programm politisch durchsetzbar sind. Diese Option ist also eine Minimallösung und zugleich die billigste Aufbauvariante. Bei Realisierung dieser Option könnten die USA eine Anzahl ihrer Poseidon-Träger mit der Höchstzahl von je 14 MIRV bestücken. Natürlich blieben auch die bereits dislozierten Trident C-4-Raketen in Dienst:

	550 Minuteman III	*1650 Sprengköpfe*
	200 Trident C-4	*1600 Sprengköpfe*
6 Poseidon-U-Boote	*96 Poseidon C-3*	*1344 Sprengköpfe*
Summe	*846 Raketen*	*4594 Sprengköpfe*

Resultat: Auch Option 6 ist voll mit Reagans START-Initiative vereinbar.

Man sieht also: Welche politischen oder ökonomischen Bedingungen auch eintreten mögen, die amerikanische Regierung hätte, wenn es nach ihren START-Vorstellungen geht, völlig freie Hand bezüglich der Zusammensetzung ihrer Nuklearstreitmacht.

So gesehen, scheinen die START-Zielplanungen gewissermaßen um die amerikanischen nuklearstrategischen Möglichkeiten und deren potentielle Restriktionen herumgebaut worden zu sein. Der Grund für diese erstaunliche Flexibilität im künftigen nuklearen Aufbau seitens der USA liegt freilich in einer sehr frühzeitig, nämlich noch unter Präsident Kennedy getroffenen Entscheidung über die Entwicklungslinien der strategischen Komponenten und deren Verhältnis zueinander. So verfügen die USA heute über eine äußerst „ausgewogen" proportionierte Atomstreitmacht, auf deren ICBM-Komponente 22%, SLBM-Komponente 51% und Bomberkomponente 27% der vorhandenen nuklearen Ladungen entfallen. Dies ist auch der Grund für die Tatsache, daß die Reagansche START-Klausel bezüglich einer höchstens 50%igen *Landstationierung* der Sprengköpfe die USA überhaupt nicht trifft.

Völlig anders stellt sich die Situation für die Sowjetunion dar, die sich nahezu einseitig auf die Schlagkraft ihrer *landgestützten* Raketentruppen verläßt.

Dort werden 79% der Sprengköpfe von ICBMs und lediglich 21% von SLBMs transportiert. Die Sowjetunion verfügt derzeit über 1398 ICBMs mit zusammen 5964 Sprengköpfen. Reagans Vorschlag erlaubt jedoch nur 2500 landbasierte Zielspitzen, was also bedeutet, daß die Sowjetunion 3464 ihrer ICBM-Zielspitzen abzubauen hätte.

Nun verfügt die derzeitige sowjetische strategische U-Boot-Flotte über 980 SLBMs, auf denen insgesamt 1553 Sprengköpfe montiert sind. Das Mißverhältnis, welches aus Reagans Vorgaben resultieren würde, ist frappierend: Die gegenwärtige U-Boot-Flotte der Sowjetunion benötigt die doppelte Anzahl von Raketen, um lediglich $^2/_3$ der Sprengköpfe zu tragen, die nach Maßgabe des amerikanischen START-Ansatzes erlaubt sind. Anders ausgedrückt: Die sowjetische SLBM-Streitmacht müßte künftig mit einem halbierten Trägerbestand 30% mehr Sprengköpfe tragen! Um das Limit von 2500 Zielspitzen zu erreichen, müßte eine sowjetische SLBM etwa 5–6 Gefechtsköpfe tragen. Die modernste und auch einzige verMIRVte SLBM im sowjetischen Arsenal – die SS-N-18 – kann jedoch nur 3 Zielspitzen transportieren und ist lediglich in einer Zahl von 192 Exemplaren dislozíert. Um die SLBM-Obergrenze von 482 Einheiten zu erreichen, müßte die Sowjetunion – bei Verschrottung aller anderen SLBM-Systeme – weitere 290 SS-N-18 installieren, was allerdings auch nur eine Anzahl von 1446 MIRV-Einheiten ergäbe. Es bliebe also – auch unter der Bedingung einer 1,5fachen Aufstockung der SS-N-18-Bestände – eine bedeutende MIRV-Lücke von etwa 1000 Einheiten gegenüber den USA.

Abgesehen von dieser kaum kompensierbaren Disparität bedeutete eine derartige Modernisierungsoption eine völlige Umkehr der nuklearstrategischen Planung der Sowjetunion. Die Schwerpunktsetzung beim Aufbau der landgestützten Komponente der nuklearstrategischen Triade müßte von Grund auf revidiert werden, die dafür bislang aufgewendeten finanziellen Mittel wären komplette „Fehlinvestitionen" gewesen. (Genau dies ist in einer jüngst auszugsweise bekanntgewordenen Studie des Pentagon ganz offen als amerikanisches Ziel formuliert! Vgl. den Beitrag von Bernd Greiner in diesem Heft. – D. Red.) Ein neu konzipiertes SLBM-System mit mindestens 5–6 unabhängig steuerbaren Sprengköpfen pro Einheit müßte mit unabsehbarem Kostenaufwand mittelfristig die gesamte sowjetische SLBM-Armada ersetzen. Dies alles würde in der Sowjetunion, die zur Verwirklichung ihrer ökonomischen Aufbauprojekte nichts mehr braucht, als eine spürbare Senkung der Rüstungslasten, eine bisher nicht gekannte Expansion des Verteidigungshaushalts bewirken, welche wiederum auf amerikanischer Seite als klarer Beweis für sowjetisches Überlegenheitsstreben angesehen werden dürfte.

Eine Verwirklichung der amerikanischen START-Vorschläge hätte also auf die Sowjetunion eine verheerende, die eigentlichen Ziele von Rüstungskontrolle geradezu pervertierende Auswirkung: Zum einen würde das numerische nuklearstrategische Kräfteverhältnis dramatisch zugunsten der USA verändert; und zum anderen würde *Abrüstung* à la START die UdSSR ein Vielfaches der Rüstungsbegrenzung à la SALT kosten.

IV

Doch auch ein anderer Aspekt des Reaganschen START-Konzepts – nämlich sein Stellenwert innerhalb der amerikanischen Nuklearstrategie – darf hier nicht unerwähnt bleiben.

Noch unter Präsident Carter wurde von der Administration, regierungsnahen Denkfabriken und der Generalität eine Weiterentwicklung der alten Counterforce-Strategie vorgenommen. Das Ergebnis war die sogenannte Countervailing-Strategie (etwa: Strategie der ausgleichenden Stärke), welche gewährleisten sollte, daß einerseits ein eventueller sowjetischer Nuklearschlag gegen amerikanisches Territorium kein „vernünftiges" Ziel findet (deshalb: Dislozierung mobiler ICBMs), während andererseits amerikanische Nuklearwaffen in der Lage sein sollen, jedes beliebige Ziel in der Sowjetunion mit Sicherheit zu vernichten (deshalb: stetige Verbesserung der Zielgenauigkeit und Eindringfähigkeit der strategischen Systeme).

Die bekannte Direktive 59 konkretisierte: vor allem „harte" militärische Ziele in der UdSSR sollen ausschaltbar sein – eine Option, die im strategischen Bereich notwendig den Willen und die Fähigkeit zum nuklearen Erstschlag voraussetzt.

Die landgestützten Interkontinentalraketen der USA entwickeln sich derzeit immer mehr zu jenen von der Direktive 59 geforderten Erstschlagswaffen mit Hartzielkapazität. Die neuentwickelten Mark-12-A-Zielspitzen für die Minuteman-III-Raketen schalten ihre Ziele mit einer Zielgenauigkeit von weniger als CEP 200 aus. Das MX-System soll 10 Gefechtsköpfe pro Einheit tragen, deren durchschnittliche Zielabweichung unter 100 m liegen soll. Auch das Trident-SLBM-System soll in seiner 2. Generation (Trident II-D-5) über absolut gesicherte Hartzielkapazität verfügen.

Doch die Fähigkeit zur präemptiven Zerstörung der landgestützten sowjetischen Interkontinentalgeschosse für sich genommen vermag noch nicht das Problem der Sicherheit vor nuklearen Vergeltungsaktionen seitens der UdSSR gegen das Territorium der Vereinigten Staaten zu lösen. Schließlich verfügt die Sowjetunion auch nach einer eventuellen Ausschaltung ihrer ICBM-Streitmacht in ihrer strategischen U-Boot-Flotte über eine ernstzunehmende Zweitschlagswaffe. Um die Vergeltungsfähigkeit dieser Waffe zu neutralisieren, arbeiten die USA zum einen mit Hochdruck an militärischen Mitteln zur Ortung, Verfolgung und Zerstörung von U-Booten (ASW-Systeme)[18] – ein Prozeß, der schon ziemlich weit fortgeschritten zu sein scheint und in einigen Jahren sicherlich zu einer äußerst gefährlichen Destabilisierung des strategischen Gleichgewichts führen wird, welches bei zunehmender Verwundbarkeit der ICBM-Systeme immer mehr von der Sicherheit der seegestützten Potentiale abhängt.

18) ASW = Anti-Submarine Warfare (Systeme zur Bekämpfung von U-Booten).

Die strategische Unsicherheit, die von der künftigen Bereitstellung von fortgeschrittenen ASW-Systemen ausgeht, wird besonders greifbar, wenn man weiß, daß „nach inoffiziellen Schätzungen (. . .) die Vereinigten Staaten unter günstigen Bedingungen bei Anwendung gegenwärtig verfügbarer U-Boot-Abwehrsysteme zur Gebietsverteidigung die meisten raketentragenden Unterseeboote der Sowjetunion auf Station oder während der Fahrt aufspüren und lokalisieren (könnten)."[19]) Die Gründe für diese Einschätzung sind zum Teil in der technischen Qualität der sowjetischen U-Boot-Systeme zu suchen, zum Teil aber auch in dem geographischen Faktor, daß die SLMB-Trägerschiffe der UdSSR nur über begrenzte Zugänge zum offenen Meer verfügen. Darüber hinaus schafft die von den Vereinigten Staaten verfolgte Praxis des „tracking", d.h. des Verfolgens sowjetischer U-Boote bereits in Friedenszeiten jene Informationsbasis, die zur offensiven Ausschaltung dieser strategischen Systeme im Kriegsfalle notwendig ist.

Zum anderen wird versucht, die Sowjetunion im Rahmen einer neu gefaßten Einsatzdoktrin für strategische Systeme vom Einsatz ihrer seegestützten Vergeltungswaffen abzuschrecken – eine Doktrin, die auch ihren Niederschlag in der am 30. Mai 1982 auszugsweise veröffentlichten Pentagon-Studie[20]) gefunden hat und von maßgeblichen US-Strategie-Experten wie folgt beschrieben wird:

A stellt ein entsprechendes Arsenal strategischer Offensivwaffen und Anti-Waffen (z. B. ASW-Systeme) bereit. Mit einem Teil dieser Waffen wird eine möglichst große Anzahl der strategischen landgestützten Raketen von B noch in ihren Abschußsilos vernichtet, während der andere Teil der strategischen Streitmacht von A zum weiteren Einsatz bereitgehalten wird.

B ist nun vor die Wahl gestellt, entweder bedingungslos zu kapitulieren oder aber mit derm verbliebenen Bestand seines strategischen Arsenals einen Vergeltungsschlag gegen die Städte von A zu führen. In letzterem Falle jedoch müßte B mit einem vergeltenden 2. Schlag von A auf die eigenen Bevölkerungs- und Industriezentren rechnen.

Mit der Androhung eines vernichtenden 2. Schlages von A soll also vor einer nuklearen Vergeltungsaktion seitens B als Antwort auf den Erstschlag von A abgeschreckt werden.

Wie realistisch solche Szenarios sind, sei hier dahingestellt – genug, daß wichtige Fraktionen der politischen und militärischen Führungskreise in den USA solche Pläne – zumindest für den äußersten Fall – für durchführbar halten und allein aus der potentiellen Realisierbarkeit derartiger Kriegsführungsoptionen höhere Erfolgschancen für gewisse politische Droh- und Pressionsmaßnahmen ableiten.

Wie ist nun das Verhältnis zwischen der Countervailing-Strategie und dem START-Ansatz Reagans? Unter der Voraussetzung einer Verwirklichung des

19) SIPRI (Hrsg.), Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter, Hamburg 1977, S. 111.
20) „New York Times" v. 30. 5. 1982.

Reaganschen START-Konzepts könnten die USA über nuklearstrategische Mittel in den Dimensionen der oben beschriebenen Optionen 1–6 verfügen. Die Realisierung der Optionen 1–5 erlaubt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die restlose Ausschaltung der noch verbliebenen 368 sowjetischen ICBM-Startanlagen. Auch die Zerstörung großer Teile der sowjetischen U-Boot-Flotte wäre – sogar ohne Bereitstellung von ASW-Systemen – möglich: Während von den amerikanischen U-Booten jederzeit 50–55% auf Patrouille in ihren Bereitstellungsräumen sind und diese Einsatzrate mit dem neuen Trident-U-Boot noch auf 65% erhöht wird, befinden sich lediglich jeweils 11–15% der sowjetischen SLBM-Träger auf See. Die verbleibenden 85–89% der sowjetischen U-Boot-Flotte halten sich in ihren Häfen auf, wo sie durch präemptive Schläge leicht außer Gefecht zu setzen sind[21]).

Für die Durchführung einer Counterforce-Option gegen die ICBM-Anlagen und die sich im Hafen befindenden nuklearen U-Boote der UdSSR würde nur ein Bruchteil des amerikanischen strategischen Arsenals, nämlich etwa 40, bei doppelter Zielbelegung etwa 80 der extrem zielgenauen MX-Raketen genügen. Die nuklearstrategischen Kräfte der USA wären nach einem derartigen Entwaffnungsschlag nur um etwa 10% der Raketen und Sprengköpfe dezimiert, wohingegen die Sowjetunion entsprechend diesem Szenario rechnerisch nach worst-case-Kriterien[22]) einen Verlust von mehr als 90% ihrer Raketen und Gefechtsköpfe hinnehmen müßte. Der den USA verbleibende Bestand an nuklearstrategischen Mitteln, der sich durch Hinzuaddieren der flugzeuggestützten und in Europa stationierten nuklearen Kampfmittel noch potenzieren würde, würde also ein durchaus ernstzunehmendes Potential zur Abschreckung bzw. Vergeltung eines sowjetischen Zweitschlages darstellen, für den mathematisch ohnehin nur noch etwa 72 SLBMs (8,5 % des vormaligen Raketenbestandes) mit 216–360 Zielspitzen (5,5–7,5 % des vormaligen MIRV-Bestandes) zur Verfügung stünden. Dieses bereits stark reduzierte Sekond-Strike-Arsenal könnte sicherlich bei Bereitstellung effektiverer ASW und/oder Raketenabwehrsysteme durch die USA weiter dezimiert, möglicherweise gar vollständig neutralisiert werden. (Der Einsatz von landstationierten ABM[23]) würde jedoch eine vorherige Kündigung des ABM-Vertrages von 1972 erforderlich machen, – eine Forderung übrigens, die schon heute des öfteren aus Kreisen der amerikanischen Administration zu hören ist.)

Aber auch die amerikanische Aufbauoption 5 würde den technologischen Anforderungen zur Führung eines nuklearen Entwaffnungsschlages genügen. Die mit dem neuen Mark-12-A ausgerüsteten Minuteman-III-Raketen erreichen selbst bei einfacher Zielbelegung eine Hartzielvernichtungswahrscheinlichkeit von 80% (zum Vergleich: Die moderne sowjetische SS-18 erreicht 60%) [24]). Legt man eine zweifache Belegung von rund 400 Zielen (so-

21) Gerd Krell, Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstrategischen Waffen, S. 130, in: Gerd Krell, Dieter S. Lutz, Nuklearisierung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980, S. 91–175.
22) Worst Case = der schlimmstmögliche Fall.
23) ABM = Anti Ballistic Missile (Raketenabwehrsystem).
24) Hubertus Hoffmann, Atomkrieg – Atomfrieden, München 1980, S. 44.

wjetische ICBM-Anlagen und U-Boot-Häfen) zugrunde, so würde sich die amerikanische Minuteman-Streitmacht bei Durchführung eines Counterforce-Angriffs in etwa halbieren (Restbestand an Minuteman III: ungefähr 283 Einheiten). Bei völlig gleichen Effekten für die sowjetischen strategischen Arsenale wie im oben vorgeführten Szenario würden die USA unter diesen Bedingungen noch ungefähr 68% ihrer Raketenkräfte und 83% ihres Gefechtskopfbestandes übrig behalten. Das bedeutet: Ein Vergeltungsschlag der Sowjetunion durch Einsatz ihrer auf etwa 72 SLBMs reduzierten Atomstreitmacht könnte seitens der USA mit einem „Rest"bestand von circa 579 Trägerwaffen mit 3793 Sprengköpfen abgeschreckt bzw. beantwortet werden.

Damit schüfe START den Vereinigten Staaten – gleichgültig, welche der 6 Rüstungsoptionen sie realisieren – eine sichere Counterforce-Option, wie sie unter den derzeitigen nuklearstrategischen Bedingungen nicht annähernd existiert. Die nur bedingt hartzielfähigen Minuteman-III-Raketen müßten heute ihre 1650 Sprengköpfe gegen 1398 sowjetische ICBMs einsetzen und hätten somit nicht einmal die Möglichkeit einer doppelten Abdeckung dieser Ziele.

Der START-Ansatz der US-Regierung würde also nicht nur die rein quantitative Parität der beiderseitigen nuklearstrategischen Arsenale unterminieren, sondern auch in bezug auf die Parität militärischer Optionen völlig ungleiche Verhältnisse schaffen, indem er den Aufbau amerikanischer Counterforce-Potentiale vertraglich absichern, die Herstellung einer analogen sowjetischen Kapazität hingegen auf lange Sicht verhindern würde. Die sichere Neutralisierung einer counterforcefähigen amerikanischen ICBM-Streitmacht könnte die Sowjetunion nur erreichen, wenn sie – wiederum unter kaum vorstellbarem Kostenaufwand – ihre eigenen ICBM-Systeme komplett durch feststoffgetriebene Trägerwaffen mit Warnstartfähigkeit ersetzen und zudem die Hafenliegezeiten ihrer strategischen U-Boot-Flotte ganz wesentlich verringern würde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die START-Konzeption der US-Administration in keiner Weise dem Prinzip beiderseitig gleicher und unverminderter Sicherheit entspricht und von daher in ihrer jetzigen Form keinerlei Aussicht auf Akzeptierung durch die sowjetische Regierung haben dürfte. Erfolgsmöglichkeiten bestehen allenfalls, wenn die amerikanische Regierung ihre Klausel bezüglich der 50%igen Landstationierung des Raketensprengkopfbestandes zugunsten einer „Freedom-To-Mix"-Regelung nach dem SALT-Modell aufgibt und u. U. auch von der Obergrenze von 850 Trägermitteln abrückt. Das vorgeschlagene Limit von jeweils 5000 Zielspitzen auf beiden Seiten dürfte jedoch gute Chancen haben, von der Gegenseite akzeptiert zu werden.

Darüber hinaus müßte im Verlauf der START-Gespräche ein tragfähiger Verhandlungsmodus gefunden werden, der es erlaubt, entweder die strategischen Komponenten „Fernbomber" und „Cruise Missiles" in die erste Gesprächsphase zu integrieren, oder aber sie getrennt – entsprechend den amerikanischen Wünschen – in eine zweite Phase einzubringen, wobei sich die

Vereinbarung eines auf Verhandlungsdauer bemessenen Moratoriums über Produktion und Stationierung von Cruise-Missiles-Systemen sowie über die Modernisierung der beiderseitigen Bomberflotten anbieten würde, um eventuelle Ergebnisse der Verhandlungsphase 1 abzusichern und einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiß aus Phase 2 zu erzwingen.

Warum Reagans Wirtschaftskurs scheitern muß

Darstellung und Kritik der „Angebotsstrategie"*)

Von Rudolf Hickel

Als J. Kenneth Galbraith gefragt wurde, ob er das Konzept „Supply-Side-Economics" (angebotsorientierte Wirtschaftslehre) für das „American Heritage Dictionary" definieren wolle, hat er dies abgelehnt, weil er die ganze Richtung für eine kurzweilige Mode, einen weniger intellektuellen Spuk gehalten hat. Da hat sich der jetzt bissigste Kritiker, der wohl auch den Wunsch des schnellen Ablebens zum Vater seines Gedankens machte, gehörig geirrt. Der Spuk hat sich zu einer neuen Botschaft gemausert, die mit populistischen Behauptungen und Symbolen nicht nur in den USA die wirtschaftspolitische Szene bestimmt. Die „Keynes'sche Revolution", die aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise entwickelt wurde, theoretisch dem Marktgeschehen die Kraft zur Selbstheilung absprach und daraus die Mitverantwortung des Staates für wirtschaftliche Resultate ableitete, hat – wie es unlängst der jüngste Nobelpreisträger der Ökonomenzunft, der „aufgeklärte Keynesianer" James Tobin, formulierte – ihre *„konservative Gegenrevolution"*.

Die nostalgische Sehnsucht, komplizierte Strukturen hochentwickelter Ökonomien eben nicht nur einfach zu interpretieren, sondern auch auf wenige Grundprinzipien hin einfach zu gestalten, leitet die neue Bewegung der Angebotstheoretiker an. Die Wiederbelebung des alten „amerikanischen Traums" („american dream"), die Beschwörung der Leistungs- und Opferbereitschaft des Einzelnen, die dem Wohle aller dienen sollen, bilden die Fixpunkte simplifizierter Weltinterpretation. Genau hierin ruht auch die ober-

*) Eine stark gekürzte Fassung dieses Beitrags ist unter dem Titel: „Angebotspolitik – Zur Philosophie amerikanischer Wirtschaftspolitik" in der „Wirtschaftswoche" v. 9. 4. 1982 erschienen. D. Red.

Medienkritik

1:0 FÜR BEGIN

Bewundernswert das Gedächtnis des Fernsehkommentators! Stets hat er den Namen jedes einzelnen Spielers parat, der oder dessen Nummer selbst in der Teleobjektiv-Vergrößerung kaum erkennbar ist, und so spielen sich den Ball nicht anonyme Mitglieder einer Mannschaft zu, sondern identifizierte Individuen, deren augenblickliche, vergangene und zukünftige Leistung zum Gegenstand der Reflexion in weniger spannenden Spielmomenten gemacht werden. Auch die Bildmischung weiß nach bemerkenswerten Paraden einzelne Spieler in Großaufnahmen bildfüllend heranzuholen, und stets ist zur rechten Zeit die Namenseinblendung da. Mit der Illusion, hier kämpften einzelne, ihr Letztes gebende Sportler nur um die Ehre des verdienten Sieges vermittelt solche mediale Aufbereitung auch noch eine andere Funktion des wochenlangen Massenspektakels: daß es eine Börse ist für den Fußballspieleran- und verkauf und wie sonst selten eine Gelegenheit bietet für alle Interessenten, sich die Ware in Ruhe anzuschauen.

Da durfte man es natürlich nicht geschehen lassen, daß Außenseiter-Mannschaften, die in dem Sinn nichts anzubieten hatten, zu lange Gelegenheit bekamen, den Bildschirm zu okkupieren. Dies zu verhindern, setzte man sogar den Nimbus der reinen Sportlichkeit aufs Spiel, und die vorübergehende Parteinahme der Stadionbesucher und der Fernsehzuschauer für die mutigen Algerier wurde von der Presse und Fernsehen schnell zerstreut. Sepp Herbergers Wort: „Der Ball ist rund" faßt treffend die Philosophie zusammen, die in allabendlichen Fußball-Blablas, für die beide Kanäle Stunden und Stunden Sendezeit opferten, die verunsicherten Sportsfreunde versöhnen sollte.

Nein, es lief nicht alles nach Wunsch, und das Wagnis, einige „Untermannschaften" – so entschlüpfte es in meiner Gegenwart einem Zeitgenossen vor dem Bildschirm angesichts der geschäftsschädigenden Niederlage im ersten *deutschen* Spiel – zuzulassen, hätte fast zum Abblättern des sportlichen Glanzes gesorgt, den sie doch brauchen, die Spielerhändler, die Fußballunternehmer und die Videoproduzenten ... Aber insgesamt ist es dann doch geschafft worden, die wichtigste Nebensache der Welt wieder zum alle beschäftigenden Welt-Abenteuer zu machen.

Und nur in den Halbzeitpausen, die den Notwendigkeiten der Nahrungsaufnahme und Verdauung zwischen den großen Kämpfen gewidmet waren, in diesen Lücken der konzentrierten Unaufmerksamkeit, sendete das Fernsehen die Nachrichten vom Tage. Da war die Rede von einem anderen Kampf: vom Ausrottungskrieg gegen die Palästinenser, den der Staat der ehemals selbst Verfolgten, im Einvernehmen mit der westlichen Führungsmacht und mit ihren Waffen, ins völkermörderische Finale führt.

Während hierzulande selbst politische Organisationen sich bei der Planung von Mitgliederversammlungen nach den Spielerterminen richten, während andere männliche Fans des Männersports ihre Frustation in Alkohol umsetzten oder an ihren Frauen und Kinder ausließen, während in Italien fünf Menschen vor Begeisterung über den sensationellen Sieg ihrer Mannschaft durch Herzversagen zu Tode gekommen sein sollen, während also das *Fußballfieber* wieder einmal wochenlang für eine ungerechte, irrsinnige und unmenschliche Verteilung der Emotionen sorgte, hat die Terroristen-Mannschaft aus Israel unbehindert, unbeschimpft, ja fast unbemerkt die nächste Runde erreicht.

Günter Giesenfeld

Vereinbarung eines auf Verhandlungsdauer bemessenen Moratoriums über Produktion und Stationierung von Cruise-Missiles-Systemen sowie über die Modernisierung der beiderseitigen Bomberflotten anbieten würde, um eventuelle Ergebnisse der Verhandlungsphase 1 abzusichern und einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiß aus Phase 2 zu erzwingen.

Warum Reagans Wirtschaftskurs scheitern muß

Darstellung und Kritik der „Angebotsstrategie"*)

Von Rudolf Hickel

Als J. Kenneth Galbraith gefragt wurde, ob er das Konzept „Supply-Side-Economics" (angebotsorientierte Wirtschaftslehre) für das „American Heritage Dictionary" definieren wolle, hat er dies abgelehnt, weil er die ganze Richtung für eine kurzweilige Mode, einen weniger intellektuellen Spuk gehalten hat. Da hat sich der jetzt bissigste Kritiker, der wohl auch den Wunsch des schnellen Ablebens zum Vater seines Gedankens machte, gehörig geirrt. Der Spuk hat sich zu einer neuen Botschaft gemausert, die mit populistischen Behauptungen und Symbolen nicht nur in den USA die wirtschaftspolitische Szene bestimmt. Die „Keynes'sche Revolution", die aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise entwickelt wurde, theoretisch dem Marktgeschehen die Kraft zur Selbstheilung absprach und daraus die Mitverantwortung des Staates für wirtschaftliche Resultate ableitete, hat – wie es unlängst der jüngste Nobelpreisträger der Ökonomenzunft, der „aufgeklärte Keynesianer" James Tobin, formulierte – ihre *„konservative Gegenrevolution"*.

Die nostalgische Sehnsucht, komplizierte Strukturen hochentwickelter Ökonomien eben nicht nur einfach zu interpretieren, sondern auch auf wenige Grundprinzipien hin einfach zu gestalten, leitet die neue Bewegung der Angebotstheoretiker an. Die Wiederbelebung des alten „amerikanischen Traums" („american dream"), die Beschwörung der Leistungs- und Opferbereitschaft des Einzelnen, die dem Wohle aller dienen sollen, bilden die Fixpunkte simplifizierter Weltinterpretation. Genau hierin ruht auch die ober-

*) Eine stark gekürzte Fassung dieses Beitrags ist unter dem Titel: „Angebotspolitik – Zur Philosophie amerikanischer Wirtschaftspolitik" in der „Wirtschaftswoche" v. 9. 4. 1982 erschienen. D. Red.

flächlich schwer verständliche Aversion der Angebotsfanatiker gegenüber den Monetaristen, die sich in den 60er Jahren ebenfalls als markttreue „Revolution" gegen den Keynesianismus verstanden. Die Monetaristen haben ihre Fundamentalaussagen, die sie mit den Angebotstheoretikern eint, wenigstens noch aus äußerst komplizierten theoretischen Beweisführungen („Theorie der relativen Preise") abzuleiten und mit empirischen Tests („Dominanz monetärer Impulse") zu belegen versucht.

Wo die Monetaristen die These von der Selbstabilisierungsfähigkeit des privaten Sektors noch zu beweisen versuchen, da finden sich bei den Supply-Siders Glaubensbekenntnisse. Das eigentlich zu Beweisende gerinnt zum schlichten Dogma. Auf diese Charakterisierung zielt wohl auch die Kritik von Paul A. Samuelson, einem früheren Nobelpreisträger, ab, wenn er vom „supply-side moon shine, for which there is no scientific basis" (Mondschein der Angebotslehre, für die keine wissenschaftliche Basis existiert) spricht. In den prägenden Büchern der Angebotspioniere, etwa bei J. Wanninski („The Way, the World Works: How Economics Fail – and Succeed", 1978), G. Gilder („Wealth and Poverty", in dtsch.: „Reichtum und Armut", Berlin 1981), J. Kemp („The American Renaissance: A Strategy for the 1980s, 1979) findet sich kaum ein empirischer Beleg, geschweige denn eine analytische Argumentation. Das darf nicht überraschen, akzeptiert man etwa George Gilders Schlußkapitel „Die Unverzichtbarkeit eines Glaubensbekenntnisses", oder macht man sich seine Lieblingsidee – „dem Kapitalismus eine Theologie zu schaffen" (S. 16) – zu eigen. Angebotsökonomen predigen eben für eine ökonomische und ideologisch-moralische Erneuerungsbewegung, die sich vor allem gegen die „Zerrüttung der geistigen Produktionsmittel" (Gilder, S. 43) richtet.

Krisenszenario der Angebotsökonomen

Die Angebotswirtschaftler sehen, wie ihre Etikettierung unschwer zu erkennen gibt, in der Sicherung gewinnwirtschaftlicher Angebotsbedingungen das A und O wirtschaftlicher Entwicklung. Dabei wird das Angebot durch drei strategisch bedeutsame Komponenten bestimmt: (a) Leistungsangebot der Arbeitskräfte, (b) Bereitschaft, Sparkapital anzubieten, (c) Angebot an Investitionen. Gelingt es, all die behaupteten Hemmnisse, die das Arbeits-, Sparkapital- und Investitionsangebot blockieren, abzubauen, dann wird eine Wachstumsdynamik – so die Lehre – ausgelöst, die die aktuellen Krisenprobleme wie Arbeitslosigkeit, Stagnation bei Inflation (Stagflation) und Produktivitätsverfall beseitigen soll. Hierbei ergibt sich trotz der identischen, marktwirtschaftlichen Stabilisierungsdoktrin ein *strategischer Unterschied zum Monetarismus*. Während die monetaristische Rezeptur in Großbritannien die Inflation mit fiskalischer und monetärer Restriktionspolitik bekämpft, versuchen die Supply-Siders die Inflation durch die Freisetzung eines enormen Wachstumsprozesses zu durchbrechen. Solange dies jedoch nicht gelingt, mischen sich zwangsläufig Angebots- mit Monetarismus-Elementen. Im praktischen Vollzug verschafft sich lediglich die monetaristische Nachfragereduktion innerhalb der Angebotsstrategie in den USA Platz.

Wo aber liegen die *Störzentren*, die die mangelnde Angebotsbereitschaft verschulden? Der Staat, jener schwerfällige „Leviathan", gerät den Angebotsökonomen ins Zentrum der Kritik. Ihm wird die Superkraft zur „Verdrängung" privat-produktiver Aktivitäten auf folgenden Feldern nachgesagt:

– Durch zu hohe *(Grenz-)Steuersätze* werden die Investitions-, Spar- und Arbeitsbereitschaft stranguliert, bzw. Produktionsaktivitäten in den Untergrund („underground economics" oder „Schattenwirtschaft") abgedrängt. Steuerentlastungen mit progressiver Wirkung, d. h. also Bevorteilung der oberen Einkommensbezieher, gelten deshalb als entscheidender strategischer Hebel zur Revitalisierung der Wirtschaft.

– Streng nach neoklassischer Lehre führt eine Politik der *Umverteilung* zugunsten einkommensschwacher Schichten zu abnehmender Leistungsbereitschaft („soziale Hängematte") und wegen den zu hohen Belastungen zur Finanzierung des Sozialsystems zu sinkender Investitionsbereitschaft. Der Abbau von Wohlfahrtsprogrammen charakterisiert die soziale Substanz der Angebotsstrategie.

– Überhaupt belasten die Maßnahmen staatlicher Regulierung auf dem Gebiet der Ökologie, der Arbeitsplatzbedingungen, aber auch der Antitrustpolitik unternehmerische Angebotspolitik. Das Stichwort heißt deshalb *„Deregulation"* im Sinne einer radikalen „Free-Market-Economy" („freien Marktwirtschaft").

Bleibt nur noch nachzutragen, daß neben dem Staat vor allem die Lohnkosten, die in den USA bekanntermaßen nicht die wichtigste Rolle spielen, als Blokkierungsfaktor angebotsstimulierten Wachstums gelten.

Die Angebotsfanatiker wittern mithin in jeder politischen Einflußnahme und Kontrolle der Voraussetzungen sowie der Resultate wirtschaftlicher Prozesse antikapitalistische Blockierungstendenzen. Dem keynesianischen Steuerungsmodell der „gemischten Wirtschaft", das darauf setzt, wirtschaftliche Krisenprozesse politisch auszusteuern, wird der Kampf angesagt. Die Streiter für die Angebotspolitik wollen gegen staatliche und gewerkschaftliche Kontrolle die uneingeschränkte Führungsrolle gewinnwirtschaftlicher Unternehmensstrategien reetablieren.

Einem neuen Sozialdarwinismus das Wort geredet

Der Budgetdirektor in der Reagan-Administration, David Stockman, hat mit dankenswerter Offenheit in einem Interview das Angebotskonzept als eine Tarnung, ein Trojanisches Pferd für das Ziel Umverteilung zugunsten der hohen Einkommensbezieher enthüllt. Die kürzeste, präzise *Definition der Angebotsökonomie* stammt von Galbraith: Die Reichen verdienen zu wenig, deshalb investieren sie zu wenig. Die Armen verdienen über die vielfältigen „Segnungen der Wohlfahrtspolitik" zu viel, deshalb arbeiten sie zu wenig. Also, wenn von arm zu reich umverteilt wird, dann steigt das Investitions- und

Arbeitsangebot. Das klingt im ersten Moment unwahrscheinlich, ist aber die ganze Wahrheit.

Es wäre ein leichtes, diese Zentralbotschaft mit vielfältigen Zitaten aus den Publikationen der Angebotspioniere zu belegen. Hier nur einige wenige Fundstellen aus George Gilders Buch „Reichtum und Armut"[1]), das ja bekanntermaßen zu Reagans Lieblingslektüre zählt: „Für alle Gleichmacherei eine unangenehme Einsicht, die ihnen aber nicht erspart werden kann: Um etwas für die Armen und die Mittelschichten zu tun, muß man die Steuersätze der Reichen drastisch senken" (S. 151). Dem folgt eine Armutsrechtfertigung: „Wir müssen uns damit abfinden, daß wir trotz des Überflusses, den uns die kapitalistische Wirtschaft beschert, immer in einer Welt voller armer Menschen leben werden" (S. 86 f). Sozialausgaben können dies nicht überspielen, und dies nicht wegen ihrer „Kosten", sondern wegen der darin schlummernden „moralischen Gefahren": „Unser Wohlfahrtssystem schafft moralische Gefahren, weil die Unterstützung höher ist als das, was ehrliche Arbeit einer intakten Familie erbringt" (S. 140). Schließlich gehört auch der Schwur auf ein konservatives Ausleseprinzip zur neokonservativen Wirtschaftsanthropologie: „Wer der Armut entkommen will, muß nicht nur arbeiten, er muß mehr arbeiten als diejenigen, die über ihm auf der sozialen Leiter stehen" (S. 88), muß zunächst „niedriger bezahlte Jobs" hinnehmen.

Diese *Reichtum-Armut-Rechtfertigung* so ungeschminkt offengelegt zu haben, ist zweifellos ein Verdienst der Angebotstheoretiker, denn sie machen deutlich, daß die kapitalistische Ökonomie entgegen allen sachgesetzlichen und funktionalen Neutralisierungsversuchen eine zutiefst (un)soziale und politische Veranstaltung darstellt. Die anthropologischen und sozialen Implikationen dieser frühkapitalistischen Strategie zur Sanierung der heutigen US-Wirtschaft zu kritisieren, ist ein Punkt, der über Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz entscheidet.

Das andere Zentrum der Kritik konzentriert sich auf die wissenschaftliche Abschätzung der dieser Strategie nachgesagten ökonomischen Auswirkungen auf das Arbeitsangebots-, Investitions- und Sparverhalten. Über die Frage, ob dieses Modell ökonomisch zur Sanierung oder „Ruinierung der US-Wirtschaft" (L. Thurow) beiträgt, gibt es in den USA eine lange Diskussion, die hier kaum bekannt geworden ist. Wohlrenommierte Ökonomen wie L. Thurow, J. K. Galbraith, R. A. Musgrave, W. Heller, J. Tobin, A. Eichner und W. Leontief weisen den „Reagonomics" – der von Reagan praktizierten Ökonomik – die Kraft zur Rezessionsverstärkung bei neuansteigender Staatsverschuldung, wachsender Armut und Inflation nach[2]). Im Kern scheint dies auch die jüngste reale Entwicklung zu belegen. Dies erklärt auch, warum die

1) George Gilder, Wealth and Poverty, 1981 (in dtsch.: Reichtum und Armut, Berlin 1981).

2) Zur Kritik der „Reaganomics" vgl. u. a. die Beiträge in „Challenge" (Mai-Juni 1981) von: S. Danzinger/R. Havemann, W. W. Heller, A. S.Eichner, R. A. Musgrave sowie J. Tobin, Reagnomics and Economics, „The New York Review", December 1981; L. Throw, How to Wreck the Economy, „The New York Review", Mai 1981; ders., Death by a Thousand Cuts, „The New York Review", December 1981; J. K. Galbraith, Recession Economics, „The New York Review", November 1981.

Reagan-Administration das Haushaltsausgleichsziel, für 1984 angekündigt, aufgegeben hat.

Angebotspolitik bei Hochzins- und Rüstungspolitik

– Will man den wirtschaftspolitischen Kurs in den USA adäquat beurteilen, muß man den gesamten Strategiemix berücksichtigen. Die Hochzinspolitik beißt sich mit der Angebotspolitik, denn sie belastet das Investitionskalkül. Angebots- und monetaristische Politik der Nachfragereduktion gehen hier eine Mesalliance ein. Weil die Angebotsdynamik nicht unmittelbar wirkt und somit die Inflation nicht durchbrochen werden kann, wird die Angebotspolitik durch vorlaufende, monetäre Restriktionspolitik ergänzt. Expansiv gedachte Angebotsstimulierung geht mit einer massiven Nachfrageeinschränkung über Geldverknappung und Hochzinspolitik einher. Diese Verknappung des monetären Ausgabenvolumens erstickt die Angebotsimpulse im Keime. Hochzinspolitik führt zu Investitionseinschränkungen, die sich um ein Vielfaches in das ökonomische System hineinmultiplizieren. Die rezessionsbeschleunigende Politik der Nachfragekappung stellt bereits beim Einstieg in die Angebotspolitik das Eingeständnis deren mangelnder Wirkungskraft dar. Ansteigende Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, Armut und Budgetdefizite sind nur einige Indikatoren negativer Auswirkungen.

– Aber eine weitere *Zwieschlächtigkeit* überlagert die Angebotspolitik. Zur Politik der Umverteilung von „arm zu reich" gesellt sich eine massive staatliche Nachfragepolitik rechtskeynesianischer Provenienz. Über Rüstungsausgaben in Rekordhöhe werden staatliche Mittel in den „militärisch-industriellen Komplex" gelenkt.

Total im Widerspruch zur Angebotsökonomie, die die Gewinndynamik vom staatlichen Einfluß befreien will, wird hier mit Staatsausgabenpolitik der Rüstungssektor ausgebaut. Der Stimulierung der *Zivilwirtschaft* durch Angebotspolitik steht die Umstrukturierung der Wirtschaft durch staatliche Maßnahmen zugunsten des Rüstungssektors gegenüber. Das ist der eigentliche Kerngedanke der ökonomischen „Revitalisierungs-Strategie". L. Thurow, W. Leontief und A. Eichner haben u. a. darauf hingewiesen, daß diese *„Remilitarisierung der Wirtschaft"* (A. Eichner) letztlich über den Mißerfolg amerikanischer Wirtschaftspolitik entscheidet, denn dadurch steigen die Inflationsraten weit über die während des Vietnamkrieges, verknappt sich die Versorgung mit wertvollen Rohstoffen für die Zivilwirtschaft, sinkt die Produktivität weiter und steigen die Arbeitslosenzahlen insbesondere in den klassischen Industrieregionen.

Angebotsökonomie auf dem Prüfstand

Theoretisch wie wirtschaftspolitisch bleibt freilich die Frage interessant, welche ökonomischen Auswirkungen von einer unbefleckten Rest-Angebotsstrategie ausgehen werden. Dies verlangt eine skizzenhafte Darstellung der Basisbehauptungen dieses Ansatzes.

Das unausrottbare Saysche Gesetz

Die marktoptimistische Erneuerungsbewegung operiert vor allem mit dem Theorem, das der Ökonomie-Harmoniker Jean Baptist Say 1848 schriftlich niederlegte. Es ist hier nicht der Ort, die aus Krisenerfahrungen gespeiste, langwährende Kritik an dieser Fundamentalbehauptung zu wiederholen. Nur so viel: Komplexe, arbeitsteilige Wirtschaften, vor allem bei Existenz des Geldes als Vermögensobjekt, bieten keine Garantie dafür, daß sich rentables Angebot über die daraus entspringenden Einkommen auch hinreichend Nachfrage schafft.

Gerade die jüngere Keynes-Forschung hat mikroökomisch die kumulative Wirkung von Nachfrageausfall auf das Produktionsniveau und die Beschäftigung, die das preisflexibelste System der Welt nicht abbauen kann, gezeigt („Neue Makroökonomik"). Durch unzulässiges Zerschneiden der Interdependenzbeziehungen zwischen Nachfrage und Angebot liefert die Angebotswirtschaftslehre eher einen Beitrag zur *Trugschlußökonomik*. Das Dogma von der nachfrageschaffenden Kraft rentablen Angebots triumphiert über eine andauernd real anders funktionierende Wirtschaft. Dabei fällt auf: eine Beweisführung wird schon lange nicht mehr vorgelegt. Dieser Vorwurf trifft auch den mittelfristig angebotsfanatischen „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (vgl. den Beitrag von H. J. Barth, in: „Wirtschaftswoche", Nr. 7/12. 2. 1982). Während J. B. Say und im Gefolge mit ihm die allgemeine Gleichgewichtstheorie den inzwischen problematisierten Beweis dieser Theorie nur unter Bedingungen der *vollkommenen Konkurrenz* führten, besteht der SVR auf der „Gleichgewichtsverheißung" bei Anerkennung einer Preisaufschlagskalkulation. Das gilt auch für Gilder, der dem Angebotstheorem eine anthropologische Fundierung gibt, aber gleichzeitig ein Loblied auf die Monopole anstimmt („Monopole sind gut", S. 45). Der Nachweis der Gültigkeit der Angebotsdoktrin, die bisher nur bei Existenz der „invisible hand" analysiert wurde, versagt, wenn man das heutige „invisible shakehand" (A. M. Okun) zwischen großen Unternehmenseinheiten berücksichtigt[3]). Wer anstatt der Beweisführung den „*Deus ex oecomachina*" beschwört, kann sich des Vorwurfs unwissenschaftli-

3) Adam Smith hat die Wirkungsweise des Konkurrenzmechanismus mit einer „unsichtbaren Hand" („invisible hand"), die gleichsam hinter dem Rücken der Marktteilnehmer dafür sorgen soll, daß ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht entsteht, verglichen. Wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser „unsichtbaren Hand" ist jedoch die Behauptung, weder auf der Anbieter-, noch auf der Nachfrageseite gebe es spezielle Machtkonzentration, d. h. die Preise bilden sich auf den Märkten und es gibt etwa für die Unternehmen nur eine Anpassung über die Produktionsmengen entsprechend dem Prinzip der Gewinnmaximierung. Mit dem theoretischen Nachweis der Wirksamkeit dieser „unsichtbaren Hand", die die einzelwirtschaftlichen Planungen krisenfrei koordinieren soll, sind weitere, wenig realistische Annahmen verbunden. Wenn es aber zur Monopolmacht auf Unternehmensseite etwa kommt, dann werden Preise nicht einfach hingenommen, sondern zur strategischen Größe der Gewinnmaximierung. Preise resultieren dann nicht aus den „segensvollen" Wirkungen einer „unsichtbaren Hand". Viel eher kommt es im Prozeß der Entwicklung zu Konzentration und Monopolisierung zu unterschiedlichen Formen der Absprachen zwischen Unternehmenseinheiten. An die Stelle der „unsichtbaren Hand", die an die Existenz vollkommener Konkurrenz gebunden ist, tritt jetzt ein „unsichtbares Händeschütteln" zwischen Großunternehmen („invisible shakehand"), das also nicht kontrollierbar ist, aber auf die ökonomische Entwicklung entscheidende Auswirkungen hat. Dieses neue Bild hat A. M. Okun in Anspielung auf Adam Smith formuliert.

cher Dogmenverkündigung nicht entziehen[4]). Beruhigend wirkt in dieser Welt von Trugschlüssen nur, daß die Unternehmen in ihrer Investitionspraxis dieser Theorie die Gefolgschaft verweigern. Für die Investoren sind nun mal nicht die aktuellen Gewinne, sondern die vor allem durch die Realisierungschancen der Produktion (Absatz) bestimmten *Gewinnerwartungen* entscheidend.

In den Gewinnerwartungen spiegeln sich für den Investor subjektiv die Absatzchancen und damit die Nachfragebedingungen wider. Es gibt eben kein Angebot ohne eine – wenigstens subjektiv erwartete – Nachfrage; demgegenüber aber existiert durchaus Nachfrage, die kein Angebot findet. Genau hierin zeigt sich der unauflösbare Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage: Wie gelingt es, Angebot und Nachfrage, über die nach unterschiedlichen Regeln entschieden wird, aufeinander abzustimmen? Angebot, das über Nachfrage nicht realisiert werden kann, wird um ein Vielfaches eingeschränkt. Nachfrageausfall auf einem Markt pflanzt sich auf andere Märkte fort. Oder aber: Arbeitslosigkeit führt über Ausgabenrevisionen zu rückläufiger Nachfrage auf Gütermärkten („Spillover"). Dieser Nachfrageausfall führt zu weiter ansteigender Arbeitslosigkeit („Feedback") usf. Dieser *kumulative Mengenprozeß* ist durch lohnpolitische Zurückhaltung nicht zu durchbrechen, im Gegenteil, er verstärkt sich dadurch. Seit Clowers epochalem Beitrag von 1965 kennen wir diese *mikroökonomische Begründung des Keynesschen Multiplikators,* die den Angebotstheoretikern fremd geblieben ist.

Bleibt schließlich noch ein weiteres Argument der Kreislaufanalyse in Erinnerung zu rufen. Wir wissen seit Kaldor, daß die Investitionen, die getätigt werden, zum Anstieg der Gewinne führen. Es ist eben gerade die nie bewiesene Behauptung des SVR, daß sich die Verbesserung der aktuellen Gewinne auch in verbesserte Gewinnerwartungen transformiert. Der neoklassisch-angebotsorientierten Behauptung, die Gewinne induzierten Investitionen, steht faktisch eine Investitions-Gewinn-Kausalität gegenüber. Auch so zeigt sich, daß über Nachfragepolitik die Gewinnerwartungen stabilisiert und bei Investitionsaufschwung auch tatsächlich höhere Gewinne realisiert werden können.

Die Rigorosität der Angebotsfanatiker geht soweit, daß die alte, Lehrbücher füllende Basislegitimation marktwirtschaftlicher Systeme verdrängt wird. Gilder sieht in der Behauptung eines „souveränen Konsumenten", der über die Nachfrage Einfluß auf die Produktion nimmt, bereits den Sündenfall, der in die Keynessche Hölle führt. Im Klartext heißt das: Was auch immer gewinnwirtschaftlich produziert wird, es findet seinen Konsumenten.

4) In der marktorthodoxen Wirtschaftswissenschaft läßt sich immer wieder beobachten, daß anstatt einer analytischen und empirisch abgesicherten Beweisführung auf einen unerwarteten Helfer gesetzt wird. Anstatt etwa reale Prozesse auf vermachteten Märkten zu untersuchen, wird das Bild vollkommener Konkurrenz beschworen. Die „unsichtbare Hand", die alles zum Besten regulieren soll, kann als ein solcher Retter in theoretischer Not bezeichnet werden. Diese Vorgehensweise wird gelegentlich mit einem alten Bild aus der Theaterwelt beschrieben. Es handelt sich um den Gott, der aus der (Theater-)Maschine („deus ex machina") kommt und die Probleme löst. Die vollkommene Konkurrenz erscheint in Anspielung auf dieses Bild als die Ökonomiemaschine (oeco-machina), aus der ein alles zum Besten bestellender Gott (deus) entspringt.

Aber zum einen schafft die gewinnorientierte Angebotsökonomie eine ungleiche Einkommensverteilung, die eine Harmonisierung von Angebots- und Nachfragestruktur verhindert. Zum anderen verschiebt sich der Bedarf auf Felder, die im Raster preisvermittelter Vermarktung nicht befriedigt werden können. Zu denken ist hier an zunehmenden Bedarf an Freizeit, sozialen Diensten, öffentlicher Infrastruktur, Erhöhung der Lebens- und Umweltqualität. Dieser bedarfsorientierte Wertewandel geht mit einer Veränderung der Produktionsformen (etwa Alternativökonomie) einher. Derartige neuralgische Entwicklungstendenzen begräbt die Angebotsmanie unter sich.

Der Laffer-Trugschluß

Die Angebotstheorie, die im Staat die entscheidende Ursache für Investitionsattentismus sieht, verfügt aber auch über einen *steuerlichen Trugschluß*, der sich nach beliebter Ökonomenmanier in einer Kurve niederschlägt. Was Jonathan Swift, der Autor von „Gullivers Reisen" mit seinem „Steuer-Einmaleins" vor 200 Jahren mehr spöttisch überlegte, findet sich heute bierernst in der sog. „Laffer-Kurve" wieder. Sie beschreibt das folgende *Steuerparadoxon*: Durch eine Senkung des Steuersatzes in einem bestimmten Bereich unter 100 % werden über die Anregung wirtschaftlicher Aktivitäten die Steuereinnahmen erhöht. Ein und derselbe Betrag an Steuereinnahmen kann mit einem hohen oder niedrigen Steuersatz erzielt werden. Irgendwo gibt es jedoch einen Steuersatz, der den maximalen Steuerertrag bringt. Hinter dieser U-förmigen Laffer-Kurve zwischen Steuersatz und Steuereinnahmen steht die höchst strittige These: je höher der Steuersatz, umso geringer die wirtschaftliche Aktivität. Diese simplifizierende Auflösung des Zusammenhangs zwischen Steuersatz, wirtschaftlicher Aktivität und Steuereinnahmen gehört ebenfalls ins Reich der Trugschlußökonomik. Allzu bekannte Stammtischparolen eignen sich nun mal nicht, komplexe Zusammenhänge zwischen Staat und Ökonomie zu interpretieren. Der Staat ist über die Steuererhebung eben nicht nur „Kostgänger". Entscheidend sind die Ausgaben, die mit den Steuereinnahmen getätigt werden. Staatliche Ausgaben richten sich auf die Sicherung von Produktionsvoraussetzungen und die Verarbeitung sozialer und ökonomischer Folgekosten ein.

Mit der Produktivität des privaten Sektors wäre es nicht weit her, würden staatliche Vor- und Nachleistungen in Form von materieller und personeller Infrastrukturpolitik nicht gewährleistet. Die *angebotsoptimistische Problemreduktion* zerschlägt die reale Komplexität. Deshalb überrascht auch nicht folgende empirische Feststellung: Ordnet man etwa für die USA in den letzten 50 Jahren Steuersätze und Steiereinnahmen einander zu, dann läßt sich nachweisen, daß hohe Steuersätze mal mit hohen, aber mal auch mit niedrigen Steuereinnahmen verbunden waren. Die „neue Laffer-Kurve" folgt keinem U-förmigen Verlauf, vielmehr bildet sie einen Knäuel mit mehreren maximalen Steuereinnahmepunkten (bzw. maximalen Steuersätzen). Hierin liegt der Beweis dafür, daß die Steuereinnahmen und die dahinter stehenden

wirtschaftlichen Aktivitäten eben nicht von Steuersatzänderungen dominiert werden. Niemand hat bisher auch bewiesen, daß die Steuereinnahmen wegen zu hoher Steuersätze im Vergleich zum Maximum niedriger ausfallen.

Schließlich bleibt noch zu fragen, ob Steuersatzänderungen das Arbeits-, Spar- und Investitionsangebot erhöhen können. Die Antwort kann hier nur in Kurzform gegeben werden:

– Steuersenkungen nehmen aufgrund der progressiven Steuerstruktur kaum Einfluß auf die Verbesserung des Budgets einer Arbeiterfamilie. Sie werden darüberhinaus durch Streichung von Sozialleistungen überkompensiert, denn der Sozialabbau in den USA trifft vor allem die „arbeitenden Armen" („working poor"), die in die beschäftigungslose Armut abgedrängt werden. Steuersatzsenkungen können solange kein Mehr an Arbeitsleistung faktisch bewirken, solange überhaupt keine zusätzlichen Arbeitsplätze angeboten werden. Die Arbeitslosen, die Arbeit anbieten, aber keine Beschäftigung finden, belegen am deutlichsten den Irrtum einer Politik, die steuersenkungsinduzierte Steigerung des Arbeitsangebots zustande bringen will.

– Über Steuersenkungen das volkswirtschaftliche Sparen anregen zu wollen, folgt einer „anachronistischen Sicht" (A. Eichner) der Zusammenhänge zwischen Sparen und Investieren. Zum einen steigert eine Ankurbelung der Wirtschaft ohnehin das Sparen. Zum anderen aber werden ca. 80 % der Investitionen bei den Großunternehmen überhaupt nicht aus Kreditmärkten, die aus Sparbeträgen gespeist werden, finanziert. Finanzierungsmöglichkeiten bieten sich in diesem Bereich über die Eigenmittel, die teilweise über Preispolitik erhöht werden (A. Eichner), sowie konzerninterne Kreditbeziehungen. Durch die Konzentration der Wirtschaft hat sich der Weg zwischen Sparen und Investieren erheblich verkürzt; Unternehmenssparen erweist sich als die Hauptquelle der Investitionsfinanzierung.

– Über Steuersenkungen die Investitionsbereitschaft erhöhen zu wollen, schießt am Ziel vorbei. Der konzentrierte Bereich der zivilen und rüstungsorientierten Wirtschaft leidet nicht, wie unlängst das „Wallstreet Journal" in seiner unternehmensspezifischen Gewinnanalyse nachwies, an zu geringen Gewinnen, sondern an rentablen Anlagemöglichkeiten. So versteht sich auch das Wort eines Topmanagers in einem Großkonzern in den USA: „Wir investieren nicht wegen Steuerentlastungen, sondern bei günstigen Absatzerwartungen." In den vorwiegend mittelständischen Bereichen gewinnkomprimierter Unternehmungen werden die Steuernachlässe durch die exorbitant hohen Zinsen überkompensiert. Insgesamt aber erhöht die Hochzinspolitik das unternehmerische *Profitanspruchsniveau*, denn bei mangelnden Gewinnerwartungen erweist sich ein Umsteigen auf rentablere Finanzinvestitionen als günstiger. So erklärt es sich auch, warum aus klassischerweise Unternehmensbilanzen immer mehr Bankbilanzen geworden sind.

Die Angebotswirtschaftslehre samt ihrer Laffer-Trivialität basiert auf verhängnisvollen Trugschlüssen. Die theoretische und reale Kritik dieses „Reiß-

brett"-Entwurfs (SVR) verlangt ein rechtzeitiges Umdenken. Zu Recht hat W. Leontief davor gewarnt, sich noch lange damit zu beschäftigen. Die intellektuellen und politischen Energien gehörten vielmehr der Frage: „Was muß getan werden, wenn es zum sich abzeichenden Abbruch dieses Experimentes kommt?"

Plädoyer für eine bedarfsorientierte Angebotspolitik[5])

Die aktuelle wirtschaftliche Not, die sich in Stagflation und Arbeitslosigkeit niederschlägt, bietet zugleich eine *historische Chance*. Unmittelbar kommt es darauf an, brachliegende Produktionsmöglichkeiten zu mobilisieren. Denn im Gegensatz zur konservativen Legende leben wir nicht über, sondern unter unseren Verhältnissen.

Arbeitslose, die arbeiten wollen, und unterausgelastete Produktionskapazitäten legen dafür Zeugnis ab. Gleichzeitig gibt es aber auch einen immensen Investitionsbedarf für eine Politik der *Daseins- und Zukunftsvorsorge*, deren Realisierung nicht durch eine gebrauchswertindifferente Angebotspolitik bewerkstelligt werden kann und soll. Die Schrittmacherrolle kann in der aktuellen Lage nur der Staat übernehmen, denn es steht keine andere Institution zur Verfügung, die die Kollektivillusion über die Produktionsmöglichkeiten und -notwendigkeiten durchbricht. Es kommt momentan nicht zum Aufschwung, weil kein Investor sicher ist, ob die anderen mitziehen („Gefangenendilemma"). Die konjunkturelle Beschäftigungspolitik, die hier die Schrittmacherrolle übernimmt, läßt sich in eine mittelfristige Strukturpolitik einbinden. Kurzfristig trägt somit eine staatliche Ausgabenpolitik zur unverzichtbaren Stabilisierung der Gewinnerwartungen bei. Schließlich ist nicht die Verdrängung von privatwirtschaftlichen Aktivitäten („crowding out"), sondern die Mobilisierung („crowding in") das aktuelle Problem. Alle Konjunkturprogramme, die nicht auf die Lösung mittelfristiger Strukturprobleme ausgerichtet sind, sind jedoch untauglich. Das ist die entscheidende Crux der „Gemeinschaftsinitiative", die eine globale Investitionszulage von 10 %, über eine halbjährige Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert, vorsah, dabei aber alle Strukturprobleme liegen läßt und schließlich innerhalb der Haushaltsoperation '83 über Kürzungen im Sozialhaushalt finanziert wird.

Im Mittelpunkt hat das Konzept einer *bedarfsorientierten Angebotspolitik* bzw. Produktionsstrukturpolitik zu stehen, die das katastrophale Schisma zwischen Angebot einerseits und Nachfrage andererseits überwinden muß. Sie wendet sich gegen die neoklassisch-konservative Angebotspolitik ebenso wie gegen die keynesianische traditionelle Globalsteuerungspolitik. Der Fehler dieser Angebotspolitik à la USA liegt in der Vorstellung, daß nichts als einzelwirtschaftliche Rentabilitätskriterien über das Angebot und damit die Produktion entscheiden sollen. Derartige Gewinndynamik verfehlt jedoch quantitativ und qualitativ die Nachfrage, die zur Realisierung dieses Ange-

5) Vgl. dazu vor allem „Memorandum '82 – Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik", Köln 1982 (insbes. das fünfte Kapitel).

bots erforderlich ist. Aber auch der naive Keynesianismus entpuppt sich als untaugliches Mittel der Krisenbekämpfung. Es geht ihm um Einkommenseffekte schlechthin, egal ob durch Pyramiden-, Panzer- oder Hochschulausbau ausgelöst.

Worauf es aber ankommt, ist, das Angebot an einem Bedarf auszurichten, der nicht mehr Restgröße von Gewinnstrategien sein darf, sondern den strategischen Fixpunkt für Investitionsentscheidungen bilden muß. Die Nachfrage als Ausdruck von privatem und gesellschaftlichem Bedarf muß überhaupt erst wieder in das Zentrum ökonomischer Entscheidungen zurückgeholt werden. Es gibt in der Tat einen hohen zukunftsbestimmenden Investitionsbedarf, der nicht privatwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen überlassen werden kann, sondern auf den die bedarfsorientierte Angebotspolitik auszurichten ist. Einschlägige Modellrechnungen, die der „Deutsche Städtetag", das „Deutsche Institut für Urbanistik" und das „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut" des DGB vorgelegt haben, weisen für den öffentlichen Bereich im Gegensatz zur infrastrukturellen Sättigungsthese einen Investitionsbedarf in Höhe von ca. 574 Mrd. DM (in Preisen von 1976) nach; das sind linear auf 11 Jahre verteilt ca. 52,2 Mrd. DM. Der Investitionsbedarf ergibt sich vor allem aus den dringend gebotenen Maßnahmen auf den Feldern der Energieeinsparung und Energiesubstitution, Umweltverbesserung, Lärmentlastung, Städte- und Wohnsubstanzsanierung, des sozialen Wohnungsbaus und des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrssystems. Allein das Wachstumsfeld Gebäudeisolierung (Wärmedämmung), mit dem der Raumheizungsbedarf um ca. 45 % reduziert werden kann, macht einen Investitionsbedarf in Höhe von ca. 410 Mrd. DM (in Preisen von 1976) – nach einer Rechnung der Prognos AG über 20 Jahre erforderlich.

Der gesamte direkte und indirekte Beschäftigungseffekt einschließlich der einkommensinduzierten Multiplikatoreffekte beträgt für die gesamte Wirtschaft im Durchschnitt der 20 Jahre rd. 400 000 Arbeitsplätze. Weiterhin ließen sich nach dieser Rechnung die Investitionskosten zu 60 % über eingesparten Energieverbrauch und zu 40 % durch Entlastung der öffentlichen Haushalte (Senkung der Kosten der Arbeitslosigkeit und vermehrte Steuereinnahmen) finanzieren. Vergleichbare Abschätzungen über Wachstums- und Beschäftigungseffekte liegen für das Wachstumsfeld „Fernwärmeenergie" vor.

Wachstumsfelder im Sinne einer Sicherung der Daseins- und Zukunftsvorsorge gibt es genügend. Die privatwirtschaftliche Angebotspolitik vermag diese aber nicht zu erschließen. Das hängt zum einen mit den aus dem Investitionsumfang resultierenden Risiken zusammen. Zum anderen aber verbinden sich mit dem Ausbau dieser Wachstumsfelder gesellschaftliche Risiken, die deshalb eine politische Steuerung verlangen. Bedarfsorientierte Angebotspolitik steuert kontrolliert unternehmerische Aktivitäten in derartige Investitionsfelder. Durch die ökonomische Wachstumsstabilisierung bei Berücksichtigung qualitativer Anforderungen sowie die damit verbundene Entlastung

öffentlicher Haushalte kommt es zu hohen Selbstfinanzierungseffekten. Durch kapitalsparenden technischen Fortschritt – etwa die Mikroprozessoren – ergibt sich die historische Chance, das volkswirtschaftliche Kapital in diese zukunftsrelevanten und arbeitsplatzschaffenden Felder öffentlichen Bedarfs umzulenken. Diese Umsteuerung aber kann nur über politische Entscheidungen, weil gesellschaftsumfassende Wirkungen ausgelöst werden, geleistet werden. Bedarfsorientierte Angebotspolitik muß deshalb darauf ausgerichtet werden, unternehmerische Aktivitäten in diese ökonomisch *und* gesellschaftlich vernünftigen Wachstumsfelder zu lenken.

Die Kritik der konservativen Angebotspolitik hat deren *Herausforderung* noch nicht richtig begriffen. Sie schwankt zwischen diffuser, wenig präziser Ablehnung oder teils heimlicher, teils offener Annäherung. Die Herausforderung ist in jedem Fall anzunehmen. Worauf es ankommt, ist dies: Die fortschrittliche Angebotstheorie verlangt eine bedarfsorientierte Angebotspolitik. Im Vordergrund steht dabei die Sicherung und der Ausbau einer *produktiven Basis*, die an gesellschaftlichen Bedarfen ausgerichtet ist. Das konservative Angebotskonzept, in dem selbst die fiktive Figur des „souveränen Konsumenten" gestrichen wurde, verfügt nicht über die Sensoren, die diese zukunftorientierte Bedarfsentwicklung signalisieren. Dies heißt aber auch, daß das wirtschaftliche und politische System besser auf Umsetzung konsensfähigen Bedarfs und damit Nachfrage ausgerichtet werden muß. Nur so ist übrigens das aktuell zwangsläufige, aber perspektivisch katastrophale Gegeneinander zwischen Ökologie und Ökonomie in ein Miteinander bei Ausbau der Demokratisierung von *Wirtschaft und Gesellschaft* umzuwandeln.

Politik der USA

Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
235 Seiten, DM 14,80

Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
229 Seiten, DM 14,80

Der Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes auf amerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik

Zur Entwicklung unter der Reagan-Administration*)

Von Hans-Jürgen Krysmanski

I

Der Begriff des Militär-Industrie-Komplexes bietet die Möglichkeit, eine Vielfalt besonderer gesellschaftlicher Strukturen und Aktivitäten, die der aggressiven Erhaltung des kapitalistischen Systems dienen, als ein komplexes Ganzes zu untersuchen[1]). Dabei lassen sich u. a. folgende Ebenen oder Dimensionen unterscheiden:

1. Die *Rüstungsproduktion* als eine besondere kriegswirtschaftliche Indienstnahme des gesellschaftlichen Produktionspotentials, in der z. B. die sektorale und regionale Wirtschaftsstruktur, Niveau und Proportionen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte und viele andere „Produktionsfaktoren" den Erfordernissen der Waffenentwicklung und Rüstungsgüterproduktion unterworfen werden.

2. Die *Rüstungswirtschaft* als eine besondere Bewegung der Rüstungskapitale unter eigentümlichen Profitbedingungen, einerseits abgestützt durch bestimmte staatliche Maßnahmen und Steuerungseinflüsse (Generalauftragsnehmersystem, „Rüstungswirtschaftlicher Arbeitskreis" in der Bundesrepublik), andererseits „beflügelt" durch „Privatisierung" von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Rüstungsbereich und Formen der privatmonopolistischen Internationalisierung.

3. Die zunehmende Verflechtung der Rüstungsmonopole, der militärischen Führung und von Teilen der staatlichen Bürokratie im Sinne eines *Steuerungs- und Planungszentrums zur aggressiven Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise* (im Kontext des weltgesellschaftlichen Systems der Produktionsweisen) als der eigentliche Kern des Militär-Industrie-Komplexes.

4. Das schwach legitimierte, sich dem demokratischen Prozeß entziehende *Zusammenspiel von Machteliten* – insbesondere von politischen, militärischen und ökonomischen Eliten – im Milieu nationaler und internationaler Militarisierungsprozesse als eine Fehlentwicklung im politischen System

*) Der nachstehende Artikel basiert auf einem Referat des Verfassers im Rahmen eines friedenspolitischen Kolloquiums aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Instituts für Soziologie der Universität Münster.

1) A. Gottschalk u. M. Eihsen, Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolitischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des „IMSF 4/1981, S. 63ff.

westlicher Demokratien, vor der auch Generale und Admirale wie einst Eisenhower und jetzt Rickover warnen[2]).

5. Die *Dimension langfristiger Planungen und Konzeptualisierungen für eine Zukunft des kapitalistischen Gesellschaftssystems* im Geflecht der „Nord-Süd"- und „Ost-West"-Beziehungen, die inzwischen in zahlreichen nationalen und vor allem internationalen Gremien, besonders sichtbar in den NATO-Gipfelkonferenzen, institutionalisiert ist.

6. Der Militär-Industrie-Komplex als eine alle genannten Dimensionen in Bewegung setzende *Form der Organisation der herrschenden Klasse,* als eine Bewegungsform der herrschenden Klasse in den Klassenauseinandersetzungen.

Wissenschafts- und Technologieentwicklung unter dem Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes ist in diesem komplizierten Zusammenhang – ähnlich wie Planungs- und Kommunikationsprozesse – auf den verschiedenen Ebenen faßbar, also als Entwicklung von Rüstungsproduktionswissen ebenso wie als Entwicklung theoretischer und ideologischer Denkmuster zur „geistigen" Verteidigung des Kapitalismus – bis hin zur inhaltlichen Bestimmung des militärischen Freund-Feind-Schemas durch die Frage: wie hältst Du's mit der „Freien Marktwirtschaft"?

Die Reagan-Administration, nach allen ihren Taten mehr als jede andere amerikanische Regierung eine eindeutige Vertreterin des Militär-Industrie-Komplexes der USA, ist unter ultra-konservativen Positionen der absoluten Konfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus angetreten. Aber ihre Einflüsse auf Bereiche wie die Wissenschaftsentwicklung und -politik sind zugleich sehr „erdnah" und beinhalten vor allen Dingen eine tiefgreifende Umstrukturierung der Produktivkraftrolle von Wissenschaft und Technik.

Das heißt, durch Maßnahmen, die weit über die Amtsdauer dieser Administration hinaus wirken werden, sind Wissenschaft und Technik schon im ersten Jahr tiefer als jemals zuvor in das Produktivkraftsystem des Militär-Industrie-Komplexes hineingezwungen worden. Die „Vergesellschaftung" von Wissenschaft und Technik, ihre zunehmende Einbeziehung in den gesellschaftlichen Fortschritt, ihre Nutzbarmachung für sozialreformerische Zwecke usw. sind gestoppt worden. Stattdessen findet eine umfassende Militarisierung dieses Teils (und natürlich auch anderer Teile) der Produktivkräfte statt.

In welchen zum Teil grotesken Formen sich der Militär-Industrie-Komplex in die Wissenschafts- und Technologieentwicklung hineindrängt und durch das Prinzip der Vergeudung gesellschaftlichen Reichtums Macht zu gewinnen sucht, ist schon seit langem bekannt. In der gegenwärtigen Reaktion des liberalen Wissenschafts-Establishments der USA auf die Eingriffe der Reagan-Administration werden schlagende Beispiele hervorgekramt.

2) Vgl. z. B. „International Herald Tribune", 6./7. Februar 1982, S. 4.

Da ist etwa die Geschichte – eine von vielen und keineswegs die kostspieligste – vom atomgetriebenen Langstreckenflugzeug, vom „A-Plane". In der Zeit von 1946 bis 1961 wurden für dieses Projekt über 1 Milliarde Dollar ausgegeben – wurden Forschungsteams gebildet, in jedem in Frage kommenden Rüstungskonzern Laboratorien und Pilot-Fabriken gebaut, Hilfssysteme entwikkelt etc. –, obgleich allen beteiligten Experten klar war, daß dieser „A-Plane" aus den verschiedensten Gründen (u. a. der Technik und Sicherheit) niemals würde fliegen können. Als Begründung für die Einwerbung von immer mehr Steuermitteln für dieses unsinnige Projekt mußte regelmäßig die vom Pentagon selbst fabrizierte Ente herhalten, in der Sowjetunion würde ebenfalls mit aller Kraft an einem Atomflugzeug gearbeitet oder es flöge gar schon[3]).

Gegenwärtige Überprüfungen zentraler Waffensysteme offenbaren ebenfalls – für die Zwecke des Militär-Industrie-Komplexes durchaus funktionale – Verschwendungen, die nach offiziellen Schätzungen zwischen 20 und 100% der Beschaffungskosten liegen. So sind die besten Schiffe der US-Marine mit komplizierten Ziel- und Feuerleitsystemen ausgestattet, die nur zu 60% der Zeit wirklich funktionieren. Die gleiche Einsatzfähigkeitsrate findet sich beim F-15 Kampfflugzeug der US-Luftwaffe, angeblich dem schnellsten und besten Düsenjäger der Welt. Und beim panzerjagenden Hubschrauber Cobra der US-Armee gibt es ähnliche Probleme[4]).

Experten haben diese Schwierigkeiten und Überkosten darauf zurückgeführt, daß die Waffensysteme einen logistisch nicht mehr einholbaren Grad der technologischen Komplexität erreicht haben. Außerdem findet unter den Rüstungsfirmen praktisch kein Wettbewerb mehr statt; beispielsweise erhalten 25 Firmen 50% aller Rüstungsaufträge und nur 8 Firmen führen 45% der gesamten Rüstungsforschung durch[5]). Der Militär-Industrie-Komplex in Gestalt von Sprechern der Rüstungsindustrie, des Pentagon und der Reagan-Regierung sieht gleichwohl – denn die verschwenderische Umlenkung des Reichtums auf seine Mühlen ist, wie gesagt, sein Lebenselixier – nur den Weg der Erhöhung der Rüstungsausgaben: „Es gibt nur einen Grund für unsere Probleme mit der Kampfbereitschaft und mit dem Durchhaltevermögen (der Waffensysteme): den Mangel angemessener Finanzmittel während der letzten zehn Jahre."[6])

Das Weltraumfährenprogramm der NASA fällt ebenfalls dieser Unersättlichkeit zum Opfer. Einerseits hat dieses – von der Finanzierung her zu den zivilen Projekten rechnende – Unternehmen viele andere und möglicherweise wissenschaftlich und technisch viel ergiebigere Projekte verdrängt. So „könnte durchaus herauskommen, daß die Weltraumfähre zwar ein technischer Erfolg, aber ein finanzielles Monstrum wird, wie es auf niedrigerer Stufe mit dem Überschallflugzeug Concorde geschah."[7]) Andererseits ist, wie es der für die

3) Science 82, Januar/Februar 1982, S. 46 ff.
4) Science, Vol. 212, S. 309 f.
5) Ebd.
6) General John T. Chain, US-Air Force, ebd., S. 310.
7) „Science", Vol. 214, 30. Oktober (Editorial).

Luftwaffe zuständige Staatssekretär, Hans Mark, formulierte, „die NASA tatsächlich nur noch ein kleiner Mitbenutzer der Fähre und nicht mehr ihr Pilot."[8]) Das heißt, das Militär hat sich an dieser Stelle die angemessenen Mittel schon beschafft.

II

Mit der Reagan-Administration hat der Einfluß des „Defense-Establishment" eine neue Qualität erreicht. Alle Aspekte der neuen sozioökonomischen Politik deuten darauf hin, daß heute der Rüstungskomplex gegenüber allen anderen Monopolgruppen und auch gegenüber dem traditionellen „Establishment" seine Strategie der aggressiven Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise (in ihrer US-imperialistischen Form) durchsetzt. Strategien aus dem Rockefeller-Lager beispielsweise – über die Henry Kissinger in seinen Memoiren berichtet –, die auf multilaterale Kooptations- und Bündnissysteme unter Einbeziehung politischer, sozialer, ökonomischer (und nicht nur militärischer) Mittel hinauslaufen, haben derzeit keine Chance.

Die offizielle Wissenschafts- und Technologiepolitik Washingtons wird unter diesen Umständen nicht zuletzt vom liberalen amerikanischen Wissenschafts-Establishment mit Beunruhigung und Sorge beobachtet. Die wichtigste Organisation dieses Establishments ist die „American Association for the Advancement of Science" (AAAS), gewissermaßen ein „ADAC" der amerikanischen Wissenschaftler mit mehreren hunderttausend Mitgliedern. Das Organ der AAAS, die Wochenzeitschrift „Science", hat die ersten einschlägigen Taten der Reagan-Administration sehr genau und differenziert registriert. Dabei ist anzumerken, daß es sich bei dieser Zeitschrift nicht um eine populärwissenschaftliche nach Art des „Scientific American" handelt, sondern um eine, die neben fachwissenschaftlichen Artikeln aus den verschiedensten Disziplinen (bei Überwiegen der Naturwissenschaften) beachtliche wissenschaftspolitische Informationen und Orientierungen vermittelt. Die folgende Auswertung konzentriert sich auf die Beiträge, die sich auf den Zusammenhang von Wissenschafts- und Technologieentwicklung und „nationaler Sicherheit" beziehen.

Es war längere Zeit unklar, ob Reagan es überhaupt für nötig halten würde, den Posten eines Wissenschaftsberaters des Präsidenten, eine wissenschaftspolitische Schlüsselrolle im Zusammenspiel von Regierung und Wissenschaftssystem, zu besetzen. Dies ist inzwischen geschehen, obgleich der einundvierzigjährige George A. Keyworth, ein Atomphysiker aus der Kriegsforschungseinrichtung „Los Alamos Scientific Laboratories", als absoluter Außenseiter des wissenschaftspolitischen Establishments gilt und bisher zwar einen guten Eindruck, aber noch keine Politik gemacht hat[9]).

Immerhin ist durch das Reagan-Budget eine wissenschafts- und technologiepolitische Wende historischen Ausmaßes eingeleitet worden. Im März 1981,

8) „Science", Vol. 212, S. 520.
9) Science, Vol. 211, S. 1026; Science, Vol. 213, S. 183ff.

vor den weiteren Kürzungen des darauffolgenden Septembers usw., waren bereits folgende Trends auszumachen: a) eine starke Hinwendung zur Rüstungsforschung, b) eine Neufestsetzung der Prioritäten bei den nationalen Forschungsbehörden, c) eine Technologiepolitik, die den „Kräften des Marktes" überlassen werden soll, d) die Reduzierung der Unterstützung für internationale Projekte[10]).

Zu a): Zivile Forschungs- und Entwicklungsprojekte wurden stark gestutzt, während die Rüstungsforschung erhebliche zusätzliche Mittel erhält. Allein das Verteidigungsministerium steigerte seine Gelder für Forschung, Entwicklung, Test- und Evaluationsvorhaben von 13,5 Mrd. Dollar im Jahre 1980 auf 16,7 Mrd. Dollar 1981 und 21,7 Mrd. Dollar 1982. „Zusammengenommen würden die militärischen Forschungs- und Entwicklungs-(F&E)-Projekte des Verteidigungs- und des Energieministeriums bereits weit über 50 Prozent des Wissenschaftsbudgets in Anspruch nehmen. Kein anderes westliches Industrieland verwendet einen ebenso großen Anteil der staatlichen F&E-Ausgaben für militärische Programme. In Westdeutschland beträgt der Anteil beispielsweise ungefähr 12 Prozent, in Japan gerade einmal 2 Prozent."[11])

Zu b): Forschungsbehörden wie das Nationale Gesundheitsinstitut (NIH), die Nationale Wissenschafts-Stiftung (NSF) und die Nationale Luft- und Raumfahrt Administration (NASA) werden erheblich gebremst. Aus dem NSF-Budget beispielsweise – 1,03 Mrd. Dollar 1982, 320 Mio. weniger als von Carter geplant – sollen die Programme für Wissenschaftserziehung, Sozialforschung und für die Unterstützung von Wissenschaftskarrieren von Frauen und Minderheiten weitgehend gestrichen werden. Das bedeutet im Falle der Wissenschaftserziehung den Wegfall aller Graduierten- und Post-Graduierten-Stipendien, aller Bildungs- und Didaktik-Forschungsprogramme, aller Weiterbildungsprogramme für Hochschullehrer und Lehrer, aller Projektstudien- und sonstigen Studentenförderungsprogramme, aller Vorhaben der Popularisierung von Wissenschaft usw. Auch aus dem NIH-Budget wurden alle sozialwissenschaftlichen Projekte und Ausbildungsprogramme für Nachwuchsforscher gestrichen. Noch gravierender sieht es bei der NASA aus: abgesehen von höheren Zuwendungen für das aus militärischen Gründen wichtige Raumfährenprogramm überall Streichungen, die zu internen Umstrukturierungen, sprich: weiterer Militarisierung, führen müssen.

Zu c): Fast alle Programme, die bestimmte Technologien „marktreif" machen sollen, werden gestrichen oder stark gekürzt. Dies gilt vor allem für die Energiepolitik. Die Regierung zieht sich aus einem breiten Fächer von Demonstrationsprogrammen und langfristigen F&E-Projekten heraus, beispielsweise auf dem Gebiet synthetischer Brennstoffe und Pilot-Anlagen. „Das Argument lautet: wenn die Öl- und Gas-Preise dereguliert werden, werden die Kräfte des Marktes alternative Energiequellen von selbst attraktiver machen und Sparmaßnahmen stimulieren."[12]) Einige Aspekte des Atomenergiepro-

10) Science, Vol. 211, S. 1399ff.
11) Ebd.
12) Ebd., S. 1400.

gramms werden von dieser „liberalen" Politik allerdings ausgenommen: hier sollen die Mittel des Energieministeriums sogar von einem Anteil von 26,5% im Jahre 1980 auf einen Anteil von 40% im Haushaltsjahr 1982 ansteigen.

Zu d): Mehrere internationale Projekte und die US-Beteiligung an verschiedenen multilateralen Aktivitäten sollen beendet, bilaterale wissenschaftliche Kooperationsprogramme stark gekürzt werden. Besonders davon betroffen ist das gemeinsame Sonnenforschungsprogramm der NASA und der Europäischen Raumfahrtbehörde (ESA). Außerdem sollen beispielsweise die Beiträge zum Internationalen Rat von Wissenschaftsgewerkschaften (ICSU) und für das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse in Wien (IIASA)[13]) gestrichen werden. Die bilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. anderen sozialistischen Ländern (mit Ausnahme der VR China) soll um mindestens ein Drittel gekürzt werden.

William D. Carey, der Herausgeber von „Science", faßt die wissenschaftspolitische Situation in der Mitte letzten Jahres wie folgt zusammen[14]): Die USA würden in den 80er Jahren außerordentlich hohen Ausgaben für Wissenschaft und Technologie entgegengehen. Rechne man die Ausgaben des Staates und der Privatindustrie zusammen, so käme man sicher auf weit über 1000 Mrd. Dollar für Forschung und Entwicklung bis zum Ende dieser Dekade. Zähle man noch die durch Steuererleichterungen und durch wachsende Rüstungsbedürfnisse ermutigten Investitionen in produktivitätssteigernde Technologien hinzu, würde sich Atemberaubendes akkumulieren. Aber: eine dem Naturwuchs überlassene Wissenschaftspolitik würde sich nur dem bereits bestehenden Trend anpassen, alle diese Mittel auf zwei Ziele zu richten, die Steigerung der Wirtschaftsproduktivität und die „Verbesserung der Aktiva der nationalen Sicherheit". Das aber hieße, daß die nationale Wissenschafts- und Technologiepolitik bei weitem nicht mehr so pluralistisch und „eklektizistisch" sein könne wie in den drei vorhergehenden Jahrzehnten. Die Wissenschaftsentwicklung würde sich auf stark verengten Pfaden, jenseits aller Neugier und aller Überraschungen, bewegen müssen. Noch schlimmer aber sei, daß auf diese Weise die Erforschung der sozialen und kulturellen Grundlagen der eigenen Nation und neu entstehender Nationen zu kurz käme. „Ernste Fragen tauchen auf. Werden wir uns der Bedeutung, dem Nutzen und den Grenzen massiver militärischer und technologischer Macht stellen? Werden wir einfältigerweise annehmen, daß unsere politische Technologie automatisch jenen Grad der Weisheit und Kompetenz erreichen wird, der eine Volkswirtschaft mit einem jährlichen Volumen von 3000 bis 4000 Milliarden Dollar leiten kann? Werden wir genug tun, um die sozialen Trends unter dem Streß einer derart überhitzten Volkswirtschaft zu beobachten und zu kontrollieren? Werden wir auf Fragen der Gerechtigkeit und Großzügigkeit in dem Maße anders reagieren, in dem wir uns vom Entwicklungsniveau der Dritten Welt entfernen? Diese Dinge sind genau so wichtig wie die Stärkung unserer

13) „Science", Vol. 214, S. 1222.
14) „Science", Vol. 212, 26. 6. 1981 (Editorial).

Kräfte bei der Wiedergewinnung (!) internationaler Märkte."[15]) Und Carey gibt zu bedenken, daß andere Nationen diesem nationalen Kraftakt der USA auf vielfältige Weise Widerstand entgegensetzen könnten und daß es deshalb entscheidend ist, Formen der globalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit nicht abreißen zu lassen.

Was hier als wissenschaftspolitische Gegenorientierung formuliert wird, ist selbstverständlich Teil einer ansatzweise breiteren politisch-konzeptionellen Bewegung im amerikanischen Establishment, die dem Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes auf andere Industriekomplexe oder Monopolgruppen entgegenzutreten beginnt. Als wissenschafts- und technologiepolitisches Gegeninstrumentarium gegen die erhebliche Exekutivmacht des Präsidenten kommt dabei vor allem das auf der Grundlage des Technology Assessment Act von 1972 geschaffene Office of Technology Assessment (OTA) des amerikanischen Kongresses in Betracht, das inzwischen zu einem effektiven Zentrum der wissenschafts- und technologiepolitischen Analyse und Beratung (nicht aber der eigenständigen Politikentwicklung) geworden ist. OTA verfügt derzeit über 47 „panels" (Ausschüsse), darunter für Fortgeschrittene Hochgeschwindigkeitsflugzeuge, die Allokation von Radiofrequenzen, Raumfahrttechnologie, Transfer von Elektronik-Fonds, Nationale Informationssysteme, Technologie und Ozeanographie, Strategien der medizinischen Technologie, Bevölkerungsentwicklung, Angewandte Genetik, Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie, MX-Raketen-Stationierung, Sowjetisches Energie-Potential, Standardisierung von Atomkraftwerken, Energiegewinnung aus biologischen Prozessen. Neben OTA sind die institutionellen wissenschaftspolitischen Möglichkeiten des Kongresses auch mit der Modernisierung und Effektivierung der General Accounting Office, des Congressional Research Service und des Congressional Budget Office gewachsen. Auf diese – allerdings immer noch vergleichsweise schwachen – Einrichtungen konzentrieren sich also Hoffnungen auf eine Gegensteuerung[16])

Andererseits bricht der Militär-Industrie-Komplex in Gestalt der Pentagon-Forschungsförderung in zentrale Bastionen des amerikanischen Wissenschafts-Establishments, in die Universitäten, ein. Das Budget der Reagan-Administration stellt dem Verteidigungsministerium für 1982 316 Mio. Dollar für die Unterstützung von Grundlagenforschung an den Universitäten zur Verfügung. Das sind 58 Mio. Dollar mehr als für 1981 und dreimal so viel wie im Jahre 1976[17]). „Verstärkte Pentagon-Mittel wären", schreiben die Berichterstatter, „ein Segen für die Universitäten, die sich starker Kürzungen seitens anderer staatlicher Programme gegenübersehen."[18]) Die Anti-Vietnam-Proteste, die sich gerade auch gegen solche Verknüpfungen wendeten, seien verklungen. Es gehe um die „Rettung der universitären Forschung" im Klima der Sparmaßnahmen.

15) Ebd.
16) „Science", Vol. 212, 15. 5. 1981 (Editorial).
17) „Science", Vol. 212, S. 1003 ff.
18) Ebd.

Dabei unterstützt das Militär ein breites Spektrum von Disziplinen. Für 1982 sind die größten Summen für die Physik (80 Mio. Dollar), für mechanische oder energetische Materialumwandlung (78 Mio. Dollar) und für Elektronik (76 Mio. Dollar) veranschlagt. Am Ende rangieren die Sozialwissenschaften (immerhin – für „Verteidigungszwecke" – mit 22,8 Mio. Dollar, 10% mehr als letztes Jahr) und die Luftfahrtwissenschaften (13 Mio. Dollar). Lagen bisher die Förderungsschwerpunkte in Bereichen wie der Computer-, Laser- und integrierten Schaltungs-Entwicklung, so schieben sich gegenwärtig Hydrodynamik der Seefahrt, Satelliten-Technologie und „chemische Verteidigung" sowie möglicherweise Materialforschung in den Vordergrund.

Mit dem – in Zukunft noch erheblich stärkeren – Ansteigen von Forschungsmitteln aus dem Pentagon und direkt aus den privaten Industriekomplexen entsteht in den Universitäten eine Konfliktsituation: wenn Forscher sich nicht in die unmittelbare Pentagon- bzw. Industrieberatung begeben wollen (und das ist heute noch die Regel), entstehen im Universitätsmilieu Probleme des Eigentumsrechts an den Ergebnissen und Probleme der Geheimhaltung aus Gründen der nationalen Sicherheit, welche die akademische Forschungsfreiheit erheblich beeinträchtigen müssen. „Hier ist mißtrauische Aufmerksamkeit geboten."[19])

Wohin das Pentagon Wissenschaft und Technik lenken möchte, war schon in seiner Broschüre „Soviet Military Power" deutlich geworden. Hier war die militärische Stärke der Sowjetunion unter anderem auf den Technologie-Transfer aus dem Westen und sogar auf Formen des bilateralen wissenschaftlichen Austauschs, des Studenten-Austauschs und anderer akademischer Kontakte (etwa im Vorfeld zwischenstaatlicher Vertragsabschlüsse, auf wissenschaftlichen Konferenzen und Symposien) und auf den Zugang zu nicht-geheimen wissenschaftlichen Papieren und normalen Publikationen zurückgeführt worden. „Die militärischen Autoritäten scheinen überzeugt zu sein, daß die Infrastruktur des amerikanischen Wissenschafts- und Technologieprozesses die Militärmacht der Sowjetunion fördert und so etwas wie eine große Glasscheibe im ‚Fenster der Verwundbarkeit' der USA darstellt."[20])

Schon im Februar 1981 hatten die Präsidenten von fünf der führenden Universitäten des Landes (Stanford, California Institute of Technology, Massachusetts Institute of Technology, Cornell, University of California) einen Protestbrief gegen die verstärkte Behinderung des freien Austauschs technologischer Informationen an Handels-, Außen- und Verteidigungsminister geschrieben[22]): bereits die bestehenden, bisher aber kaum angewandten Bestimmungen könnten verhindern, daß ingenieurwissenschaftliche Fachbereiche ausländische Studenten zulassen, daß ausländische Wissenschaftler bestimmte Konferenzen besuchen dürfen, daß US-Konzerne ausländische Inge-

19) Ebd.
20) „Science", Vol. 214, 6. 11. 1981 (Editorial).
21) Entfällt.
22) „Science", Vol. 212, S. 523.

nieure einstellen oder sogar ihren eigenen ausländischen Tochtergesellschaften ohne Regierungserlaubnis technische Informationen übermitteln.

Auch Industrievertreter haben sich sehr kritisch gegenüber den Regierungsplänen einer verstärkten Restriktion des Technologieexports geäußert: dadurch würde nur die internationale Wettbewerbsposition der USA gefährdet[23]). Hinzu kommt, daß beispielsweise in der Elektronik-Industrie die Hälfte der Ingenieure Ausländer sind. Gleiches gilt für die graduierten Studenten in diesem Fach. Darüber hinaus hat eine Studie der OECD[24]) jüngst ergeben, daß der verstärkte Technologie-Transfer zwischen entwickelten Industrieländern und Entwicklungsländern bislang für beide Seiten Vorteile gebracht habe, da der technologische Kreislauf insgesamt beschleunigt worden sei. Zwar habe dies tendenziell eine grundlegende Umstrukturierung des internationalen Industriesystems zur Folge, doch könnten die entwickelten westlichen Industrienationen in diesem Prozeß am besten durch eine Anpassungsstrategie frei nach Lewis Caroll („Alice im Wunderland") bestehen: Laufen, um an ihrer jetzigen Stelle zu bleiben.

Ganz im Widerspruch zu ihren restriktiven Tönen im Technologie-Austausch steht die Haltung der Reagan-Regierung zur Nichtweiterverbreitung nuklearer Technologien – in denen wie nirgendwo sonst industrielle und militärische Interessen konvergieren. In klarer Abweichung von der Praxis unter Carter erklärte Reagan am 16. Juli 1981: „Die Administration wird die Entwicklung von zivilen Wiederaufbereitungsanlagen und Brüterreaktoren in solchen Ländern, die bereits Atomprogramme haben, nicht behindern oder verhindern – wenn keine Gefahr der (Atomwaffen-)Weiterverbreitung besteht."[25]) Dazu der Kongreßabgeordnete Edward J. Markey, Vorsitzender des Innen-Ausschusses: „Dies signalisiert eine Rückkehr zur nuklearen Anpreiserei aus der ‚Atome-für-den-Frieden-Zeit', als Amerika die Verbreitung nuklearer Technologie in Dutzende von Ländern kräftig unterstützte und finanzierte . . . (Dies) ist die aggressive nukleare Geschäftspolitik, die uns überhaupt erst in die heutige heikle globale Situation gebracht hat."[26])

III

Betrachten wir nun einige Trends dieser Verengung und Militarisierung der amerikanischen Wissenschafts- und Technologieentwicklung im einzelnen.

1. Zurückdrängung der Sozialwissenschaften und der Sozialforschung

Es hat in den USA, und diese Tradition geht bis in die Zeit des New Deal zurück, immer eine relativ potente, wenn auch gut kontrollierte, anwendungsbezogene sozialwissenschaftliche Forschung gegeben. Ihre Aufgabe war es,

---

24) North/South Technology Transfers: The Adjustments Ahead, Organization for Economic Cooperation and Development, Paris 1981.
25) „Science", Vol. 213, S. 522.
26) Ebd., S. 523.

umfassende Programme der Konsensusbildung, des Krisen- und Konfliktmanagements, der Produktivitätssteigerung usw. wissenschaftlich zu unterstützen. Diese Entspannungspolitik gegenüber der eigenen Bevölkerung, diese Steuerungs- und Planungsfunktionen der angewandten Sozialwissenschaften – Psychologie, Ökonomie, Demographie, Politologie, Soziologie usw. – waren auch in einer ganzen Reihe von Bundesbehörden institutionalisiert.

In banger Erwartung der Reagan'schen Wissenschaftspolitik faßte Kenneth Priwitt, Präsident des Social Science Research Council, im Februar 1981 den Beitrag der Sozialwissenschaften zum ökonomischen Wachstum und zur öffentlichen Wohlfahrt zusammen. Aus der Sozialforschung sei schließlich eine große Zahl längst vermarkteter Sozialtechnologien gekommen: demographische Prognosetechniken, programmierter Sprachunterricht, standardisierte Tests im Erziehungswesen, Techniken der Verhaltensmodifikation, Mensch-Maschine-Systementwürfe, politische Meinungsbefragungen, Marktforschung, Managementberatung. Die Sozialwissenschaften hätten außerdem das Instrumentarium und die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und der Sammlung von Sozialinformationen ungeheuer vergrößert. Darüber hinaus seien über sozialwissenschaftliche Theoriebildung, durch die Entdeckung empirischer Regelmäßigkeiten, durch die Formulierung „kontra-intuitiver" Fragestellungen sowie durch das Aufdecken alternativer Handlungsmöglichkeiten und verschiedener Bedeutungsschichten des sozialen Feldes viele wirklichkeitserhellende Konzepte ins gehobene Alltagsbewußtsein gedrungen: Humankapital, Bruttosozialprodukt, Identitätskrise, Kontrollspanne, das Unbewußte, Preiselastizität, Akkulturation, politische Bezugsgruppen usw. Kurz, im Grunde seien keine Steuerungs- und Planungsaufgaben ohne die Einbeziehung solcher sozialwissenschaftlichen Kompetenzen wie Kosten-Nutzen-Analysen, Evaluationsforschung, Spieltheorie usw. denkbar[27]).

Die Reagan-Administration scheint sich aber auf eine ausgesprochen *selektive*, an militärischen Planungs- und Entscheidungsmodellen orientierte Steuerungspraxis zurückziehen zu wollen. „Viele Sozial- und Verhaltenswissenschaftler sind angesichts der von ihnen als ignorant und dumm angesehenen Angriffe der Reagan-Administration auf die Sozialwissenschaften der Panik nahe." Sie haben das Gefühl, Reagans Leute würden sie aus rein ideologischen Gründen verfolgen „und in eine Zeit des Mittelalters zurücktreiben, in der das Wort ‚sozial' vor irgendeiner Sache bereits als Alarmzeichen für eine kommunistische Verschwörung galt."[28]) So schreibt der Anthropologe Robert McCormick Adams: „Ich glaube, wir sprechen in Wirklichkeit von einem politischen Rachefeldzug, der auf die Zeit der ‚Great Society'-Programme zurückgeht, als Sozialwissenschaftler willige Bündnispartner, Werkzeuge und Designer von Programmen waren, die der Reagan'schen Philosophie absolut entgegengesetzt sind."[29])

27) „Science", Vol. 211, 13. 2. 1981 (Editorial).
28) „Science", Vol. 211, S. 1397.
29) Ebd., S. 1398.

Die Befürchtungen gehen vor allem dahin, daß die Budgetkürzungen die „Infrastruktur" der Sozialwissenschaften, die nationalen Datensätze, die Graduiertenförderung, Forschungszentren und Clearing-Stellen gefährden könnten. Der Ökonom Zvi Griliches: „Während die Nation sich in eines der größten makroökonomischen Politikexperimente unserer Geschichte begibt . . . wissen diese Leute nicht einmal, wie man seine Wirkungen messen soll. Eine kluge Gesellschaftspolitik würde sich nicht von der Selbsterkenntnis abschneiden."[30]) Und schließlich wird der generelle Trend in der Sorge deutlich, die Reagan-Regierung wolle die „Wissenschaft" aus den Sozialwissenschaften entfernen und durch „Ideologie" und Selbstgerechtigkeit ersetzen[31]). Nach dem April 1981 tauchen die Sorgen der Sozialwissenschaftler in den Seiten von „Science" dann schon gar nicht mehr auf.

2. Die Formierung der computer-orientierten Kommunikationsforschung

Daß die Kräfte der Reagan-Administration eine Effektivierung der sozialen Steuerung und Kontrolle anstreben, daran besteht allerdings kein Zweifel. Nur soll dies mit „härteren" Mitteln als denen der „weichen" Sozialwissenschaften geschehen: mit Computer Hard Ware und Soft Ware. Hierzu drei Beispiele.

a) Ada: Vor fünf Jahren entschloß sich das Pentagon, dem babylonischen Gewirr von über tausend Computersprachen ein Ende zu machen und zunächst einmal eine einheitliche Sprache für die zigtausend Computer des Verteidigungsministeriums und des militärischen Kommunikations- und Kommandosystems zu entwickeln. Diese Sprache ist jetzt fertig, sie heißt Ada nach Lord Byron's einziger Tochter, einer Mathematikerin. Letztlich soll diese Sprache allerdings mehr bewirken als Kosteneffektivierung. „Das Pentagon hofft, alle Computerverwender – nicht nur die militärischen – zu bezirzen. Die Universitäten sollen Ada in ihren Programmier- und Software-Kursen verwenden, die Industrie soll Ada auf den Märkten auswerten, ausländische Anbieter sollen Ada übernehmen und auch die Verbündeten in der NATO sollen diese Sprache akzeptieren."[32])

Schließlich hofft das Pentagon, das schon hinter der weit verbreiteten Programmiersprache COBOL stand, sogar, daß auch die Sowjetunion Ada verwenden wird – einmal, weil sie dann leichter militärische Informationen aus den USA entschlüsseln kann und zum anderen wegen der überragenden Qualität der Sprache selbst. „Aber", fügt der Direktor dieses Pentagon-Projekts hinzu, die sowjetischen Vorteile „werden winzig sein verglichen mit dem Nutzen, den wir (aus der Tatsache der sowjetischen Verwendung) ziehen."[33]) Es wäre nämlich gleichbedeutend mit dem Auslöschen aller Sprachen außer des Englischen im Bereich der Wissenschafts- und Technologieentwicklung – und in der Kriegsführung.

30) Ebd.
30) „Science", Vol. 212, 17.4. 1981 (Editorial).
32) „Science", Vol. 211, S. 31 ff.
33) Ebd., S. 32.

b) Bell Telephone (AT & T): Die „technologiestrategische" Absicht, Kommunikationsnetze im globalen Maßstab unter die Kontrolle des amerikanischen Militär-Industrie-Komplexes zu bekommen, zeigt sich auch in einem anderen von „Science" herausgestellten Fall.

„Ma Bell" ist der größte Konzern der Welt; er monopolisiert das (private) Telefon- und Telekommunikationssystem in den USA. Seine Forschungseinrichtungen – Bell Laboratories – beschäftigen über 12 000 Wissenschaftler und Ingenieure, darunter 7 Nobel-Preisträger. Dort sind die Radio-Astronomie und der Transistor erfunden worden; Grundlagen-Physik und Materialwissenschaften haben von dort entscheidende Impulse erfahren. Unter der Aufgabe, neue Telekommunikationstechnologien zu entwickeln, sind Bell Laboratories zu einem, wenn nicht zu dem Zentrum der einschlägigen Grundlagenforschung geworden[34]). Ähnlich wie bei Siemens handelt es sich keineswegs um das, was man einen Rüstungskonzern nennen könnte.

Gleichwohl bestehen außerordentlich enge Beziehungen zum Pentagon. Während des Zweiten Weltkriegs führten Bell Laboratories 2000 militärische Projekte durch; die Produktionsseite, in Gestalt von Western Electric, war an der Herstellung vieler Waffensysteme beteiligt. Dann baute Bell das erste automatische militärische Telefonnetz auf, sorgte für die Kommunikationseinrichtungen des Nordamerikanischen Verteidigungskommandos, präparierte das private Telefonnetz der großen amerikanischen Metropolen gegen Atomangriffe, entwickelte antiballistische Raketensysteme, war (und ist) verantwortlich für das Radar-Frühwarnsystem in der Arktis und entwickelt heute, in seinen Sandia-Laboratorien, fortgeschrittene Atomwaffen.

Diese Kontakte haben dem Konzern, dessen Monopolstellung natürlich ständig von den verschiedensten Interessengruppen angegriffen wird, in Anti-Trust-Verfahren immer wieder die massive Unterstützung des Pentagon verschafft[35]), zuletzt im vergangenen August, als das Pentagon (durchaus in Konkurrenz zu anderen Einflüssen auf die Administration) vor Gericht argumentieren ließ, die positive Entscheidung in einem seit sieben Jahren anhängigen Anti-Trust-Verfahren würde die nationale Verteidigungsbereitschaft wesentlich schädigen, sogar „tödlich" für die Verteidigungs-Kommunikationssysteme sein – und das alles trotz der Tatsache, daß das Pentagon heute 70% seiner globalen Kommunikationsbedürfnisse über Satelliten befriedigt, die das Bell System gar nicht besitzt. Die einzige Erklärung für diese „Ehe von Ma Bell und Militär" („Science") liegt wahrscheinlich in den Zugriffsmöglichkeiten auf das private internationale und nationale Kommunikationsnetz und auf die Forschungskapazitäten, über die AT & T verfügt[36]).

c) Kryptographie: Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden Netzwerke von Zehntausenden von Computern in den USA entstehen, die Unternehmen, Konzerne und Banken in einem riesigen Gewebe verbinden werden. Diese

34) „Science", Vol. 214, 13. 11. 1981 (Editorial).
35) „Science", Vol. 212, S. 118.
36) „Science", Vol. 213, S. 990ff.

„Interkonnektionen" stellen auch eine Schwäche der Computersysteme dar, sie können einen Informationsklau, eine Computer-Kriminalität ungekannten Ausmaßes ermöglichen, der nur durch die Entwicklung einer „Kryptographie-Forschungspolitik" entgegengewirkt werden kann. Auch wenn, trotz der extremen Verwundbarkeit der gegenwärtigen Computernetze für Anzapfung, praktisch noch kein Markt für kryptographische Ausrüstungen vorhanden ist[37]), haben Wissenschaftler des Massachusetts Institute of Technology (MIT) ein Komitee „On the Changing Nature of Information" gegründet, das für öffentlich zugängliche, Computermißbrauch verhindernde Kryptographieforschung eintritt. Diesem Konzept widersetzt sich massiv eine „Public Cryptography Study Group" der National Security Agency (NSA), die eine Gefährdung ihrer Informationssammlungs- und -schutzaufgaben antizipiert und die freie Veröffentlichung von Ergebnissen der Kryptographieforschung mit allen Mitteln verhindern will[38]). Damit soll eine zentrale Funktion des Datenschutzes offensichtlich den „Kräften des Marktes", der kommerziellen Verbreitung entzogen und unter die Kontrolle nationaler Sicherheitsbehörden gebracht werden.

3. *Die Militarisierung der Ressourcen-Politik*

Der von Reagan vorgeschlagene neue Innenminister James G. Watt brüstete sich während der Bestätigungs-Hearings im amerikanischen Kongreß auf die Frage, wie er sich die Ausfüllung seines Amtes vorstelle, mit folgenden Sätzen: „Ich möchte gern, daß Amerika sagt, Mr. Watt, Sie hatten eine Vision, für Amerika eine strategische Rohstoff-Reserve . . ., die Amerika zu einem besseren und stärkeren Land macht, auf die Beine zu stellen."[39])

Einerseits streben die USA nunmehr massiv eine weitgehende Ressourcen-Autarkie an, die, vor allem in der „geopolitischen" Umfassung des gesamten Sub-Kontinents – oder noch besser: des gesamten Kontinents – und durch den noch rücksichtsloseren Umgang mit Indianer-Reservaten, Naturschutzgebieten usw. durchaus möglich ist. Andererseits wird unter dem Aspekt der Ressourcen-Sicherung ein aller Maskierungen entkleidetes, absolut imperialistisches Verhältnis zu den noch erreichbaren rohstoffreichen Entwicklungsländern forciert.

In beiden Fällen wird das traditionellerweise geopolitische Denken im Militär-Industrie-Komplex durch technologische Entwicklungen des „Remote Sensing", der Fernbeobachtung insbesondere durch Satelliten, abgestützt. Diese Technologien werden heute schon benutzt, um Erntestatistiken von Entwicklungsländern zu gewinnen und Erdöl- und Mineralienlagerstätten zu orten; sie dienen der Forstwirtschaft und der Suche nach unterirdischen Wasserreservoirs. „Durch die Nutzung dieser Technologien entstehen folgende Schwierigkeiten mit der Dritten Welt: Empfindlichkeiten hinsichtlich der

37) „Science", Vol. 214, S. 646 ff.
38) „Science", Vol. 211, S. 1139 f.
39) „Science", Vol. 211, S. 370.

Verbreitung von Daten mit hoher räumlicher Auflösung, Ausbeutung dieser Daten durch multinationale Konzerne, begrenzte Aufnahmekapazitäten dieser Länder für fortgeschrittene Technologien, Autonomieprobleme bei der Gewinnung von Ressourcen-Informationen, konkurrierende außenpolitische Interessen innerhalb der industrialisierten Welt bei der globalen Suche nach Rohmaterialien."[40]) Auch die Weltraumfähre wird schon auf ihren nächsten Flügen, neben ihren militärischen Aufgaben, in den Dienst der imperialistischen Ressourcen-Strategie gestellt werden[41]).

a) Strategische Rohstoff-Politik: Unter dem Schutz der Reagan-Administration findet augenblicklich offenbar ein großes Manöver der amerikanischen Grundstoff-Konzerne statt, sich der Umwelt- und Naturschutzrestriktionen bei der Erschließung und Ausbeutung der Mineralienvorkommen in den USA zu entledigen. Das Argument der strategischen Bedeutung dieser Ressourcen für die „nationale Sicherheit" ist aber auch Ausdruck für die tatsächliche „Aufrüstung" auf diesem Gebiet. So schreibt die Heritage-Foundation, der wichtigste Denk-Tank der Reagan-Regierung, daß die „anstehende Mineralienkrise potentiell destruktiver für die nationale Sicherheit des Landes" sei „als unsere exzessive Abhängigkeit von fremden Erdölimporten."[42])

Folglich werden heute „Mineralien-Überlegungen" in alle nur vorstellbaren Aspekte der Innen- und Außenpolitik einbezogen. Die Federal Emergency Management Agency hat angekündigt, daß die Mineralien- und sonstigen Rohstoffvorräte von 15 Mrd. auf 18 Mrd. Dollar aufgestockt werden sollen – was nach gegenwärtigen Schätzungen den Bedürfnissen eines dreijährigen Krieges entspricht. Dieser Rohstoffvorrat enthält derzeit 93 Rohstoffe, davon 80 Mineralien. Unter den strategisch wichtigsten 42 Mineralien sind die USA bei 24 zu mehr als 50% vom Import abhängig. Zu diesen gehören vor allem Kobalt (an erster Stelle, wichtig für die gesamte Luft- und Raumfahrtindustrie, Hauptlieferanten Zaire und Sambia), Chrom (Stahlerzeugung usw., Hauptlieferanten Südafrika und Simbabwe), Mangan (Stahlerzeugung, Südafrika), Metalle der Platin-Gruppe (Hauptlieferanten Sowjetunion und Südafrika), Titanium (Australien)[43]).

Sorgen werden vor allem hinsichtlich der Bildung eines OPEC-ähnlichen Kartells der mineralienreichen Länder und eines „Rohstoffkriegs" der Sowjetunion gegen die USA geäußert.

b) Strategische Energie-Politik: Innerhalb des Dilemmas einer dogmatisch auf die „Kräfte des freien Marktes" vertrauenden Wirtschaftspolitik und der Notwendigkeit, gerade auch unter strategischen Gesichtspunkten die Energieversorgung sicherzustellen, werden unter der Reagan-Administration widersprüchliche Trends sichtbar. Einerseits besteht der im Juli 1981 vorgelegte National Energy Policy Plan im wesentlichen in einer Absage an die Idee,

40) „Science", Vol. 214, S. 139.
41) „Science", Vol. 214, S. 619f.
42) „Science", Vol. 212, S. 305.
43) Ebd., S. 306.

Planziele für das Energieangebot und die Energienachfrage zu setzen[44]). Die Preiskontrollen für inländisches Erdöl werden aufgehoben, die staatliche Unterstützung der Erschließung erneuerbarer und alternativer Energiequellen wird aufgegeben, die Umweltschutzbestimmungen für den Kohlebergbau und die Kohleverbrennung werden gelockert, Energieeinsparungsmaßnahmen werden nicht mehr unterstützt. Zugleich wird aber der Atomenergieindustrie zugesagt, sie so zu fördern, „daß sie auf dem Markt fair mit den anderen potentiellen Energiequellen konkurrieren kann."[45])

Im gleichen Trend, wenn auch möglicherweise mit noch ungleich schwerer wiegenden Folgen, liegt die Entscheidung der Reagan-Regierung, zugunsten einer ganz geringen Einsparung im Bundeshaushalt die Unterstützung für einen Plan der Weltbank aufzugeben, den wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten energiearmer Entwicklungsländer angesichts der steigenden Ölpreise mit einem Programm zum Ausbau eigener Energieprojekte unter die Arme zu greifen[46]).

Auf der anderen Seite hat die durch strategische Erwägungen angefeuerte Diskussion über eine Energie-Autarkie der USA, über die Erweiterung der strategischen Erdölreserven – sie betragen derzeit bereits, als größte bekannte Rohölreserve der Welt, 248 Mio. Barrels in Salzhöhlen und Bergwerken und sollen nun noch einmal mehr als verdoppelt werden[47]) – und über Fragen der Allokation von Erdölprodukten im Krisenfall[48]) massive Planungsprobleme aufgeworfen.

Unter dem Titel „Energy, Security and War"[49]) berichtet „Science" über zwei Studien[50]), die sich auf solche Probleme beziehen. Die Harvard-Studie argumentiert, daß alle Versuche einer Reduzierung ausländischer Ölimporte die „Verwundbarkeit" der USA kurzfristig nicht mindern können, daß also beispielsweise „ein Dollar, der in die Entwicklung einer synthetischen Brennstoffproduktion gesteckt wird, kurzfristig viel weniger wert ist als ein Dollar, der in Erdölvorräte investiert wird."[51]) Und die Verfasser zielen letztlich auf den Vorschlag einer internationalen strategischen Erdölreserve der USA und ihrer Verbündeten ab. Die Studie der Federal Emergency Agency beschäftigt sich mit der Frage – s. u. –, inwieweit das Energieversorgungsnetz der USA einen feindlichen Angriff überstehen könnte. Hauptthese: „Die wachsende Zentralisierung und der konzentrierte Materialeinsatz bei der Energieerzeugung verstärkt die nationale Verwundbarkeit im Namen ihrer Minderung."[52]) Nicht die Zentralisierung der Ölvorräte an wenigen Punkten, sondern der

44) „Science", Vol. 213, S. 520 ff.
45) Ebd., S. 521.
46) „Science", Vol. 212, S. 21 f.
47) „Science", Vol. 213, S. 618 ff.
48) „Science", Vol. 212, S. 1357 ff.
49) „Science", Vol. 211, S. 683.
50) D. A. Deese und J. S. Nye (Hrsg.), Energy and Security, Harvard 1981; Federal Emergency Agency (FEMA), Energy Vulnerability and War, 1981.
51) „Science", Vol. 211, S. 683.
52) „Science", ebd.

Aufbau einer verstreuten, dezentralisierten, auf erneuerbare Energien setzenden Energieversorgung sowie massive Formen der Energieeinsparung würden – ja doch eigentlich: die Kriegsführungskapazitäten – erhöhen.

c) Die Nahrungsmittel-Waffe: In einer Zeit, in der die wissenschaftlichen und technischen (Satellitenbeobachtung) Möglichkeiten der objektiven Bestandsaufnahme der Trends in der Verteilung der Weltbevölkerung, des Reichtums und der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen zunehmen, wird in den USA – offensichtlich bestärkt durch den Gebrauch des Erdöls als einer Embargo-Waffe – von der „Nahrungsmittel-Waffe" geredet.

Bis 1990 wird der Anteil der Bevölkerung in den entwickelten Industrieländern an der Weltbevölkerung auf 24% zurückgegangen sein, bei 85% der Weltwirtschaftsaktivitäten und rund 50% der Weltproduktion und des Weltverbrauchs an Getreide. Pro Kopf wird in der „entwickelten Welt" dreimal mehr Getreide konsumiert werden als in den Entwicklungsländern. Dabei sind die USA heute schon mit zwei Drittel an den Weltgetreideexporten beteiligt. Die Experten sind sich einig, daß verstärkte Nahrungsmittelhilfe, so wichtig sie ist, keine Lösung des Grundproblems darstellt. Die einzige Lösung besteht darin, den Niedrigeinkommen-Ländern durch massive Investitionshilfen, Forschungsunterstützung und Ausbildung die Errichtung einer Infrastruktur für die Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln zu ermöglichen[54]).

Ähnlich wie im Fall der Energieprobleme der Dritten Welt hat die Reagan-Administration auch hier nichts zu bieten als die zynische Rede von den Kräften des Marktes. Und der jetzige Landwirtschaftsminister der USA, John R. Block, kann wie schon viele andere Politiker seines Landes vor ihm, sagen, daß „Nahrungsmittel die große Waffe sind, mit der wir den Frieden in der Welt erhalten können".[55])

4. Aspekte der technologischen Führbarkeit eines (begrenzten) Atomkriegs

In der zweiten Hälfte des Jahres 1981 tauchen in der Zeitschrift „Science" immer häufiger Artikel auf, die sich mit wissenschaftlich-technischen Fragen der Führbarkeit von Atomkriegen, ihrer Begrenzbarkeit, zu erwartenden Folgen usw. beschäftigen. Die Zeitschrift nimmt damit teil an der durch die gewaltigen Nuklearrüstungspläne der Regierung Reagan angefachten öffentlichen Diskussion.

Die bisherige Rationale in der amerikanischen Waffenentwicklung, so jedenfalls wie sie die Carter-Regierung und in ihr der Staatssekretär für Forschung und Entwicklung im Verteidigungsministerium, William Perry, sahen, bestand in der Ausnutzung der Fähigkeit, „neue Ideen und hochkomplizierte

53) Entfällt.
54) „Science", Vol. 214, S. 1087.
55) „Science", Vol. 211, S. 794.

Geräte schneller als der Feind" zu produzieren[56]). So hielt Perry auch in seinem Abschiedsinterview noch daran fest, daß die größte Hoffnung der USA in „präzisionsgelenkten Munitionen" auf allen Gebieten, von der interkontinentalen Rakete bis zu Luft-Luft-Geschossen und Panzerfäusten, liegen würde und daß in dieser elektronischen Hochtechnologie der Vorsprung der USA vorläufig uneinholbar sei. Besonders kritisch äußerte er sich in diesem Zusammenhang zu den – jetzt zur Realisierung anstehenden – Plänen, die neuen interkontinentalen MX-Raketen in die alten Silos der Minuteman III zu stecken. Dies würde die USA dazu zwingen, eine Strategie des „Abfeuerns auf Verdacht" zu adoptieren, also diese tödlichen Superraketen schon zu starten, wenn die Radarsysteme und Computer auch nur so etwas „ähnliches" wie einen feindlichen Atomangriff wahrzunehmen. „Perry sagt, er könne diese Option nicht einmal diskutieren, ohne in Tränen auszubrechen."[57])

Die Reagan-Regierung allerdings verspürt keine solche Regungen. 1986 werden die ersten 36 MX-Raketen in vorhandene Raketensilos disloziert, für 64 weitere sind die Pläne noch offen. 180 Mrd. Dollar sollen in den nächsten sechs Jahren für die Aufstockung des Nuklear-Arsenals ausgegeben werden, um die strategische Triade landstationierter Raketen, seestationierter Raketen und Bomber so zu stärken und zu modernisieren, „daß die Sowjetunion zur Anpassung (accomodation) und zu einem vernünftigen Verhalten ermutigt wird."[58])

Mit der Modernisierung der B-52-Bomber, der Produktion von 100 neuen B-1-Bombern, zielgenaueren Atomraketen auf den Trident-U-Booten, mit Verbesserungen der Zivilverteidigung, der Radarsysteme, weiteren AWACS-Flugzeugen und mehr Engagement für Weltraumwaffen (trotz der bestehenden Verträge) sollen, in den Worten von Weinberger, jene 50er Jahre zurückgeholt werden, „in denen wir in den Vereinigten Staaten eine unzweifelhafte militärische Überlegenheit hatten und die größte Friedenskraft waren, welche die Welt in vielen, vielen Jahrhunderten gekannt hatte."[59])

Das liberale Wissenschafts-Establishment sieht in diesen Plänen offenbar vorwiegend Irrationalität. So ist es nicht überraschend, daß u. a. einer der profiliertesten Wissenschaftsberater des Pentagon, der Physiker Richard Garwin, Miterbauer der Wasserstoffbombe, von IBM finanzierter „Erfinder", beteiligt an fast allen waffentechnologischen Durchbrüchen der Amerikaner, von „Science" zum Zeugen der gegenwärtigen Fehlentwicklungen gemacht wird.

Garwin, der seit drei Jahrzehnten Insider des Militär-Industrie-Bürokratie-Wissenschaft-Komplexes ist, zeigt sich in jüngster Zeit immer mehr davon

56) „Science", Vol. 211, S. 681.
57) Ebd., S. 682 – den MX-Raketenplänen werden weitere Artikel gewidmet, vor allem über die Opposition dagegen im Kongreß – „Science", Vol. 213, S. 422 f. – und über wachsende Zweifel an der empirisch nicht überprüfbaren Zielgenauigkeit von Interkontinentalraketen beim Flug über den Nordpol – „Science", Vol. 213, S. 1230 f.
58) „Science", Vol. 214, S. 309.
59) „Science", Vol. 214, S. 312.
60) Entfällt.

überzeugt, daß die wachsenden „Sachzwänge" dessen, was er „Rüstungsbürokratie" nennt, einer „bizarren Logik" zu unterliegen beginnen. Ähnlich wie vor ihm andere Insider aus diesem Milieu, aber im vergleichsweise jungen Alter von 52 Jahren schon, wendet er sich immer häufiger an die Öffentlichkeit. Er warnt davor, daß der Versuch, eine perfekte Verteidigung gegen die Drohung eines nuklearen Krieges bzw. Angriffs aufzubauen, nur in wirtschaftlichem Bankrott oder in einer unerträglichen Eskalation der tatsächlichen Gefahr eines Kriegsausbruchs enden kann. Er äußert unverhohlenen Pessimismus über die Fähigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten, ihre Macht und ihren Reichtum rational einzusetzen und das Überleben der USA als einer Demokratie zu sichern. Für sein neues Publikum, schreibt „Science", „betrifft die fundamentale Frage in diesem Fall die Natur eines militärischen Planungssystems, die einen solchen Wandel in einem der wichtigsten und dienstältesten Verteidigungswissenschaftler herbeigeführt hat."[61])

Bis zu welchem Grad sich eine Mentalität der faktischen Kriegsvorbereitung von den Realitäten dieser Welt entfernt und gefährlich verselbständigt hat, zeigt – wohl als einer der Gipfel des Wahnsinns – das folgende Beispiel vom „Chaos-Faktor" und vom „Staub-Faktor". Offenbar war dem Pentagon viel später als den Sowjets aufgefallen, daß „ein einziger Atomsprengkopf, 200 Meilen über Nebraska gezündet, die ungeschützten Kommunikationssysteme überall in den Vereinigten Staaten k.o. schlagen" könnte[62]). Dafür verantwortlich wäre das Phänomen der „elektromagnetischen Pulse" (EMP), die als Nebenprodukt einer Nuklearexplosion große Teile der Erdoberfläche mit Stromstößen von bis zu 50 000 Volt pro Meter verseuchen würden. Dieser mögliche „Chaos-Faktor" würde es u. a. dem Präsidenten erschweren, die strategischen Nuklearkräfte der USA zu kontaktieren und zu leiten. Folglich ließe sich kein begrenzter Atomkrieg führen; denn offensichtlich müßten im Falle des Eintretens des Chaos-Faktors die vom Präsidenten nicht erreichbaren militärischen Führer überall auf dem Globus so schnell und wirksam wie möglich selbst atomar losschlagen.

So sind gewaltige Anstrengungen im Gange – die Vereinigten Stabschefs haben bereits 7 Mrd. Dollar gefordert –, ein Programm zur Immunisierung des militärischen Kommunikationssystems gegen EMP durchzuführen. Als wundester Punkt der amerikanischen Kriegsmaschine stellt sich dabei der Einzug der Halbleiter-Technologie in die Waffen- und Kommunikationssysteme heraus. Gerade die empfindlichen Mikroprozessoren und integrierten Schaltkreise, deren Einsatz im militärischen Bereich sich in den USA zwischen 1980 und 1985 noch einmal verdoppeln wird, werden kaum zureichend gegen hohe Volt-Dosierungen geschützt werden können – auch wenn durch verschiedenste, kostspielige Maßnahmen die Verwundbarkeit der großen Kommunikationssysteme gemindert werden könnte[63]).

61) „Science", Vol. 212, S. 766.
62) „Science", Vol. 212, S. 1116.
63) „Science", Vol. 213, S. 1228f.

Der Ausbruch des Vulkans St. Helens hat den Planern eines begrenzten Atomkriegs dann noch weitere Sorgen beschert: nachdem durch jene Staubwolke – und Atomexplosionen würden noch mehr Staub aufwirbeln – bereits etliche Düsentriebwerke fliegender Jets beschädigt und Notlandungen erzwungen worden waren, fürchtet man nunmehr Schlimmes. Da aus Sicherheitsgründen (wegen der angenommenen Zielgenauigkeit der feindlichen Raketen) alle entscheidenden Kommandoposten einschließlich der Obersten Befehlszentrale des Präsidenten („Jumbo des Jüngsten Gerichts") inzwischen in im Ernstfall ständig in der Luft kreisende Flugzeuge verlegt wurden, sei ja nicht auszuschließen, „daß nukleare Staubwolken die Generale und den Präsidenten abtrudeln lassen und damit die amerikanische Fähigkeit eines Gegenschlags beeinträchtigen könnten."[64]) Aber ein Gegenmittel ist schon gefunden: ab 1984 wird der Präsident in einem „boden-mobilen" Kommandozentrum über die amerikanischen Highways streifen können. „Es wird als ein kommerzielles Fahrzeug, etwa als Möbelwagen, getarnt sein."[65])

IV

Am 24. September 1981 verkündete Reagan eine weitere zwölfprozentige Ausgabenkürzung für alle Regierungsbehörden. Im Bereich des Wissenschaftssystems bedeutete dies die Entlassung von Hunderten von Wissenschaftlern und Technikern in den nationalen Forschungseinrichtungen; auch die Universitäten waren erneut betroffen. Die Streichungen für 1983 und die folgenden Jahre werden noch drastischer sein. Während diese Kürzungen bisher vornehmlich auf Kosten der Sozialwissenschaften, der Bildungsprogramme usw. vorgenommen wurden, stehen jetzt Reduktionen quer durch alle Bereiche an, also auch in den „harten" Disziplinen. Frank Press, Präsident der National Academy of Sciences, schreibt dazu: „Es ist klar, daß die Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Regierung sich jetzt auf eine Weise ändern könnten, die sich sehr von den Oszillationen der Vergangenheit unterscheidet. Wissenschaft und Regierung könnten einem Augenblick der Entscheidung zusteuern, in dem die Gesundheit beider auf dem Spiel steht."[66])

Versucht man nach etwas über einem Jahr der Versuche des Militär-Industrie-Komplexes der USA, vermittelt über die Reagan-Regierung das Wissenschafts- und Techniksystem umzustrukturieren, ein Resümee zu ziehen, so lassen sich allenfalls erste Konturen einer künftigen Entwicklung angeben.

Zweifellos steht in den USA ein tiefer Konflikt um die Kontrolle der zentralen Triebkräfte des Produktivkraftsystems, eben von Wissenschaft und Technik, an. Dabei bricht sich, ausgehend vom Militär-Industrie-Komplex, durchaus eine alte materialistische Erkenntnis Bahn, daß nämlich die Produktivkräfte der Motor der Geschichte – leider auch auf der Fahrt in den Abgrund – sind.

64) „Science", Vol. 213, S. 1457.
65) Ebd.
66) „Science", Vol. 214, 16. 10. 1981 (Editorial).

Innerhalb des amerikanischen Wissenschafts- und Technik-Establishments, das selbstverständlich weit über die „American Association for the Advancement of Science" hinausreicht und beispielsweise in der „National Academy of Sciences" (NAS) eine deutlicher auf die Bedürfnisse der Großindustrie ausgerichtete Organisation hat, haben sich noch keine klaren und vor allem wirksamen Gegenpositionen zum Reagan-Kurs herausgebildet.

Neben den schon erwähnten Hoffnungen auf einen in Sachen Forschungs- und Entwicklungs-Budget gegensteuernden Kongreß kündigen sich aber in der amerikanischen Industrie selbst Gegenbewegungen an. Zwar steht man dort noch prinzipiell auf dem Boden der „grundlegenden ökonomischen Philosophie" der Regierung, doch fordern Vertreter der mächtigen privaten Industrieforschung wie etwa Edward E. David, Präsident der Exxon Research and Engineering Co., ein verstärktes Mitbestimmungsrecht: „Das zentrale Problem . . . ist eine Form der Beteiligung am Budget-Prozeß in den kommenden Jahren."[67]) Käme so etwas nicht zustande, so David, müsse die NAS ein Gegen-Budget entwerfen.

Die Sorgen dieses „Wissenschaft-Industrie-Komplexes" laufen darauf hinaus, daß vor allem die „Talent-Basis" der Forscher- und Ingenieurs-Gemeinde austrocknet. David: „Die Industrie verlangt von der Regierung nicht so sehr Unterstützung für auf bestimmte industriell verwertbare Ergebnisse ausgerichtete Forschungsvorhaben als vielmehr eine Stärkung des Erziehungs- und Bildungswesens."[68]) In diesem Punkt treffen sich also die Interessen der akademischen Wissenschaft und der Industrie. Um die auf vielen technologischen Gebieten verlorene oder zumindest gefährdete Führungsrolle der USA wiederzugewinnen, will man eine effektivere Arbeitsbeziehung zwischen den drei wichtigsten mit Technologieentwicklung befaßten Bereichen herstellen: zwischen Industrieunternehmen, Ingenieurshochschulen und Bundesbehörden – wobei als Vorbilder auf die guten Beziehungen zwischen Technischen Hochschulen und Industrie in der Bundesrepublik und auf die guten Beziehungen zwischen Industrie und Regierungsbehörden in Japan verwiesen wird[69]).

Diese Versuche einer Selbstbehauptung eines einheitlichen, kapitalistischer Vergesellschaftung – aber immerhin Vergesellschaftung! – unterworfenen Komplexes Wissenschaft-Technik-Produktion gegenüber den Zerstörungs- und Selbstzerstörungskräften des Militär-Industrie-Komplexes werden sicherlich auf lange Zeit der weite, in sich widersprüchliche Hintergrund für bewußtere politische Formen des Widerstands amerikanischer Wissenschaftler und Techniker gegen die Absicht bleiben, den Kapitalismus durch Destruktion unserer Lebensgrundlagen zu retten.

67) „Science", Vol. 214, S. 634.
68) Ebd.
69) „Science", Vol. 213, 18. 9. 1981 (Editorial).

Zwischen Subkultur und alternativer Politik

Literatur zu den „neuen sozialen Bewegungen"

Von Fred Karl

Die Erfolge grüner, bunter und alternativer Listen bei Kommunal- und Landtagswahlen und der Aufschwung demokratischer Protestbewegungen in den letzten zwei Jahren haben nicht nur die politische Landschaft verändert, sondern auch neue Politik- und Organisationsformen und vielfältige Alternativvorstellungen für viele Menschen attraktiv gemacht. Diese Vorstellungen authentisch kennenzulernen und sich mit ihnen produktiv (und nicht im Sinne eines abwehrenden Schubladendenkens) auseinanderzusetzen, ist überfällig.

Der folgende Literaturbericht gibt Hinweise auf Texte von Autoren, die entweder (wie Joseph Huber als Mitbegründer des „Netzwerk Selbsthilfe") eng mit den alternativen Strömungen verbunden sind oder sich (wie Joachim Hirsch) basisorientierten Richtungen zurechnen lassen. In gewissem Maße kann man davon ausgehen, daß Autoren wie Hirsch, Huber, Kraushaar u. a. die Einstellungen und Erfahrungen aus neuen sozialen Bewegungen unmittelbar reproduzieren und theoretisch zu verallgemeinern suchen. Sie heben dabei den Aspekt der „alternativen Konzepte und Projekte" in der Ökologie- und Frauenbewegung sowie den Bürgerinitiativen hervor. Dargestellt werden auch die Positionen von Autoren, die nicht unmittelbar mit den Bewegungen verbunden sind, aber eine Vermittlungs- bzw. theoretische Führungsposition anzielen (z. B. Claus Offe, Wolfgang F. Haug). Unumgänglich ist eine Konfrontation mit der Kritik aus der kommunistischen Bewegung (z. B. Willi Gerns). Die marxistische Theorie und Politik ist stark gefordert, die eigenen Aussagen sowohl hinsichtlich der praktischen Zusammenarbeit wie auch der Diskussion positiver gemeinsamer Perspektiven qualitativ weiterzuentwikkeln.

1. Der veränderte Kapitalismus – „Kern" und „Peripherie"

Der Kapitalismus ist ein anderer geworden, er habe sich als wandelbar und anpassungsfähig gezeigt. *Joachim Hirsch* analysiert „historische Veränderungen der kapitalistischen Vergesellschaftungsform: die Tendenz der Durchstaatlichung der bürgerlichen Gesellschaft" in ihrer widersprüchlichen Einheit mit „Durchkapitalisierung und sozialer Desintegration" (12, S. 54ff.)*). Die Folgen der aus dem Zwang zur relativen Mehrwertproduktion

*) Die Literaturangaben finden sich am Ende des Beitrages.

resultierenden Umwälzung der Produktions- und Arbeitsvorgänge nennt er „fordistische" Vergesellschaftungsform: die Zerstückelung und Intensivierung der Arbeit, erzwungene Mobilität und strukturelle Arbeitslosigkeit führe zur Differenzierung, Fraktionierung der Arbeiterklasse, zur Zerstörung traditioneller Berufe. Rationalisierung und „Taylorisierung" der Büro- und Verwaltungstätigkeiten, die damit einhergehende zahlenmäßige Abnahme des Industrieproletariats zugunsten der Beamten und Angestellten im Staats-, Verwaltungs- und Dienstleistungssektor verwische zudem die Grenzlinien zwischen dem „Proletariat" und den lohnabhängigen „Mittelklassen". Zugleich werden „Depravationen", etwa durch die Umweltkrise, erzeugt, „die sich nicht eindeutig ‚klassenspezifisch' auswirken" (12, S. 147). Der Reproduktionsbereich werde zunehmend „warenförmig organisiert", weitere Lebensbereiche werden der reellen Subsumtion unter das Kapitalverhältnis unterworfen, und immer mehr persönliche Dienstleistungen sind nur mehr über Kaufakte erhältlich.

Wegen dieser Warenförmigkeit sozialer Beziehungen lösten sich heute „gewachsene" soziale Milieus (Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, Familien, „Arbeiterkulturen") auf, Vereinzelung wird erzeugt (13, S. 21). Dieser objektive Prozeß der Vereinzelung sei von subjektiven Prägungen und Deformationen begleitet: bestehende Lebenszusammenhänge und Wertmuster werden erschüttert, „autonome" Fähigkeiten durch die Übermacht der Warenangebote zerstört, „konsumistisches" Bewußtsein und Verhalten erzeugt. Insofern erscheint (und das erinnert an Thesen von Marcuse) für Hirsch „die Gesellschaft" als „eindimensional", als „zugleich atomisiert und nivelliert" (13, S. 21).

Gleichzeitig liegen neue Grenzlinien „vielfach quer zu den ‚politökonomisch' definierten Klassenlinien": eine wachsende Differenzierung in qualifizierte Fach- und dequalifizierte „Massen"-Arbeiter sowohl im Bereich der Hand- und Kopfarbeit spalte die Gesellschaft tendenziell „in einen ‚Leistungskern' und in ausgegrenzte, marginalisierte ‚Peripherien'" (12, S. 79 und 147). Im selben Maße werde der Staat als Garant von Stabilität und Reproduktion der Gesellschaft durch verwaltende Vereinnahmung regulierungsbedürftiger Bereiche, der Verbindung der Wohlfahrts- mit der Überwachungsfunktion zum Adressat sozialer Konflikte. Der Staat „verschiebt" gesellschaftliche Krisenerscheinungen, „so z. B. wenn Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungsprozesse staatlich subventioniert werden und zugleich deren Opfer (Arbeitslose, Verschlissene, Ausgeflippte) zu Objekten staatlicher ‚Fürsorge' und Überwachung werden" (12, S. 148).

Die Redaktion der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes" kennzeichnet im Vorwort zum Hirsch-Artikel die immer wieder gelingende „konsensuale Lösung gesellschaftlicher Gegensätze" eben durch diese „Trennungsstrategie zwischen dem Kern und den Rändern der Gesellschaft" als Kennzeichen des „Modell Deutschland". Der Konsens der gegenwärtigen (sozialliberalen) Hegemonie baue auf eine Harmonisierung von Regierungs- und Gewerk-

schaftspolitik, auf die Berücksichtigung der Interessen der Kernbelegschaften der weltmarktorientierten Großkonzerne, ist also ökonomisch, über sichere Arbeitsplätze, hohe Reallöhne definiert. Doch werde dieser Konsens mit zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten brüchig, die Zugehörigkeit der einzelnen zum „abgesicherten Kernbereich" in Frage gestellt. Seit den letzten Jahren verfestige sich jedoch die Spaltung in „Kern- und Randbelegschaften und in Beschäftigte und Erwerbslose", ein großer Teil sieht sich in einer sich erweiternden „Grauzone", die die Individuen zu Anpassungsstrategien zwingt. Mit der wachsenden Bedrohung auch des „Kerns" könnte die Hegemonie des „Modell Deutschland" in Gefahr geraten, eben deshalb sucht die herrschende Form des Politikmachens auf Kosten der „Peripherie", der sozialen und politischen Problemgruppen, die soziale Lage wenigstens des „Kerns" zu stabilisieren (27, S. 2ff.). (Die Löwenthal-Thesen in der SPD sind ein Ausdruck dieser Strategie.)

Joseph Huber begreift die „Verwandlung der traditionellen Sozialgefüge in warenintensive, geld- und marktvermittelte Industriesysteme", die Entwicklung des „Systems" zu einer durch standardisierte Technologien regulierten „Megamaschine" als gesellschaftliche Ursachen neuer Bewegungen (15, S. 114; zur Kritik an den ökonomischen Vorstellungen vgl. 32, S. 49 ff.).

Er sieht die vertikale Klassenstruktur überlagert durch den horizontalen Raum von „Zentrum und Peripherie": „Jemand ist ‚drin' oder ‚draußen', im Mittelpunkt oder am Rand der Gesellschaft. Ein ehrenwerter Aufsichtsrat ist wohl ‚oben', kann aber dort durchaus ‚out' sein und nichts mehr zu sagen haben. Ein Betriebsrat ist als Arbeiter in der Hierarchie ‚unten', dort aber durchaus im Mittelpunkt des institutionellen Geschehens. In unserer Gesellschaft nehmen nur 35–40% der Bevölkerung eine Stellung im System ein, die wenigsten ‚oben', die meisten ‚unten'. 60–65% Kinder, Jugendliche, Hausfrauen, Rentner u. a. stehen demgegenüber außerhalb der institutionellen Systemstruktur und beziehen ihre Klassenzugehörigkeit zunächst über ihre Familien. Die sozialen Bindungen der Familie lösen sich aber rapide auf. Die Menschen sind ‚mobil' und vereinzeln, steigen – freiwillig oder gezwungenermaßen – auf und ab, aus und ein" (15, S. 68).

Im Zusammenhang mit dieser sozialen Entmischung stehen Ausgrenzungsprozesse z. B. von Jugendlichen und Alten, die „für das Funktionieren der Megamaschine eigentlich überflüssig sind" (15, S. 16). Die schärfste Trennung in der Gesamtgesellschaft bestehe heute „zwischen denen, die als Individuen oder Familien *drin* sind, d. h. Arbeitsplätze im System bekleiden, und den Individuen und Familien, die *außerhalb* der Systemstruktur stehen" (15, S. 69).

2. *Proletariat adieu? – Die neuen sozialen Bewegungen*

Für Hirsch stiftet dieser Gegensatz „zugleich Widerstände, Nichtanpassung, subjektive Potentiale von Rebellion". Die Prozesse der Marginalisierung, die Auflösung sozialer Zusammenhänge „zerfaserten" aber die gesellschaftli-

chen Konfliktfronten und prägten auch den Charakter der Widerstände und Proteste, die „punktuell und vielgestaltig, von unterschiedlichen Motivationen und Interessen getragen" sind. Es „häufen sich dezentrale, problem- und bereichsspezifische Konflikte und Bewegungen" (12, S. 149).

Anknüpfend an seine Disparitäten-These beschreibt *Claus Offe* die kapitalistische Modernisierung als einen Prozeß „wachsender Ungleichzeitigkeiten und räumlicher Inhomogenitäten", in dem die Entwicklung des Kapitals und das Handeln staatlicher Bürokratien „immer enger lokalisierte Betroffenheiten" (25, S. 37) hervorriefen. Gleichzeitig erweisen sich die zu Volksparteien verallgemeinerten ehemals politisch-konfessionellen Weltanschauungsparteien aufgrund ihrer „ausdifferenzierten" Programmatiken als unfähig, die „Lebensinteressen" betroffener Gruppen aufzugreifen. Als Folge würden, so Offe, partikularistische politische Identitätsbildungen auf der Seite der Bürger provoziert, denn diese könnten „sich zum eigenen Willen nicht ebenso ‚versachlicht' verhalten wie andere sich auf ihn beziehen" (25, S. 32). Ebenso *Roland Roth:* „Bürgerinitiativen handeln in einer gesellschaftlichen Sphäre, die politisch von den verstaatlichten Parteiapparaten verwaist zurückgelassen" (29, S. 28) wurde.

Hirsch, Roth, Offe, Huber und (im folgenden) *André Gorz* verabsolutieren die neuen Protestbewegungen – deren thematische Breite als „Alternativbewegung" für Huber von den Bürgerinitiativen, der Öko-, Jugend- und Frauenbewegung, den Homosexuellen, Alten, über Friedens- und Dritte-Welt-Initiativen, Komitees zum Schutz der Grundrechte, den Spontis bis hin zu alternativen Lebensstilen, Psycho-Gruppen, Landkommunen und religiösen Sekten reicht (15, S. 10ff.) – zu den einzig relevanten oppositionellen Kräften.

Eine „Abnahme traditioneller Klassenauseinandersetzungen, die Erosion von Klassenbewußtsein" (14, S. 15) behaupten *Hirsch/Roth.* Soziale Bewegungen und Konflikte nähmen nicht mehr vom industriellen Proletariat als Klasse ihren Ausgang. Das Kapital habe die Arbeiterklasse mit seinen Strukturen geformt. So sei das Proletariat eben nicht zu der selbstbewußten und autonomen revolutionären Klasse geworden, es erscheine vielmehr, so wird Bahro zitiert, als die vom System am effektivsten zurechtgestutzte Schicht, als eine der Fähigkeit zu selbständig-solidarischem und perspektivischem Handeln beraubte, „subalterne" Klasse (12, S. 143 und 150).

Offe trat schon vor zehn Jahren mit der Theorie hervor, daß sich die Erscheinungsform des Grundwiderspruchs von der vertikalen auf die horizontale Ebene der Ungleichheiten, der Disparität von Lebensbereichen verschoben hätte, nicht mehr der gewerkschaftlich-politische Kampf, sondern der Kampf gegen Lebensumstände im Reproduktionsbereich im Vordergrund stände (24, S. 159). In der gegenwärtigen Diskussion „wagt" er die These, „daß im Spätkapitalismus der Kampf gegen die sozialen Folgen kapitalistischer und bürokratischer Rationalität kaum mehr das Aggregationsniveau von ‚Klassenkämpfen' annehmen kann". Vielmehr dienten heute Natur- und Gattungskategorien als „Kristallisationspunkte kollektiver Identität und politischen Be-

wußtseins" (25, S. 35 und 38), z. B. Regionalismus, Feminismus, Jugend, Rassengegensätze.

Einige der Autoren bieten nun zwei Gruppen als gesellschaftsverändernde Subjekte an:

a) Für Gorz ist es eine „Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter", die Arbeitslosen, die die Auflösung der Klassen und damit die Gesellschaftsveränderung ankündige (8, S. 63). Huber macht in der breit gefaßten Alternativbewegung drei „soziale Milieus" aus: bei den „Subkulturellen" finden sich jene, die aus freier Wahl ausgestiegen sind (vorwiegend gebildete und des Lebens der Elterngeneration überdrüssige „Sprößlinge der Ober- oder Mittelschicht"), sodann jene, die eher unfreiwillig herausgefallen sind bzw. hinausgeworfen wurden (eher „kleinbürgerliche Mittelschichtsmenschen") und schließlich jene, die von vornherein „keinen Fuß in die Tür bekommen haben" (aus Arbeiterfamilien) (15, S. 74ff.).

b) Die Teilnehmer im „etablierten Milieu" und der „Zwischenkultur" in der Alternativbewegung sind entweder von Systemübergriffen „unmittelbar Betroffene" oder in der Regel intellektuelle Mittelschichtsangehörige. Diese „neuen Mittelklassen" neigten im Gegensatz zu den „alten Ständen" von Bourgeoisie, selbständigen Mittelschichten und Proletariat nicht zu „Trägheitslösungen". „Das alte Industriesystem ist für viele Angehörige der ‚neuen Stände' unattraktiv. Es behindert beruflich wie privat das erwünschte Maß an persönlicher Selbstverwirklichung und schafft diesen Schichten durch soziale Entmischung, Entwurzelung und Entfremdung ‚immaterielle' Leiderfahrungen, die auf Abhilfe drängen. Dabei bestehen jedoch in aller Regel ‚materiell' noch relativ gesicherte Bedingungen" (15, S. 116). Auch für Hirsch ist es kein Zufall, daß v. a. „materiell relativ ‚privilegierte' Gruppen und Schichten" in der Ökologiebewegung und als Unterstützer der Alternativbewegung aktiv werden: „Nicht zuletzt der erreichte gesellschaftliche Reichtum in seiner kapitalistischen Gestalt ist es, der für andere Formen des Lebens und des Umgangs mit der nicht-menschlichen Umwelt sensibilisiert" (12, 159).

3. *Selbstkritik der „Gegenökonomie" und Strategie des Wertwandels*

Hirsch wendet sich dagegen, „politisches Handeln in den Formen aufklärerischer Agitation, Vereinheitlichung, parteimäßiger Organisation . . . mit dem Kampf um die Staatsmacht als entscheidendem Bezugspunkt" zu betreiben. Das Konzept, eine neue Gesellschaft nach und mittels der Eroberung der zentralen politischen Machtpositionen anzustreben, schließe ein hohes Maß an Selbst- und Fremdinstrumentalisierung ein, „Sozialismus" würde zu einem abstrakten Zukunftsideal verkümmern. Vielmehr bestünde „revolutionäre" Politik „zuallererst darin, unmittelbar praktisch und erfahrbar zu machen, was ‚Sozialismus' für die gesellschaftlichen Individuen bedeuten kann" (12, 134, vgl. auch S. 146 und 151). In diesem Kontext bestimme sich auch der politische und theoretische Stellenwert, den alternative Bewegungen haben könnten. Hirsch konfrontiert seine Absicht, „zuallererst ‚insuläre' Ansätze zu

einer praktischen Veränderung von Lebensbedingungen, Produktions- und Verkehrsformen im Rahmen der bestehenden Gesellschaft" zu entfalten, mit Erfahrungen aus den alternativen Projekten. Dabei geht er auf die von *Wolfgang Kraushaar* formulierte Selbstkritik aus der Alternativbewegung ein, daß die vielbeschworene „Autonomie" oft nicht mehr als ein selbstgewähltes Getto mit rigiden internen Gruppenstrukturen darstellt, wo Unmittelbarkeitsideologien zu einer systematischen Abschottung von gesellschaftlicher Erfahrung führen (20, S. 26; 12, S. 134 und 156).

Was den Versuch der Herstellung einer „Gegenökonomie" betrifft, den Anspruch, „sozialistische Formen des Produzierens" (12, S. 151) zu entwickeln, so hat *Rolf Schwendter* beschrieben, wie die „Unterkapitalisierung" von Projekten der „alternativen Ökonomie" dazu führt, daß sich die Aussteiger den „Prozeß der ursprünglichen Akkumulation" mit den damit verbundenen Entbehrungen (Mehrarbeit, Konsumverzicht, niedrige Einkommen) selbst auferlegen und sich damit naturwüchsig eine Tendenz der Selbstausbeutung durchsetzt (30, S. 161). Auch Huber kommt bei einer Auswertung der von ihm gezählten 11 500 Projekte (mit etwa 80 000 Aktivisten) zum ernüchternden Schluß, daß die alternative Ökonomie ein „Trugbild" darstellt, weil mehr als 60% der Projekte von kirchlichen und staatlichen Subventionen und den Geldbeuteln der Sympathisanten abhängig sind (15, S. 44).

Hirsch wie Huber kommen zum Ergebnis, daß eine „insuläre ökonomische Überwindung des Kapitalismus" unmöglich, die Inselstrategie zur Veränderung gesamtwirtschaftlicher Strukturen illusionär ist. Auch was das Konzept einer politischen Gegenstruktur betrifft, so haben die wenigsten Projekte ein entsprechendes Selbstverständnis, „Infrastruktur" für etwas außerhalb von ihnen zu sein (12, S. 155 und 161; 15, S. 56f.). Beide Autoren verstehen stattdessen die insuläre Strategie als Versuch gesellschaftlicher Veränderung über den kulturellen Bereich der Werte und Verhaltensweisen.

Politisierungsprozesse sollen sich nach Kraushaar durch „die Dialektik der Bedürfnisproduktion hindurch entfalten" (20, S. 65); die Schaffung „insulärer Zusammenhänge" erscheint Hirsch dennoch „unerläßlich", um persönliche Stabilität, Beziehungen und Kommunikationsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten, nicht durch den Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaft deformierte Erlebnismöglichkeiten und Bedürfnisse zu schaffen (12, S. 154).

Das „emanzipative und gesellschaftlich weitertreibende Moment der Alternativbewegung" bestehe „in dem Nachweis, daß es auch anders geht". Auf dem Wege eines „radikalen Reformismus" sollen Arbeits- und Lebensverhältnisse praktisch verändert werden, Bruchstellen und gesellschaftliche Konflikte „dezentral" ausgeweitet werden (12, S. 161 und 165). Wenn es überhaupt ein Fundament gebe, auf dem sich eine Systemänderung erreichen läßt, so meint auch *Huber*, „dann besteht es in genau diesen nachhaltigen Einstellungs- und Lebensveränderungen", in der „Ausstrahlung auf das Bewußtsein und die Lebensführung breiter Bevölkerungskreise". Eigentlich nicht in der Systemreform, sondern in der Selbstveränderung, „in einer allgemeinen Le-

bensreform", „nicht in der Weiterentwicklung der Produktionsweise, sondern mehr der alltäglichen Lebens- und Arbeitsweise" lägen die Erfolge der alternativen Bewegung, in der nicht in erster Linie mittels der Projekte, „sondern vor allem in ihnen oder zusammen mit ihnen" Politik gemacht würde (15, S. 31 sowie 57 und 64).

4. *Arbeiterklasse* und *neue soziale Bewegungen*

Willi Gerns (DKP) konzentriert seine Kritik an den Positionen von Hirsch und Gorz auf die Negierung der Kraft der Arbeiterbewegung, in der er den Schwach- und Angelpunkt ihrer Strategien sieht. Mit dem Beispiel des Aufschwungs der „traditionellen Formen von Klassenauseinandersetzungen" im letzten Jahrzehnt konfrontiert er die Behauptung, von der Arbeiterklasse gingen keine relevanten Bewegungen mehr aus. Solche Auffassungen resultierten entweder aus sträflicher Unkenntnis der aktuellen betrieblichen und außerbetrieblichen Kämpfe der Arbeiterbewegung oder aus intellektueller Überheblichkeit. Seit den Septemberstreiks 1969 habe es vielmehr kein Jahr ohne größere Streikbewegungen der Arbeiter und Angestellten mehr gegeben. „Typisch für diese Kämpfe ist dabei nicht nur die große Härte, mit der die Klassenfronten aufeinanderprallten, sondern auch z. T. längere Streikdauer und vor allem die Einbeziehung neuer Probleme" (5, S. 73).

Der Vorwurf der „am effektivsten zurechtgestutzten Schicht" könne mit größerer Wahrscheinlichkeit auf die Gorzsche „Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter" bezogen werden. Die an den Rand der Gesellschaft Gedrängten sind am ehesten Erscheinungen psychischer und physischer Verelendung, Vereinzelung und Kampfesunfähigkeit ausgesetzt. Den Arbeitslosen „befreite Subjektivität" (8, S. 67) zuzuschreiben, ist für Gerns „wohl eher eine Verhöhnung" dieser Menschen.

Gerns folgt auch nicht der Hirsch-These einer durchgängigen Partikularisierung und Verschiebung der gesellschaftlichen Konflikte. Angesichts der Arbeiterklasse wie Mittelschichten gleichermaßen betreffenden Krisenerscheinungen im gegenwärtigen Kapitalismus muß man vielmehr davon sprechen, daß zum „traditionellen" Klassenkampf zusätzliche Konfliktfelder hinzugekommen sind. Die Haupttendenz bei den genannten Bewegungen ebenso wie bei den Arbeiterkämpfen gehe „nicht in Richtung einer ‚Zerfaserung', sondern umgekehrt, in Richtung der Zusammenführung. Dafür sorgen schon die wachsenden Eingriffe des Staates" (5, S. 74).

In der Konzeption des „radikalen Reformismus", der schrittweisen Ausweitung praktischer Veränderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse sieht Gerns „die alte reformistische Konzeption des allmählichen Hineinwachsens in den Sozialismus, über das die Geschichte längst ihr Urteil gesprochen hat". Ohne die „Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft" sei keine Gesellschaftsveränderung denkbar (5, S. 78 und 80).

Witich Roßmann erinnert an Teile der Apo-Generation, die sich „im geänderten politischen Klima seit Mitte der 70er Jahre ihren individuellen ‚Einstieg' ins herrschende ökonomische, politische und kulturelle System sicherten. Degenhardts Wildledermantelmann ist nun einmal kein Einzelfall" (28, S. 55).

Gerns stimmt Hirsch zu, wenn dieser auf die Gefahren von in Teilen der neuen Bewegungen vorhandenen „Harmonie- und Gemeinschaftsvorstellungen", „Bestandstücken konservativer Ideologie" und auf die Möglichkeit hinweist, Positionen in der Ökologiebewegung als „ideologisches Unterstützungsinstrument der ‚Austerity'-Propaganda des Kapitals . . ., d. h. genau der Bescheidung der Ansprüche", zu mißbrauchen (12, S. 157 und 160; 5, S. 80). Zu Hirschs basisorientierten Vorstellungen dezentraler Selbstorganisation fragt Gerns: „Wie sollten . . . die nach einer grundlegenden Umwälzung der Gesellschaft strebenden Kräfte ohne ein klares, systematisches politisches Konzept, ohne zentrale Organisation und ohne Eroberung der zentralen Hebel der Staatsmacht den Kapitalismus überwinden können, der gerade unter den heutigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hochorganisiert und zentralisiert ist?" (5, S. 81).

Die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse zu betonen, beinhaltet für Gerns gleichwohl nicht, „die Bedeutung nicht-klassenspezifischer anderer sozialer Bewegungen zu unterschätzen oder (zu) negieren". Er sieht in den neuen Bewegungen, die v. a. in Form der Bürgerinitiativen „eine bedeutende Rolle in den demokratischen und sozialen Auseinandersetzungen" spielen, und ihren basisbezogenen Organisationsformen eine Ergänzung, Erweiterung, Differenzierung der oppositionellen Kräfte. Insofern heißt für ihn die Orientierung auch nicht „Arbeiterklasse *oder* neue soziale Bewegungen" wie bei den von ihm kritisierten Autoren, sondern „Arbeiterklasse *und* neue soziale Bewegungen" (5, S. 82f.).

5. *Vernetzung von „Kern" und „Peripherie"*

In Kraushaars Diskussionsband schrieb *Peter Brückner* (Hirsch übernimmt diesen Gedanken), daß sich die v. a. in der Zirkulations- und Reproduktionssphäre aktiven alternativen Projekte tendenziell in für das Kapital unrentablen Bereichen, in Nischen des Systems ansiedeln, Lücken ausfüllen, partiell Defizite der kapitalistischen Ökonomie abdecken (3, S. 83; 12, S. 156). Angesichts des Über-Anspruchs von Alternativenprojekten, ein gesellschaftliches Gegenmodell zu bilden, konstatiert auch Huber: „Diese Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten, man muß dies so hart formulieren, zeugt von einer gewissen Überheblichkeit gegenüber dem Normalarbeitsleben der Bevölkerung und von ‚abgehobenen' Fehlwahrnehmungen des Sinns und Unsinns der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Berufsgestaltung . . . Die alternative ‚Experimentierfreudigkeit' und Leistungsverweigerung, wie sie allerdings nur für einige gilt, ist nur möglich, weil sie zugleich *im* System dem dortigen Leistungsprinzip unterworfen sind und das von ihnen Erwirt-

schaftete via Sozialstaat oder persönlich und direkt umverteilen" (15, S. 53 und 55).

Eine „sozialrevolutionäre Infrastruktur" hält deshalb Hirsch nicht nur zwischen den verschiedenen alternativen Gruppen für notwendig, sondern auch mit den „in der ‚normalen' gesellschaftlichen Reproduktion stehenden Individuen und Gruppen zum Zweck der wechselseitigen Kritik und Diskussion, der politischen und materiellen Unterstützung" (z. B. im „Netzwerk Selbsthilfe"). Eine „gewisse Vernetzung mit dem gesellschaftlichen Kern" sei, auch zur Verhinderung gewaltsamer Marginalisierung, „eine wichtige Bedingung für die politische Wirksamkeit alternativer Versuche". Hirsch und Huber weisen unabhängig voneinander auf die Rolle von „Drehpunkt-Personen" im Sinne von Schwendter hin, die in beiden Bereichen aktiv sind (12, S. 163 f.; 15, S. 96). Hirsch erkennt aber auch sehr deutlich, daß eine Politik „von unten" und die Vernetzung erst dann „gesellschaftliche Sprengkraft" erlangen wird, „wenn der Bereich der marginalen Zonen und Inseln überschritten, die gesellschaftliche Kernstruktur – was vor allem heißt: die Arbeiterklasse – berührt wird. Hier liegt immer noch die wesentliche Beschränkung für alle neueren sozialen Bewegungen; aber sie ist nicht unüberwindbar" (12, S. 166). Konkreter macht sich Huber Gedanken darüber, wie ein „Entgegenkommen von beiden Seiten" mit den Gewerkschaften erreicht werden könnte.

Die alternative Bewegung solle ihre Selbstverwaltungsmodelle nicht gegen Mitbestimmungsforderungen und -gremien stellen, sondern die Gewerkschaften überzeugen, „daß man zusammen mit ihnen bzw. in einem gleichen Sinne wie sie zu wirken gedenkt." Von seiten der Gewerkschaften fordert Huber ein „Infragestellen ihrer überkommenen Industrie- und Wachstumspolitik und ihrer Lohnpolitik . . ., die längst nicht mehr an ungerecht verteilte Bestände rührt, sondern lediglich auf die Verteilung des Zuwachses und auf staatsbürokratische Umverteilung ausgerichtet ist" (15, S. 109). Die Gewerkschaften müßten auch „eine konsequente Politik der gewerkschaftlichen Solidarität" entwickeln, die sich nicht allein auf die Vertretung der Interessen des „Kerns" konzentriert, sondern die Arbeitslosen, Frauen und Ausländer gleichrangig einbezieht, der Ausgrenzung und Marginalisierung entgegenwirkt (27, S. 11).

6. *Kleine Netzwerke oder „Partei neuen Typs"?*

Die Heterogenität und Partikularität der sozialen Proteste wird einerseits als politisch produktiv empfunden, denn sie wirken damit den umfassenden, aber ungleichzeitigen „Übergriffen" des Kapitals und der Bürokratie unmittelbar am jeweiligen Brennpunkt flexibel und unberechenbar entgegen. Die neuen Bewegungen durchdringen sich gegenseitig: Alternativprojekte existieren *in* all diesen Bewegungen; seit den letzten Jahren ist der spezifische Zugang von ökologischen und feministischen Bewegungen in die Friedensbewegung zu beobachten. Diese Zusammenhänge werden unter dem Begriff „Vernetzung" diskutiert und dabei Vorstellungen von „Vereinheitlichung" zurückgewiesen.

Darüber hinaus wird aber, z. B. von Kraushaar, die Frage einer „politischen Synthese der heterogenen Partikularbewegungen, ohne daß diese ihre Antriebsmomente verlieren" (20, S. 66), gestellt. Während Hirsch die „Entfaltung von kleinen Netzen" favorisiert, die sich aber nicht auf die selbstgenügsame Stabilisierung eines subkulturellen Milieus beschränken dürfe (12, S. 163), sucht Offe „irgendein Medium", um die „fragmentierten" sozialen und politischen Kämpfe zu einem „Block" zusammenzufügen, „der zu autonomer Machtentfaltung imstande ist" (25, S. 39). Im Gegensatz zu seiner Analyse eines wachsenden „Verlusts des Moments von ‚sozialer Bewegung'" bei den bürgerlichen Parteien durch deren Entwicklung zu „Volksparteien" will er die „vereinheitlichenden Funktionen" der Institutionen der bürgerlichen Repräsentativ-Demokratie „ausnutzen", die politische Form der Partei „benutzen", um „die thematisch, räumlich und sozial voneinander isolierten Konfliktfelder miteinander in Beziehung zu setzen", zur „Selbstklärung und Machtbildung vielfältiger sozialer Bewegungen". Diese „Partei neuen Typs" – für ihn könnten es die Grünen sein, die er zur „sozialistischen kleinen Partei" stilisiert – denkt er sich als „Instrument" der außerparlamentarischen Kräfte und deren aktiven Kernen zur Legitimation, „in lokalen Kämpfen gerade allgemeine Interessen zu vertreten" (25, S. 33 und S. 40–42; 26, S. 820).

Solchen Plänen einer Parteigründung treten die basisorientierten Strömungen jedoch mit großer Skepsis gegenüber. „Ob und wie eine politische und organisatorische Verallgemeinerung" der neuen sozialen Bewegungen möglich sei, hält Roth für „eine völlig offene Frage". Die erst lockeren, bereichsbezogenen, immer wieder in Frage gestellten Kooperationsformen z. B. der Bürgerinitiativen deuten für Roth auf den „Beginn eines historischen Lernprozesses" hin, „in dem sich erst sehr allmählich angemessene politische Formen herausbilden können" (29, S. 28). Huber überlegt „Synthesen der Zukunft", in der „eine gewisse Rahmenplanpolitik" und eine Umwelt- und Verbraucherorientierung der Produktion mit Elementen der Dezentralisierung und Selbstverwaltung vermittelt, eine „Balance zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit, zwischen professioneller Fremdversorgung und gemeinschaftlicher Selbstversorgung" und eine „Synthese von Ökologie und Sozialismus" angestrebt wird. (15, S. 37 und S. 101–106).

7. *Hegemonie der Arbeiterklasse durch gleichberechtigte Verknüpfung mit den neuen Bewegungen*

Wolfgang Fritz Haug plädiert für einen „neuen historischen Block von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen" (10, S. 129). Blockbildungspolitik, so *Matthias Lange,* versteht Bewegungsformen als den Parteien „gleichwertige" politische Kräfte, sucht die eingefahrene Trennung von Gesellschaftlichem (soziale Bewegung) und Politischem (Repräsentativ-Parteien) zu überwinden, die strategische Perspektive einer „Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft" zu vermitteln (21, S. 192).

Am Beispiel des Verhältnisses von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung zeigt *Frigga Haug,* wie die bisherige Abgrenzung zwischen „ökonomischen" Kämpfen (in der „Geschichte männlich bestimmter gesellschaftlicher Produktion") und scheinbar „privaten" Bereichen (Frauen-Alltag, Familie) wechselseitige Unterstützung verhindert (9, S. 661). Die gegenwärtige Politik in der Arbeiterbewegung, „die den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der vorwiegend männlichen Arbeiter auf eine Weise in den Mittelpunkt rückt, daß andere Unterdrückungsfragen wie die Frauenfrage bestenfalls hinten an einen Forderungskatalog angehängt werden, ist fragwürdig" (9, S. 656). Vielmehr gelte es, statt die Frauenthematik der Arbeiterbewegung unterzuordnen, nach „Verknüpfungen" zu suchen.

W. F. Haug denkt sich ein „Aktivierungsdispositiv" der An- und „Um-Ordnung" gesellschaftlicher Kräfte, die in dieser als solche anerkannt sind, autonom bestehen bleiben, aber durch die „Verknüpfung" zusätzliche Handlungsmöglichkeiten nach außen und innen erfahren (11, S. 636f.). (Offe prägte für den nun gar nicht neuen Gedanken einer Kombinierung und damit Potenzierung politischer Aktivierung durch Formen der Aktionseinheit, der gleichberechtigten Zusammenarbeit und von Bündnissen ebenfalls einen eigenen Begriff, den des „Aggregationseffekts" [25, S. 41]. Von „antagonistischer Kooperation" in einer Vielfrontenstrategie, der Zusammenarbeit „grundsätzlich mit allen, punktuell und begrenzt selbst mit ausgesprochenen Gegnern", spricht Huber und gerät damit ins Konturenlose [15, S. 110]). Für Haug steht allerdings der Gedanke des Sozialismus, der „Hegemonie der Arbeiterklasse" als Orientierungsziel. Er versteht das Konzept einer „strukturellen Hegemonie" (d. h. einer „hegemonialen Struktur ohne klassischen Hegemon"), das bewußte Zuerkennen von Autonomie für soziale Bewegungen, die Anerkennung vieler „hegemonialer Subjekte" als „Instrument" zur Entwicklung einer umfassenden politischen Kreativität und Machtbildung: die Arbeiterklasse soll durch die Verknüpfung der Artikulation von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen hegemoniefähig werden (11, S. 636).

Die Metapher, „bestimmte Verknotungen" im kulturellen und politischen Bereich aufzulösen und neu zu knüpfen (11, S. 633), ähnelt Offes Strategien, „Organisations-Patriotismen" aufzuweichen, Zugehörigkeiten zu Parteien zu lockern, Koalitionen übergreifend oder quer zu den etablierten Fronten zustande zu bringen. Die Herauslösung der Bevölkerung aus dem Kraftfeld der sozialliberalen Hegemonie könnte für *Karl Ernst Lohmann* die historische Funktion der Umwelt- und Alternativbewegung sein (22, S. 52).

In neueren Positionsbestimmungen von Gerns wird diese Zusammenarbeit von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen „als Partnerschaft, als gegenseitiges Nehmen und Geben" verstanden. Die Kommunisten „sammeln neue Erfahrungen über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften", erhalten neue Anstöße, „lernen aus neuen Aktionsformen". „Zugleich haben wir aber auch vieles zu geben. Wir bringen als Arbeiterpartei in demokratische Bewegungen unsere Verbindung mit der

Arbeiterklasse und unsere Orientierung auf die Arbeiterklasse ein" (7, S. 7). Dieser Beitrag habe großes Gewicht, da ohne die Unterstützung der Arbeiterklasse letztlich keine neue soziale Bewegung erfolgreich sein wird.

8. *Gesamtgesellschaftliche Alternativen*

Dieses Angebot der Zusammenarbeit wird gegenwärtig von relevanten Kräften in den neuen Bewegungen noch nicht aufgegriffen. Problematisiert wird die Zubringerfunktion für einen „antimonopolistischen Kampf der Arbeiterklasse", und es wird gefragt, ob Bürgerinitiativen nicht „vielmehr etwas völlig Neues erstreiten wollen" (31, S. 40).

Es ist wichtig, sich klarzumachen, daß Bürgerinitiativen und neue Bewegungen Such-Bewegungen sind, die sich nicht allein auf die Beschäftigung mit „ganz konkreten Anliegen" einengen lassen. In meinem IMSF-Buch über Bürgerinitiativen ist der Entwicklungsprozeß von Ein-Punkt-Initiativen hin zur Gestaltung von Alternativentwürfen, zur Ausbildung allgemeiner Zielsetzungen nachgezeichnet. In den Bürgerinitiativen und Bewegungen finden „unumgängliche Verallgemeinerungs- und Klärungsprozesse statt. Zunehmend verschwimmen die Grenzen zwischen den Bürgerinitiativen, alternativen Projekten und der Öko-Bewegung. Es wächst eine Fundamentalströmung heran, die gesamtgesellschaftliche Lösungen sucht" (19, S. 194).

Fruchtbar ist auch der Gedanke, den Zusammenhang der sozialen Bewegungen nicht als einen Gegensatz von „alten" und „neuen" Bewegungen zu begreifen. *Heinrich Billstein/Klaus Naumann* dokumentieren konkrete Positionen und „Alternativen der demokratischen Bewegung" in der gesamten Bandbreite gesellschaftlicher Praxisfelder: der Wirtschafts- und Sozialpolitik, dem Bereich demokratischer Grundrechte, der Frauen- und Friedensbewegungen, des Antifaschismus, im Umweltschutz, der Bildungspolitik und internationalen Solidarität. Die dokumentierten Positionen zeigen, „daß sich das gesamte politische Spektrum von ‚neuen' (meist selbstorganisierten, ‚alternativen' usw.) und ‚alten' Gruppierungen durch fast alle Themenbereiche hindurchzieht". Die Aufgliederung in „traditionelle" und „neue" (Teil-)Bewegungen „verkennt, daß alle diese Praxisfelder in Bewegung sind und sich in Umgliederungsprozessen befinden" (1, S. 11f.).

Der gemeinsame Nenner dieser übergreifenden „demokratischen Bewegung" bestehe neben der Kritik des Bestehenden und der Entwicklung von Alternativvorstellungen über das Neue (die „bessere Republik"), neben der Praxis des gemeinsamen Handelns darin, „die persönliche und gesellschaftliche Kontrolle über die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen (wieder)zugewinnen" (1, S. 8). Wohl folgen die Autoren der Auffassung, daß der Kern dieser Bewegung wegen der produktiven Funktion dieser Gesellschaftsklasse, ihrer sozialen Stellung, ihres demokratischen Potentials und ihrer Organisiertheit sozial aus der Arbeiterklasse und politisch aus den Organisationen der Arbeiterbewegung besteht. Sie weisen aber darauf hin, daß auch von an-

deren Kräften, in erster Linie der Ökologie- und Frauenbewegung, unterschiedliche gesamtgesellschaftliche Alternativen und Ideologiekonzepte entwickelt werden, die große Ausstrahlungskraft besitzen (1, S. 9 und 21).

Diese globalen Bezüge und die Ausbildung von Organisationsstrukturen in und aus den Bewegungen (v. a. im Umweltschutz) seien „trotz aller Ambivalenzen weniger als Entfremdung vom ‚eigentlichen' Bestimmungszweck", dem konkreten Einzelproblem, „sondern vielmehr als Reflex auf eine übergreifende gesamtgesellschaftliche Problematik, der sich alle Komponenten der demokratischen Bewegung zu stellen haben" (1, S. 19), zu begreifen. Nach Meinung von Billstein/Naumann dürfte inzwischen auch bei linken Kritikern der heterogenen Ökologiebewegung unumstritten sein, „daß die von dieser Bewegung artikulierten Probleme künftig zu den Kernelementen demokratischer Gesellschaftsanalysen zu zählen haben". Die Autoren hatten dabei zu Recht auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß v. a. hinsichtlich der „neuen Fragen" (in erster Linie Ökologie und Frauenfrage) die gewerkschaftlichen (und gewerkschaftlich orientierten) Organisationen mehr auf die neuen Bewegungen reagierten, als diese Themen selbst zu gestalten. Auf die Probleme z. B. der Ökologiekrise ist von der Arbeiterbewegung „erst im nachhinein eingegangen worden; . . . zur Ausformulierung vergleichbarer ökologischer Gesamtkonzepte wie in den Kerngruppen der Ökologiebewegung ist es bisher noch nicht gekommen" (1, S. 18f. und 21). Die spezifische Mittelschichtorientierung dieser Konzepte habe es der Arbeiterbewegung bisher erschwert, dieses Thema und die Mobilisierungsformen der neuen Bewegungen angemessen nachzuvollziehen.

9. *Praktische Zusammenarbeit am Beispiel der Bewegung gegen die Startbahn West*

Ein praktisches Beispiel für das bisher diskutierte Zusammenwirken „traditioneller" politischer Kräfte und neuer Protestgruppen bildet die hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Breite und ihres andauernden Massencharakters (neben der Friedensbewegung) gegenwärtig bedeutsamste Protestbewegung, der Widerstand gegen die Startbahn West bei Frankfurt.

In einer Untersuchung des „Instituts für Marxistische Studien und Forschungen" (IMSF) werden die zusammenwirkenden Ebenen politischer Kräfte herausgearbeitet: neben den über zwei Dutzend Bürgerinitiativen in den Gemeinden im Kreis Groß-Gerau, die die Hauptmobilisatoren und das organisatorische wie inhaltliche Rückgrat der Startbahngegner darstellen, trug die Mörfelden/Walldorfer Parteienaktionsgemeinschaft von den örtlichen Gliederungen von SPD, FDP und CDU zusammen mit der DKP und (seit 1981) den Grünen „zur Schaffung eines örtlichen Klimas bei, in dem ein Teil jener Bürger der Stadt in den Protest einbezogen werden konnte, der – auf das traditionelle politische System festgelegt – sonst eher abseits gestanden hätte" (16, S. 222). Gegen die Waldrodungen engagierten sich nebeneinander „neue" Bürgerinitiativen und „alte" Vereine, „Langhaarige" und „Grauhaarige".

Von Bedeutung für diese „Verknüpfung" verschiedener sozialer Gruppen ist auch die Tradition der kommunistischen Bewegung in Mörfelden und die aktuelle Verankerung der DKP. „Durch die Betriebszeitungen der DKP für Großbetriebe, insbesondere die Opel-Werke in Rüsselsheim und den Frankfurter Flughafen, dazu eine Vielzahl anderer Betriebe in der gesamten Region, konnte die Argumentation der Protestbewegung auch dorthin getragen werden, wo unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit, betrieblicher Rationalisierung und Stellenkürzungen das demagogische Argument der Landesregierung und der Flughafen AG (FAG) vom Arbeitsplatzabbau in der gesamten Region bei Nicht-Ausbau des Flughafens besonders leicht verfangen mußte". Die DKP trug „gemeinsam mit den Stellungnahmen der DGB-Ortskartelle und gewerkschaftlichen Vertrauenskörper in vielen Betrieben zur Mobilisierung tausender Arbeiter und Angestellter in der Region bei" (16, S. 177).

Auch diese IMSF-Studie hebt hervor, daß die Bewegung ihre Thematik, ihren anfänglichen Ein-Punkt-Charakter, spätestens mit der landesweiten Argumentation „gegen Börners Beton- und Strahlenpolitik" anläßlich der Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren allgemeinpolitischen Charakter erhielt, sich damit v. a. über die jugendlichen Teilnehmer eine „für viele Orientierungen noch offene allgemeinere politische Dimension der Protestbewegungen herauszubilden" beginnt (16, S. 231).

Wenngleich „über die Angehörigen der Mittelschichten und die von ihnen eingebrachten Gesellschaftsvorstellungen bürgerliche Alternativkonzepte die Protestbewegung prägen können", sollte man jedoch die „Dialektik" dieser Bewegung im Auge behalten, die in der Sensibilisierung der Arbeiterschaft für Umweltfragen besteht und durch die Einbeziehung größerer Teile der Arbeiterklasse in diese Bewegung auch die Mittelschichten stärker mit Interessen (z. B. Arbeitsplatzsicherheit), Bedürfnissen und Erfahrungen der Arbeiterklasse konfrontiert (16, S. 228). „Praktisches gewerkschaftliches Engagement . . . gerät in Widerspruch zur sozialpartnerschaftlichen . . . Strömung im DGB; es trägt in großem Maße dazu bei, in der Protestbewegung stärker den Interessen der arbeitenden Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, und damit zur Verbindung von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen" (16, S. 232).

10. Lernprozesse auf allen Seiten sind erforderlich

Die praktische wie theoretische Entwicklung einer gesellschaftlichen Alternative ist also eine gemeinsame Aufgabe, erfordert Annäherungen und Lernprozesse auf allen Seiten (18, S. 104f.). Wenn, wie es Gerns vorschlägt, „gemeinsam mit den kritischen Kräften überzeugende Antworten" auf die Fragen vor allem junger Menschen „nach dem Sinn des Lebens, nach dem Zweck des Fortschritts, nach Wegen in eine sinnvolle und friedliche Zukunft" (7, S. 7) erarbeitet werden sollen, dann ist auch die Frage der Produktivkraftentwicklung ein zentrales Thema.

Hirsch hebt hervor, „daß der Kapitalismus die Produktivkräfte in einer Weise entwickelt, daß sie ein ernsthaftes Hindernis für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft darstellen". Diese Produktivkräfte könnten nicht übernommen werden, sondern müßten grundlegend verändert, umgewälzt und neu entwickelt werden (13, S. 21). Gerns' Antwort darauf ist unbefriedigend. Für die arbeitenden Menschen bedeute es „einen prinzipiellen Unterschied, ob sie mit den gleichen großtechnischen Anlagen, bei gleicher Arbeitsorganisation für die Mehrung der Profite des Großkapitals" oder für den Aufbau des Sozialismus und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen arbeiten. Die „Humanisierung" der „aus dem Kapitalismus übernommenen Maschinerie und Technologie" könne „jedoch erst in einem längeren Prozeß geleistet werden, der vor allem vom Tempo der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und damit von der immer besseren Anwendung moderner Wissenschaft und Technik abhängt" (5, S. 75). Meines Erachtens fallen diese Aussagen hinter den z. B. bei der *IMSF-Tagung „Technik-Umwelt-Zukunft"* erreichten Diskussionsstand (17, S. 80f.) zurück.

„Mit demselben Recht, mit dem eine pauschale Kritik an Wissenschaft und Technik . . . abgelehnt wird, ist aber auch eine unkritische Haltung zu den vom Kapitalismus entwickelten Produktiv- und Destruktiv-(!) Kräften in Frage zu stellen" (18, S. 106). Bereits im Kapitalismus muß auf die Produktivkraftentwicklung und Technologiepolitik so weit wie möglich Einfluß genommen werden, gerade dann, wenn es, wie Gerns feststellt, keinen anderen Weg für die Arbeiterklasse gibt als den, die gegebene Maschinerie und Technik in sozialistisches Eigentum zu verwandeln (5, S. 75). Erst dann, wenn wirklich zwischen dem „kapitalistischen Mißbrauch" ansonsten vorwärtsweisender Produktivkräfte und negativen technikimmanenten Auswirkungen von Produktivkraftentwicklungen differenziert wird, läßt sich ein Fundament zu einer fruchtbaren Diskussion mit alternativen Strömungen und zum Aufbau einer gemeinsamen gesellschaftlichen Perspektive legen.

Die Verknüpfung von praktischen Veränderungen im „Hier und Heute" mit der politischen Praxis für das langfristige Ziel einer nicht-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die konkrete inhaltliche Aufgabe für die Zusammenarbeit von Organisationen der Arbeiterbewegung und neuen Kräften.

Literatur

(1) Heinrich Billstein/Klaus Naumann (Hrsg.), Für eine bessere Republik. Alternativen der demokratischen Bewegung, Köln 1981.
(2) Jürgen Bodelle, Die antimonopolistische Demokratie. Alternative zur spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD, Westberlin 1973.
(3) Peter Brückner, Thesen zur Diskussion der „Alternativen", in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt/M. 1978, S. 68–85.
(4) DKP Hamburg, „Wir werben um Vertrauen und Verständnis". Vorschlag der DKP für Dialog der demokratischen Kräfte Hamburgs über Möglichkeiten eines linken, demokratischen Bündnisses zu den Bürgerschaftswahlen 1982, in: „Unsere Zeit" v. 27. 6. 1981, S. 3.
(5) Willi Gerns, Arbeiterklasse oder „neue soziale Bewegungen"?, in: „Marxistische Blätter", 2/1981, S. 70–83.

(6) Willi Gerns, Neue soziale Bewegungen und antimonopolistische Alternativen, in: Programmheft zur Marxistischen Woche '81, S. 40–42.
(7) Willi Gerns, Unsere Weltanschauung und demokratische Bewegungen, in: „Unsere Zeit" v. 12. 8. 1981, S. 7.
(8) André Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt/M. 1980.
(9) Frigga Haug, Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, in: „Das Argument", 129 (1981), S. 649–664.
(10) Wolfgang Fritz Haug, Werden die Kräfte von Arbeit, Wissenschaft und Kultur diesmal zusammenkommen? in: Hermann L. Gremliza/Heinrich Hannover (Hrsg.), Die Linke, Hamburg 1980.
(11) Wolfgang Fritz Haug, Strukturelle Hegemonie, in: „Das Argument", 127 (1981), S. 628–648.
(12) Joachim Hirsch, Der Sicherheitsstaat: Das Modell Deutschland, seine Krisen und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt/M. 1980.
(13) Joachim Hirsch, Proletariat adieu? in: „Links". Sondernummer zum Großen Ratschlag, Offenbach 1980.
(14) Joachim Hirsch/Roland Roth, Modell Deutschland und neue soziale Bewegungen, in: „Probleme des Klassenkampfs", 40/1980, S. 14–39.
(15) Joseph Huber, Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, Westberlin 1980.
(16) IMSF (Hrsg.), Keine Startbahn West!-Protestbewegung in einem überlasteten Ballungsraum, Frankfurt/M. 1981.
(17) IMSF (Hrsg.), Technik-Umwelt-Zukunft. Eine marxistische Diskussion über Technologie-Entwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die „Grünen", Frankfurt/M. 1980.
(18) Fred Karl, Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Heft 10 der IMSF-Reihe „Soziale Bewegungen", Frankfurt/M. 1981.
(19) Fred Karl, Soziale Basis und Widersprüchlichkeit der Bürgerinitiativen, in: „Marxistische Studien", Jahrbuch 4 des IMSF, Frankfurt/M. 1981, S. 187–196.
(20) Wolfgang Kraushaar, Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung, in: Ders., Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt/M. 1980, S. 8 ff.
(21) Matthias Lange, Die Grünen zwischen sozialer Bewegung und Partei, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Hegemonie und Politik in der BRD, Westberlin 1980, S. 182 ff.
(22) Karl Ernst Lohmann, Eine Zukunft für die Wirklichkeit, in: „konkret", 11/1981, S. 50–52.

(23) Herbert Mies/Willi Gerns, Weg und Ziel der DKP, Frankfurt/M. 1979.
(24) Claus Offe, Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: Heinz Grossmann (Hrsg.), Bürgerinitiativen, Schritte zur Veränderung? Frankfurt/M. 1971, S. 152–165.
(25) Claus Offe, Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, in: Roland Roth (Hrsg.), Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Frankfurt/M. 1980, S. 26–42.
(26) Interview mit Claus Offe, in: „Das Argument", 124 (1980), S. 817–821.
(27) Editorial, Modell Deutschland – Anatomie und Alternativen, in: „Probleme des Klassenkampfs", 40/1980, S. 1–13.
(28) Witich Roßmann, Proletariat adieu? Zur Auseinandersetzung mit André Gorz und Joachim Hirsch, in: „Rote Blätter", 1/1981, S. 54–55.
(29) Roland Roth, Die politische Provokation der Bürgerinitiativen, in: „Links". Sondernummer zum Großen Ratschlag, Offenbach 1980, S. 26–28.
(30) Rolf Schwendter, Notate zur Kritik der alternativen Ökonomie, in: Materialien zur alternativen Ökonomie, Bonn 1978, S. 161–192.
(31) „Umweltmagazin", Zeitschrift des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), 6/1981, S. 40 (Rezension zu Fred Karl, Die Bürgerinitiativen, Frankfurt/M. 1981).
(32) Wolfram Elsner, „Die Alternativen der Alternativbewegung" – Bemerkung zu einigen Denkfehlern der alternativen Ökonomie (Sammelbesprechung), in: „WSI-Mitteilungen", 1/1982, S. 45 ff.

Die Katastrophe ist absehbar
Der Arbeitsmarkt bis ins Jahr 2000

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Nachdem sich bis jetzt keine konjunkturellen Belebungsanzeichen gezeigt haben, hofft die offizielle Wirtschaftspolitik nun auf das Jahr 1983. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält für 1983 und die Jahre danach eine „deutliche Erholung der Weltkonjunktur" für möglich, wobei für die Bundesrepublik eine Wachstumsrate von 3 % jährlich für erreichbar gehalten wird. Es soll hier nicht untersucht werden, wie realistisch solche Erwartungen sind. An dieser Stelle interessiert nur, wie sich ein solches wirtschaftliches Wachstum global auf den Arbeitsmarkt auswirken wird. Zu diesem Zweck soll eine Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vorgestellt werden, die in Fortsetzung einer älteren Rechnung alternative Entwicklungspfade bis zum Jahre 2000 in ihren arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen darstellt.

Gegenübergestellt werden mögliche Entwicklungen des Erwerbspersonenpotentials und mögliche Entwicklungen des Arbeitskräftebedarfs. Das Erwerbspersonenpotential wird durch die Geburtenhäufigkeit und Jahrgangsstärken der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung und durch Wanderungsbewegungen bestimmt.

Der Arbeitskräftebedarf ist vom Wirtschaftswachstum und von der Produktivitätsentwicklung abhängig, wobei diese sowohl von technologischen Entwicklungen als auch von der Arbeitszeit je Beschäftigten bestimmt wird.

Tabelle 1
Erwerbspersonenpotential und Arbeitskräftebedarf bis 1980[1])

	Erwerbspersonen-potential	*Arbeitskräfte-bedarf*	*Tatsächliche Arbeitslosigkeit[2])*
1965	*26 916*	*26 769*	*147*
1970	*26 719*	*26 570*	*149*
1975	*26 820*	*25 266*	*1554*
1980	*27 217*	*25 741*	*1476*

1) In 1000 Personen.
2) Registrierte Ziffern + „Stille Reserve".
(Quelle: IAB, „Wachstum und Arbeitsmarkt, Perspektiven 1980–2000", Nürnberg 1982.

Die Tabelle macht deutlich, daß bis 1980 die Entwicklung des *Arbeitskräftebedarfs* bestimmend war für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Dies muß unterstrichen werden, wenn die Verantwortung auf Faktoren wie die Geburtenhäufigkeit oder gar auf den Ausländerzustrom geschoben werden soll.

Weiterhin ist bemerkenswert, daß die Arbeitslosigkeit 1975, im Tiefpunkt der Krise, kaum niedriger war als 1980, auf dem Beschäftigungshöhepunkt des letzten Konjunkturzyklus. Die Bele-

bungsperiode von 1976 bis 1979, mit einer Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) von jahresdurchschnittlich immerhin 4 %, hat also nicht zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit ausgereicht.

Die Prognose des IAB versucht nun, auf der Grundlage von Annahmen über Entwicklungsmöglichkeiten von Erwerbspersonenpotential und Wirtschaftswachstum die beschäftigungspolitischen Tendenzen bis zum Jahre 2000 zu quantifizieren.

Tabelle 2
Erwerbspersonenpotential in Abhängigkeit vom Wanderungsverhalten[1])

	Ausländerzahl konstant 2,5 Mio.	*Wanderungssaldo der Ausländer = 0*	*Zuwanderung von Ausländern jährlich 55 000*
1985	*27 800*	*28 020*	*28 170*
1990	*28 070*	*28 490*	*28 880*
1995	*27 400*	*27 940*	*28 620*
2000	*26 370*	*26 930*	*27 880*

1) In 1000 Personen.
Quelle: Ebd.

Bedingt durch die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit in der Vergangenheit wird das deutsche Erwerbspersonenpotential bis 1988/89 um insgesamt (gegenüber 1980) 0,9 Millionen Personen zunehmen, dann aber bis 2000 um 1,7 Millionen wieder abnehmen. Dabei wird angenommen, daß das Erwerbsverhalten der Bevölkerung keinen unerwarteten Verschiebungen unterliegt. Man muß sich darüber klar sein, daß bei derart langfristigen Prognosen diese Annahme im Grunde sehr riskant ist und so beträchtliche Unsicherheiten mit sich bringt.

Entscheidend für die Entwicklung des Angebots an Arbeitskräften ist damit allein das Wanderungsverhalten der ausländischen Arbeitskräfte. Eine gleichbleibende Zahl ausländischer Arbeitskräfte setzt voraus, daß im Schnitt Ausländer abwandern; nur so würde der geburtenbedingte Zuwachs der ausländischen Wohnbevölkerung ausgeglichen. Bei einem zahlenmäßigen Ausgleich von Zu- und Abwanderung würde das ausländische Erwerbspersonenpotential zunehmen, und zwar um 700 000 Personen (jährlich 35 000) bis 2000. Schließlich geht das IAB von einer dritten Alternative aus, bei der die Zuwanderung um jährlich 55 000 überwiegt. Dies muß als die wohl realistischste Variante angesehen werden: denn entgegen demagogischen Äußerungen der Politiker über eine Begrenzung der Ausländerzahl orientiert die Politik der „staatstragenden" Parteien auf eine Einbeziehung weiterer Länder in die EG (Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei) und so praktisch auf eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes.

Tabelle 3
Arbeitskräftebedarf bei unterschiedlichem Wirtschaftswachstum[1])

	Bei jährlichem Wirtschaftswachstum/Produktivitätsfortschritt		
	2,0–2,5/2,5–2,9	*3,0–3,5/3,0–3,5*	*4,0–4,5/3,5–4,0*
1985	*25 120*	*25 740*	*26 240*
1990	*24 640*	*25 740*	*26 870*
1995	*24 270*	*25 740*	*27 520*
2000	*24 040*	*25 740*	*28 180*

1) In 1000.
Quelle: Ebd.

Entscheidend für die Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs ist die Relation Wirtschaftswachstum/Produktivitätsfortschritt, also nicht das Wirtschaftswachstum allein. Das IAB rechnet Varianten durch, bei denen eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gleichzeitig mit einer Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts verbunden ist. Dies ist eine langfristig nur mit Einschränkungen zutreffende Annahme: die Berechnungen für die Vergangenheit zeigen, daß der Produktivitätsfortschritt gegenüber dem Wirtschaftswachstum relativ unabhängig ist, d. h., die starke Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahrzehnten war nur mit einer leichten Verlangsamung in der Produktivitätsentwicklung verbunden. Von daher ist anzunehmen, daß die ungünstige Wachstumsvariante in der Realität mit einer rascheren Produktivitätsentwicklung verbunden sein wird, der Arbeitskräftebedarf also rascher sinkt als hier dargestellt.

Tabelle 4
Tatsächliche Arbeitslosigkeit[1])

	„Beste" Varianten-kombination	*„Mittlere" Varianten-kombination*	*„Schlechteste" Varianten-kombination*
1985	*1560*	*2280*	*3050*
1990	*1200*	*2750*	*4240*
1995	*– 120*	*2200*	*4350*
2000	*– 1810*	*1190*	*3840*

1) In 1000, Regis.
Quelle: Ebd.; Zusammenstellung der Varianten durch den Verf.

Die Arbeitsmarktprognose geht vom Basisjahr 1980 aus, insofern sind die Wachstumserwartungen bis 1990 aus der Perspektive dieses Jahres nicht unrealistisch. Inzwischen aber hat das BSP in den beiden ersten Jahren dieses Jahrzehnts bestenfalls stagniert, d. h. die Erwerbstätigenzahl ist jetzt schon auf einen Stand gesunken, wie er nach der Projektion in der ungünstigsten Variante erst 1985 hätte erreicht sein sollen; sie liegt heute um etwa 700 000 Erwerbstätige niedriger, als vom IAB für 1982 angenommen. Insofern müssen zumindest hinsichtlich der Erwerbstätigenzahlen die niedrigsten Erwartungsziffern noch als optimistisch gelten. Würde ab 1983 – wie der IWF hofft – wieder ein Wachstumspfad von jährlich 3 % erreicht, so wäre das BSP bezogen auf den ganzen Zehnjahreszeitraum der 80er Jahre bestenfalls um jahresdurchschnittlich 2,4 % gewachsen, läge also selbst bei der Realisierung der optimistischen IWF-Hoffnung in der unteren Erwartungszone der IAB-Prognose.

Auch für die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials haben die Jahre 1981 und 1982 eher die pessimistische Variante bestätigt. In den Jahren 1981 und 1982 – so schätzt das IAB in seiner „Arbeitskräftebilanz" des Jahres 1982 – hat die ausländische Erwerbspersonenzahl trotz anhaltender Krise um jährlich 50 000 Personen zugenommen, es hat also eine Zuwanderung gegeben. Es kann davon ausgegangen werden, daß bei einer wirtschaftlichen Belebung, die zumindest die Erreichung der ungünstigsten Wachstumsannahme des IAB möglich macht, die Zunahme des ausländischen Erwerbspersonenpotentials noch größer sein würde.

Aus dem Blickwinkel des Jahres 1982, nach einer bereits zwei Jahre anhaltenden zyklischen Wirtschaftskrise, muß leider die ungünstigste Variante der IAB-Prognose von 1980 als noch relativ optimistisch gelten. Völlig unerreichbar ist die günstige Alternative, die für die kommenden Jahre bis 1990 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von über 5 % voraussetzen würde. Und selbst dann würde die Arbeitslosigkeit im Jahre 1990 noch bei 1,2 Millionen liegen.

Es bleibt eine Vielzahl von Varianten möglich, die aber sämtlich selbst unter der „mittleren" Annahme des IAB liegen. Es ist sogar notwendig, Entwicklungsmöglichkeiten ins Auge zu fassen, die zu noch weit ungünstigeren Ergebnissen als die untere Alternative des IAB führen würden. Selbst ein Erreichen von Arbeitslosenziffern wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 scheint heute nicht mehr ausgeschlossen. So würde – basierend auf den IAB-Berechnungen – schon die

Annahme einer Wachstumsrate von 1,5 bis 2,0 % bis 1990 (bei Produktivitätsfortschritt 2,2–2,9 %) die Arbeitslosigkeit des Jahres 1990 auf rund 5,5 Millionen anschwellen lassen. Dies würde für die nächsten Jahre ein jährliches Wachstum von 2,5 % beinhalten und damit genau der Entwicklung im letzten Konjunkturzyklus 1976 bis 1982 entsprechen.

Dies sollte man sich klar vor Augen halten: *Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1976 bis 1982 würde für die Bundesrepublik des Jahres 1990 eine Arbeitslosenziffer von etwa 5,5 Millionen beinhalten!*

Es wurde schon eingangs darauf hingewiesen, daß solche quantifizierten Prognosen erheblichen Unsicherheiten unterliegen. Dies ist jedoch kein Trost: denn wie auch immer die Annahmen gesetzt werden, es ist vom Ausgangspunkt des Jahres 1982 sicher, daß ohne ganz einschneidende Eingriffe in beschäftigungspolitischer Hinsicht die kommenden Jahre aller Wahrscheinlichkeit nach eine arbeitsmarktpolitische Katastrophe bringen werden. Mit jedem Monat beschäftigungspolitischer Untätigkeit verschlechtert sich die Ausgangslage für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Unvorstellbar sind die Auswirkungen, wenn der erwartete Aufschwung und die Rückkehr zu einem gewissen Wachstum ausbleiben sollten.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bonner Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz vom 10. Juni 1982

(Wortlaut)

Das nachstehende Dokument wurde am 10. Juni in Bonn von der ersten NATO-Gipfelkonferenz auf deutschem Boden verabschiedet, während gleichzeitig fast eine halbe Million Menschen in der größten Demonstration der bundesdeutschen Geschichte gegen die Politik der NATO und den Besuch von US-Präsident Reagan protestierten. D. Red.

1. Wir, die Vertreter der sechzehn Länder des Nordatlantischen Bündnisses, erneuern unser Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten und Idealen, auf denen unsere transatlantische Partnerschaft beruht.

2. Der Beitritt Spaniens zum Nordatlantikpakt nach seinem friedlichen Wechsel zur parlamentarischen Demokratie bezeugt die Vitalität des Bündnisses als einer Kraft des Friedens und der Freiheit.

3. Unser Bündnis bewahrt den Frieden seit einem Dritteljahrhundert. Es ist ein Zusammenschluß freier Staaten, die sich zur Wahrung ihrer Sicherheit durch gegenseitige Garantien und kollektive Selbstverteidigung, wie in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt, miteinander verbunden haben. Es bleibt das unentbehrliche Instrument zur Abschreckung vor einer Aggression durch eine starke Verteidigung und zur Stärkung des Friedens durch einen konstruktiven Dialog. Unsere Solidarität steht keineswegs im Gegensatz zu dem Recht eines jeden unserer Staaten, seine Politik und seine innere Entwicklung selbst zu bestimmen, und ermöglicht ein hohes Maß an Vielfalt. Darin liegt unsere Stärke. Im Geiste gegenseitiger Achtung sind wir bereit, unsere

Annahme einer Wachstumsrate von 1,5 bis 2,0 % bis 1990 (bei Produktivitätsfortschritt 2,2–2,9 %) die Arbeitslosigkeit des Jahres 1990 auf rund 5,5 Millionen anschwellen lassen. Dies würde für die nächsten Jahre ein jährliches Wachstum von 2,5 % beinhalten und damit genau der Entwicklung im letzten Konjunkturzyklus 1976 bis 1982 entsprechen.

Dies sollte man sich klar vor Augen halten: *Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1976 bis 1982 würde für die Bundesrepublik des Jahres 1990 eine Arbeitslosenziffer von etwa 5,5 Millionen beinhalten!*

Es wurde schon eingangs darauf hingewiesen, daß solche quantifizierten Prognosen erheblichen Unsicherheiten unterliegen. Dies ist jedoch kein Trost: denn wie auch immer die Annahmen gesetzt werden, es ist vom Ausgangspunkt des Jahres 1982 sicher, daß ohne ganz einschneidende Eingriffe in beschäftigungspolitischer Hinsicht die kommenden Jahre aller Wahrscheinlichkeit nach eine arbeitsmarktpolitische Katastrophe bringen werden. Mit jedem Monat beschäftigungspolitischer Untätigkeit verschlechtert sich die Ausgangslage für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Unvorstellbar sind die Auswirkungen, wenn der erwartete Aufschwung und die Rückkehr zu einem gewissen Wachstum ausbleiben sollten.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bonner Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz vom 10. Juni 1982

(Wortlaut)

Das nachstehende Dokument wurde am 10. Juni in Bonn von der ersten NATO-Gipfelkonferenz auf deutschem Boden verabschiedet, während gleichzeitig fast eine halbe Million Menschen in der größten Demonstration der bundesdeutschen Geschichte gegen die Politik der NATO und den Besuch von US-Präsident Reagan protestierten. D. Red.

1. Wir, die Vertreter der sechzehn Länder des Nordatlantischen Bündnisses, erneuern unser Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten und Idealen, auf denen unsere transatlantische Partnerschaft beruht.

2. Der Beitritt Spaniens zum Nordatlantikpakt nach seinem friedlichen Wechsel zur parlamentarischen Demokratie bezeugt die Vitalität des Bündnisses als einer Kraft des Friedens und der Freiheit.

3. Unser Bündnis bewahrt den Frieden seit einem Dritteljahrhundert. Es ist ein Zusammenschluß freier Staaten, die sich zur Wahrung ihrer Sicherheit durch gegenseitige Garantien und kollektive Selbstverteidigung, wie in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt, miteinander verbunden haben. Es bleibt das unentbehrliche Instrument zur Abschreckung vor einer Aggression durch eine starke Verteidigung und zur Stärkung des Friedens durch einen konstruktiven Dialog. Unsere Solidarität steht keineswegs im Gegensatz zu dem Recht eines jeden unserer Staaten, seine Politik und seine innere Entwicklung selbst zu bestimmen, und ermöglicht ein hohes Maß an Vielfalt. Darin liegt unsere Stärke. Im Geiste gegenseitiger Achtung sind wir bereit, unsere

Ziele und Interessen jederzeit durch freie und enge Konsultationen in Übereinstimmung zu bringen. Sie sind der Kern der täglichen Zusammenarbeit im Bündnis und werden angemessen intensiviert werden. Wir sind eine Partnerschaft von Gleichen, in der niemand herrscht oder beherrscht wird.

4. Die Sowjetunion andererseits verlangt von den mit ihr verbündeten Ländern, daß sie sich als Block verhalten, um ein starres und aufgezwungenes System zu erhalten. Darüber hinaus lehrt die Erfahrung, daß die Sowjetunion schließlich auch bereit ist, außerhalb ihrer eigenen Grenzen Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. Afghanistan und die sowjetische Haltung zur Krise in Polen zeigen dies deutlich. Die Sowjetunion hat im vergangenen Jahrzehnt einen großen Teil ihrer Mittel für eine massive Aufrüstung verwandt, wobei sie ihre Verteidigungsbedürfnisse weit überschritt und militärische Stärke in weltweitem Rahmen zur Geltung brachte. Während sie selbst eine Bedrohung dieses Ausmaßes schaffen, verurteilen die Regierungen des Warschauer Pakts die Verteidigungsanstrengungen des Westens als aggressiv. Während sie in ihren eigenen Staaten Bewegungen für einseitige Abrüstung verbieten, unterstützen sie Forderungen nach einseitiger Abrüstung im Westen.

5. Die internationale Stabilität und der Weltfrieden verlangen größere Zurückhaltung und Verantwortung seitens der Sowjetunion. Wir bekräftigen unsererseits erneut die Grundsätze und Ziele des Bündnisses und geben unser Programm für Frieden in Freiheit bekannt:

a) Unser Ziel ist es, Krieg zu verhindern und unter Wahrung der Demokratie die Grundlagen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. Wir respektieren die Souveränität, Gleichheit, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Staaten. Zur Erreichung dieses Ziels werden wir angemessene militärische Stärke und politische Solidarität aufrechterhalten. Auf dieser Grundlage setzen wir unsere Bemühungen fort, durch Dialog, Verhandlungen und beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit ein konstruktiveres Ost-West-Verhältnis herzustellen, soweit dies durch das sowjetische Verhalten ermöglicht wird.

b) Unser Ziel ist es, die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets durch konventionelle und nukleare Streitkräfte zu schützen, die ausreichend sind, um vor Aggressionen und Einschüchterungsversuchen abzuschrecken. Ohne dabei nach militärischer Überlegenheit zu streben, erfordert dies ständige Anstrengungen seitens aller Bündnispartner zur Verstärkung ihrer Verteidigungsbereitschaft und militärischen Stärke. Unsere Länder verfügen über die dazu erforderlichen Mittel. Die Präsenz nordamerikanischer Streitkräfte in Europa und die amerikanische nuklearstrategische Verpflichtung gegenüber Europa bleiben untrennbar mit der Sicherheit des Bündnisses verknüpft. Gleiches Gewicht kommt der Aufrechterhaltung und laufenden Verbesserung des Verteidigungspotentials der europäischen Mitglieder des Bündnisses zu. Wir werden größere Wirksamkeit beim Einsatz nationaler Mittel für die Verteidigung anstreben und dabei die Möglichkeiten, Gebiete der praktischen Zusammenarbeit zu entwickeln, gebührend prüfen. In dieser Hinsicht werden die in Frage kommenden Bündnispartner vordringlich nach Mitteln und Wegen suchen, neue Technologien sowohl technisch als auch wirtschaftlich in vollem Umfang zu nutzen. Gleichzeitig werden in den geeigneten Gremien Schritte unternommen werden, um den Zugang des Warschauer Pakts zu militärisch relevanter westlicher Technologie einzuschränken.

c) Unser Ziel ist es, ein stabiles Kräftegleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen und dadurch den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen. Wir haben ein breites Spektrum von Vorschlägen für militärisch bedeutsame, ausgewogene und verifizierbare Vereinbarungen zur Kontrolle und Verminderung von Rüstung vorgelegt. Wir unterstützen uneingeschränkt die Bemühungen der Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion über substantielle Reduzierungen der strategischen Kernwaffen der beiden Staaten und über die Festlegung strikter und wirksamer Begrenzungen ihrer Kernwaffen mittlerer Reichweite zu verhandeln, beginnend mit der vollständigen Beseitigung ihrer landgestützten Mittelstreckenflugkörper, die beiden Seiten zu der größten Besorgnis Anlaß geben. Wir streben weiterhin substantielle Verminderungen konventioneller Streitkräfte auf beiden Seiten in Europa und eine Einigung über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in ganz Europa an. Mit dieser Zielsetzung haben sich diejenigen

von uns, deren Staaten sich an den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Wien beteiligen, auf eine neue Initiative geeinigt, um diesen Verhandlungen frischen Auftrieb zu verleihen. Wir werden auch bei den internationalen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung in einem breiteren Zusammenhang eine aktive Rolle spielen. Bei der Zweiten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung, die soeben in New York begonnen hat, werden wir danach streben, diesen Verhandlungen einen neuen Anstoß zu geben.

d) Unser Ziel ist es, substantielle und ausgewogene Ost-West-Beziehungen mit dem Ziel einer wirklichen Entspannung zu entwickeln. Zu diesem Zweck muß die Souveränität aller Staaten unabhängig von ihrer geographischen Lage geachtet werden, dürfen die Menschenrechte nicht der Staatsraison geopfert werden, muß freier Gedankenaustausch an die Stelle einseitiger Propaganda treten, muß Freizügigkeit der Menschen erreicht werden, müssen Bemühungen um ein stabiles und offenes Verhältnis im militärischen Bereich unternommen werden und müssen überhaupt alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki in ihrer Gesamtheit angewandt werden. Wir werden unsererseits stets bereit sein, in diesem Geist zu verhandeln, und erwarten konkrete Anzeichen dafür, daß diese Haltung auf Gegenseitigkeit stößt.

e) Unser Ziel ist es, zum friedlichen Fortschritt in der ganzen Welt beizutragen. Wir werden an der Beseitigung der Ursachen der Instabilität arbeiten, wie Unterentwicklung oder Spannungen, die einen Anreiz zur Einmischung von außen bieten. Wir werden auch weiterhin unseren Anteil am Kampf gegen Hunger und Armut übernehmen. Die Beachtung echter Blockfreiheit ist für die internationale Stabilität von Bedeutung. Wir alle haben ein Interesse an Frieden und Sicherheit in anderen Regionen der Welt. Wir werden uns in geeigneter Weise über Ereignisse in diesen Regionen, die sich auf unsere Sicherheit auswirken können, konsultieren und dabei unsere gemeinsam identifizierten Ziele berücksichtigen. Diejenigen von uns, die dazu in der Lage sind, werden Hilfeersuchen souveräner Staaten entsprechen, deren Sicherheit und Unabhängigkeit in Gefahr sind.

f) Unser Ziel ist es, wirtschaftliche und soziale Stabilität unserer Länder zu gewährleisten. Dies wird unsere gemeinsame Fähigkeit stärken, unsere Sicherheit zu wahren. Der Auswirkungen der Politik jedes Landes auf andere Länder bewußt, legen wir größten Wert auf die Eindämmung der Inflation und Rückkehr zu anhaltendem Wachstum und hohem Beschäftigungsstand. Indem wir die bedeutende Rolle feststellen, die unsere Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts bei der Entwicklung eines stabilen Ost-West-Verhältnisses spielen können, werden wir sie unseren politischen und Sicherheitsinteressen gemäß vernünftig und nuanciert handhaben. Wirtschaftsbeziehungen sollten auf der Grundlage ausgewogener Vorteile für beide Seiten gestaltet werden. Wir verpflichten uns, die Finanzbeziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage zu gestalten, einschließlich kommerzieller Vernunft auch bei der Gewährung von Exportkrediten. Wir stimmen einem Informationsaustausch in den dafür geeigneten Gremien zu, der sich auf alle Aspekte unserer wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts erstreckt.

6. Nirgendwo ist unsere Verpflichtung gegenüber gemeinsamen Grundwerten klarer zum Ausdruck gekommen als hinsichtlich der Lage in Deutschland und Berlin. Wir treten weiterhin für die Sicherheit und Freiheit Berlins ein und unterstützen wie bisher die Bemühungen, die ruhige Lage in und um die Stadt aufrechtzuerhalten. Der fortgesetzte Erfolg der Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern, ist für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung. Wir erinnern an die Unberührtheit der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und bekräftigen unsere Unterstützung für das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

7. Wir verurteilen alle Aktionen des internationalen Terrorismus. Sie stellen flagrante Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte dar und bedrohen die Gestaltung normaler internationaler Beziehungen. In Übereinstimmung mit unseren nationalen Rechtsordnungen betonen wir die Notwendigkeit einer möglichst wirksamen Zusammenarbeit zur Verhinderung und Unterdrückung dieser Geißel.

8. Wir fordern die Sowjetunion dazu auf, die international anerkannten Verhaltensnormen zu beachten, ohne deren Einhaltung es keine Aussicht auf stabile internationale Verhältnisse geben kann, und nunmehr gemeinsam mit uns konstruktive Beziehungen, Abrüstung und Weltfrieden anzustreben.

Anhang: Dokument über Rüstungskontrolle und Abrüstung vom 10. Juni 1982

In Übereinstimmung mit unserer heutigen Erklärung legen wir, die Vertreter der sechzehn Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses, hiermit unsere Haltung zu Rüstungskontrolle und Abrüstung im einzelnen dar:

Militärisch bedeutsame, ausgewogene und verifizierbare Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung tragen zur Stärkung des Friedens bei und sind integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Westliche Vorschläge bieten die Möglichkeit für substantielle Reduzierungen von amerikanischen und sowjetischen Waffen interkontinentalstrategischer und mittlerer Reichweite und von konventionellen Streitkräften in Europa sowie für Vertrauensbildende Maßnahmen, die in ganz Europa gelten;

– Bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verminderung strategischer Waffen (START) fordern wir die Sowjetunion auf, erheblichen Verminderungen bei den amerikanischen und sowjetischen nuklear-strategischen Potentialen mit Schwerpunkt bei den besonders destabilisierenden interkontinentalen Systemen zuzustimmen.

– Bei den Verhandlungen über Kernwaffen mittlerer Reichweite (INF), die im Rahmen von START geführt werden und auf dem Doppelbeschluß vom Dezember 1979 über INF-Modernisierung und Rüstungskontrolle beruhen*), bietet der amerikanische Vorschlag zur vollständigen Beseitigung aller landgestützten amerikanischen und sowjetischen INF-Flugkörper größerer Reichweite Aussicht auf ein ausgewogenes Ergebnis und größere Sicherheit für alle.

– Diejenigen von uns, die an den Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen (MBFR) teilnehmen, werden in Kürze einen Vertragsentwurf vorlegen, der einen neuen umfassenden Vorschlag darstellt und der darauf angelegt ist, diesen Verhandlungen neuen Schwung zu verleihen und das seit langem angestrebte Ziel der Festigung von Stabilität und Sicherheit in Europa zu erreichen. Sie betonen, daß der westliche Vertragsvorschlag im Falle seiner Annahme alle Teilnehmer, deren Streitkräfte – europäische und nordamerikanische – betroffen sind, verpflichten wird, sich in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Kollektivität an substantiellen Personalreduzierungen zu beteiligen, die zu gleichen kollektiven Höchststärken für die Streitkräfte der östlichen und westlichen Teilnehmer in Mitteleuropa führen werden, und zwar auf der Grundlage vereinbarter Daten in Verbindung mit Begleitenden Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens und zur Verbesserung der Überprüfbarkeit.

– Bei der KSZE würde der Vorschlag für eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa als Teil eines ausgewogenen Ergebnisses des Madrider KSZE-Folgetreffens den Weg zu größerer Transparenz und erhöhter Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural eröffnen.

Wir setzen gleichzeitig unsere Bemühungen um einen stabilen Frieden im weltweiten Maßstab fort:

– Im Genfer Abrüstungsausschuß werden die Bündnispartner aktiv ihre Bemühungen fortsetzen, ausgewogene und verifizierbare Vereinbarungen einschließlich eines vollständigen Verbots chemischer Waffen zu erreichen.

– Bei der zur Zeit stattfindenden Zweiten Sondergeneralversammlung der VN über Abrüstung vertrauen wir darauf, daß es gelingt, den bereits laufenden und bevorstehenden Verhandlungen neue Impulse zu geben, insbesondere durch die Weiterentwicklung von militärischer Transparenz und Verifikation, daß die Notwendigkeit strikter Einhaltung des in der Charta der VN verankerten Gewaltverbots bekräftigt und daß die Befolgung bestehender Abkommen gestärkt wird.

*) Vorbehalt Griechenlands.

Wir rufen alle Staaten auf, bei diesen Bemühungen um die Festigung von Frieden und Sicherheit mit uns zusammenzuarbeiten. Insbesondere appellieren wir an die Sowjetunion, ihr öffentliches Bekenntnis zur Abrüstung in aktive Schritte umzusetzen, die auf konkrete, ausgewogene und verifizierbare Ergebnisse am Verhandlungstisch gerichtet sind.

Erklärung Leonid Breschnews über den sowjetischen Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen vom 15. Juni 1982

(Wortlaut)

In einem Schreiben an die 2. Sondertagung der UNO-Generalversammlung hat der sowjetische Partei- und Staatschef Breschnew den Verzicht seines Landes auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen verkündet. Einen solchen Verzicht hatten jüngst vier prominente Amerikaner, darunter der ehemalige Verteidigungsminister McNamara, dem atlantischen Bündnis nahegelegt (vgl. „Blätter", 5/1982, S. 633-638), ohne bisher in Washington oder auch Bonn auf Gegenliebe gestoßen zu sein. Trotz des Festhaltens der NATO an der „Option", in einem Konflikt als erste Atomwaffen einzusetzen, erklärte Breschnew zum sowjetischen Ersteinsatz-Verzicht: „Diese Verpflichtung tritt sofort, im Augenblick ihrer Verkündung von der Tribüne der UNO-Generalversammlung, in Kraft." In NATO-Kreisen zeigte man sich von der sowjetischen Vorleistung unangenehm berührt, aber bisher nicht bereit, die eigene Nuklearstrategie zu überprüfen. Nachstehend dokumentieren wir den Wortlaut des Breschnew-Schreibens, das der sowjetische Außenminister Gromyko am 15. Juni 1982 in New York vor dem UNO-Plenum verlesen hat. D. Red.

Im Namen der Sowjetunion, im Namen der 269 Millionen Sowjetbürger wende ich mich an die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen, die zur zweiten Sondertagung über Abrüstung zusammengetreten ist.

Die Tagung steht vor großen und verantwortungsvollen Aufgaben. Ihre Tagesordnung enthält eine Reihe von Fragen, die erstrangige Bedeutung haben.

Wenn man aber das Allerwichtigste betrachtet, das Brennendste, das heute die Menschen in allen Teilen unseres Planeten bewegt, worauf sich die Gedanken von Staatsmännern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in vielen Ländern der Welt konzentrieren, so ist das die Sorge dafür, daß dem endlosen Anhäufen immer verheerenderer Waffenarten Einhalt geboten, eine Wende zur Verbesserung der internationalen Beziehungen herbeigeführt und eine nukleare Katastrophe nicht zugelassen wird.

In der Politik der Sowjetunion hat die Sorge für den Frieden Vorrang. Wir sind überzeugt, daß keine Gegensätze zwischen den Staaten oder Staatengruppen, keine Unterschiede in der Gesellschaftsordnung, der Lebensweise oder Ideologie und keine Augenblicksinteressen die grundlegende, allen Völkern gemeinsame Notwendigkeit dem Blickfeld entziehen können, die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten und einen Kernwaffenkrieg zu verhindern.

Heute müssen alle Staaten wie nie zuvor zielstrebig und ausgewogen handeln, um dieses hohe Ziel zu erreichen. Geleitet von dem Bestreben, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die Gefahr einer nuklearen Verwüstung von den Völkern abzuwenden und in der Endkonsequenz selbst eine solche Möglichkeit aus dem Leben der Völker zu bannen, erklärt der Sowjetstaat feierlich:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verpflichtet sich, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen.

Diese Verpflichtung tritt sofort, im Augenblick ihrer Verkündung von der Tribüne der UNO-Vollversammlung, in Kraft.

Warum entschließt sich die Sowjetunion zu diesem Schritt, während die der NATO angehörenden Nuklearmächte, darunter die USA, kein Hehl daraus machen, daß ihre Militärdoktrin nicht nur die Möglichkeit des Ersteinsatzes von Kernwaffen nicht ausschließt, sondern auch im Grunde genommen auf dieser gefährlichen Voraussetzung aufbaut?

Bei dieser Entscheidung geht die Sowjetunion von der unumstößlichen und in der gegenwärtigen internationalen Situation bestimmenden Tatsache aus, daß ein Kernwaffenkrieg, einmal ausgebrochen, die Zerstörung der menschlichen Zivilisation oder gar den Untergang des Lebens auf der Erde bedeuten kann.

Somit ist es die oberste Pflicht der Staatsmänner, die sich ihrer Verantwortung für die Geschicke des Friedens bewußt sind, alles daranzusetzen, damit Kernwaffen niemals angewendet werden.

Die Völker der Welt erwarten mit Recht, daß der Entscheidung der Sowjetunion entgegenkommende Schritte der anderen Nuklearstaaten folgen werden. Wenn die anderen Atommächte eine ebenso klare und deutliche Verpflichtung übernehmen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, so würde das in der Praxis gleichbedeutend sein mit dem Verbot des Einsatzes von Kernwaffen überhaupt, wofür auch die überwältigende Mehrheit der Länder der Welt eintritt. Selbstverständlich wird die Sowjetunion auch künftig in ihrer Politik berücksichtigen, wie sich die anderen Nuklearmächte verhalten und ob sie der Stimme der Vernunft Gehör schenken und unserem guten Beispiel folgen oder die Welt weiter in den Abgrund hinabstoßen.

Die Initiative der Sowjetunion verfolgt ferner das Ziel, das Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen auf ein höheres Niveau zu heben. Und das ist in der gegenwärtigen Situation besonders wichtig, da das Vertrauen gründlich erschüttert worden ist durch die Aktivitäten jener, die das bestehende Kräftegleichgewicht zu zerstören, eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion und deren Verbündete zu erlangen und all das Positive zu vernichten suchen, das die Entspannungspolitik mit sich bringt.

Die militärpolitischen Schablonen, die aus den Zeiten des einstigen Atombombenmonopols übernommen wurden, sind längst überholt. Die Realitäten von heute erfordern eine grundsätzlich andere Einstellung zu den Fragen von Krieg und Frieden. Die jetzige Aktion der Sowjetunion erleichtert es, den gesamten Komplex der Probleme neu zu bewerten, die mit der Begrenzung und Reduzierung von Rüstungen, insbesondere von Kernwaffen, zusammenhängen, sie erleichtert das Werk der Abrüstung insgesamt.

Die gewaltigen Leistungen, die das schöpferische und technische Genie der Menschheit vollbracht hat, ermöglichen es den Völkern, ein neues Kapitel in ihrer Geschichte einzuleiten. Schon heute gibt es wahrhaft unübersehbare Möglichkeiten, die Lösung allgemein-menschlicher Probleme wie des Kampfes gegen Hunger, Krankheiten, Elend und vieler anderer in Angriff zu nehmen. Dazu ist es jedoch erforderlich, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ausschließlich in den Dienst der friedlichen Belange der Menschen gestellt wird.

Die Sowjetunion verpflichtet sich dazu, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, wobei sie auf den gesunden Menschenverstand vertraut und daran glaubt, daß die Menschheit eine Selbstvernichtung vermeiden sowie Frieden und Fortschritt für die heutige und die kommenden Generationen sichern kann.

Des weiteren möchte ich die Aufmerksamkeit der Abgesandten der Staaten, die sich zur Sondertagung des UNO-Plenums versammelt haben, auf folgende Frage lenken.

Auf der Suche nach Maßnahmen, die tatsächlich dazu geeignet wären, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, wenden sich viele Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens verschiedener Länder in letzter Zeit der Idee des Einfrierens zu, mit anderen Worten, der Einstellung des weiteren Ausbaus der nuklearen Potentiale. Nicht alles ist eindeutig in den Überlegungen, die dazu geäußert werden, doch insgesamt haben wir den Eindruck, daß sie in die richtige Richtung gehen. Wir sehen in ihnen einen Ausdruck der tiefen Sorge der Menschen dafür, daß der höchste Wert in der Welt, das menschliche Leben, erhalten bleibt.

Die Idee des gegenseitigen Einfrierens der nuklearen Arsenale als des ersten Schritts auf dem Wege zu deren Reduzierung und in der Endkonsequenz zu deren völligen Vernichtung steht dem

sowjetischen Standpunkt nahe. Mehr noch, von unserem Land gehen auch konkrete Vorschläge aus, die darauf hinzielen, dem nuklearen Wettrüsten quantitativ und qualitativ Einhalt zu gebieten.

Und schließlich noch eine Frage, an der die UNO-Vollversammlung unseres Erachtens nicht vorbeigehen kann.

Bei all der Gefahr, die die Kernwaffen in sich bergen, darf nicht vergessen werden, daß Staaten auch andere Massenvernichtungswaffen in ihren Arsenalen haben, darunter auch chemische Waffen. Allein der Gedanke daran ist schrecklich, doch es ist eine Tatsache, daß einige Kilogramm Giftstoffe von den Zehntausenden Tonnen in der Bewaffnung einiger Staaten genügen, um Millionen Menschen zu töten. Dabei werden darüber hinaus weitere Programme für die Produktion noch raffinierterer chemischer Vernichtungswaffen angekurbelt.

Es muß alles getan werden, damit für chemische Waffen kein Platz mehr auf der Erde bleibt. Die Sowjetunion setzt sich mit Überzeugung dafür ein. Wir sind bereit, unverzüglich eine Vereinbarung über das vollständige Verbot der chemischen Waffen und über die Vernichtung ihrer Vorräte einzugehen.

Generell tritt die Sowjetunion für ein Vorankommen in allen Richtungen ein, in denen sich Möglichkeiten für eine Begrenzung und einschneidende Reduzierung der Rüstungen eröffnen, seien es Kernwaffen, andere Massenvernichtungsmittel oder konventionelle Rüstungen. Es gibt keine Waffenart, die die Sowjetunion auf gegenseitiger Basis nicht zu begrenzen oder zu verbieten bereit wäre.

Ich möchte die Gewißheit zum Ausdruck bringen, daß die Abrüstungs-Sondertagung der UNO-Vollversammlung der Einstellung des Wettrüstens und dem Übergang zu praktischen Maßnahmen einer realen Abrüstung einen wirksamen Impuls verleiht. Damit wird sie die Hoffnungen rechtfertigen, die die Völker in dieses so repräsentative Forum setzen.

Ich wünsche den Tagungsteilnehmern fruchtbare Arbeit zum Wohle der Völker, im Interesse des Weltfriedens.

Aktionsprogramm der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit („Palme-Kommission"), vorgelegt der UNO-Sondertagung zur Abrüstung im Juni 1982

(Wortlaut)

Als Ergebnis zweijähriger Kommissionsarbeit wurde der UNO-Sondergeneralversammlung im Juni 1982 der sogenannte Palme-Bericht „Common Security" (Gemeinsame Sicherheit) vorgelegt. (Deusche Ausgabe: Der Palme-Bericht, Berlin 1982, 224 Seiten) Unter Vorsitz des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme hatten 1980 prominente Politiker aus Ost und West eine „Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit" gebildet, unter ihnen Georgi Arbatow aus der UdSSR und Cyrus Vance, der frühere US-Außenminister, ferner Egon Bahr, die früheren Regierungschefs Gro Harlem Brundtland (Norwegen) und Joop den Uyl (Niederlande), der frühere britische Außenminister David Owen und der frühere polnische Staatspräsident Józef Cyrankiewicz.

Der „Palme-Bericht" enthält als Anhang I ein Aktionsprogramm, dessen Wortlaut wir nachstehend dokumentieren. D. Red.

Die Vorschläge, die wir in diesem Bericht gemacht haben, basieren auf dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit. Wir sind der Überzeugung, daß es in einem Atomkrieg keine Sieger gibt und daß der Gedanke, einen begrenzten Atomkrieg zu führen, gefährlich ist. Im Atomzeitalter können Staaten durch einen Rüstungswettlauf keine Sicherheit erlangen. Sie müssen zusammenarbeiten, um die Beschränkung, Reduzierung und letztlich die Abschaffung der Waffen zu erreichen. Darüber hinaus müssen sie Wege zur friedlichen Konfliktlösung finden und in ihrer Politik besonderes Gewicht auf solche Schritte legen, die durch gemeinsames Bemühen mit dem Ziel allgemeiner Sicherheit vereinbar sind.

Grundlagen eines Programms zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung

Wir glauben, daß das endgültige Ziel die allgemeine und vollständige Abrüstung sein muß. Geleitet von dieser Idee, haben wir solche langfristigen Ziele wie die starke Reduzierung strategischer Atomwaffen über fortschreitende Stadien begrenzter, sicherer Vergeltungskräfte festgelegt, außerdem halten wir als langfristiges Ziel Verträge über den grundlegenden Abbau konventioneller Rüstung in Europa für wichtig sowie schließlich auch über die Abschaffung aller Atomwaffen, die Europa bedrohen.

Es sind aber unmittelbare Schritte notwendig, um der Rüstungsspirale Einhalt zu gebieten. Aus diesem Grund schlagen wir eine Reihe kurz- und mittelfristiger Maßnahmen vor. Die kurzfristigen Maßnahmen könnten und sollten in den nächsten zwei Jahren, die mittelfristigen innerhalb von fünf Jahren verwirklicht werden. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir ein ehrgeiziges Programm vorlegen. Es geht weit über das hinaus, was gegenwärtige Regierungen anscheinend zu unternehmen bereit sind. Dennoch sind wir davon überzeugt, daß die Regierungen ihre Bemühungen verstärken und sich verpflichten müssen, alles nur mögliche zu tun, um einen Umschwung zu erreichen und eine Zeit gemeinsamer Sicherheit einzuleiten. Unsere Vorschläge sind realistisch und richten sich auf erreichbare Ziele.

Kurzfristige Maßnahmen

Abkommen über alle Probleme des SALT-II-Vertrages von 1979, die noch der Klärung oder Korrektur bedürfen.

Aufrechterhaltung des Vertrages über die Begrenzung von Raketensystemen gegen ballistische Flugkörper (ABM-Vertrag) von 1972.

Abschluß eines ersten Vertrages zur Regelung beidseitiger Truppenreduzierungen in Mitteleuropa durch eine Außenministerkonferenz.

Eröffnung von Gesprächen über die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa*).

*) Dieser Vorschlag, der in Europa besonderes Aufsehen erregte, wird im „Palme-Bericht" folgendermaßen ausgeführt: „Wir weisen besonders auf die Gefahren hin, die von den Kernwaffen drohen, deren Trägersysteme in großer Zahl in vorgeschobenen Stellungen in Europa stationiert sind. Sie sind als atomare Gefechtsfeldwaffen (battlefield-nuclear-weapons) bekannt. Zu diesem Typ gehört ein Großteil der nuklearen Gefechtsköpfe der NATO und des Warschauer Pakts in Europa. Die Waffen sind so ausgelegt und aufgestellt, daß sie die Erdkampftruppen im unmittelbaren Gefechtskontakt mit dem Gegner unterstützen. Ihre Trägersysteme haben Reichweiten bis zu 150 km – es sind hauptsächlich Kurzstreckenraketen, Minen und Artilleriegeschosse. Die meisten der Trägersysteme sind „dual-capable", das heißt, sie können konventionelle oder Atomsprengköpfe aufnehmen.
Weil diese atomaren Gefechtswaffen in vorgeschobenen Positionen stationiert sind, sind sie dem Risiko ausgesetzt, in einem bewaffneten Konflikt frühzeitig überrollt zu werden. Es ist schwierig, solche Waffen im Kampfgeschehen unter Kontrolle zu halten. Die Versuchung, den Einsatz der Atomwaffen an die örtlichen Kommandeure zu delegieren, wäre groß und würde die Gefahr des Überschreitens der atomaren Schwelle und weiterer Eskalation herausbeschwören. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, daß die Gebiete beiderseits der Ost-West-Grenze in Mitteleuropa dichtbevölkert und hochindustrialisiert sind.
Die Kommission empfiehlt die Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone, die von Mitteleuropa bis in die äußersten nördlichen und südlichen Flanken der beiden Bündnisse reicht. Diese Zone könnte ein Abkommen über ausgewogene Truppenreduzierung in Mitteleuropa ergänzen. In ihr wären keine Atomsprengköpfe zugelassen. (Seite 164-166 der deutschen Ausgabe. Die Anmerkung auf S. 165 lautet: „Georgij Arbatov äußerte Zweifel, ob dieser Vorschlag im Sinne einer Rüstungskontrolle nützlich sei, weil Atomsprengköpfe

Keine Stationierung von miniaturisierten Atomwaffen (mini-nukes) und Waffen mit erhöhter Strahlenwirkung (Neutronenbomben) in Europa.

Sowjetisch-amerikanisches Abkommen über ein ungefähres Gleichgewicht atomarer Mittelstreckenwaffen auf einem Niveau, daß die NATO auf die Einleitung einer neuen Ära atomarer Mittelstreckenraketen in Europa verzichtet.

Sowjetisch-amerikanisches Abkommen über ein Verbot der vorgeschobenen Stationierung neuer atomarer Kurzstrecken-Waffensysteme, die in Europa dieselben Ziele bedrohen könnten wie atomare weitreichende Mittelstreckensysteme.

Abkommen über die Errichtung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa.

Vereinbarung der Einberufung einer Konferenz über Vertrauen und Sicherheit schaffende Maßnahmen und über die Abrüstung in Europa.

Abkommen über ein umfassendes Atomtestverbot.

Abkommen über ein Verbot von Anti-Satelliten-Waffentests (anti-satellite activities – ASAT) und die Demontage bereits existierender Systeme.

Eröffnung von Verhandlungen über ein Verbot der Stationierung von Anti-Satelliten-Waffen.

Wiederaufnahme sowjetisch-amerikanischer Gespräche über einen Abrüstungsvertrag für chemische Waffen.

Abkommen über konsultative Verfahren zur Lösung von Problemen im Zusammenhang mit dem Genfer Protokoll von 1925, das den Einsatz chemischer Waffen verbietet, sowie der Konvention über biologische Kriegsführung von 1975.

Breitere Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages (Non-Proliferation Treaty-NPT).

Eröffnung von Gesprächen zwischen waffenexportierenden und waffenimportierenden Staaten sowie zwischen waffenexportierenden Staaten über Richtlinien, die den Transfer konventioneller Waffen regeln.

Breite Befürwortung der Resolution der UN-Vollversammlung, die die Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen nach festgelegten Richtlinien vorsieht.

Regionale Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit, die die ökonomische Sicherheit und die Verringerung regionaler Kosten von Militärausgaben erörtern.

---

köpfe rasch in ein Sperrgebiet zurückgebracht werden könnten. Solch ein Abkommen habe nur geringe militärische Bedeutung, es sei schwierig auszuhandeln und könne den falschen Eindruck erhöhter Sicherheit hervorrufen. Nach seiner Meinung seien andere, wirksamere Maßnahmen notwendig, und zwar durchgreifende Reduzierungen bis hin zum vollständigen Verbot aller Mittelstrecken- und taktischen Kernwaffen." D. Red.)
Die Lagerung von Atomsprengköpfen wäre ebensowenig erlaubt wie Manöver mit simuliertem Kernwaffeneinsatz. Auch Vorbereitungen zur Stationierung atomarer Sprengsätze (atomic demolition munitions – ADM) und die Lgerung derartiger Waffen wären in dieser Zone verboten.
Es sollten auch Bestimmungen in das Vertragswerk aufgenommen werden, die das Lagern von Artilleriegeschossen und Kurzstreckenraketen für den wahlweisen konventionellen und atomaren Einsatz in dieser Zone regeln. Die geographische Ausdehnung der Zone sollte Gegenstand von Verhandlungen sein und wichtige örtliche Gegebenheiten berücksichtigen. Der Anschaulichkeit halber sei zunächst einmal eine Breite von 150 km auf beiden Seiten angenommen. Bestimmungen zur Überprüfung der Einhaltung dieser Verbote müßten ebenfalls ausgehandelt werden. Sie sollten auf der Basis von Anforderungen eine begrenzte Anzahl Inspektionen in dieser Zone vorsehen.
Die Kommission ist sich darüber im klaren, daß Atomsprengköpfe im Kriegsfall in die vorgeschobenen Stellungen zurückgeschafft und Kernwaffen von Flugzeugen und anderen Langstreckenträgern ins Ziel gebracht werden können. Doch wir betrachten die Einrichtung der vorgeschlagenen Verbotszone als eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme, welche die atomare Schwelle anheben und die Versuchung zum frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen um einiges herabsetzen könnte. Diese Maßnahme steht auch im Einklang mit unserer Ablehnung eines begrenzten Atomkrieges als Mittel einer kalkulierten Politik.
Dem Abkommen über den Abzug der atomaren Gefechtsfeldwaffen aus der vorderen Zone sollten beträchtliche Reduzierung der Stückzahlen an Atomsprengköpfen in Europa mit wirksamen Kontrollmöglichkeiten folgen."

Initiierung einer größeren Kampagne zur Erweiterung des öffentlichen Bewußtseins über die Gefahren des militärischen Wettlaufs einschließlich der Gefahren für die ökonomische Sicherheit.

Ausarbeitung spezieller nationaler Pläne zur Freigabe von Ressourcen aus dem Verteidigungsetat für die Entwicklungshilfe.

Mittelfristige Maßnahmen

Sowjetisch-amerikanisches Abkommen über grundlegende zusätzliche Reduzierung strategischer Offensivkräfte und über ihre qualitative Begrenzung.

Abkommen über gleiche Höchststärken für NATO und Warschauer Pakt in bezug auf bereits reduzierte konventionelle Streitkräfte in Mitteleuropa.

Im Zusammenhang mit dem Gleichgewicht konventioneller Truppen die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Europa, die zunächst in Mitteleuropa beginnt und sich schließlich von der Nord- bis zur Südflanke der beiden Bündnisse erstreckt.

Abkommen über grundlegende Reduzierung atomarer Gefechtsfeldwaffen in Europa.

Aufnahme von Verhandlungen über die Reduzierung der noch verbleibenden Atomwaffen in Europa einschließlich der mehrfach – konventionell und nuklear – einsetzbaren Flugzeuge.

Abkommen über eine „zweite Generation" Vertrauen und Sicherheit schaffender Maßnahmen in Europa.

Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen für ganz Europa.

Abkommen über ein Totalverbot der Stationierung von Anti-Satelliten-Waffen (ASAT).

Abschluß eines umfassenden Abrüstungsvertrages für chemische Waffen, der ein Verbot der Produktion und Lagerung all dieser Waffen sowie die Vernichtung vorhandener Lager und Produktionseinrichtungen umfaßt.

Internationale Konvention über das Verbot jeglicher geheimer Entwicklung und Erprobung der Molekularbiologie und verwandter Fachgebiete für militärische Anwendung.

Weltweite Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages (NPT).

Abkommen über die Internationalisierung besonders heikler Teile des Kernbrennstoff-Kreislaufs.

Abkommen über Richtlinien für Liefer- und Empfängerstaaten im Handel mit konventionellen Waffen.

Weltweite Unterzeichnung der von der UN-Vollversammlung verabschiedeten Resolution, die die Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen nach festgelegten Richtlinien vorsieht.

Grundlegende Reduzierung der Rüstungsausgaben in entwickelten und unterentwickelten Ländern, Freigabe von Ressourcen für nationale Bedürfnisse und Entwicklungshilfe.

Umstellung eines großen Anteils wissenschaftlicher und technologischer Forschungen und Bemühungen von militärischen auf zivile Zwecke.

Im Hinblick auf die internationale Sicherheit in der Dritten Welt haben wir bestimmte Schritte aufgezeigt, die weniger konkrete Maßnahmen vorschlagen, als vielmehr noch weiterzuentwikkeln und genauer zu bestimmen sind. Eine Konkretisierung sollte über den Zeitraum der 80er Jahre hinweg erfolgen mit dem Ziel, die Entschließungen der Vereinten Nationen realisieren zu helfen und regionale kooperative Abmachungen zu fördern, die uns besser als gegenwärtige Maßnahmen geeignet scheinen, die Herausforderungen der nachkolonialen Weltordnung zu bewältigen.

Maßnahmen zur Stärkung der Vereinten Nationen

Um die Fähigkeit des Sicherheitsrates zur Vorbeugung von Konflikten zu stärken, schlagen wir folgendes vor:

Der Generalsekretär sollte dem Sicherheitsrat in regelmäßigen Abständen über das Jahr verteilt Bericht erstatten. Zusätzlich sollte er auf Außenministerebene dem Sicherheitsrat einen jährlichen Bericht über die „Lage der internationalen Gemeinschaft" geben.

Der Sicherheitsrat sollte von Zeit zu Zeit außerhalb des UN-Hauptquartiers zusammentreten.

Ein erster Schritt zur Herstellung kollektiver Sicherheit sollte bei Grenzkonflikten innerhalb der Dritten Welt unternommen werden. Dabei sind Verfahren zur Tatsachenermittlung, zur militärischen Beobachtung sowie zur Entsendung von UN-Truppen miteinzubeziehen. Das Vorgehen sollte basieren auf der Hilfe für die Dritte Welt, einer politischen Übereinkunft (Konkordat) zwischen denVeto-Mächten und auf der Verfügbarkeit von Bereitschaftstruppen.

Verbesserung der Möglichkeiten der UN zur Friedenserhaltung durch die Annahme einheitlicher Ausbildungsvorschriften; Unterstützung der Länder der Dritten Welt bei der Ausbildung und materiellen Ausrüstung; regionale Abmachung über Sicherheitstruppen; Lagerung von Ausrüstung und Bestimmung von Spezialverbänden.

Abkommen über angemessene Konsolidierungsverfahren zur Friedenssicherung und kollektive Sicherheitsmaßnahmen mit einbezogener Selbstregulierung.

Regionale Schritte zur Sicherheit

Einberufung regionaler Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit.

Schaffung von Friedenszonen.

Schaffung atomwaffenfreier Zonen.

Aufruf zur Großveranstaltung „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum zur Unterstützung des „Krefelder Appells"

(Wortlaut)

Die Zeiten sind so bedrohlich, daß wir friedlichere erfinden müssen. Wir alle wollen mehr erreichen, wollen eine bessere Welt, und deshalb zuallererst dies:

Die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen bei uns verhindern. Wir wollen Frieden für alle Zeiten und die ganze Erde als eine einzige atomwaffenfreie Zone, aber heute dies:

Keine Stationierung von Erstschlag-Atomwaffen in unserem Land, die minutenschnell und punktgenau jedes Ziel in Osteuropa anfliegen können und bei ihrem Einsatz den atomaren Untergang auslösen. Schlag um Schlag würde das Leben auf unserem Planeten vernichtet.

Wir alle wollen, daß sich mehr Menschen für den Frieden bewegen, in allen Ländern und auf allen Kontinenten, aber jetzt und hier bewegt uns dies:

Von der Bundesregierung noch dringender zu fordern, ihre „Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen".

Diese Forderung des „Krefelder Appells" wurde bisher von weit mehr als zwei Millionen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

Um diesen Appell millionenfach zu bekräftigen, rufen wir auf zu einer bundesweiten Großveranstaltung „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum.

Mit Liedern, Theater, Rock, Jazz, klassischer Musik, Chören, Literatur, Bildern, Kabarett, Kinder- und Jugendtheater werden wir an diesem Samstag auf vielen Bühnen ein Fest des Friedens feiern:

Für Abrüstung in Ost und West und eine Welt, die einmal ohne Waffen leben wird.

Als Initiatoren rufen auf: „bots" (Hans Sanders), Franz-Josef Degenhardt, Katja Ebstein, Hansgünther Heyme, Hanns-Dieter Hüsch, Heinar Kipphardt, Dieter Lattmann, Udo Lindenberg, Volker Ludwig, Albert Mangelsdorff, Eva Mattes, Marius Müller-Westernhagen, Hans Platschek, Claus Peymann, Erika Pluhar, Irmgard Schleier, Dietmar Schönherr, Dieter Süverkrüp, Margaretha von Trotta, Hannes Wader, Peter Zadek.

Bisher wurde der Aufruf für die Großveranstaltung „Künstler für den Frieden" unterzeichnet von:
Herbert Achternbusch, Filmemacher – Carl Améry, Schriftsteller – Sylvia Anders, Schauspielerin – Wolf Appel, Opernsänger – Claus Bantzer, Organist – Rolf Becker, Schauspieler – Esther Bejarano, Sängerin – Anne, Diane, David und Heinz Bennent, Schauspieler – Senta Berger-Verhoeven, Schauspielerin – Prof. Joseph Beuys, Bildhauer/Hochschullehrer – Axel Beyer, Nürnberger Theater – Bläck Fööss – Curt Bois, Schauspieler – Hark Bohm, Filmemacher – Wolf Brannasky, Liedermacher – Irmela Brender, Schriftstellerin – Harry Buckwitz, Regisseur – Howard Carpendale, Sänger – Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller – Josef Dahmen, Schauspieler – Karl Dall, Komiker – Das Dritte Ohr, Blues-Band – Marlen Dieckhoff, Schauspielerin – Prof. Dr. Hoimar v. Ditfurth, Schriftsteller – Angi Domdey, Liedermacherin/Jazzsängerin – Angelica Domröse, Schauspielerin – Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin – Vivi Eickelberg, Künstler Promotion – Gisela Elsner, Schriftstellerin – Elisabeth Endres, Schriftstellerin – Gebr. Engel, Rock-Band – Hartmut Fladt, Komponist – Jürgen Flimm, Regisseur – Floh de Cologne, Rock-Gruppe – Hedwig Florey, Musikerin – Wolfgang Florey, Musiker – Ekkes Frank, Liedermacher – Peter Franke, Schauspieler – Achim Freyer, Maler und Regisseur – Uwe Friesel, Schriftsteller – Gerd Fuchs, Schriftsteller – Walter Fuchs, Cellist – Juraj Galan, Gitarrist – Elmar Gehlen, Regisseur/Schauspieler/Pantomime – Lutz Görner, Schauspieler/Rezitator – Dr. Gräwe, Chef-Dramaturg – Max von der Grün, Schriftsteller – George Gruntz, Jazz-Musiker/Komponist – Peter Haage, Opernsänger – Peter Härtling, Schriftsteller – Elke Heidenreich, Schriftstellerin – Gert Heidenreich, Schriftsteller – André Heller, Poet – Peter Herbolzheimer, Komponist/Arrangeur/Posaunist – Helmut Herbst, Filmemacher – Günter Herburger, Schriftsteller – Ludwig Hirsch, Liedermacher – Donata Höffer, Schauspielerin – Klaus Hoffmann, Liedermacher – Niels-Frederic Hoffmann, Komponist – Prof. Alfred Hrdlicka, Bildhauer – Grischa Huber, Schauspielerin – Prof. Nicolaus A. Huber, Komponist – Tahsin Incirci, Komponist – Ernst Jacobi, Schauspieler – Urs Jaeggi, o. Prof. – Fasia Jansen, Liedermacherin – Prof. Dr. Ekkehard Jost, Musik-Wissenschaftler/Jazz-Musiker – Julius Karr-Bertoli, Dirigent – Knut Kiesewetter, Liedermacher – Dietrich Kittner, Kabarettist – Carlos Kleiber, Dirigent – Michael König, Schauspieler – Klaus Klein, Dramaturg Hamburger Staatsoper – Udo Krekow, Staatsopernsänger – Cleo Kretschmer, Schauspielerin – Volker Kriegel, Jazz-Rock-Musiker – Hein und Oss Kröher, Die Volkssänger – Kultur-Kooperative Ruhr – Joachim Kuntzsch, Musiker – Klaus Lage, Rock-Sänger – Günter Lamprecht, Schauspieler – Lerryn, Liedermacher – Peter Lilienthal, Filmemacher – Jürgen von der Lippe, Komiker – Hansjörg Maier, Dramaturg – Manfred Maurenbrecher, Liedermacher – Maurenbrecher Rock-Gruppe – Ulla Meinicke, Rock-Sängerin – Dinah Nelken, Schriftstellerin – Neue Literarische Gesellschaft, Berlin – Barbara Nüsse, Schauspielerin – PAMM, Kultur-Kooperative Hamburg – Hermann-Peter Piwitt, Schriftsteller – Gerhard Polt, Kabarettist – Bill Ramsey, Jazz-Musiker – Fritz Rau, Konzertveranstalter – Christian Redl, Schauspieler – Caspar Richter, Leiter der Festwochen Berlin – Niels-Peter Rudolph, Intendant – Helmut Ruge, Kabarettist – Erika Runge, Schriftstellerin – Helma Sanders-Brahms, Filmregisseurin/Autorin – Otto Sander, Schauspieler – Prof. Klauspeter Seibel, Dirigent – Stefan Siegert, Karikaturist/Autor – Dorothee Sölle, Schriftstellerin – SPLIFF, Rock-Band – Wolfgang Staudte, Regisseur – Frieder Stricker, Opernsänger – Doris Schade, Schauspielerin – Heinrich Schirmbeck, Autor – Klaus Schlesinger, Schriftsteller – Robert Wolfgang Schnell, Schriftsteller – Bernd Schröder, Schriftsteller – Heinz Schubert, Schauspieler – Peter Schütt, Schriftsteller – Klaus Schwarzkopf, Schauspieler – Harry Täschner, Schauspieler – Gisela Trove, Schauspielerin – Gisela Uhlen, Schauspielerin – Herman van Veen, Liedermacher – Liz Verhoeven, Schauspielerin – Erich Virch, Liedermacher – Otto Waalkes, Interpret für geistige Lockerungsübungen – F. K. Waechter, Autor/Karikaturist – Konstantin Wecker, Liedermacher – Sylvia Wempner, Schauspielerin – Angela Winkler, Schauspielerin – Siegfried Wischnewski, Schauspieler – Gert Wollschon, Satiriker – ZeitGeist, Rock-Band – Zupfgeigenhansel, Folk-Gruppe.

Rede des Abgeordneten Hansen in der Bundestagsdebatte vom 24. Juni 1982 über Reagans Röhrenembargo und europäische Alternativen

(Wortlaut)

Die neuerliche Verschärfung der amerikanischen Maßnahmen gegen das westeuropäisch-sowjetische Erdgas-Röhren-Geschäft hat, unmittelbar nach dem Wirtschaftsgipfel in Versailles und der Bonner NATO-Konferenz, die tiefen Interessengegensätze zwischen Westeuropa und den USA offen zutage treten lassen. Im Unterschied zu den entschiedenen Reaktionen anderer westeuropäischer Regierungen, Mitterrands ebenso wie Thatchers, und der maßgeblichen Industriekreise in der Bundesrepublik haben Schmidt und Genscher demonstrativ „abgewiegelt". Im Bundestag äußerte der parteilose Abgeordnete Hansen, ehemals SPD, sich in deutlichen Worten zu den Zusammenhängen. Die Zwischenrufe aus CDU und SPD sprechen ebenso wie das völlige Totschweigen der Rede durch die Medien für sich. Wir dokumentieren im Wortlaut, wie der Deutsche Bundestag reagiert, wenn ein Abgeordneter offen ausspricht, daß die Bundesregierung sich endlich um den Schutz der deutschen und europäischen Interessen vor der „Schutzmacht" USA kümmern muß. D. Red.

Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Herr Wörner nun so einseitig den Scheinwerfer der Betrachtung nach Osten gerichtet hat, möchte ich den Scheinwerfer etwas auf diese Seite des Globus und auf uns zurückschwenken. Seit der von der „New York Times" treffend so bezeichneten „geschickten Theaterinszenierung" des Reagan-Besuchs sind knapp zwei Wochen vergangen. In diesem Spektakel spielte das Bühnenbild mit der Jubelfeier in diesem Hause keine geringe Rolle. 21mal Applaus aller Fraktionen hat US-Außenminister Haig zur späteren innenpolitischen Wahlkampfverwendung genüßlich registriert.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Außer Ihren Flegeleien!)

Gefeiert wurde der Wandel des Herrn Reagan vom Saulus zum Paulus. Die geflissentliche Anbiederung bundesrepublikanischer Volksvertreter wurde dabei nur noch von den liebedienerischen Hofschranzen der Medien übertroffen.

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Schwätzer! – Dr. Ehmke [SPD]: Und von deiner Trillerpfeife!)

Nur weil sich Herr Reagan auf Anraten seiner Public-Relations-Berater vorübergehend seiner gewohnt kriegerischen Sprache enthielt, weil er nicht mehr in unbefangener Offenheit die Führer der Sowjetunion als „gottlose Betrüger" und „Terroristen" anredete, wurde er über Nacht zum Friedenskämpfer hochstilisiert.

Nur weil der Bundeskanzler vorübergehend in der Friedensbewegung nicht mehr „zwielichtige Gestalten" ausmacht, die uns dem Krieg näherbringen, wenn sich ihre Forderungen durchsetzen, wird er zum Freund der Friedensbewegung ernannt.

Man tut ihm damit aber Unrecht; denn der Bundeskanzler hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß er in Verteidigungsfragen seine Politik des vorauseilenden Gehorsams im Dienst der USA um keinen Deut ändern, sie bestenfalls psychologisch geschickter verkaufen will.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Sind Sie bei der DKP?)

– Es ist schon makaber zu sehen, Herr Mertes, wie dieselben neunmalklugen Realpolitiker, die uns anderthalb Jahre lang angesichts der kriegerischen Töne von jenseits des Ozeans davor gewarnt haben, Worte mit konkreter Politik zu verwechseln, uns heute plötzlich bloß gefällige Reden schon als Realpolitik verkaufen wollen. Das ist interessant.

Es ist ja wohl so: Wer zum Jubeln entschlossen ist, kann nicht mehr hinhören, und wer nicht hören will, muß fühlen. Denn wenn Sie genau hingehört hätten, was Herr Reagan in London erzählt hat und was er Ihnen hier von der Plexiglasscheibe vorgelesen hat, wären Sie heute nicht von dieser

großen Betroffenheit, von der ich überall lese, oder von der Besorgnis und dem Bedauern, wie sie heute in der Regierungserklärung zu hören waren, übermannt. Dann hätten Sie gemerkt, daß sich hinter den Dichterworten, hinter „geistig-kultureller Gemeinsamkeit" und hinter den mißglückten Metaphern – wie etwa der des unversehrten Kölner Doms in der völlig zertrümmerten Stadt Köln – die unveränderten Eckwerte Reaganscher Außenpolitik unmißverständlich wiederholt haben, nämlich daß erstens die Sowjetunion dem Westen militärisch überlegen ist – das ist ja auch Ihre Meinung – und diese Überlegenheit ständig ausbaut; daß zweitens die USA und die NATO auch weiterhin auf Kosten der sozialen Sicherung ihrer Bürger verstärkt aufrüsten müssen; daß drittens mit der Sowjetunion überhaupt nur nach „wiedergewonnener" militärischer Überlegenheit zielgerichtet verhandelt werden kann, also erst dann, wenn die USA das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte verwirklicht haben; daß sich viertens die Sowjetunion jeglicher Aktivität außerhalb ihrer Grenzen zu enthalten habe, wenn es überhaupt zu Verhandlungsergebnissen kommen soll – dies ist eine Wohlverhaltensbedingung, die auch von unserem Außenminister seit den NATO-Ministerratstagungen in Rom im Mai 1981 und in Brüssel im Dezember 1981 ständig propagiert wird.

Vor allem aber müßte fünftens – das scheint mir das Wichtigste zu sein – verstärkt ein ökonomischer und technologischer Krieg des auf diesen Gebieten überlegenen Westens gegen den Osten geführt werden; denn der Handelskrieg muß ja nicht erst beginnen, er ist schon längst im Gange.

Sie alle haben diese Ankündigungen ja beklatscht. Aber heute, zwei Wochen später, hat Sie der Katzenjammer gepackt, weil einigen aufzugehen scheint, wie wörtlich es Herr Reagan meinte, als er in diesem Haus sagte: Die Küsten Europas sind unsere Küsten. (Beifall bei allen Fraktionen) Die Grenzen Europas sind unsere Grenzen.

Hier konnte sich auch Herr Ministerpräsident Rau vor Begeisterung nicht lassen. Heute ist er empört. Jetzt kritisiert auch Herr Biedenkopf die Entscheidung der US-Regierung, das Embargo im Erdgas-Röhren-Geschäft auch auf deutsche Tochterfirmen auszudehnen. Er sagt, es gehe nicht an, daß die US-Regierung ihre Souveränität auf diese Weise auf die Bundesrepublik ausdehne. Endlich scheint es nämlich auch einigen von Ihnen zu dämmern, daß die US-Regierung die Bundesrepublik als besetztes Land betrachtet und auch so behandelt.

Verständnis für diese Politik scheinen, wenn ich richtig hingehört habe, heute nur Herr Kollege Stauffenberg und Herr Wörner zu haben.

Die EG, der BDI, Graf Lambsdorff, das Management und die Betriebsräte von Krupp, Mannesmann und AEG, die Bundesregierung sind sich doch heute darin einig, daß diese Strafaktion, daß der Handelskrieg der USA mit der Absicht des Totrüstens der Sowjetunion völkerrechtswidrig sind – so habe ich es gehört –, daß diese Maßnahmen die deutsche Wirtschaft schädigen, Tausende auf Jahre für sicher gehaltene Arbeitsplätze gefährden, also schon jetzt unannehmbare Opfer von der Zivilbevölkerung fordern. Ich kann verstehen, daß kein Arbeiter im Ruhrgebiet seinen Arbeitsplatz verlieren will, nur weil sich Herr Reagan innenpolitisch profilieren möchte.

Trotzdem reagieren die Japaner immer noch radikaler, selbstbewußter und souveräner als die auf bedingungslose Integration in die „westliche Partei" so stolze Bundesregierung, die, wie ich heute morgen gehört habe, darüber irgendwann einmal mit den Amerikanern sprechen will.

Jetzt stehen alle, die sich so enthusiastisch an dem großangelegten Täuschungsmanöver des Wahlkämpfers Reagan aktiv oder passiv beteiligt haben, als betrogene Betrüger da. Im Klartext: Was zwischen Versailles und Embargo-Verschärfung passiert ist, ist doch – mit einem klaren deutschen Wort ausgedrückt – Betrug, ist das Hintergehen eines Bündnispartners. Der „Stern" hat einen Teil dieses Dilemmas vorige Woche so zusammengefaßt: „Fünf Tage lang haben die CDU, die NATO, die Friedensbewegung und der amerikanische Präsident ihren Willen bekundet, den dritten Weltkrieg zu verhindern. In diesen fünf Tagen starben 190 000 Kinder weltweit an den Folgen des Hungers. In diesen fünf Tagen wurden für 18 Milliarden Mark Waffen hergestellt und Rüstungsgüter . . . begann Israel den fünften Nahostkrieg, tobte eine Luftschlacht über dem Libanon, starben 110 Menschen in El Salvador und eine unbekannte Zahl von Menschen auf den Falklands, in Afghanistan, in Guatemala, auf den Philippinen, im Tschad, in Kambodscha und im Irak. Der dritte Weltkrieg hat längst begonnen, an dem Tag, als der Zweite aufhörte."

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Mr. Echo!)

Für mich wird es Zeit, daß der Bundeskanzler Klarheit über das aktuelle Verhältnis der Bundesregierung zu den USA schafft, besonders nach seinem letzten Interview in „Newsweek". Ist denn nun die Sowjetunion militärisch überlegen, oder ist sie es nicht? Glaubt das der Präsident der USA wirklich, oder ist es nur ein Vorwand für weitere Aufrüstung? Glaubt dies der Bundeskanzler selbst, oder dient ein solches Bedrohungsszenario lediglich der leichteren Durchsetzung weiterer Zugeständnisse an die Aufrüstungspolitik der USA? Und – das fragen sich ja viele Menschen heute in der Bundesrepublik – wieweit ist eigentlich die Souveränität der Bundesrepublik durch weiterhin verlängertes Besatzungsrecht der USA und anderer Alliierten eingeschränkt?

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Mr. Echo from Moscow!)

– Die „Basler Zeitung", Herr Mertes – und das ist kein linksverdächtiges Blatt –, sieht die Bundesregierung – so wörtlich – „politisch durch den Meinungsumschwung des Präsidenten der befreundeten Supermacht behandelt wie eine Bananenrepublik". Das gleiche hat auch die „Welt der Arbeit" heute geschrieben. Ich muß sagen, diese allgemeine Ernüchterung angesichts der US-amerikanischen Eskalation im technologischen und ökonomischen Krieg gegen die Sowjetunion macht ja Nachdenken möglich, und zwar Nachdenken über politische Alternativen zur doktrinär verfestigten Sicherheitspolitik, auf die sich offenbar hier alle etablierten Parteien geeinigt haben. Vielleicht besteht jetzt mehr Aussicht für die Verbreitung der Einsicht, daß nur eine weltweite wirtschaftliche, industrielle, kommerzielle Zusammenarbeit zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd, auch in fairer Partnerschaft, diesen Globus davor bewahren kann, sich entweder allmählich zu vergiften und damit unbewohnbar zu werden oder schon vorher in die Luft gesprengt zu werden. Das heißt, daß eben nicht Konfrontation, sondern nur Kooperation, gemeinsame Sicherheit, wie das Herr Kollege Bahr richtig sagt, und Hoffnung auf Überleben stiften kann.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Pfeife statt Argument!)

Das Gas-Röhren-Geschäft – darin gehe ich dieses Mal mit Rodenstock und anderen einig – ist ein erster winziger Schritt in die richtige Richtung. Es ist richtig, daran festzuhalten. Aber im Gegensatz zum Bundeskanzler meine ich, daß weitere Schritte auch kalkulierte einseitige Vorleistungen beinhalten müssen, wie sie heute selbst „Pax Christi" fordert, Herr Kollege Klein; lesen Sie das einmal nach.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Mies h. c.!)

In dieser Erkenntnis waren wir vor Jahren schon einmal weiter, weiter als heute der Bundeskanzler und viele von ihnen. Denn am 24. Mai 1978 hat der ehemalige Staatssekretär im Bundespräsidialamt, Paul Frank, vor der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft beispielsweise folgendes ausgeführt: „Kompromiß und Vorleistung müssen zur Grundhaltung der Diplomatie werden. Wenn die militärische Gefährdung der Industriestaaten in Ost und West so groß ist, wie wir meinen, so gewinnen Begriffe wie Kompromiß und Vorleistung im diplomatischen Handeln ein völlig neues Gesicht, ja eine neue Qualität . . . Der Begriff Vorleistung unterliegt immer noch der abwertenden, geradezu diffamierenden Qualifizierung." – Diese haben Sie übrigens während der Debatte über die Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre eingeführt, wie ich hinzufüge. „Aber vor allem die Großmächte sollten sich mit der Vorleistung als einem diplomatischen Mittel unter bestimmten Umständen befreunden.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das hatte Chamberlain eingeführt!)

So zum Beispiel in der Abrüstung . . .

Es wäre erfolgversprechend, die Großmächte würden bei jenen Waffensystemen, in denen sie überlegen sind, einseitige Reduzierung vornehmen. Freilich in der klar formulierten und präzise befristeten Erwartung, daß die jeweils andere Großmacht dort Schritte folgen läßt, wo sie überlegen ist . . . Eine solche Politik des gegenseitigen Beispiels ist natürlich mit Risiken verbunden. Diese sind aber gering im Vergleich zu den Risiken, die mit der endlosen Fortsetzung der Rüstungseskalation verbunden sind."

Das sagte Frank schon 1978. Ich muß den Kollegen Bahr daran erinnern, daß er sich diesen Gedanken damals ausdrücklich angeschlossen hat, als er im „Vorwärts" 1978 schrieb: „Ich finde, diese Überlegungen stimmen mit den Erfordernissen unserer Zeit, den Interessen unseres Landes, den Anregungen des Bundeskanzlers, den Traditionen unserer Partei überein."

Willy Brandt hatte ja früher – 1976 – auch schon einmal in dieser Richtung Schritte unternommen, als er hier im Hause symbolische Truppenreduzierungen vorschlug, um Bewegung in die MBFR-Gespräche zu bringen. Allerdings hat er damals vorzeitig, nämlich zurückweichend vor der hysterischen Reaktion der Rechten hier im Hause, auf die Weiterverfolgung dieses Gedankens verzichtet. Die Sowjetunion hat in diesen Tagen, wie der Kollege Bahr auch richtig gesagt hat, eine Vorleistung erbracht, als sie in der UNO ihren verbindlichen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen erklärte. Eine angemessene und vernünftige Reaktion des Westens darauf hat es bisher nicht gegeben. Das meine ich auch im Gegensatz zu dem Kollegen Ronneburger, der alte Papiere zitiert hat. Statt dessen will die Supermacht des Westens die Aufgabe amerikanischer Politik offensichtlich weiterhin so verstehen, wie sie der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einem „Spiegel"-Interview im Herbst 1981 gekennzeichnet hat, nämlich sicherzustellen, „daß dieses sowjetische Imperium, wenn es denn auf Grund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem großen Knall." – Das ist wohl einer von den unausgeglichenen Aussprüchen, von denen der Kollege Ehmke gesprochen hat.

Statt dessen verschärft der US-Präsident die Handelssanktionen gegen die Sowjetunion, verhängt Strafzölle auf Stahlimporte aus Westeuropa, Südafrika und Brasilien und will darüber hinaus in dieser Woche noch seine Ankündigung wahrmachen, einen Exportkreditkrieg anzuzetteln, wenn sich die OECD nicht zu einem Kodex nach amerikanischen Vorstellungen bereit findet. Auch die rigorose Hochzinspolitik, die den Dollar inzwischen wieder auf 2,50 DM hochgetrieben hat, gehört in diese Kette von Knebelungen, die eine deutsche Zeitung erst vorgestern völlig zu Recht als „blanken Imperialismus" bezeichnet hat.

Mit schönen fruchtlosen Reden über Abrüstung und Rüstungskontrolle vor der UNO ist es nicht mehr getan. Die Bundesregierung muß sich entscheiden, ob sie in der Politik zur Erhaltung des Friedens, dem einzigen Feld, das ihre Existenz noch rechtfertigt, von ihrer gescheiterten, US-abhängigen „Sicherheitspolitik" abrücken will und bereit ist, neue, zukunftsgerichtete Initiativen für eine europäische Alternative zu ergreifen, etwa in Richtung einer atomwaffenfreien Zone; aber dann nicht so, wie ich heute aus der Debatte mitbekommen habe, daß Sie alle einen Schwenk zu „Konventionalisten" hin machen wollen, um dem nuklearen Dilemma zu entgehen, womöglich schon als erste Stufe einer neuen konventionellen Aufrüstung. Das scheint mir nicht der richtige Weg zu sein.

Ich schließe damit, daß ich frage: Soll denn weiterhin für viele in diesem Hause das Wort des Satirikers Leć gelten: „Unter Blinden wird auch der Einäugige blind"?

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Helau!)

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. ••• *Ulrich DOLATA*, geb. 1959 in Dortmund, studiert Wirtschaftswissenschaften in Bremen mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik. ••• *Regina BOHNE*, geb. 1915 in Kiel, Journalistin, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt in Hofheim/Ts. ••• *Wladimir WESSENSKI*, geb. 1934 in Moskau, 1970–1979 Lateinamerika-Korrespondent der „Komsomolskaja Prawda", z. Z. Sonderkorrespondent der sowjetischen Zeitschrift „Literaturnaja Gazeta", in deren Heft 26 vom 30. Juni 1982 der in diesem Heft veröffentlichte Beitrag zuerst erschien. ••• *Günter HEISSENBÜTTEL*, geb. 1950 in Esslingen, Studium der Germanistik und Politikwissenschaft in Stuttgart, Lehrer in Leutkirch/Allgäu. ••• *Dr. Rudolf HICKEL*, geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. ••• *Dr. Hans-Jürgen KRYSMANSKI*, Professor für Soziologie an der Universität Münster, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt: „Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik", Köln 1982. ••• *Fred KARL*, geb. 1947 in Oberbayern, Diplom-Soziologe, z. Z. Lehrbeauftragter an der Gesamthochschule Kassel, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt „Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung", Frankfurt/M. 1981.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und inernationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36 000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 8/1982 der „Blätter" wird am 16. 8. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 7/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-325366-01-01 530
LANGWEG-BERHOERSTER
RENATE

TROSCHELSTR 12

5300 BONN

Preis

Von allen in der Zeitschrift „Bl
lichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. ••• *Ulrich DOLATA*, geb. 1959 in Dortmund, studiert Wirtschaftswissenschaften in Bremen mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik. ••• *Regina BOHNE*, geb. 1915 in Kiel, Journalistin, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt in Hofheim/Ts. ••• *Wladimir WESSENSKI*, geb. 1934 in Moskau, 1970–1979 Lateinamerika-Korrespondent der „Komsomolskaja Prawda", z. Z. Sonderkorrespondent der sowjetischen Zeitschrift „Literaturnaja Gazeta", in deren Heft 26 vom 30. Juni 1982 der in diesem Heft veröffentlichte Beitrag zuerst erschien. ••• *Günter HEISSENBÜTTEL*, geb. 1950 in Esslingen, Studium der Germanistik und Politikwissenschaft in Stuttgart, Lehrer in Leutkirch/Allgäu. ••• *Dr. Rudolf HICKEL*, geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. ••• *Dr. Hans-Jürgen KRYSMANSKI*, Professor für Soziologie an der Universität Münster, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt: „Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik", Köln 1982. ••• *Fred KARL*, geb. 1947 in Oberbayern, Diplom-Soziologe, z. Z. Lehrbeauftragter an der Gesamthochschule Kassel, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt „Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung", Frankfurt/M. 1981.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und inernationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36 000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 8/1982 der „Blätter" wird am 16. 8. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416